J. W. Stalin

Werke

15

MAI 1945 – DEZEMBER 1952

Nach der Ausgabe
J.W. Stalin Werke, Dortmund 1979

Gescannt und Korrektur gelesen von:

Daniel Weigelt

http://www.stalinwerke.de/

webmaster@stalinwerke.de

Hinweise:

- Klein geschrieben Texte in Klammern sind Hinweise des Verfassers bzw. Herausgebers.
- In eckige Klammern geschriebene und hochgestellte [Zahlen] weisen auf Anmerkungen am Ende des Buches hin
- Ich habe die neue deutsche Rechtschreibung angewandt.

INHALT

1945

11 … Ansprache des Genossen J. W. Stalin an das Volk am 9. Mai 1945
13 … Befehl des Obersten Befehlshabers an die Truppen der Roten Armee und die Kriegsmarine, Nr. 369
14 … Brief an den österreichischen Bundeskanzler K. Renner
15 … Antwort auf einen Brief des Korrespondenten der englischen Zeitung „Times“
16 … Rede des Genossen J. W. Stalin beim Empfang im Kreml zu Ehren der Befehlshaber der Truppen der Roten Armee
17 … An die Redaktion der Zeitung „Komsomoiskaja Prawda“
18 … Brief an den General de Gaulle anlässlich der Rückkehr von Normandie-Nizmen nach Frankreich
19 … An die Redaktion der Zeitung „Pionerskaja Prawda“
20 … An die J. W. Stalin-Artilleriefabrik des Urals
21 … Befehl des Obersten Befehlshabers, Nr. 370, 22. Juni 1945
22 … Rede auf einem Empfang im Kreml, 25. Juni 1945
23 … Befehl des Obersten Befehlshabers an die Truppen der Roten Armee und die Kriegsmarine der UdSSR, Nr. 371
24 … An den Präsidenten der Nationalregierung der Chinesischen Republik, den Generalissimus Tschiang Kai-Schek
25 … Befehl des Obersten Befehlshabers, Nr. 51
26 … Antworttelegramm an Premierminister Attlee anlässlich des Sieges über Japan
27 … An den Premierminister der Volksrepublik Mongolei, Marschall Tschoibalsan
28 … An den Präsidenten der Nationalregierung der Chinesischen Republik, den Generalissimus Tschiang Kai-Schek
29 … Ansprache des Genossen J. W. Stalin an das Volk
31 … Befehl des Obersten Befehlshabers an die Truppen der Roten Armee und die Kriegsmarine, Nr. 373

1946

33 … Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau
42 … Antwortschreiben an Oberst Professor Dr. Rasin auf einen Brief vom 30. Januar über Clausewitz und über Fragen des Krieges und der Kriegskunst
45 … Tagesbefehl des Kommissars für Verteidigung der UdSSR, Nr. 8
48 … Interview mit dem Korrespondenten der „Prawda“ anlässlich der Rede Churchills in Fulton (USA)
52 … Erklärung des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR
53 … Interview mit dem Korrespondenten der Associated Press, Gilmore
54 … Antwort auf das Telegramm von Herrn Hugh Baillie
55 … Antwort auf die Botschaft des Premierministers des Iran
56 … Befehl des Ministers der Streitkräfte der UdSSR, Nr. 7
58 … Tagesbefehl des Ministers der Streitkräfte der UdSSR, Nr. 11

59 … Antworten auf die Fragen des Moskauer Korrespondenten der „Sunday Times“, Mr. Alexander Werth, in einem Schreiben vom 17. September 1946
61 … Antworten auf die am 23. Oktober 1946 vom Präsidenten der amerikanischen Nachrichtenagentur United Press, Hugh Baillie, gestellten Fragen
64 … Telegramm an den in Belgrad versammelten slawischen Kongress
65 … Interview mit Elliot Roosevelt

1947

69 … Antwortbotschaft an den britischen Außenminister Bevin zum englisch-sowjetischen Vertrag
70 … Tagesbefehl aus Anlass des Tages der Sowjetischen Armee, Nr. 10
72 … Unterredung mit dem amerikanischen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harald Stassen
79 … Grußbotschaft zum 800jährigen Bestehen der Hauptstadt der Sowjetunion

1948

82 … Brief an den finnischen Staatspräsidenten Paasikivi, Vorschlag der Sowjetregierung über den Abschluss eines sowjetisch-finnischen Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspaktes
83 … Rede auf dem Diner zu Ehren der finnischen Regierungsdelegation
85 … Antwort auf den Offenen Brief Henry Wallace
87 … Glückwunschtelegramm Stalins und Molotows an den Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Klement Gottwald, anlässlich der Wahl Klement Gottwalds zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik
88 … Telegramm an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens, anlässlich des verbrecherischen Attentats auf das Leben des Genossen Togliatti
89 … Antwortschreiben an den Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, zur Frage der Herstellung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
90 … Antworten auf die Fragen eines Korrespondenten der „Prawda“ über Berlin und die Weltlage

1949

93 … Antworten auf Fragen des europäischen Generaldirektors der Amerikanischen Nachrichtenagentur „International News Service“, Kingsbury Smith, vom 27. Januar 1949
94 … Antwort an Kingsbury Smith auf die Frage über ein Zusammentreffen mit Truman
95 … Antworttelegramm an den Ministerpräsidenten der Mongolischen Volksrepublik, Marschall Tschoibalsan, anlässlich des 3. Jahrestag der Unterzeichnung des Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik

96 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Josef Cyrankiewicz, anlässlich des 4. Jahrestages des sowjetisch-polnischen Freundschaftsvertrages
97 … Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, Vassil Kolaroff, anlässlich des 5. Jahrestages der Befreiung Bulgariens
98 … Glückwunschtelegramm an Genossen Marcel Cachin anlässlich seines 80. Geburtstages
99 … Telegramm an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
100 … Antworttelegramm an den Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, anlässlich des Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
101 … Glückwunschtelegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Tschechoslowakischen Republik, Antonin Zapotocky, anlässlich des 31. Jahrestages der Gründung der Tschechoslowakischen Republik
102 … Danktelegramm an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, anlässlich des 32. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution
103 … Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Tschechoslowakischen Republik, Antonin Zapotocky, anlässlich des 6. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der CSR

1950

105 … Offener Brief Stalins und seiner engsten Mitarbeiter an die Kreiswahlkommissionen, anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR am 12. März 1950
107 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Rumänischen Volksrepublik, Petru Groza, anlässlich des 2. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-rumänischen Freundschafts- und Beistandspaktes
108 … Danktelegramm an das Zentralkomitee der Partei der Ungarischen Werktätigen, an die ungarische Regierung und an den Präsidentschaftsrat der Ungarischen Volksrepublik
109 … Telegramm an den Genossen Maurice Thorez, anlässlich seines 50. Geburtstages
110 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, anlässlich des 5. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes von der Tyrannei des Faschismus
111 … Brief an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, über die Herabsetzung der Reparationszahlungen Deutschlands
112 … Telegramm an den Zentralrat der FDJ

113 … Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft
113 … • Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft
128 … • Zu einigen Fragen der Sprachwissenschaft
132 … • Antwort an Genossen
138 … Antwortschreiben an den indischen Ministerpräsidenten, Pandit Jawaharlac Nehru, bezüglich der friedlichen Regelung der Koreafrage
139 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Josef Cyrankiewicz, anlässlich des Nationalfeiertages Polens
140 … Grußbotschaft an den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, anlässlich des 23. Jahrestages der Volksbefreiungsarmee der Volksrepublik China
141 … Glückwunschtelegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, Wylko Tscherwenkoff, anlässlich seines 50. Geburtstages
142 … Telegramm an den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, anlässlich des 1. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China
143 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, anlässlich des 1. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
144 … Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, anlässlich des 2. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volks-demokratischen Republik
145 … Danktelegramm an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, anlässlich des 33. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution
146 … Glückwunschtelegramm an den Ministerpräsidenten und Generalsekretär der Albanischen Partei der Arbeit, Armeegeneral Enver Hoxha, anlässlich des 6. Jahrestages der Befreiung Albaniens von den faschistischen Okkupanten

1951

148 … Danktelegramm an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl
149 … Telegramm an den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, anlässlich des 1. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-chinesischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandpaktes, „Prawda“
150 … Interview mit einem Korrespondenten der „Prawda“
154 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Ungarischen Volksrepublik, Istvan Dobi, anlässlich des 3. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-ungarischen Freundschafts- und Beistandspaktes
155 … Glückwunschtelegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, Wylko Tscherwenkoff
156 … Glückwunsch- und Begrüßungsschreiben an das Kollektiv des Kirow-Werkes anlässlich des 150jährigen Jubiläums des Kirow-Werkes und seiner Auszeichnung mit dem Lenin-Orden, „Prawda“

157 … Glückwunschtelegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, Istvan Dobi, anlässlich des 6. Jahrestages der Befreiung Ungarns durch die Sowjetarmee
158 … Glückwunschtelegramm an den Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Josef Cyrankiewicz, anlässlich des 6. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-polnischen Freundschafts- und Beistandspaktes
159 … Glückwunschtelegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Tschechoslowakischen Republik, Antonin Zapotocky, anlässlich des 6. Jahrestages der Befreiung der Tschechoslowakei von den faschistischen Okkupanten
160 … Telegramm an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, anlässlich des 6. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch
161 … Telegramm an den Staatspräsidenten der Volksrepublik Polen, Boleslaw Bierut, anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung Polens
162 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Josef Cyrankiewicz, anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung Polens
163 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Rumänischen Volksrepublik, Petru Groza, anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung Rumäniens
164 … Antworttelegramm an den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, anlässlich des 6. Jahrestages des Sieges über die japanischen Imperialisten
165 … Telegramm an den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, anlässlich des 2. Jahrestages der Gründung der Chinesischen Volksrepublik
166 … Antworten auf Fragen eines Korrespondenten der „Prawda“ über die Atomwaffe, „Prawda“
168 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, anlässlich des 2. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
169 … Antworttelegramm an den Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, anlässlich des 3. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
170 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, anlässlich des 34. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution
171 … Glückwunschtelegramm an den Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik, Klement Gottwald, anlässlich seines 55. Geburtstages
172 … Neujahrsbotschaft an das japanische Volk

1952

174 … Danktelegramm an das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
175 … Danktelegramm an den Stellvertreter des Ministerpräsidenten des Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht
176 … Danktelegramm an den Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands

177 … Telegramm an die Werktätigen des Magnitogorsker Hüttenkombinats anlässlich des 20. Jahrestages der Inbetriebnahme des Kombinats
178 … Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Petru Groza, anlässlich des 4. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-rumänischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandspaktes
179 … Telegramm an den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, anlässlich des 2. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-chinesischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandspaktes
180 … Antwort auf vier Fragen einer Gruppe von Redakteuren amerikanischer Zeitungen
181 … An das Hüttenkombinat in Kusnetzk
182 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Ungarischen Volksrepublik, Istvan Dobi, anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung Ungarns durch die Sowjetarmee
183 … Telegramm an den Präsidenten der Volksrepublik Polen, Boleslaw Bierut, anlässlich seines 60. Geburtstages
184 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Josef-Cyrankiewicz, anlässlich des 7. Jahrestages des sowjetisch-polnischen Freundschaftsabkommens
185 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Tyrannei
186 … Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Petru Groza, und an den Generalsekretär des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei, Gheorghiu-Dej, anlässlich des 75. Jahrestages der Proklamierung der staatlicher Unabhängigkeit Rumäniens
187 … Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Tschechoslowakischen Republik, Antonin Zapotocky, anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung der CSR durch die Sowjetarmee
188 … Grußschreiben an die Jungen Pioniere der Sowjetunion anlässlich des 30jährigen Bestehens der Pionierorganisation „W. I. Lenin“ der Sowjetunion
189 … Grußschreiben an den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der chinesischen Volksbefreiungsarmee
190 … Glückwunschtelegramm an den Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, anlässlich des Nationalfeiertages der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
191 … Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU(B), zum 5. Oktober 1952 den XIX. Parteitag der KPdSU(B) einzuberufen
192 … Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Gheorghe Gheorghiu-Dej, anlässlich des 8. Jahrestages der Befreiung Rumäniens vom faschistischen Joch
193 … Antworttelegramm an den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, anlässlich des 7. Jahrestages des Sieges über die japanischen Imperialisten

194 … Telegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien, Wylko Tscherwenkoff, anlässlich des 8. Jahrestages der Befreiung Bulgariens
195 … Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR
195 … • Bemerkungen zu ökonomischen Fragen, die mit der Novemberdiskussion 1951 zusammenhängen
218 … • Antwort an Genossen Alexander Iljitsch Notkin
223 … • Über die Fehler des Genossen L. D. Jaroschenko
237 … • Antwort an die Genossen A. W. Sanina und W. G. Wensher
243 … Telegramm an den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Mao Tse-tung, anlässlich des 3. Jahrestages der Gründung der Chinesischen Volksrepublik
244 … Telegramm an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, anlässlich des 3. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
245 … Antworttelegramm an den Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, Kim Ir Sen, anlässlich des 4. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik
246 … Rede auf dem XIX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion
249 … Antworten auf Fragen des diplomatischen Korrespondenten der „New York Times“, James Reston

Anhang

251 … Schreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KPJ
251 … • 27. März 1948
255 … • 4. Mai 1948
267 … • 22. Mai1948

1945

ANSPRACHE DES GENOSSEN J. W. STALIN AN DAS VOLK

9. Mai 1945

Genossen! Mitbürger und Mitbürgerinnen!
Der große Tag des Sieges über Deutschland ist gekommen. Von der Roten Armee und den Truppen unserer Verbündeten auf die Knie gezwungen, hat sich das faschistische Deutschland für besiegt erklärt und bedingungslos kapituliert.
Am 7. Mai wurde in Reims ein vorläufiges Kapitulationsprotokoll unterzeichnet. Am 8. Mai haben in Berlin Vertreter des deutschen Oberkommandos im Beisein von Vertretern des Obersten Kommandos der verbündeten Truppen und des Obersten Kommandos der Sowjettruppen die endgültige Kapitulationsurkunde unterzeichnet, mit deren Verwirklichung am 8. Mai um 24 Uhr begonnen wurde.
Da wir die Wolfsnatur der deutschen Machthaber kennen, die Verträge und Abkommen als einen bloßen Fetzen Papier betrachten, haben wir keinen Grund, ihnen aufs Wort zu glauben. Seit heute morgen jedoch haben deutsche Truppen in Verwirklichung der Kapitulationsurkunde begonnen, in Massen die Waffen zu strecken und sich unseren Truppen gefangen zugeben. Das ist schon kein bloßer Papierfetzen mehr. Das ist die tatsächliche Kapitulation der deutschen Wehrmacht. Allerdings sucht im Räume der Tschechoslowakei eine deutsche Heeresgruppe immer noch, sich der Kapitulation zu entziehen. Aber ich hoffe, dass es der Roten Armee gelingen wird, sie zur Besinnung zu bringen.
Jetzt haben wir vollen Grund zu erklären, dass der historische Tag der endgültigen Niederwerfung Deutschlands, der Tag des großen Sieges unseres Volkes über den deutschen Imperialismus gekommen ist.
Die großen Opfer, die wir für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes gebracht haben, die unermesslichen Entbehrungen und Leiden, die unser Volk während des Krieges zu erdulden hatte, die auf dem Altar des Vaterlandes dargebrachte angespannte Arbeit im Hinterland und an der Front sind nicht vergeblich gewesen, sondern durch den vollen Sieg über den Feind gekrönt worden. Der jahrhundertelange Kampf der slawischen Völker um ihre Existenz und Unabhängigkeit hat mit dem Sieg über die deutschen Okkupanten und die deutsche Tyrannei geendet.
Von nun an wird das große Banner der Völkerfreiheit und des Völkerfriedens über Europa wehen.
Vor drei Jahren verkündete Hitler vor aller Welt, dass die Zerstückelung der Sowjetunion, die Losreißung des Kaukasus, der Ukraine, Bjelorußlands, der baltischen Länder und anderer Sowjetgebiete zu seiner Aufgabe gehört. Er erklärte unumwunden: „Wir werden Rußland vernichten, dass es sich niemals mehr erheben kann.“ Das war vor drei Jahren. Die wahnwitzigen Ideen Hitlers sollten jedoch nicht in Erfüllung gehen - im Verlaufe des Krieges sind sie wie Spreu im Winde verweht. Was in Wirklichkeit herauskam, ist das gerade Gegenteil dessen, wovon die Hitlerleute faselten. Deutschland ist aufs Haupt geschlagen. Die deutschen Truppen kapitulieren. Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.
Genossen! Der Große Vaterländische Krieg hat mit unserem vollen Sieg geendet. Die Periode des Krieges in Europa ist zu Ende. Die Periode der friedlichen Entwicklung hat begonnen.
Ich beglückwünsche euch zum Siege, meine lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen!
Ruhm und Ehre unserer heldenhaften Roten Armee, die die Unabhängigkeit unserer Heimat behauptete und den Sieg über den Feind errungen hat!
Ruhm und Ehre unserem großen Volke, dem Siegervolk!
Ewiger Ruhm den in den Kämpfen gegen den Feind gefallenen Helden, die ihr Leben hingaben für die Freiheit und das Glück unseres Volkes!

J. Stalin
Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion,
Dietz Verlag, Berlin 1951, Seite 221-223

BEFEHL
DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS
AN DIE TRUPPEN DER ROTEN ARMEE
UND DIE KRIEGSMARINE

Am 8. Mai 1945 wurde in Berlin von Vertretern des deutschen Oberkommandos die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte unterzeichnet.
Der Große Vaterländische Krieg, den das Sowjetvolk gegen die faschistischen deutschen Okkupanten führte, ist siegreich beendet, Deutschland ist restlos geschlagen.
Genossen Rotarmisten und Matrosen der Roten Flotte, Sergeanten und Obermaate, Offiziere der Armee und Flotte, Generale, Admirale und Marschälle, ich beglückwünsche euch zur siegreichen Beendigung des Großen Vaterländischen Krieges.
In Würdigung des vollen Sieges über Deutschland salutiert heute, den 9. Mai, am Tage des Sieges, um 22 Uhr die Hauptstadt unserer Heimat, Moskau, im Namen der Heimat den heldenmütigen Truppen der Roten Armee, den Schiffen und Formationen der Kriegsmarine, die diesen glänzenden Sieg errungen haben, mit dreißig Artilleriesalven aus tausend Geschützen.
Ewiger Ruhm den Helden, die in den Kämpfen für die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat gefallen sind!
Es lebe die siegreiche Rote Armee und die siegreiche Kriegsmarine!

Der Oberste Befehlshaber
Marshall der Sowjetunion
J. Stalin

9. Mai 1945. Nr. 369.

J. Stalin,
Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion,
Dietz Verlag, Berlin 1951, Seite 224-225

BRIEF AN DEN ÖSTERREICHISCHEN BUNDESKANZLER K. RENNER

Mai 1945

An Seine Exzellenz
Herrn K. Renner

Ich danke Ihnen, sehr geehrter Genosse, für Ihr Schreiben vom 15. April.
Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, dass Ihre Sorge für die Unabhängigkeit, Unversehrtheit und das Gedeihen Österreichs auch meine Sorge ist.
Ich bin bereit, Ihnen nach Maßgabe der Kräfte und Möglichkeiten jede Hilfe zu erweisen, die für Österreich notwendig sein kann.
Ich entschuldige mich, wegen meiner verspäteten Antwort.

J Stalin

„Neues Deutschland“,
Ausgabe A, Nr. 205,
2. September 1949

ANTWORT AUF EINEN BRIEF DES KORRESPONDENTEN DER ENGLISCHEN ZEITUNG „TIMES

18. Mai 1945

Ich habe mich etwas mit der Antwort verspätet, doch ist das verständlich, wenn man meine Überbeanspruchung in Betracht zieht.

1. Die Verhaftung von 16 Polen, mit dem bekannten Diversanten General Okulitzki an der Spitze, in Polen steht in keinerlei Zusammenhang mit der Frage der Umbildung der Polnischen Provisorischen Regierung. Diese Herren wurden auf Grund des Gesetzes zum Schutz des Hinterlandes der Roten Armee vor Diversanten, das mit dem englischen Gesetz über den Schutz des Staates analog ist, verhaftet, wobei diese Verhaftungen von den sowjetischen Militärbehörden im Einklang mit dem zwischen der Polnischen Provisorischen Regierung und dem sowjetischen Militärkommando unterzeichneten Abkommen vorgenommen wurden.

2. Es ist falsch, dass die verhafteten Polen zu Unterhandlungen mit den sowjetischen Behörden eingeladen waren. Mit Übertretern des Gesetzes zum Schutz des Hinterlandes der Roten Armee führen die Sowjetbehörden keine Unterhandlungen und werden auch keine führen.

3. Was die Frage über die Umbildung der Polnischen Provisorischen Regierung selbst betrifft, so kann sie nur auf Grund der Krim-Beschlüsse gelöst werden, denn es dürfen keinerlei Abweichungen von diesen Beschlüssen geduldet werden.

4. Ich bin der Meinung, dass die polnische Frage durch ein übereinkommen zwischen den Verbündeten nur im Falle der Beibehaltung folgender elementarer Bedingungen gelöst werden kann:

a) Wenn bei der Umbildung der Polnischen Provisorischen Regierung letztere als der Grundkern der zukünftigen Polnischen Regierung der nationalen Einheit anerkannt wird, so wie es in Jugoslawien der Fall war, wo das nationale Befreiungskomitee als Grundkern der Vereinten Jugoslawischen Regierung anerkannt wurde.

b) Wenn im Ergebnis der Umbildung in Polen eine solche Regierung geschaffen wird, die eine Politik der Freundschaft mit der Sowjetunion, nicht aber die Politik eines „Sanitätskordons“ gegen die Sowjetunion durchführen wird.

c) Wenn die Frage über die Umbildung der Polnischen Provisorischen Regierung gemeinsam mit denjenigen Polen, die zur Zeit mit dem polnischen Volke verbunden sind, nicht aber ohne sie gelöst wird.

Mit Hochachtung

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“, Nr. 6,
20. Mai 1915

REDE DES GENOSSEN J.W. STALIN BEIM EMPFANG IM KREMEL ZU EHREN DER TRUPPEN DER ROTEN ARMEE

24. Mai 1945

Genossen, erlauben Sie mir, noch einen, den letzten Trinkspruch auszubringen.
Ich möchte einen Toast auf das Wohl unseres Sowjetvolkes und vor allem auf das des russischen Volkes ausbringen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall, Hurrarufe.)
Ich trinke vor allem auf das Wohl des russischen Volkes, weil es die hervorragendste Nation unter allen zur Sowjetunion gehörenden Nationen ist.
Ich bringe einen Toast auf das Wohl des russischen Volkes aus, weil es sich in diesem Kriege die allgemeine Anerkennung als die führende Kraft der Sowjetunion unter allen Völkern unseres Landes verdient hat.
Ich bringe einen Toast auf das Wohl des russischen Volkes aus, nicht nur weil es das führende Volk ist, sondern auch weil es einen klaren Verstand, einen standhaften Charakter und Geduld besitzt.
Unsere Regierung hat nicht wenig Fehler gemacht, wir hatten in den Jahren 1941-1942 Augenblicke einer verzweifelten Lage, als unsere Armee zurückging und die uns lieben und teuren Dörfer und Städte der Ukraine, Bjelorußlands, der Moldau, des Leningrader Gebiets, der baltischen Länder und der Karelisch-Finnischen Republik aufgab, weil kein anderer Ausweg vorhanden war. Ein anderes Volk hätte zu seiner Regierung sagen können: ihr habt unsere Erwartungen nicht gerechtfertigt, macht, dass ihr fortkommt, wir werden eine andere Regierung einsetzen, die mit Deutschland Frieden schließt und uns Ruhe sichert. Doch das russische Volk hat nicht so gehandelt, denn es glaubte daran, dass die Politik seiner Regierung richtig war, und brachte Opfer, um die Niederwerfung Deutschlands zu gewährleisten. Und dieses Vertrauen des russischen Volkes zur Sowjetregierung hat sich als der entscheidende Faktor erwiesen, der den historischen Sieg über den Feind der Menschheit, über den Faschismus, gesichert hat.
Dem russischen Volk sei für dieses Vertrauen gedankt!
Auf das Wohl des russischen Volkes! (Stürmischer, nicht enden wollender Beifall.)

J. Stalin,
Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion,
Dietz Verlag, Berlin 1951, Seite 226-227

AN DIE REDAKTION DER ZEITUNG „KOMSOMOLSKAJA PRAWDA“

Mai 1945

Ich beglückwünsche das Organ des Kampfes der sowjetischen Jugend, die Zeitung „Komsomolskaja Prawda“, zu ihrem zwanzigjährigen Bestehen.
Während der Jahre des friedlichen Aufbaus und in den Tagen des Großen Vaterländischen Krieges hat die „Komsomolskaja Prawda“ die sowjetische Jugend im Geist des vorbehaltlosen Dienstes an unserem Vaterland erzogen.
Ich bin sicher, dass die „Komsomolskaja Prawda“ auch in Zukunft ihre Aufgaben bei der Erziehung der heranwachsenden Generation im Geist der Treue zur leninistischen Partei mit Erfolg erfüllen wird, dass sie der Jugend helfen wird, sich die Errungenschaften der Wissenschaften und der Kultur zu eigen zu machen, dass sie die Kräfte der jungen Patrioten zum Kampf für das weitere Aufblühen unseres großen Vaterlandes stärken wird.

J. Stalin

Prawda,
24. Mai 1945

BRIEF AN DEN GENERAL DE GAULLE

anlässlich der Rückkehr von Normandie-Niémen nach Frankreich

Juni 1945

Das französische Regiment Normandie-Niemen kehrt voll ausgerüstet, das heißt auch mit seinen voll ausgerüsteten Flugzeugen, in sein Vaterland zurück. Als Reiseroute nimmt es die Elbe in westlicher Richtung.

Ich hielt es für sehr wichtig, dem Regiment das Material zu belassen, mit dem es tapfer und mit vollem Erfolg an der Ostfront gekämpft hat. Möge dieses Material das bescheidene Geschenk der Luftfahrt der Sowjetunion an Frankreich und das Symbol der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern sein.

Ich bitte Sie, meinen Dank für die Arbeit, die dieses Regiment an der Front im Kampf gegen die deutschen Armeen geleistet hat, entgegenzunehmen.

„Nouvelles Sovietiques“, Nr.40,
9. Juni 1945, Paris

AN DIE REDAKTION DER ZEITUNG „PIONRSKAJA PRAWDA“

Juni 1945

Ich beglückwünsche die Redaktion, die jungen Korrespondenten und die Leser der Zeitung herzlich zum zwanzigjährigen Bestehen der „Pionerskaja Prawda“!
Die „Pionerskaja Prawda“ hilft den sowjetischen Kindern dabei, sich Kenntnisse zu erwerben. Sie erzieht die Pioniere und die Schuljugend im Geiste der Richtlinien unseres großen Lehrers Lenin.
Ich wünsche der „Pionerskaja Prawda“ neue Erfolge bei der Erziehung der jungen Leninisten im Geiste der Treue zu unserem Vaterland.

J. Stalin

Prawda,
10. Juni 1945

AN DIE J.W. STALIN-ARTILLERIEFABRIK DES URALS

Juni 1945

Ich beglückwünsche Euch, das Kollektiv der Arbeiter und Arbeiterinnen, der technischen Ingenieure und Angestellten der J.W. Stalin-Artilleriefabrik des Urals zu dem großen Produktionssieg: der Fertigstellung der 30000sten Kanone. Dafür wird die Fabrik mit dem Orden des „Vaterländischen Krieges - 1. Ordnung“ ausgezeichnet.
Dank eines kühnen Neuerergeistes und der Anwendung einer fortgeschrittenen Konstruktionstechnik bei der Produktion von Artilleriewaffen ist die in den Tagen des Vaterländischen Krieges errichtete Artilleriefabrik die Produktionsstätte von wesentlich machtvolleren und ausgefeilteren Artilleriewaffen geworden. Diese Waffen übertrafen die Technik des Feindes. Mit ihnen hat unsere heldenhafte Rote Armee den vollständigen Sieg über das faschistische Deutschland errungen.
Ich wünsche Ihnen für die Zukunft, während der Periode friedlichen Aufbaus, neue Erfolge bei der Herstellung von Artilleriewaffen und von Ausrüstungen für den Kohlebergbau und die Erdölindustrie unseres Landes.

J. Stalin

Prawda,
22. Juni 1945

BEFEHL
DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS

In Würdigung des Sieges über Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg bestimme ich, dass am 24. Juni 1945 auf dem Roten Platz eine Parade der Truppen der Feldarmee, der Kriegsmarine und der Moskauer Garnison als Parade des Sieges abzuhalten ist.
Zur Parade sind aufmarschieren zu lassen: zusammengesetzte Regimenter der Fronten, ein zusammengesetztes Regiment des Volkskommissariats für Landesverteidigung, ein zusammengesetztes Regiment der Kriegsmarine sowie die Kriegsakademien, Militärschulen und Truppen der Moskauer Garnison.
Die Parade des Sieges wird von meinem Stellvertreter Marschall der Sowjetunion Shukow abgenommen.
Die Parade des Sieges wird von dem Marschall der Sowjetunion Rokossowski geführt.
Die Gesamtleitung bei der Organisierung der Parade übertrage ich dem Befehlshaber der Truppen des Moskauer Militärkreises und Chef der Garnison der Stadt Moskau, Generaloberst Artemjew.

Der Oberste Befehlshaber
Marschall der Sowjetunion
J. Stalin

22. Juni 1945. Nr. 370.

J. Stalin,
Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion,
Dietz Verlag, Berlin 1951, Seite 223

REDE AUF EINEM EMPFANG IM KREMEL

25. Juni 1945

Ihr dürft nicht denken, dass ich Euch jetzt irgendetwas Außerordentliches sagen werde. Der Trinkspruch, den ich gerne ausbringen möchte, ist ebenso einfach wie alltäglich. Ich möchte auf das Wohl derer trinken, die wenig an Orden haben, deren Lage man selten beneidet und die man als die „Schrauben“ des riesigen Regierungsapparates betrachtet, ohne die jedoch wir alle, die Marschälle und Befehlshaber der Fronten und der Armeen, wenn ich einmal so sagen darf, keinen Pfifferling wert wären. Es genügt nämlich, dass eine Schraube ausfällt, und alles ist aus. Ich trinke auf das Wohl der einfachen, schlichten und bescheidenen Menschen, der „Schrauben“, die für das Funktionieren unseres riesigen Staatsapparates in allen seinen Bereichen sorgen: in den Wissenschaften, der Wirtschaft, dem Krieg. Es sind viele, und ihre Namen sind Legion, denn es sind -zig Millionen. Es sind bescheidene Menschen. Niemand schreibt Bücher über sie. Ihre Lage ist mittelmäßig, ihr Rang ist gering. Aber diese Menschen sind unsere Grundlage, so wie ein Gipfel auf einem Fundament gründet. Ich trinke auf das Wohl dieser Menschen, unsere Genossen, vor denen ich große Achtung habe.

Prawda,
27. Juni 1945

BEFEHL
DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS
AN DIE TRUPPEN DER ROTEN ARMEE
UND DIE KRIEGSMARINE DER UdSSR
Nr. 371

22. Juli 1945

Im Großen Vaterländischen Krieg des Sowjetvolkes gegen das faschistische Deutschland war die Kriegsmarine unseres Staates ein treuer Helfer der Roten Armee.
Im Krieg gegen die UdSSR suchte das faschistische Deutschland, das über eine starke Armee verfügte, durch einen plötzlichen Überfall unsere Armee und unsere Flotte in kurzer Frist zu schlagen. Im Zusammenwirken ihres Heeres mit ihrer Luftwaffe und Kriegsmarine wollten die Deutschen auch die Seeherrschaft erlangen.
Bekanntlich sind die Pläne der deutschen Strategen zu Lande und zur See völlig gescheitert. Die Rote Armee hat gemeinsam mit unseren Verbündeten die Hitlerwehrmacht aufs Haupt geschlagen und sie zur Kapitulation gezwungen.
In der Defensive wie in der Offensive der Roten Armee war unsere Flotte eine zuverlässige Deckung für die Flanken der Roten Armee, die an das Meer anstießen, versetzte der Handelsflotte und der Schifffahrt des Gegners empfindliche Schläge und sicherte das ununterbrochene Funktionieren unserer Verbindungswege. Die Kampfhandlungen der Sowjetmarine zeichneten sich durch opfermütige Standhaftigkeit und Kühnheit, hohe Kampfaktivität und militärische Meisterschaft aus. Die Bemannung der Unterseeboote, der Überwasserschiffe, die Flieger, Artilleristen und Infanteristen der Marine haben alles, was an den jahrhundertelangen Traditionen der russischen Flotte wertvoll war, übernommen und weiterentwickelt.
Die Sowjetmatrosen haben in den vier Jahren des Krieges auf der Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Barentssee, auf der Wolga, der Donau und dem Dnjepr neue Blätter in das Ruhmesbuch der russischen Marine eingetragen. Die Flotte hat ihre Pflicht gegenüber der Sowjetheimat restlos erfüllt.
Genossen Rote Matrosen, Obermaate und Offiziere! Das Sowjetvolk will seine Flotte noch stärker und mächtiger wissen. Unser Volk wird neue Kampfschiffe und neue Stützpunkte für die Flotte schaffen. Die Aufgabe der Marine besteht darin, unentwegt Marinekader auszubilden und sie zu vervollkommnen, sich die Kampferfahrungen des Vaterländischen Krieges zu Eigen zu machen und die maritime Kultur, Disziplin und Organisiertheit in ihren Reihen noch mehr zu steigern.
Ich beglückwünsche euch zum Tag der Kriegsmarine der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken!
Es lebe die Kriegsmarine des Sowjetstaates und ihre heldenhaften Männer!

Der Oberste Befehlshaber
Generalissimus der Sowjetunion
J. Stalin

J. Stalin,
Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion,
Dietz Verlag, Berlin 1951, Seite 229-230

AN DEN PRÄSIDENTEN DER NATIONALREGIERUNG DER CHINESISCHEN REPUBLIK, DEN GENERALISSIMUS TSCHIANG KAI-SCHEK

18. August 1945

Ich danke Ihnen für Ihre freundschaftlichen Grüße und für die hohe Wertschätzung, die Sie der Rolle der Sowjetunion bei der Niederlage des japanischen Aggressors beimessen. Die Kapitulation Japans, das zusammen mit Deutschland den zweiten Weltkrieg entfesselt hat, beweist, dass die Menschheit den Sieg über die Aggressoren im Westen wie im Osten der engen militärischen Kooperation der Alliierten verdankt. Dieser Sieg hat eine weltgeschichtliche Bedeutung als großer Markstein bei der fortschrittlichen Entwicklung der ganzen Menschheit.
Ich möchte die Gewissheit zum Ausdruck bringen, dass die Freundschaft und Zusammenarbeit unserer Länder mit allen freiheitsliebenden Nationen der Sache des Weltfriedens und des Wohlergehens der Völker dienen wird.

J. Stalin

Prawda,
19. August 1945

BEFEHL
DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS
Nr. 51

Moskau, 19. August 1945

In dem Großen Vaterländischen Krieg des Sowjetvolkes gegen das faschistische Deutschland hat unsere Luftflotte ihre Pflicht gegenüber der Heimat in Ehren erfüllt.

Die prächtigen Falken unseres Vaterlandes haben in erbitterten Luftschlachten die gepriesene deutsche Luftwaffe zerschmettert, wodurch sie der Roten Armee Aktionsfreiheit gesichert und die Bevölkerung des Landes von den feindlichen Luftbombardements befreit haben.

Gemeinsam mit der ganzen Roten Armee führten sie tödliche Schläge gegen den Feind und vernichteten seine Soldaten und sein Kriegsmaterial. Die kunstgerechten Operationen unserer heldenmütigen Luftflotte förderten ständig den Erfolg der Landtruppen und halfen ihnen, die endgültige Niederwerfung des Feindes zu vollbringen.

Die Sowjetflieger haben in den Kämpfen für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes nicht wenige Beispiele unübertroffener Standhaftigkeit, Kühnheit und wahren Heldenmuts geliefert. Sie haben in die Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges viele großartige Blätter eingeschrieben.

Das Sowjetvolk, das Siegervolk ist mit Recht auf den Kampfruhm seiner Flieger stolz.

Im Verlauf des Krieges ist es dank dem Arbeitsenthusiasmus unserer Arbeiter, Arbeiterinnen, Ingenieure und Angestellten sowie dem Erfindergeist und Talent der Flugzeugkonstrukteure der Sowjetunion möglich geworden, unsere Luftflotte mit vielen Tausenden ausgezeichneter Kampfmaschinen zu versorgen, die auf ihren Flügeln dem Feinde den Tod und unserem großen Sowjetvolke unsterblichen Ruhm brachten.

Genossen Flieger, Navigationsoffiziere und Bordschützen, Funker, Motoren- und Waffenwarte, Mechaniker, Techniker und Ingenieure, Offiziere und Generale! Arbeiter, Ingenieure, Angestellte und Konstrukteure der Flugzeugindustrie!

Ich begrüße und beglückwünsche euch zum Festtag der Luftfahrt!

Zur Feier des Tages der Luftfahrt und zu Ehren unserer ruhmreichen Flieger

BEFEHLE ICH:

Heute, am 19. August, um 20 Uhr ist in der Hauptstadt unserer Heimat, Moskau, im Namen der Heimat unseren heldenmütigen Aviatikern mit zwanzig Artilleriesalven aus zweihundertvierundzwanzig Geschützen zu salutieren.

Der Oberste Befehlshaber
Generalissimus der Sowjetunion
J. Stalin

J. Stalin,
Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion,
Dietz Verlag, Berlin 1951, Seite 231-255

ANTWORTTELEGRAMM AN PREMIERMINISTER ATTLEE

anlässlich des Sieges über Japan

August 1945

Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen Grüße und Wünsche anlässlich des Sieges über Japan, und ich beglückwünsche Sie von meiner Seite aus zu diesem Sieg. Der Krieg gegen Deutschland und Japan und unsere gemeinsamen Absichten in dem Kampfe gegen die Aggressoren hat Sowjetrußland und das Vereinigte Königreich enger zusammengebracht und hat unsere Zusammenarbeit gefestigt, deren Unterlage unser dauerhafter Bündnisvertrag ist. Ich vertraue darauf, dass die Zusammenarbeit, im Krieg und militärischen Gefahren erprobt, sich auch in der Nachkriegszeit zum Wohlergehen unserer Völker entwickeln und verstärken wird.

J. Stalin

„Deutsche Volkszeitung“, Nr. 62,
vom 23. August 1945

AN DEN PREMIERMINISTER DER VOLKSREPUBLIK MONGOLEI, MARSCHALL TSCHOIBALSAN

August 1945

Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für die Glückwünsche anlässlich des endgültigen Sieges über die japanischen Aggressoren und beglückwünsche Sie meinerseits zu diesem Sieg.
Die sowjetische Regierung vermerkt mit Anerkennung, dass die mongolische Revolutionäre Volksarmee, die Schulter an Schulter mit der Roten Armee gekämpft hat, ihren wertvollen Beitrag, zur gemeinsamen Sache der Besiegung des japanischen Imperialismus geleistet hat. Ich bin sicher, dass auch in Zukunft die Sowjetunion und die unabhängige Volksrepublik Mongolei im Kampf gegen die Feinde unserer Länder Hand in Hand gehen werden, zum Wohl unserer Völker.

J. Stalin

Prawda,
29. August 1945

AN DEN PRÄSIDENTEN DER NATIONALREGIERUNG DER CHINESISCHEN REPUBLIK, DEN GENERALISSIMUS TSCHIAN KAI-SCHEK

August 1945

Ich danke Ihnen für die Glückwünsche anlässlich der Ratifizierung des Freundschafts- und Beistandsvertrages sowie der am 14. August unterzeichneten Abkommen zwischen China und der UdSSR.

Ich bin sicher, dass dieser Vertrag und die Abkommen als solide Basis für eine weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und China zum Wohl und Wohlergehen unserer Völker und zur Festigung des Friedens und der Sicherheit im Fernen Osten und in der ganzen Welt dienen werden.

Bitte nehmen Sie, Herr Präsident, meine Glückwünsche aus Anlass der Ratifizierung dieser historischen Dokumente entgegen.

J. Stalin

Prawda,
31. August 1945

ANSPRACHE DES GENOSSEN J. W. STALIN AN DAS VOLK

2. September 1945

Genossen!
Mitbürger und Mitbürgerinnen!
Heute, am 2. September, haben Japans Staats- und Militärvertreter die Urkunde der bedingungslosen Kapitulation unterzeichnet. Zu Wasser und zu Lande aufs Haupt geschlagen und durch die Streitkräfte der Vereinten Nationen von allen Seiten eingekreist, hat sich Japan als besiegt bekannt und die Waffen gestreckt.
Zwei Herde des Weltfaschismus und der Weltaggression hatten sich am Vorabend dieses Weltkrieges gebildet: Deutschland im Westen und Japan im Osten. Sie waren es, die den zweiten Weltkrieg entfesselt haben. Sie waren es, die die Menschheit und ihre Zivilisation an den Rand des Verderbens gebracht haben. Der Herd der Weltaggression im Westen wurde vor vier Monaten liquidiert, wodurch Deutschland sich gezwungen sah, zu kapitulieren. Vier Monate später wurde der Herd der Weltaggression im Osten liquidiert, wodurch Japan, der Hauptverbündete Deutschlands, sich gleichfalls gezwungen sah, die Kapitulation zu unterzeichnen.
Das bedeutet, dass das Ende des zweiten Weltkrieges gekommen ist.
Jetzt können wir sagen, dass die für den Frieden in der ganzen Welt notwendigen Voraussetzungen bereits errungen sind.
Es muss gesagt werden, dass die japanischen Okkupanten nicht nur unseren Verbündeten - China, den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien - Schaden zugefügt haben. Sie haben auch unserem Lande überaus ernsten Schaden zugefügt. Darum haben wir noch unsere besondere Rechnung mit Japan zu regeln.
Japan begann mit seiner Aggression gegen unser Land bereits 1904 im Russisch-Japanischen Krieg. Bekanntlich machte sich Japan im Februar 1904, als die Verhandlungen zwischen Japan und Rußland noch andauerten, die Schwäche der Zarenregierung zunutze, überfiel unerwartet und treubrüchig ohne Kriegserklärung unser Land und griff das russische Geschwader im Raum Port-Arthur an, um mehrere russische Kriegsschiffe außer Gefecht zu setzen und damit eine vorteilhafte Lage für seine eigene Flotte zu schaffen. Japan setzte tatsächlich drei erstklassige Kriegsschiffe Rußlands außer Gefecht. Kennzeichnend ist, dass Japan siebenunddreißig Jahre später gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika dieses treubrüchige Verfahren genau wiederholte, als es 1941 den Flottenstützpunkt der Vereinigten Staaten von Amerika in Pearl-Harbour überfiel und eine Anzahl von Linienschiffen dieses Staates außer Gefecht setzte. Bekanntlich erlitt Rußland damals im Krieg gegen Japan eine Niederlage. Japan aber nutzte die Niederlage des zaristischen Rußlands aus, um Rußland Süd-Sachalin abzunehmen, sich auf den Kurilen festzusetzen und auf diese Weise unserem Lande im Osten alle Ausgänge nach dem Ozean und folglich auch alle Ausgänge nach den Häfen Sowjet-Kamtschatkas und der sowjetischen Tschuktschen-Halbinsel fest zu verschließen. Es war klar, dass Japan sich die Aufgabe stellte, von Rußland dessen ganzen Fernen Osten loszureißen.
Damit jedoch waren die annektionistischen Aktionen Japans gegen unser Land nicht erschöpft. 1918, nach Errichtung der Sowjetordnung in unserem Lande, machte sich Japan die damalige feindliche Haltung Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber dem Sowjetlande zunutze, überfiel, auf diese Länder gestützt, erneut unser Land und okkupierte den Fernen Osten. Vier Jahre lang marterte Japan unser Volk und plünderte den sowjetischen Fernen Osten.
Doch auch das ist nicht alles. 1938 überfiel Japan im Raum des Chassansees bei Wladiwostok von neuem unser Land, um Wladiwostok einzukreisen; im darauf folgenden Jahre wiederholte

Japan seinen Überfall dann an einer anderen Stelle, im Raum der Mongolischen Volksrepublik bei Halchin-Gol, mit dem Ziel, nach dem Sowjetterritorium durchzubrechen, unsere Sibirische Eisenbahnlinie zu durchschneiden und den Fernen Osten von Rußland abzuschneiden.

Allerdings wurden die Angriffe Japans im Räume Chassan und Halchin-Gol von den Sowjettruppen mit großem Schimpf für die Japaner liquidiert. Gleicherweise wurde die japanische militärische Intervention der Jahre 1918-1922 erfolgreich liquidiert, und die japanischen Okkupanten wurden aus den Bezirken unseres Fernen Ostens hinausgeworfen. Doch hatte die Niederlage der russischen Truppen im Jahre 1904, im Russisch-Japanischen Kriege, im Bewusstsein des Volkes schwere Erinnerungen zurückgelassen. Diese Niederlage lastete auf unserem Lande als ein schwarzer Fleck. Unser Volk glaubte daran und wartete darauf, dass der Tag kommt, da Japan geschlagen und der Fleck getilgt wird. Vierzig Jahre haben wir, Menschen der alten Generation, auf diesen Tag gewartet. Und nun ist dieser Tag gekommen. Heute hat sich Japan als besiegt bekannt und die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet.

Das bedeutet, dass Süd-Sachalin und die Kurilen an die Sowjetunion fallen und von nun an nicht als Mittel zur Trennung der Sowjetunion vom Ozean und als Stützpunkt eines japanischen Überfalls auf unseren Fernen Osten dienen werden, sondern als Mittel der direkten Verbindung der Sowjetunion mit dem Ozean und als Stützpunkt der Verteidigung unseres Landes gegen die japanische Aggression.

Unser Sowjetvolk hat für den Sieg weder Kräfte noch Mühe gescheut. Wir haben schwere Jahre durchgemacht. Jetzt aber kann jeder von uns sagen: wir haben gesiegt. Von nun an können wir unser Vaterland als befreit ansehen von der Bedrohung durch eine deutsche Invasion im Westen und eine japanische Invasion im Osten. Der lang erwartete Friede für die Völker der ganzen Welt ist eingetreten.

Ich beglückwünsche euch, meine, lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen, zu dem großen Siege, zur erfolgreichen Beendigung des Krieges, zum Eintritt des Friedens in der ganzen Welt!

Ruhm den Streitkräften der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Chinas und Großbritanniens, die den Sieg über Japan errungen haben!

Ruhm unseren fernöstlichen Truppen und der Kriegsflotte des Stillen Ozeans, die die Ehre und Würde unserer Heimat behauptet haben!

Ruhm unserem großen Volke, dem Siegervolke!

Ewiger Ruhm den Helden, die in Kämpfen für die Ehre und den Sieg unserer Heimat gefallen sind!

Es lebe und gedeihe unsere Heimat.

J. Stalin,
Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion,
Dietz Verlag, Berlin 1951, Seite 233-237

BEFEHL
DES OBERSTEN BEFEHLSHABERS
AN DIE TRUPPEN DER ROTEN ARMEE
UND DIE KRIEGSMARINE

3. September 1945. Nr. 373

Am 2. September 1945 haben in Tokio Vertreter Japans die Urkunde der bedingungslosen Kapitulation der japanischen Streitkräfte unterzeichnet.
Der Krieg, den das Sowjetvolk gemeinsam mit unseren Verbündeten gegen den letzten Aggressor - den japanischen Imperialismus - geführt hat, ist siegreich vollendet, Japan ist niedergeworfen und hat kapituliert.
Genossen Rotarmisten, Matrosen der Roten Flotte, Sergeanten, Obermaate, Offiziere der Armee und Flotte, Generale, Admirale und Marschälle, ich beglückwünsche euch zu der siegreichen Beendigung des Krieges gegen Japan.
In Würdigung des Sieges über Japan salutiert heute, am 3. September, am Festtage des Sieges über Japan, die Hauptstadt unserer Heimat Moskau um 21 Uhr im Namen der Heimat den ruhmreichen Truppen der Roten Armee, den Schiffen und Formationen der Kriegsmarine, die diesen Sieg errungen haben, mit vierundzwanzig Artilleriesalven aus dreihundertvierundzwanzig Geschützen.

Ewiger Ruhm den Helden, die in den Kämpfen für die Ehre und den Sieg unserer Heimat gefallen sind!
Es lebe und gedeihe unsere Rote Armee und unsere Kriegsflotte!

Der Oberste Befehlshaber
Generalissimus der Sowjetunion
J. Stalin

3. September 1945, Nr. 373

J. Stalin,
Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion,
Dietz Verlag, Berlin 1961, Seite 238-239

1946

REDE IN DER WÄHLERVERSAMMLUNG DES STALIN-WAHLBEZIRKS DER STADT MOSKAU

9. Februar 1946

Genossen! Seit den letzten Wahlen zum Obersten Sowjet sind acht Jahre vergangen. Diese Periode war reich an entscheidenden Ereignissen. Die ersten vier Jahre vergingen in angespannter Arbeit der Sowjetmenschen zur Verwirklichung des dritten Fünfjahrplans. Die darauf folgenden vier Jahre umfassen die Ereignisse des Krieges gegen die deutschen und japanischen Aggressoren, die Ereignisse des zweiten Weltkriegs. Zweifellos bildet der Krieg das Hauptmoment der verflossenen Periode.

Es wäre falsch, zu glauben, dass der zweite Weltkrieg zufällig oder infolge von Fehlern dieser oder jener Staatsmänner entstanden sei, obgleich es unbestreitbar Fehler gegeben hat. In Wirklichkeit war der Krieg ein unvermeidliches Ergebnis der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Weltkräfte auf der Basis des modernen Monopolkapitalismus. Die Marxisten haben wiederholt erklärt, dass das kapitalistische Weltwirtschaftssystem die Elemente einer allgemeinen Krise und kriegerischer Zusammenstöße in sich birgt, dass infolgedessen die Entwicklung des Weltkapitalismus in unserer Zeit nicht in Form einer reibungslosen und gleichmäßigen Vorwärtsbewegung vor sich geht, sondern Krisen und Kriegskatastrophen durchmacht. Die Sache ist nämlich die, dass die ungleichmäßige Entwicklung der kapitalistischen Länder im Laufe der Zeit gewöhnlich zu einer jähen Störung des Gleichgewichts innerhalb des Weltsystems des Kapitalismus führt, wobei die Gruppe kapitalistischer Länder, die sich mit Rohstoffen und Absatzmärkten für weniger gut versorgt hält, gewöhnlich Versuche unternimmt, die Lage zu ändern und die „Einflusssphären“ zu ihren Gunsten neu aufzuteilen - und zwar durch Anwendung von Waffengewalt. Das Ergebnis ist die Spaltung der kapitalistischen Welt in zwei feindliche Lager und der Krieg zwischen ihnen.

Man könnte vielleicht Kriegskatastrophen vermeiden, wenn die Möglichkeit bestünde, die Rohstoffe und Absatzmärkte unter den Ländern entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gewicht, durch Annahme koordinierter und friedlicher Beschlüsse, periodisch neu aufzuteilen. Aber das läßt sich unter den gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklungsbedingungen der Weltwirtschaft nicht verwirklichen.

So kam es infolge der ersten Krise des kapitalistischen Systems der Weltwirtschaft zum ersten Weltkrieg und infolge der zweiten Krise zum zweiten Weltkrieg.

Das heißt natürlich nicht, dass der zweite Weltkrieg eine Kopie des ersten ist. Im Gegenteil, der zweite Weltkrieg unterscheidet sich seinem Charakter nach wesentlich vom ersten. Man muss berücksichtigen, dass die ausschlaggebenden faschistischen Staaten - Deutschland, Japan, Italien -, ehe sie die verbündeten Länder überfielen, bei sich zu Hause die letzten Reste der bürgerlich-demokratischen Freiheiten vernichteten, bei sich zu Hause ein brutales Terrorregime aufrichteten, das Prinzip der Souveränität und freien Entwicklung der kleinen Länder mit Füßen traten, die Politik der Eroberung fremder Gebiete als ihre eigene Politik verkündeten und vor aller Welt erklärten, dass sie die Weltherrschaft und die Ausdehnung des faschistischen Regimes auf die ganze Welt anstreben, wobei die Achsenmächte durch die Annexion der Tschechoslowakei und der Zentralgebiete Chinas zeigten, dass sie bereit sind, ihre Drohung wahr zu machen, d. h. alle freiheitsliebenden Völker zu versklaven. Infolgedessen nahm der zweite Weltkrieg gegen die Achsenmächte, zum Unterschied vom ersten Weltkrieg, gleich von Anfang an den Charakter eines antifaschistischen, eines Befreiungskrieges an, dessen eine Aufgabe denn auch die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten war. Der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen die Achsenmächte konnte den antifaschistischen und Befreiungscharakter des zweiten Weltkrieges lediglich verstärken und hat ihn auch tatsächlich verstärkt.

Eben auf dieser Grundlage bildete sich die antifaschistische Koalition der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und der anderen freiheitsliebenden Staaten, die dann für die Zerschmetterung der Streitkräfte der Achsenmächte von entscheidender Bedeutung war.

So ist es um die Frage des Ursprungs und Charakters des zweiten Weltkrieges bestellt.

Jetzt dürften alle anerkennen, dass der Krieg tatsächlich kein Zufall im Leben der Völker war und es auch nicht sein konnte, dass er in der Tat zu einem Krieg der Völker um ihre Existenz wurde und dass er gerade deshalb kein kurzfristiger, kein Blitzkrieg sein konnte.

Was unser Land betrifft, so war dieser Krieg der grausamste und schwerste von allen Kriegen, die es in der Geschichte unseres Heimatlandes je gegeben hat.

Aber der Krieg war nicht nur ein Fluch. Er war gleichzeitig eine große Schule der Prüfung und eine Bewährungsprobe für alle Kräfte des Volkes. Der Krieg hat alle Tatsachen und Ereignisse im Hinterland und an der Front bloßgelegt, er hat erbarmungslos alle Schleier und Hüllen heruntergerissen, die das wahre Gesicht der Staaten, Regierungen und Parteien verdeckten, und hat sie ohne Maske, ohne Schminke, mit allen ihren Mängeln und Vorzügen auf die Bühne gestellt. Der Krieg brachte eine Art Examen für unsere Sowjetordnung, unseren Staat, unsere Regierung, unsere Kommunistische Partei und zog das Fazit ihrer Arbeit, als wollte er uns sagen: da sind sie, eure Menschen und Organisationen, ihre Taten und ihr Leben - schaut sie euch aufmerksam an und würdigt sie nach ihren Werken.

Darin liegt eine der positiven Seiten des Krieges.

Für uns, für die Wähler, ist dieser Umstand von großer Bedeutung, denn er hilft uns, die Tätigkeit der Partei und ihrer Menschen schnell und objektiv zu werten und die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Zu anderer Zeit müsste man die Reden und Berichte der Vertreter der Partei studieren, sie analysieren, ihre Worte mit ihren Taten vergleichen, das Fazit ziehen und dergleichen mehr. Das erfordert eine komplizierte und schwierige Arbeit, wobei man keine Gewähr hat, dass nicht Fehler begangen werden. Anders liegen die Dinge jetzt, da der Krieg beendet ist, da der Krieg selbst die Arbeit unserer Organisationen und Leiter überprüft und das Fazit dieser Arbeit gezogen hat. Jetzt ist es für uns viel leichter, uns zurechtzufinden und zu den richtigen Schlüssen zu gelangen.

Welches sind also die Ergebnisse des Krieges?

Es gibt ein Hauptergebnis, auf Grund dessen alle anderen Ergebnisse entstanden sind. Dieses Ergebnis besteht darin, dass unsere Feinde bei Kriegsausgang eine Niederlage erlitten haben, wir aber und unsere Verbündeten die Sieger geblieben sind. Wir haben den Krieg mit dem vollen Sieg über unsere Feinde beendet - das ist das Hauptergebnis des Krieges. Doch das ist ein zu allgemeines Ergebnis, und wir können hier keinen Punkt setzen. Gewiss, die Feinde schlagen, in einem Krieg wie dem zweiten Weltkrieg, in einem Krieg, wie es ihn in der Geschichte der Menschheit noch nicht gegeben hat, das heißt einen weltgeschichtlichen Sieg erringen. Das alles ist richtig. Aber das ist doch nur das allgemeine Ergebnis, und wir können uns damit nicht zufrieden geben. Um die große historische Bedeutung unseres Sieges zu begreifen, muss man diese Frage konkreter untersuchen.

Wie ist also unser Sieg über die Feinde zu verstehen, was kann dieser Sieg vom Gesichtspunkt des Zustandes und der Entwicklung der inneren Kräfte unseres Landes bedeuten?

Unser Sieg bedeutet vor allem, dass unsere sowjetische Gesellschaftsordnung gesiegt hat, dass die sowjetische Gesellschaftsordnung die Feuerprobe des Krieges mit Erfolg bestanden und ihre volle Lebensfähigkeit bewiesen hat.

Bekanntlich wurde in der Auslandspresse wiederholt behauptet, die sowjetische Gesellschaftsordnung sei ein zum Scheitern verurteiltes „gewagtes Experiment“, die Sowjetordnung stelle ein „Kartenhaus“ dar ohne ein lebenskräftiges Fundament, sie sei dem Volk durch die Organe der Tscheka aufgezwungen worden, und ein kleiner Stoss von außen genüge, damit dieses „Kartenhaus“ zusammenfällt.

Jetzt dürfen wir sagen, dass der Krieg alle diese Behauptungen der Auslandspresse als haltlos über den Haufen geworfen hat. Der Krieg hat gezeigt, dass die sowjetische Gesellschaftsordnung eine wahrhafte Volksordnung darstellt, die aus dem Schoße des Volkes emporgewachsen ist und seine mächtige Unterstützung genießt, dass die sowjetische Gesellschaftsordnung eine durchaus lebensfähige und stabile Form der Gesellschaftsorganisation ist.

Mehr noch. Jetzt ist die Rede schon nicht mehr davon, ob die sowjetische Gesellschaftsordnung lebensfähig ist oder nicht, denn nach den anschaulichen Lehren des Krieges wagt es kein Skeptiker mehr, Zweifel an der Lebensfähigkeit der sowjetischen Gesellschaftsordnung zu äußern. Jetzt ist die Rede davon, dass die sowjetische Gesellschaftsordnung erwiesenermaßen lebensfähiger und stabiler ist als die nichtsowjetische Gesellschaftsordnung, dass die sowjetische Gesellschaftsordnung eine bessere Form der Gesellschaftsorganisation ist als jede nichtsowjetische Gesellschaftsordnung.

Unser Sieg bedeutet zweitens, dass unsere sowjetische Staatsordnung gesiegt hat, dass unser sowjetischer Nationalitätenstaat alle Prüfungen des Krieges bestanden und seine Lebensfähigkeit bewiesen hat.

Bekanntlich haben sich angesehene Vertreter der Auslandspresse wiederholt in dem Geiste geäußert, der sowjetische Nationalitätenstaat stelle ein „künstliches und nicht lebensfähiges Gebilde“ dar, im Falle irgendwelcher Komplikationen sei der Zerfall der Sowjetunion unabwendbar und der Sowjetunion sei das Schicksal Österreich-Ungarns beschieden.

Jetzt dürfen wir sagen, dass der Krieg diese Erklärungen der Auslandspresse als völlig unbegründet widerlegt hat. Der Krieg hat gezeigt, dass die viele Nationen umfassende sowjetische Staatsordnung die Prüfung mit Erfolg bestanden hat, im Krieg noch weiter erstarkt ist und sich als eine durchaus lebensfähige Staatsordnung erwiesen hat. Diese Herren begriffen nicht, dass die Analogie mit Österreich-Ungarn nicht Stich hält, denn unser Nationalitätenstaat ist nicht auf bürgerlicher Grundlage gewachsen, die die Gefühle nationalen Argwohns und nationaler Feindschaft stimuliert, sondern auf sowjetischer Grundlage, die im Gegenteil die Gefühle der Freundschaft und der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern unseres Staates kultiviert.

Übrigens wagen es diese Herren nach den Lehren des Krieges nicht mehr, die Lebensfähigkeit der sowjetischen Staatsordnung zu bestreiten. Jetzt ist die Rede nicht mehr von der Lebensfähigkeit der sowjetischen Staatsordnung, denn diese Lebensfähigkeit unterliegt keinem Zweifel. Jetzt ist davon die Rede, dass sich die sowjetische Staatsordnung als Vorbild eines Nationalitätenstaates erwiesen hat, dass die sowjetische Staatsordnung ein System der Staatsorganisation darstellt, worin die nationale Frage und das Problem der Zusammenarbeit der Nationen besser gelöst ist als in irgendeinem anderen Nationalitätenstaat.

Unser Sieg bedeutet drittens, dass die Streitkräfte der Sowjetunion gesiegt haben, dass unsere Rote Armee gesiegt hat, dass die Rote Armee alle Unbilden des Krieges heldenhaft ertragen, unsere Feinde aufs Haupt geschlagen hat und aus dem Krieg als Sieger hervorgegangen ist. (Zuruf: „Unter Führung des Genossen Stalin!“ Alle erheben sich von den Plätzen. Stürmischer, lange nicht enden wollender Beifall, der in eine Ovation übergeht.)

Jetzt erkennen alle, Freund wie Feind, an, dass die Rote Armee sich ihren großen Aufgaben gewachsen gezeigt hat. Anders aber lagen die Dinge vor etwa sechs Jahren, in der Vorkriegsperiode. Bekanntlich erklärten namhafte Vertreter der Auslandspresse und viele anerkannte Militärfachleute im Ausland wiederholt, dass der Zustand der Roten Armee große Bedenken erwecke, dass die Rote Armee schlecht bewaffnet sei und kein richtiges Kornmandeurkorps habe, dass ihre Moral unter aller Kritik sei, dass sie vielleicht für die Verteidigung tauge, für die Offensive aber untauglich sei, dass die Rote Armee beim Losschlagen der deutschen Truppen wie ein „Koloss auf tönernen Füßen“ zusammenbrechen müsse. Solche Erklärungen wurden nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, England und Amerika abgegeben.

Jetzt dürfen wir sagen, dass dieser Krieg all diese Erklärungen als unbegründet und lächerlich über den Haufen geworfen hat. Der Krieg hat gezeigt, dass die Rote Armee kein „Koloss auf tönernen Füßen“, sondern eine erstklassige Armee, eine Armee unserer Zeit ist, die eine durchaus moderne Bewaffnung, ein höchst erfahrenes Kommandeurkorps, eine hohe Moral und einen vorzüglichen Kampfgeist besitzt. Man darf nicht vergessen, dass die Rote Armee eben die Armee ist, die das deutsche Heer, das gestern noch die Armeen der europäischen Staaten in Schrecken setzte, aufs Haupt geschlagen hat.

Es muss vermerkt werden, dass die „Kritiker“ der Roten Armee immer rarer werden. Mehr noch. Die Auslandspresse bringt immer häufiger Äußerungen, in denen die hohen Eigenschaften der Roten Armee, das meisterhafte Können ihrer Soldaten und Kommandeure, ihre tadellose Strategie und Taktik hervorgehoben werden. Das ist auch begreiflich. Nach den glänzenden Siegen der Roten Armee bei Moskau und Stalingrad, bei Kursk und Bjelgorod, bei Kiew und Kirowograd, bei Minsk und Bobruisk, bei Leningrad und Tallinn, bei Jassy und Lwow, an der Weichsel und am Njemen, an der Donau und an der Oder, bei Wien und Berlin - nach alledem kann man nicht umhin anzuerkennen, dass die Rote Armee eine erstklassige Armee ist, von der man vieles lernen kann. (Stürmischer Beifall.)

So verstehen wir konkret den Sieg unseres Landes über seine Feinde.

Das sind im Wesentlichen die Ergebnisse des Krieges.

Es wäre falsch, zu glauben, dass man einen solchen historischen Sieg ohne vorhergehende Vorbereitung des ganzen Landes für die aktive Verteidigung erringen könnte. Nicht weniger falsch wäre es, anzunehmen, dass eine solche Vorbereitung in kurzer Frist, im Laufe von etwa drei, vier Jahren vorgenommen werden könnte. Noch abwegiger wäre es, zu behaupten, wir hätten den Sieg lediglich dank der Tapferkeit unserer Truppen errungen. Ohne Tapferkeit ist es natürlich unmöglich, den Sieg zu erringen. Aber Tapferkeit allein ist nicht ausreichend, um einen Feind zu überwinden, der eine zahlenmäßig starke Armee, erstklassige Waffen, gut ausgebildete Offizierskader und eine nicht schlecht organisierte Versorgung besitzt. Um den Schlag eines solchen Feindes aufzufangen, ihm eine Abfuhr zu erteilen und ihm dann eine volle Niederlage beizubringen - dafür brauchte man außer der beispiellosen Tapferkeit unserer Truppen durchaus moderne Waffen, und zwar in ausreichender Menge, sowie eine gut organisierte Versorgung, gleichfalls in genügendem Ausmaße. Dafür brauchte man jedoch auch - und zwar in ausreichender Menge - solche elementaren Dinge wie: Metall für die Erzeugung von Waffen, Geräten und Betriebseinrichtungen; Brennstoff für die Aufrechterhaltung der Arbeit der Betriebe und des Verkehrs; Baumwolle für die Herstellung von Bekleidung; Getreide für die Versorgung der Armee.

Darf man nun behaupten, dass unser Land bereits vor dem Eintritt in den zweiten Weltkrieg über die minimal notwendigen materiellen Möglichkeiten verfügte, die erforderlich sind, um diese Bedürfnisse im großen und ganzen zu befriedigen? Ich glaube, man darf das behaupten. Zur Vorbereitung dieses grandiosen Unternehmens bedurfte es der Verwirklichung von drei Fünfjahrplänen für die Entwicklung der Volkswirtschaft. Gerade diese drei Fünfjahrpläne haben uns geholfen, diese materiellen Möglichkeiten zu schaffen. Jedenfalls war in dieser Hinsicht die Lage unseres Landes vor dem zweiten Weltkrieg, im Jahre 1940, um ein Vielfaches besser als vor dem ersten Weltkrieg, im Jahre 1913.

Über welche materiellen Möglichkeiten verfügte unser Land vor dem zweiten Weltkrieg?

Um Ihnen zu helfen, sich in dieser Sache zurechtzufinden, muss ich hier einen kurzen Bericht geben über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei bei der Vorbereitung unseres Landes auf die aktive Verteidigung.

Nimmt man die Angaben für 1940, den Vorabend des zweiten Weltkriegs, und vergleicht man sie mit den Angaben für 1913, den Vorabend des ersten Weltkriegs, so erhalten wir folgendes Bild:

Im Jahre 1913 wurden in unserem Lande 4,22 Millionen Tonnen Roheisen, 4,23 Millionen Tonnen Stahl, 29 Millionen Tonnen Kohle, 9 Millionen Tonnen Erdöl, 21,6 Millionen Tonnen Marktgetreide und 740000 Tonnen Rohbaumwolle erzeugt.
Das waren die materiellen Möglichkeiten unseres Landes, mit denen es in den ersten Weltkrieg eintrat.
Das war die wirtschaftliche Basis des alten Rußlands, die für die Kriegführung in Frage kam.
Was das Jahr 1940 betrifft, so wurden in diesem Jahr in unserem Lande erzeugt: 15 Millionen Tonnen Roheisen, d. h. fast viermal soviel wie 1913; 18,3 Millionen Tonnen Stahl, d. h. viereinhalbmal soviel wie 1913; 166 Millionen Tonnen Kohle, d. h. fünfeinhalbmal soviel wie 1913; 31 Millionen Tonnen Erdöl, d. h. dreieinhalbmal soviel wie 1913; 38,3 Millionen Tonnen Marktgetreide, d. h. 17 Millionen Tonnen mehr als 1913; 2,7 Millionen Tonnen Rohbaumwolle, d. h. dreieinhalbmal soviel wie 1913.
Das waren die materiellen Möglichkeiten unseres Landes, mit denen es in den zweiten Weltkrieg eintrat.
Das war die wirtschaftliche Basis der Sowjetunion, die für die Kriegführung in Frage kam.
Der Unterschied ist, wie Sie sehen, kolossal.
Ein derartiges beispielloses Anwachsen der Produktion kann man nicht als einfache und gewöhnliche Entwicklung des Landes von der Rückständigkeit zum Fortschritt betrachten. Das war ein Sprung, durch den unser Vaterland aus einem rückständigen Lande zu einem fortschrittlichen, aus einem Agrarland zu einem Industrieland wurde.
Diese historische Umwandlung wurde im Laufe von drei Planjahrfünften vollzogen, angefangen vom Jahre 1928, dem ersten Jahre des ersten Fünfjahrplans. Bis dahin mussten wir uns mit der Wiederherstellung der zerstörten Industrie und mit der Heilung der Wunden befassen, die uns der erste Weltkrieg und der Bürgerkrieg geschlagen hatten. Berücksichtigt man dabei den Umstand, dass der erste Fünfjahrplan in vier Jahren erfüllt und dass .die Durchführung des dritten Fünfjahrplans im vierten Jahr seiner Realisierung durch den Krieg unterbrochen wurde, so ergibt sich, dass insgesamt etwa dreizehn Jahre erforderlich waren, um unser Land aus einem Agrarland in ein Industrieland zu verwandeln.
Man kann nicht umhin anzuerkennen, dass eine Frist von dreizehn Jahren für die Verwirklichung eines so grandiosen Werkes eine unglaublich kurze Frist ist.
Damit ist es denn auch zu erklären, dass die Veröffentlichung dieser Ziffern seinerzeit in der Auslandspresse einen stürmischen Stimmenwirrwarr hervorrief. Die Freunde entschieden, es sei ein „Wunder“ geschehen. Die Übelwollenden dagegen erklärten, die Fünfjahrpläne seien „bolschewistische Propaganda“ und „Kunststücke der Tscheka“. Da es aber in der Welt keine Wunder gibt und die Tscheka nicht so stark ist, um die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung aufheben zu können, musste sich die „öffentliche Meinung“ im Ausland mit den Tatsachen abfinden.
Durch welche Politik gelang es der Kommunistischen Partei, diese materiellen Möglichkeiten im Lande in einer so kurzen Frist sicherzustellen?
Vor allem durch die sowjetische Politik der Industrialisierung des Landes.
Die sowjetische Methode der Industrialisierung des Landes unterscheidet sich radikal von der kapitalistischen Industrialisierungsmethode. In den kapitalistischen Ländern beginnt die Industrialisierung gewöhnlich mit der Leichtindustrie. Da in der Leichtindustrie im Vergleich zur Schwerindustrie geringere Investitionen erforderlich sind, das Kapital schneller umschlägt und sich leichter Profit erzielen läßt, so wird die Leichtindustrie dort zum ersten Objekt der Industrialisierung. Erst nach geraumer Zeit, in deren Verlauf die Leichtindustrie die Profite akkumuliert und sie in den Banken konzentriert, erst danach kommt die Schwerindustrie an die Reihe, und es beginnt das allmähliche Hinüberpumpen des akkumulierten Kapitals in die Schwerindustrie, um die Voraussetzungen für ihre Entfaltung zu schaffen. Das ist jedoch ein langwieriger Prozess, der eine geraume Zeit von mehreren Jahrzehnten erfordert, in deren Verlauf man auf den Ausbau der Leichtindustrie warten und ohne Schwerindustrie ein

kümmerliches Dasein führen muss. Es ist verständlich, dass die Kommunistische Partei diesen Weg nicht beschreiten konnte. Die Partei wusste, dass der Krieg näher rückt, dass es unmöglich ist, das Land ohne eine Schwerindustrie zu verteidigen, dass die Entwicklung der Schwerindustrie möglichst schnell in Angriff genommen werden muss, dass hier Verspätung verlorenes Spiel bedeutet. Die Partei gedachte der Worte Lenins, dass es ohne Schwerindustrie unmöglich ist, die Unabhängigkeit des Landes zu behaupten, dass ohne sie die Sowjetordnung zugrunde gehen kann. Darum hat die Kommunistische Partei unseres Landes den „üblichen“ Weg der Industrialisierung verworfen und die Industrialisierung des Landes mit der Entwicklung der Schwerindustrie begonnen. Das bereitete große Schwierigkeiten, aber keine unüberwindlichen. Dieses Werk wurde erheblich gefördert durch die Nationalisierung der Industrie und der Banken, die eine schnelle Ansammlung von Mitteln und ihr Hinüberpumpen in die Schwerindustrie ermöglichte.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass es sonst unmöglich gewesen wäre, die Umgestaltung unseres Landes zu einem Industrieland in so kurzer Frist zu erreichen.

Zweitens durch die Politik der Kollektivierung der Landwirtschaft.

Um mit unserer Rückständigkeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft Schluss zu machen und dem Lande mehr Marktgetreide, mehr Baumwolle usw. liefern zu können, musste man von dem bäuerlichen Kleinbetrieb zur Großwirtschaft übergehen, denn nur die Großwirtschaft hat die Möglichkeit, die neue Technik anzuwenden, alle Errungenschaften der Agronomie auszunutzen und mehr Produkte für den Markt zu liefern. Aber es gibt zweierlei Großbetriebe: kapitalistische und kollektive. Die Kommunistische Partei konnte den kapitalistischen Entwicklungsweg der Landwirtschaft nicht beschreiten, und zwar nicht nur aus prinzipiellen Erwägungen, sondern auch, weil dieser Weg zu viel Zeit erfordert und den vorhergehenden Ruin der Bauern, ihre Verwandlung in Tagelöhner voraussetzt. Darum hat die Kommunistische Partei den Weg der Kollektivierung der Landwirtschaft beschritten, den Weg der Schaffung landwirtschaftlicher Großbetriebe durch Zusammenschluss der Bauernwirtschaften in Kollektivwirtschaften. Die Methode der Kollektivierung hat sich als eine im höchsten Maße fortschrittliche Methode erwiesen, nicht nur, weil sie eine Verelendung der Bauern nicht erforderte, sondern insbesondere auch deshalb, weil sie die Möglichkeit bot, in wenigen Jahren das ganze Land mit großen Kollektivwirtschaften zu überziehen, die imstande sind, die neue Technik anzuwenden, alle Errungenschaften der Agronomie auszunutzen und dem Lande mehr Produkte für den Markt zu liefern.

Es besteht kein Zweifel, dass wir ohne die Politik der Kollektivierung nicht imstande gewesen wären, mit der jahrhundertealten Rückständigkeit unserer Landwirtschaft in einer so kurzen Frist Schluss zu machen.

Man kann nicht sagen, dass die Politik der Partei auf keinen Widerstand gestoßen wäre. Nicht nur rückständige Leute, die sich immer allem Neuen verschließen, sondern auch viele angesehene Parteimitglieder suchten systematisch die Partei zurückzuschleppen und waren mit allen Mitteln bemüht, sie auf den „üblichen“ kapitalistischen Entwicklungsweg hinunterzuzerren. Alle parteifeindlichen Machenschaften der Trotzkisten und der Rechten, ihre ganze „Arbeit“, die die Sabotierung der Maßnahmen unserer Regierung bezweckte, verfolgten ein einziges Ziel: die Politik der Partei zu durchkreuzen und die Industrialisierung und Kollektivierung zu bremsen. Aber die Partei hat weder den Drohungen der einen noch dem Gejammer der anderen nachgegeben, sondern schritt sicher und unbeirrt vorwärts. Das Verdienst der Partei besteht darin, dass sie sich nicht nach den Rückständigen richtete, sich nicht fürchtete, gegen den Strom zu schwimmen, und dass sie die ganze Zeit hindurch ihre führende Position behauptete. Es kann kein Zweifel bestehen, dass die Kommunistische Partei ohne diese Standhaftigkeit und Ausdauer nicht in der Lage gewesen wäre, die Politik der Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung der Landwirtschaft mit Erfolg zu verteidigen.

Hat es die Kommunistische Partei verstanden, die auf diese Weise geschaffenen materiellen Möglichkeiten richtig auszunutzen, um die Rüstungsindustrie auszubauen und die Rote Armee mit der notwendigen Rüstung zu versorgen?
Ich glaube, sie hat es verstanden, und zwar mit maximalem Erfolg.
Wenn man vom ersten Kriegsjahr absieht, als die Evakuierung der Industrie nach dem Osten die Entfaltung der Kriegsproduktion hemmte, so hat es die Partei in den übrigen drei Kriegsjahren verstanden, Erfolge zu erzielen, die ihr die Möglichkeit boten, die Front nicht nur in ausreichendem Maße mit Geschützen, Maschinengewehren, Gewehren, Flugzeugen, Panzern und Munition zu versorgen, sondern auch Reserven zu akkumulieren. Dabei ist bekannt, dass unsere Waffen qualitativ den deutschen nicht nur nicht nachstanden, sondern sie im Allgemeinen sogar übertrafen.
Bekannt ist, dass unsere Panzerindustrie in den letzten drei Kriegsjahren im Durchschnitt mehr als 30000 Panzer, Sturmgeschütze und Panzerkraftwagen jährlich erzeugte. (Stürmischer Beifall.)
Bekannt ist ferner, dass unsere Flugzeugindustrie während derselben Zeit etwa 40000 Flugzeuge jährlich erzeugte. (Stürmischer Beifall.)
Bekannt ist auch, dass unsere Geschützindustrie während derselben Zeitspanne jährlich etwa 120000 Geschütze aller Kaliber (stürmischer Beifall), an die 450000 leichte und schwere Maschinengewehre (stürmischer Beifall), mehr als drei Millionen Gewehre (Beifall) und etwa zwei Millionen Maschinenpistolen erzeugte. (Beifall.)
Bekannt ist schließlich, dass unsere Granatwerferindustrie in den Jahren 1942 bis 1944 im Durchschnitt etwa 100000 Granatwerfer jährlich erzeugte. (Stürmischer Beifall.)
Es ist verständlich, dass gleichzeitig die entsprechende Menge Artilleriegeschosse, Minen verschiedener Art, Fliegerbomben, Gewehr- und MG-Patronen erzeugt wurden.
Bekannt ist zum Beispiel, dass allein 1944 mehr als 240 Millionen Geschosse, Bomben und Minen (Beifall) und 7,4 Milliarden Patronen erzeugt wurden. (Stürmischer Beifall.)
Das ist in allgemeinen Zügen das Bild der Versorgung der Roten Armee mit Waffen und Munition.
Wie Sie sehen, gleicht dieses Bild nicht dem Bild, das die Versorgung unserer Armee im ersten Weltkrieg bot, als die Front unter einem chronischen Mangel an Geschützen und Geschossen litt, als die Armee ohne Panzer und Flugzeuge kämpfen musste, als je drei Soldaten ein Gewehr ausgehändigt wurde.
Was die Versorgung der Roten Armee mit Lebensmitteln und Bekleidung betrifft, so ist es allen bekannt, dass die Front in dieser Hinsicht nicht nur keinen Mangel kannte, sondern sogar über die nötigen Reserven verfügte.
So verhält es sich mit der Tätigkeit der Kommunistischen Partei unseres Landes in der Periode vor Kriegsbeginn und während des Krieges selbst.
Jetzt einige Worte über die Arbeitspläne der Kommunistischen Partei für die nächste Zukunft. Bekanntlich werden diese Pläne im neuen Fünfjahrplan entwickelt, der demnächst bestätigt werden soll. Die Hauptaufgaben des neuen Fünfjahrplans bestehen darin, die verheerten Bezirke unseres Landes wiederherzustellen, in Industrie und Landwirtschaft den Vorkriegsstand wieder. zu erreichen und dann diesen Stand in einem mehr oder minder bedeutenden Ausmaß zu überschreiten. Schon abgesehen davon, dass in nächster Zeit das Kartensystem aufgehoben werden wird (stürmischer, lang anhaltender Beifall), wird mit besonderer Aufmerksamkeit gearbeitet werden an der Erweiterung der Produktion von Massenbedarfsartikeln, der Hebung des Lebensstandards der Werktätigen durch fortschreitende Senkung aller Warenpreise (stürmischer, lang anhaltender Beifall) sowie der großzügigen Schaffung von wissenschaftlichen Forschungsinstituten aller Art (Beifall), die der Wissenschaft die Möglichkeit geben können, ihre Kräfte zu entfalten. (Stürmischer Beifall.)

Ich zweifle nicht, dass unsere Gelehrten, wenn wir ihnen die erforderliche Unterstützung angedeihen lassen, imstande sein werden, die Errungenschaften der Wissenschaft außerhalb unseres Landes nicht nur einzuholen, sondern auch in nächster Zeit zu übertreffen. (Lang anhaltender Beifall.)

Was die Pläne für einen längeren Zeitraum betrifft, so beabsichtigt die Partei, einen neuen machtvollen Aufschwung der Volkswirtschaft in die Wege zu leiten, der uns die Möglichkeit bieten würde, den Stand unserer Industrie im Vergleich zum Vorkriegsstand, sagen wir, auf das Dreifache zu heben. Wir müssen es erreichen, dass unsere Industrie in der Lage ist, jährlich an die 50 Millionen Tonnen Roheisen (lang anhaltender Beifall), an die 60 Millionen Tonnen Stahl (lang anhaltender Beifall), an die 500 Millionen Tonnen Kohle (lang anhaltender Beifall) und etwa 60 Millionen Tonnen Erdöl (lang anhaltender Beifall) zu erzeugen. Nur unter. dieser Bedingung kann man damit rechnen, dass unser Vaterland gegen alle Zufälle gesichert sein wird. (Stürmischer Beifall.) Dafür werden vielleicht drei neue Planjahrfünfte, wenn nicht mehr, erforderlich sein. Aber das ist zu schaffen, und wir müssen es schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Das ist mein kurzer Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei in der jüngsten Vergangenheit und über ihre Arbeitspläne für die Zukunft. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Ihre Sache ist es, darüber zu urteilen, inwiefern die Partei richtig gearbeitet hat und arbeitet (Beifall) und ob sie nicht besser hätte arbeiten können. (Heiterkeit, Beifall.)

Man sagt, dass man über die Sieger nicht zu Gericht sitzt (Heiterkeit, Beifall), dass man sie nicht kritisieren, nicht kontrollieren soll. Das stimmt nicht. Man kann und muss über die Sieger zu Gericht sitzen (Heiterkeit, Beifall), man kann und muss sie kritisieren und kontrollieren. Das ist nicht nur für die Sache nützlich, sondern auch für die Sieger selbst (Heiterkeit, Beifall); dann gibt es weniger Dünkel und mehr Bescheidenheit. (Heiterkeit, Beifall.) Ich bin der Ansicht, dass die Wahlkampagne ein Gericht der Wähler über die Kommunistische Partei als die regierende Partei ist. Die Wahlergebnisse aber werden das Urteil der Wähler sein. (Heiterkeit, Beifall.) Die Kommunistische Partei unseres Landes wäre nicht viel wert, wenn sie sich vor Kritik, vor Kontrolle fürchtete. Die Kommunistische Partei ist bereit, das Urteil der Wähler entgegenzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Die Kommunistische Partei tritt im Wahlkampf nicht allein auf. Sie schreitet zu den Wahlen in einem Block mit den Parteilosen. In früheren Zeiten brachten die Kommunisten den Parteilosen und der Parteilosigkeit ein gewisses Misstrauen entgegen. Das erklärt sich daraus, dass sich nicht selten verschiedene bürgerliche Gruppen, für die es unvorteilhaft war, ohne Maske vor die Wähler zu treten, hinter der Flagge der Parteilosigkeit versteckten. So war es in der Vergangenheit. Jetzt aber haben wir andere Zeiten. Die Parteilosen sind jetzt von der Bourgeoisie durch eine Barriere getrennt, sowjetische Gesellschaftsordnung genannt. Dieselbe Barriere vereint die Parteilosen mit den Kommunisten zu einem gemeinsamen Kollektiv der Sowjetmenschen. In einem gemeinsamen Kollektiv lebend, kämpften sie gemeinsam für die Stärkung der Macht unseres Landes, führten sie gemeinsam Krieg und vergossen ihr Blut an den Fronten für die Freiheit und Größe unseres Vaterlandes, schmiedeten und erfochten sie gemeinsam den Sieg über die Feinde unseres Landes. Der Unterschied zwischen ihnen besteht lediglich darin, dass die einen in der Partei sind und die anderen nicht. Aber das ist ein formaler Unterschied. Wichtig ist, dass die einen wie die anderen ein und dasselbe gemeinsame Werk vollbringen. Darum ist der Block der Kommunisten und Parteilosen eine natürliche und lebenskräftige Sache. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Zum Schluss erlauben Sie mir, Ihnen meinen Dank auszusprechen für das Vertrauen, das Sie mir erwiesen haben (lang anhaltender, nicht enden wollender Beifall. Ruf: „Dem großen Feldherrn aller Siege, dem Genossen Stalin, ein Hurra!“), indem Sie meine Kandidatur für den Obersten Sowjet aufstellten. Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, dass ich mich

bemühen werde, Ihr Vertrauen zu rechtfertigen. (Alle erheben sich. Stürmischer, lange nicht enden wollender Beifall, der in eine Ovation übergeht. Aus den verschiedenen Teilen des Saales ertönen Rufe: „Es lebe der große Stalin! Hurra!“, „Dem großen Führer der Völker Hurra!“, „Ruhm dem großen Stalin!“, „Es lebe Genosse Stalin, der Kandidat des ganzen Volkes!“, „Ruhm dem Schöpfer all unserer Siege, Genossen Stalin!“)

ANTWORTSCHREIBEN AN OBERST PROFESSOR DR. RASIN AUF EINEN BRIEF VOM 30. JANUAR

über Clausewitz und über Fragen des Krieges und der Kriegskunst

23. Februar 1946

Geehrter Genosse Rasin !

Ich habe Ihren Brief vom 30. Januar über Clausewitz sowie Ihre kurz gefassten Thesen über den Krieg und die Kriegskunst erhalten.

1. Sie fragen, ob der Standpunkt Lenins in der Bewertung von Clausewitz nicht veraltet sei.

Meiner Meinung nach ist die Frage nicht richtig gestellt.

Bei einer solchen Fragestellung könnte man glauben, dass Lenin die kriegswissenschaftliche Lehre und die kriegswissenschaftlichen Werke von Clausewitz analysiert, sie vom militärischen Standpunkt bewertet und uns eine Reihe von Leitsätzen zu militärischen Fragen hinterlassen hat, die uns als Richtschnur dienen sollen. Diese Fragestellung ist falsch, da es tatsächlich keine solchen „Thesen“ von Lenin über die kriegswissenschaftliche Lehre von Clausewitz und seine Werke gibt.

Im Unterschied zu Engels hielt sich Lenin nicht für einen Fachmann auf militärischem Gebiet. Dafür hielt er sich weder früher, das heißt vor der Oktoberrevolution, noch später nach der Oktoberrevolution bis zur Beendigung des Bürgerkrieges.

Im Bürgerkrieg verpflichtete Lenin uns, die wir damals noch junge Genossen aus dem Zentralkomitee waren, „die Kriegskunst gründlich zu studieren“. Was ihn selbst betrifft, so erklärte er uns unumwunden, dass es für ihn bereits zu spät sei, die Kriegskunst zu erlernen. Damit ist letzten Endes zu erklären, dass Lenin in seinen Urteilen über Clausewitz und seinen Bemerkungen über das Buch von Clausewitz keine rein militärischen Fragen berührt wie etwa Fragen der militärischen Strategie und Taktik und ihres Verhältnisses zueinander, der Wechselbeziehung zwischen Vormarsch und Rückzug, Verteidigung und Gegenangriff und so weiter.

Was interessierte aber dann Lenin bei Clausewitz und wofür zollte er ihm Anerkennung?

Er zollte ihm vor allem dafür Anerkennung, dass Clausewitz, der kein Marxist war und der seinerzeit als eine Autorität auf dem Gebiet der militärischen Theorie galt, in seinen Werken die bekannte marxistische These bestätigte, dass zwischen Krieg und Politik eine direkte Verbindung besteht, dass die Politik den Krieg gebiert und dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln der Gewalt ist. Lenin brauchte hier die Bezugnahme auf Clausewitz, um Plechanow, Kautsky und andere ein übriges Mal des Sozialchauvinismus und des Sozialimperialismus zu überführen. Er zollte ferner Clausewitz dafür Anerkennung, dass dieser in seinen Werken die vom Standpunkt des Marxismus richtige These bestätigte, dass unter bestimmten ungünstigen Bedingungen der Rückzug eine ebenso berechtigte Kampfform ist wie der Angriff. Lenin braucht hier die Bezugnahme auf Clausewitz, um ein übriges Mal die „linken“ Kommunisten zu überführen, die den Rückzug als berechtigte Kampfform nicht anerkennen.

Folglich ging Lenin an die Werke von Clausewitz nicht als Militärfachmann, sondern als Politiker heran und interessierte sich für diejenigen Fragen in den Werken von Clausewitz, die den Zusammenhang zwischen Krieg und Politik zeigen.

Somit sind wir als Nachfolger Lenins in der Kritik der militärischen Doktrin von Clausewitz durch keine Andeutungen Lenins gebunden, die unsere freie Kritik beschränken könnten.

Aber daraus folgt, dass Ihr Urteil über den Artikel des Genossen Meschtscherjakow (siehe „Wojennaja Mysl“ Nr. 6/7, Jahrgang 1945), der an der militärischen Doktrin von Clausewitz Kritik übt und sie als „Revision“ von Lenins Einschätzung bezeichnet, verfehlt ist.

2. Haben wir überhaupt Grund, die militärische Doktrin von Clausewitz zu kritisieren ? Ja, den haben wir. Das Interesse unserer Sache und der modernen Kriegswissenschaft verpflichtet uns, nicht nur Clausewitz, sondern auch Moltke, Schlieffen, Ludendorff, Keitel und die anderen Träger der militärischen Ideologie in Deutschland zu kritisieren. In den letzten dreißig Jahren hat Deutschland zweimal der Welt einen blutigen Krieg aufgezwungen und beide Male eine Niederlage erlitten. Ist das ein Zufall? Natürlich nicht. Bedeutet das nicht, dass nicht nur Deutschland im Ganzen genommen, sondern auch seine militärische Ideologie die Prüfung nicht bestanden hat? Zweifellos. Es ist allgemein bekannt, mit welcher Hochachtung die Militärs der ganzen Welt, auch unsere russischen, auf die militärischen Autoritäten Deutschlands sahen. Muss dieser unverdienten Hochachtung nicht ein Ende gesetzt werden? Unbedingt. Nun, und dazu bedarf es der Kritik, besonders von unserer Seite, von Seiten derer, die Deutschland besiegt haben.

Was insbesondere Clausewitz betrifft, so ist er als Autorität auf dem Gebiete der Kriegstheorie natürlich veraltet. Clausewitz war eigentlich ein Vertreter des Manufakturzeitalters des Krieges. Jetzt aber stehen wir im maschinellen Zeitalter des Krieges. Zweifellos braucht das maschinelle Zeitalter neue militärische Ideologen. Es wäre lächerlich, heute bei Clausewitz in die Schule zu gellen.

Man kann nicht Fortschritte machen und die Wissenschaft voranbringen, ohne die veralteten Thesen und Äußerungen bekannter Autoritäten einer kritischen Analyse zu unterziehen. Das bezieht sich nicht nur auf die Autoritäten der Kriegstheorie, sondern auch auf die Klassiker des Marxismus. Engels sagte einmal, dass von den russischen Feldherren aus dem Jahre 1812 der General Barcley de Tolley der einzige sei, der Beachtung verdiene. Engels hat sich natürlich geirrt, denn Kutusow überragte als Feldherr unbestreitbar Barcley de Tolley um ein gewaltiges. Aber es konnte doch in unserer Zeit Leute geben, die dieses falsche Urteil von Engels rabiat verteidigen.

In unserer Kritik dürfen wir uns nicht von einzelnen Thesen und Äußerungen der Klassiker leiten lassen, sondern müssen uns an den berühmten Hinweis halten, den Lenin seinerzeit gab:

„Wir betrachten die Theorie von Marx absolut nicht als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass sie nur den Grundstein zu jener Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten in allen Richtungen weiterentwickeln müssen, wenn sie nicht im Leben zurückbleiben wollen. Wir sind der Meinung, dass für die russischen Sozialisten die selbstfindige Ausarbeitung der Theorie von Marx besonders nötig ist, denn diese Theorie gibt nur allgemeine Richtlinien, die im einzelnen in England anders als in Frankreich, in Frankreich anders als in Deutschland und in Deutschland anders als in Rußland zur Anwendung gelangen.“ (Lenin, Werke, Band 4, Moskau 1946, Seite 191-192 russisch)

Eine solche Einstellung ist für uns noch notwendiger in Bezug auf die Autoritäten der Kriegstheorie.

3. Was Ihre kurz gefassten Thesen über den Krieg und die Kriegskunst betrifft, so muss ich mich wegen ihres schematischen Charakters auf allgemeine Bemerkungen beschränken. Die Thesen enthalten zuviel Philosophie und abstrakte Feststellungen. Clausewitz entlehnte Terminologie, die von der Grammatik und Logik des Krieges spricht, verletzt das Ohr. Die Frage des Parteicharakters der Kriegswissenschaft ist zu primitiv gestellt. Das Ohr verletzen auch die Lobeshymnen auf Stalin - es ist einfach peinlich, sie zu lesen. Es fehlt der Abschnitt über die Gegenoffensive (nicht zu verwechseln mit dem Gegenangriff). Ich spreche von der Gegenoffensive nach einer erfolgreichen Offensive des Feindes, die jedoch keine Entscheidung gebracht hat, während der in der Verteidigung Befindliche Kräfte sammelt, zur

Gegenoffensive übergeht und dem Gegner eine entscheidende Niederlage beibringt. Ich bin der Meinung, dass eine gut organisierte Gegenoffensive eine sehr interessante Art der Offensive ist. Sie als Historiker sollten sich dafür interessieren. Schon die alten Parther kannten eine solche Gegenoffensive, als sie den römischen Feldherrn Crassus und sein Heer ins Innere ihres Landes lockten, dann zur Gegenoffensive übergingen und ihn mit seinen Truppen vernichteten. Sehr gut wusste das auch unser genialer Feldherr Kutusow, der Napoleon und seine Armee durch eine gut vorbereitete Gegenoffensive vernichtete.

J. Stalin

„Neue Welt“, Heft 7
April 1947, Seite 23-23

TAGESBEFEHL DES KOMMISSARS FÜR VERTEIDIGUNG DER UDSSR NR. 8

23. Februar 1946

Genossen Rotarmisten und rote Matrosen, Unteroffiziere, Offiziere und Generale!
Wir feiern heute den 28. Jahrestag der Gründung der Roten Armee.
Die Rote Armee begeht ihren 28. Jahrestag im Vollbesitz ihrer Kräfte, geschmückt mit dem Glanz der Siege, die sie über die deutschen und japanischen Imperialisten errungen hat. Die Rote Armee war in einen langwierigen und schwierigen Krieg verwickelt, aus dem sie jedoch als eine Armee ersten Ranges hervorgegangen ist, ausgestattet mit hohen moralischen und kämpferischen Eigenschaften, mit ganz modernen Waffen und mit äußerst erfahrenen und im Kampf gestählten Kadern. Im Krieg gegen die faschistischen Eindringlinge hat sich erwiesen, dass die Rote Armee auf der Höhe ihrer Aufgaben steht. Sie hat sich als treuer und solider Verteidiger der Interessen des sowjetischen Staates erwiesen. Unsere Soldaten, Offiziere und Generale haben das Vertrauen des Volkes gerechtfertigt und ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland mit Ehre erfüllt. Die sowjetischen Menschen haben sich mit eigenen Augen davon überzeugt, dass sie der Roten Armee unbesorgt vertrauen können. Alle Völker unseres Landes sind mit Recht stolz auf ihre Armee, auf deren Siege. Sie ehren das heilige Andenken an die gefallenen Helden, die in den Kämpfen für das Vaterland den Heldentod gestorben sind.
Die bemerkenswerten Siege der Roten Armee erklären sich vor allem dadurch, dass sie eine echte Volksarmee ist, die die Interessen ihres Volkes verteidigt. Die sowjetischen Menschen lieben ihre Armee glühend und tragen ständig Sorge für die Stärkung ihrer Kampfkraft. Diese Sorge kam am lebendigsten in den schwierigen Jahren des Großen Vaterländischen Krieges zum Ausdruck. Unser ganzes Volk hat ohne Rast und Ruhe, Tag und Nacht, für die Front und für den Sieg gearbeitet. Ohne die aufopferungsvolle Arbeit der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, ohne ihre materielle und moralische Unterstützung hätte die Rote Armee den Feind nicht besiegen können.
Die Siege der Roten Armee erklären sich ferner aus der Tatsache, dass die Kommunistische Partei sich um sie kümmert und sie erzieht. Die Lehren des großen Lenin befolgend hat das sowjetische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei unser Land aus einem rückständigen Land in ein fortgeschrittenes Land, aus einem Agrarland in ein Industrieland umgewandelt. Dadurch erst wurden alle notwendigen materiellen Möglichkeiten für einen siegreicher. Kampf der Roten Armee gegen ihre Feinde geschaffen. Während des Großen Vaterländischen Krieges hat die Kommunistische Partei unser Land zu einem einzigen militärischen Lager zusammengeschlossen. Sie hat sämtliche Anstrengungen des Volkes und der Armee auf ein einziges gemeinsames Ziel gelenkt: die Vernichtung des Feindes. Die Kommunistische Partei erklärte den sowjetischen Soldaten den Sinn und die Ziele des Krieges. Sie entwickelte bei den Soldaten die Liebe zur Heimat, sie stärkte ihren Kampfgeist, sie beflügelte sie zu Unerschrockenheit und Disziplin. Alles das war eine wichtige Bedingung unseres Sieges.
Nachdem der Krieg mit dem Sieg über die Feinde beendet wurde, ist die Sowjetunion in eine neue Periode eingetreten, eine friedliche Periode ihrer ökonomischen Entwicklung, Zurzeit steht vor dem sowjetischen Volk eine Aufgabe: die erreichten Positionen zu sichern und dann weiter voranzuschreiten zu einem neuen ökonomischen Aufschwung. Wir können uns nicht damit begnügen, einfach die erreichten Positionen zu sichern, denn das würde zur Stagnation führen. Wir müssen weiter voranschreiten, um die Bedingungen für einen neuen und machtvollen Aufschwung der Volkswirtschaft zu schaffen. Wir müssen in der kürzest möglichen Frist die Wunden heilen, die der Feind unserem Land zugefügt hat, und das

Vorkriegsentwicklungsniveau der Volkswirtschaft wieder erreichen, damit wir in naher Zukunft dieses Niveau beträchtlich steigern, das materielle Wohlergehen des Volkes verbessern und die ökonomische und militärische Macht des sowjetischen Staates noch mehr verstärken können.

Unter diesen neuen Bedingungen muss die Rote Armee die friedliche, schöpferische Arbeit des sowjetischen Volkes wachsam beschützen, die Interessen des Staates des Sowjetunion wirksam sichern und die Grenzen unseres Vaterlandes für Feinde unantastbar machen.

Während des Krieges war es die Hauptaufgabe der Soldaten, Offiziere und Generale der Roten Armee, den Sieg zu erringen und alle ihre Kräfte und Kenntnisse für die vollständige Vernichtung des Feindes einzusetzen. Im Frieden besteht die erste Aufgabe von ausnahmslos allen Soldaten, Offizieren und Generalen darin, ohne Unterlass ihre militärischen und politischen Kenntnisse zu vervollkommnen.

Alle Soldaten und Unteroffiziere der Roten Armee müssen ohne Unterlass die Kriegskunst studieren, sie müssen ihre Waffen kennen lernen, sie müssen ihre Pflichten im Dienst einwandfrei erfüllen. Die Offiziere müssen - heute mehr denn je - ihre Untergebenen gut ausbilden und erziehen können.

Im Krieg haben die Offiziere und Generale der Roten Armee die Kunst der Truppenführung auf dem Schlachtfeld gut gemeistert. Jetzt müssen sich die Offiziere und Generale vollständig die Kunst zu eigen machen, die Truppen im Frieden auszubilden und zu erziehen.

Der Große Vaterländische Krieg hat viel Neues in der Kriegskunst hervorgebracht. Die auf den Schlachtfeldern erworbene Kampferfahrung stellt einen reichen Schatz für die Ausbildung und Erziehung der Truppe dar. Deshalb muss die gesamte Ausbildung der Armee auf der klugen Auswertung der Erfahrung dieses Krieges basieren. Es ist ebenso notwendig, diese Erfahrung auf allen Gebieten für die theoretische Schulung der Offizierskader und für die Weiterentwicklung der sowjetischen Militärwissenschaft fruchtbar zu machen. Man darf niemals vergessen, dass sich die Kriegskunst ständig und schnell entwickelt. Die Rote Armee hat die Pflicht, die Entwicklung der Kriegskunst nicht nur zu verfolgen, sondern auch diese Entwicklung voranzutreiben.

Die Rote Armee ist mit erstklassigem Material ausgerüstet. Es bildet die Basis ihrer Kampfkraft. Es geht darum, dieses Material völlig zu kennen, sich dieses Materials kunstvoll zu bedienen und es zu hüten wie den eigenen Augapfel.

Erfolge bei der Ausbildung und Erziehung der Truppe sind ohne feste Disziplin und strikte militärische Ordnung nicht zu erreichen. Diese aufrechtzuerhalten ist das hauptsächliche Anliegen aller Maßnahmen der Armee. Unsere Führungskader, einschließlich der Adjudanten und Sergeanten, die die unmittelbaren Vorgesetzten und Erzieher der Soldaten der Roten Armee sind, müssen in erster Linie die Stützen von Disziplin und Ordnung sein. Die Soldaten, Offiziere und Generale der Roten Armee haben große Verdienste um das Volk und das Vaterland erworben. Das darf jedoch nicht zu Eitelkeit oder Selbstzufriedenheit führen. Nicht aufgrund seiner Verdienste hochmütig werden, sondern auf seinem Posten gewissenhaft arbeiten und alle seine Kräfte und Kenntnisse in den Dienst der Roten Armee stellen - das wird von jedem sowjetischen Soldaten verlangt.

Genossen Rotarmisten und rote Matrosen, Unteroffiziere, Offiziere und Generale!

Im Namen der sowjetischen Regierung und unserer Kommunistischen Partei grüße ich Euch und spreche Euch anlässlich des 28. Jahrestages der Gründung der Roten Armee meinen Glückwunsch aus.

Zur Feier des Tages der Roten Armee befehle ich, heute, am 23. Februar, in der Hauptstadt unseres Vaterlandes, in Moskau, in den Hauptstädten der Unionsrepubliken und in den Heldenstädten Leningrad, Stalingrad, Sewastopol und Odessa einen Salut von zwanzig Artilleriesalven abzufeuern.

Es lebe unsere siegreiche Rote Armee!

Es lebe unsere siegreiche Kriegsmarine!

Es lebe unsere ruhmreiche Kommunistische Partei! Es lebe das große sowjetische Volk!
Es lebe unser mächtiges Vaterland!

Der Volkskommissar für die Verteidigung der UdSSR
und Generalissimus der Sowjetunion

J. Stalin

Prawda,
23. Februar 1946

INTERVIEW MIT DEM KORRESPONDENTEN DER „PRAWDA“

anlässlich der Rede Churchills in Fulton (USA)

März 1946

Frage: Wie schätzen Sie die letzte Rede Churchills ein, die er in den Vereinigten Staaten von Amerika hielt?
Antwort: Ich schätze sie als einen gefährlichen Akt ein, der zum Ziele hat, Zwietracht zwischen den verbündeten Staaten zu stiften und ihre Zusammenarbeit zu erschweren.
Frage: Muss man damit rechnen, dass die Rede Churchills der Sache des Friedens und der Sicherheit Schaden zufügt?
Antwort: Ja, unbedingt. Im Grunde genommen nimmt Churchill jetzt die Stellung der Kriegsbrandstifter ein, und Churchill steht hierbei nicht allein - er hat nicht nur in England, sondern auch in den Vereinigten Staaten von Amerika Freunde.
Man muss bemerken, dass Churchill und seine Freunde in dieser Beziehung auffallend an Hitler und seine Freunde erinnern. Hitler begann die Entfesselung des Krieges damit, dass er die Rassentheorie verkündete, indem er erklärte, dass nur Leute, die deutsch sprechen, eine vollwertige Nation darstellen. Auch Churchill beginnt die Entfesselung des Krieges mit einer Rassentheorie, indem er behauptet, dass nur Nationen, die englisch sprechen, als vollwertige Nationen anzusehen seien, die dazu berufen sind, über das Schicksal der ganzen Welt zu entscheiden. Die deutsche Rassentheorie führte Hitler und seine Freunde zu der Schlussfolgerung, dass die Deutschen als einzige vollwertige Nation über die übrigen Nationen der Welt herrschen müssten. Die englische Rassentheorie bringt Churchill und seine Freunde zu der Schlussfolgerung, dass die Nationen, die englisch sprechen, als einzige vollwertige über die übrigen Nationen der Welt herrschen müssen.
Im Grunde genommen stellen Churchill und seine Freunde in England und den USA den Nationen, die nicht englisch sprechen, eine Art von Ultimatum: Erkennen Sie unsere Herrschaft freiwillig an, dann wird alles in Ordnung sein, im entgegengesetzten Falle ist der Krieg unvermeidlich.
Aber die Nationen haben im Laufe von fünf Jahren eines harten Krieges ihr Blut für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder vergossen und nicht dafür, um die Herrschaft der Hitlers durch die Herrschaft der Churchills zu ersetzen. Es ist deshalb durchaus wahrscheinlich, dass die Nationen, die nicht englisch sprechen und dabei die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung der Welt darstellen, mit einer neuen Sklaverei nicht einverstanden sein werden.
Die Tragödie Churchills besteht darin, dass er als eingefleischter Tory diese einfache und augenscheinliche Wahrheit nicht versteht.
Es ist unbezweifelbar, dass die Einstellung Churchills eine Einstellung für den Krieg ist, ein Aufruf zu einem Krieg gegen die UdSSR. Es ist ebenfalls klar, dass eine solche Einstellung Churdrills nicht mit dem bestehenden Bündnisvertrag zwischen England und der UdSSR in Einklang steht. Zwar erklärt Churchill beiläufig, um den Leser zu verwirren, dass die Dauer des sowjetisch-englischen Vertrages über gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit ohne weiteres bis zu fünfzig Jahre verlängert werden könnte. Wie soll man aber eine solche Erklärung Churchills mit seiner Einstellung zu einem Kriege mit der UdSSR, mit seiner Predigt zum Kriege gegen die UdSSR in Einklang bringen? Es ist klar, dass man beides auf keine Weise vereinen kann. Und wenn Churchill, der zu einem Kriege mit der Sowjetunion aufruft, es gleichzeitig für möglich hält, die Dauer des englisch-sowjetischen Vertrages bis zu

fünfzig Jahren zu verlängern, so bedeutet das, dass er diesen Vertrag für einen einfachen Papierfetzen hält, den er lediglich dazu braucht, um sich zu decken und seine antisowjetische Einstellung zu tarnen. Deshalb darf man die lügnerischen Erklärungen der Freunde Churchills in England über die Verlängerung der Dauer des sowjetisch-englischen Vertrages bis zu fünfzig Jahren und mehr nicht ernst nehmen. Die Verlängerung der Vertragsdauer hat keinen Sinn, wenn eine der Parteien den Vertrag verletzt und ihn in einen einfachen Papierfetzen verwandelt.

Frage: Wie beurteilen Sie den Teil der Rede Churchills, in dem er über das demokratische Regime unserer europäischen Nachbarstaaten herfällt und das gute nachbarliche Einvernehmen kritisiert, welches zwischen diesen Staaten und der Sowjetunion besteht?

Antwort: Dieser Teil der Rede Churchills stellt eine Mischung von Elementen der Verleumdung mit Elementen der Grobheit und Taktlosigkeit dar.

Herr Churchill behauptet, dass „Warschau, Berlin, Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest, Sofia, alle diese berühmten Städte und die Bevölkerung in diesen Gebieten, sich in der Sowjetsphäre befinden und in der einen oder anderen Form nicht nur dem sowjetischen Einfluss unterliegen, sondern in hohem Maße auch einer sich vergrößernden Kontrolle Moskaus“. Churchill qualifiziert dies alles als grenzenlose „expansionistische Tendenzen“ der Sowjetunion.

Es ist nicht schwer, zu zeigen, dass hierin Churchill grob und unverschämt sowohl Moskau als auch die oben erwähnten Nachbarstaaten der UdSSR verleumdet.

Erstens ist es völlig absurd, über eine ausschließliche Kontrolle von Seiten der UdSSR in Wien und Berlin zu sprechen, wo es alliierte Kontrollräte aus Vertretern der vier Staaten gibt und wo die UdSSR nur ein Viertel der Stimmen besitzt. Es kommt vor, dass manche Menschen das Verleumden nicht unterlassen können, aber man muss immerhin Maß halten.

Zweitens darf man folgenden Umstand nicht vergessen: Die Deutschen unternahmen eine Invasion in die UdSSR durch Finnland, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn. Die Deutschen vermochten die Invasion durch diese Länder durchzuführen, weil damals in diesen Ländern Regierungen bestanden, die der Sowjetunion feindlich gesinnt waren. Als Resultat dieser deutschen Invasion hat die Sowjetunion in den Kämpfen mit den Deutschen und durch die deutsche Besetzung sowie Verschleppung von Sowjetmenschen in die deutsche Zwangsarbeit unwiederbringlich etwa sieben Millionen Menschen verloren. Mit anderen Worten hat die Sowjetunion an Menschen um ein Vielfaches mehr als England und die Vereinigten Staaten von Amerika zusammen verloren. Es ist möglich, dass man hier und da geneigt ist, diese kolossalen Opfer des Sowjetvolkes, die die Befreiung Europas vom Hitlerjoch sicherten, der Vergessenheit zu überliefern. Die Sowjetunion kann sie aber nicht vergessen. Es fragt sich: Ist es verwunderlich, dass die Sowjetunion in dem Wunsche, sich für die Zukunft zu sichern, danach strebt, dass in diesen Ländern Regierungen bestehen, die zur Sowjetunion loyal eingestellt sind? Wie kann man, ohne wahnsinnig zu sein, diese friedlichen Bestrebungen der Sowjetunion als Expansionstendenzen unseres Staates darstellen?

Churchill behauptet ferner, dass „die polnische Regierung, die sich unter der Herrschaft der Russen befindet, zu gewaltigen und ungerechten Ansprüchen gegenüber Deutschland angestiftet wird“.

Hier ist jedes Wort eine grobe und beleidigende Verleumdung. Das demokratische Polen von heute wird von hervorragenden Menschen geleitet. Sie haben durch die Tat bewiesen, dass sie die Interessen und die Würde ihres Vaterlandes auf solche Art zu verteidigen wissen, wie es ihre Vorgänger nicht gewusst haben. Welchen Grund hat Churchill, zu behaupten, dass die Leiter des heutigen Polen in ihrem Lande die „Herrschaft“ der Vertreter irgendwelcher ausländischen Staaten zulassen können? Verleumdet hier Churchill die Russen nicht etwa darum, weil er die Absicht hat, den Samen der Zwietracht in die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion zu säen?

Churchill ist nicht zufrieden, dass Polen in seiner Politik eine Schwenkung auf die Seite der Freundschaft und des Bündnisses mit der UdSSR gemacht hat. Es gab eine Zeit, als in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR die Elemente von Konflikten und Gegensätzen vorherrschten. Dieser Umstand bot den Staatsmännern in der Art eines Churchills die Möglichkeit, diese Gegensätze auszuspielen und Polen unter dem Vorwand des Schutzes vor den Russen sich untertan zu machen und Rußland durch das Gespenst des Krieges mit Polen einzuschüchtern und für sich die Stellung eines Schiedsrichters zu bewahren. Aber diese Zeit gehört der Vergangenheit an, weil die Feindschaft zwischen Polen und Rußland der Freundschaft zwischen ihnen Platz gemacht hat, während Polen, das demokratische Polen von heute, nicht mehr der Spielball in den Händen der Ausländer zu sein wünscht. Mir scheint, dass gerade dieser Umstand Herrn Churchill reizt und ihn zu den groben und taktlosen Ausfällen gegen Polen verleitet. Es ist ja schließlich kein Spaß: Man läßt ihn nicht auf fremde Kosten spielen!

Was die Angriffe Churchills auf die Sowjetunion im Zusammenhang mit der Ausweitung der westlichen Grenzen Polens auf Kosten der in der Vergangenheit von den Deutschen eroberten polnischen Territorien anbetrifft, so schlägt er hier, wie es mir scheint, offenbar mit den Karten eine Volte. Bekanntlich wurde der Beschluss über die westlichen Grenzen Polens auf der Berliner Konferenz der Drei Mächte auf der Grundlage der polnischen Forderungen gefasst. Die Sowjetunion hat mehr als einmal erklärt, dass sie die Forderungen Polens für richtig und gerecht hält. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass Churchill mit diesem Beschluss nicht zufrieden ist, aber warum verschweigt Churchill, der mit Pfeilen gegen die Stellung der Russen in dieser Frage nicht schont, vor seinen Lesern die Tatsache, dass der Beschluss auf der Berliner Konferenz einstimmig angenommen wurde, dass für den Beschluss nicht allein die Russen, sondern auch die Engländer und Amerikaner stimmten? Warum wollte Churchill die Menschen irreführen?

Churchill behauptet ferner, dass „die kommunistischen Parteien, die in allen diesen östlichen Staaten Europas sehr unbedeutend waren, eine außerordentliche Macht erreicht haben, die ihre Zahlenstärke um ein Vielfaches übersteigt, und bestrebt sind, überall eine totalitäre Kontrolle zu errichten. Polizeiregierungen überwiegen fast in allen diesen Ländern, und bis zum heutigen Tage besteht in keinem von diesen, mit Ausnahme der Tschechoslowakei, eine wahre Demokratie“.

Bekanntlich regiert gegenwärtig in England eine Partei, die Labourpartei, den Staat, wobei die Oppositionsparteien des Rechtes beraubt sind, an der englischen Regierung teilzunehmen, Das heißt bei Churchill wahre Demokratie. In Polen, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn regiert je ein Block von mehreren - von vier bis sechs - Parteien, wobei dort der Opposition, wenn sie mehr oder minder loyal ist, das Recht der Teilnahme an der Regierung gewährleistet ist. Das heißt bei Churchill Totalitarismus, Tyrannei, Polizeiherrschaft. Warum und mit welchem Grund - darauf brauchen Sie von Churchill keine Antwort zu erwarten. Churchill begreift nicht, in welche lächerliche Lage er sich selbst durch seine marktschreierischen Reden über Totalitarismus, Tyrannei und Polizeiherrschaft gebracht hat.

Für Churchill wäre es wünschenswert, dass Polen von Sosnkowski und Anders, Jugoslawien von Mihailovic und Pavelic, Rumänien von den Fürsten Stirbei und Radescu, Ungarn und Österreich von irgendeinem König aus dem Hause der Habsburger usw. regiert sein würden. Churchill will uns glauben machen, dass diese Herren aus dem faschistischen Hinterhof die „wahre Demokratie“ gewährleisten können. Das ist die „Demokratie“ von Churchill.

Churchill nähert sich der Wahrheit, wenn er über den wachsenden Einfluss der kommunistischen Parteien in Osteuropa spricht. Man muss jedoch bemerken, dass er nicht ganz genau ist. Der Einfluss der kommunistischen Parteien wuchs nicht allein in Osteuropa, sondern fast in allen europäischen Ländern, wo früher der Faschismus geherrscht hatte (Italien, Deutschland. Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Finnland) oder wo es eine deutsche, italienische

oder ungarische Besetzung gegeben hat (Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Dänemark, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland, Sowjetunion usw.).

Den wachsenden Einfluss der Kommunisten kann man nicht für einen Zufall halten. Er stellt eine durchaus gesetzmäßige Erscheinung dar. Der Einfluss der Kommunisten ist gewachsen, weil in den schweren Jahren der faschistischen Herrschaft in Europa die Kommunisten sich als zuverlässige, kühne und opferbereite Kampfer gegen das faschistische Regime für die Freiheit der Völker erwiesen haben. Churchill erinnert sich manchmal in seinen Reden an die „einfachen Menschen aus den kleinen Häusern“, klopft ihnen jovial gönnerhaft auf die Schulter und markiert ihren Freund. Aber diese Menschen sind nicht so einfach, wie das auf den ersten Blick scheinen könnte. Sie, „die einfachen Menschen“, haben ihre Ansichten, ihre Politik, und sie können sich auch durchsetzen. Das waren sie, Millionen dieser „einfachen Menschen“, die in England Churchill und seine Partei bei den Wahlen abgelehnt haben, indem sie ihre Stimmen der Labour-Partei gaben. Das waren sie, Millionen dieser „einfachen Menschen“, die in Europa die Reaktionäre, die Anhänger der Zusammenarbeit mit dem Faschismus, isoliert und die linken demokratischen Parteien vorgezogen haben. Das waren sie, Millionen dieser „einfachen Menschen“, die, nachdem sie die Kommunisten im Feuer des Kampfes und des Widerstandes gegen den Faschismus erprobt hatten, entschieden haben, dass die Kommunisten das Vertrauen des Volkes voll und ganz verdienen. So wuchs der Einfluss der Kommunisten in Europa. Das ist das Gesetz der historischen Entwicklung.

Natürlich gefällt Churchill eine solche Entwicklung der Ereignisse nicht, er schlägt Alarm und appelliert an die Gewalt. Aber ihm gefiel auch nicht das Erscheinen des Sowjetregimes in Rußland nach dem ersten Weltkrieg. Er schlug auch damals Alarm und organisierte einen militärischen Feldzug der „vierzehn Staaten“ gegen Rußland, indem er sich das Ziel setzte, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Aber die Geschichte erwies sich stärker als die Churchill-Intervention, und die Don-Quichotte-Manieren Churchills haben dazu geführt, dass er damals eine völlige Niederlage erlitten hatte. Ich weiß nicht, ob es Churchill und seinen Freunden gelingen wird, nach dem zweiten Weltkrieg einen neuen militärischen Feldzug gegen das „östliche Europa“ zu organisieren, aber wenn ihnen dieses gelingen sollte, was wenig wahrscheinlich ist, weil Millionen der „einfachen Menschen“ als Hüter des Friedens stehen, so kann man mit Gewissheit sagen, dass sie genau so geschlagen werden, wie sie in der Vergangenheit vor 26 Jahren geschlagen worden sind.

„Tägliche Rundschau“, Nr. 61
14. März 1946

ERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN DES RATES DER VOLKSKOMMISSARE DER UDSSR

15. März 1946

Im Zusammenhang mit der Tatsache, dass die Frage der Bildung der Regierung der UdSSR dem Obersten Sowjet zur Prüfung unterbreitet wurde, erklärt der Rat der Volkskommissare seine Arbeit für beendet und erklärt gegenüber dem Obersten Sowjet seinen Rücktritt.
Der Rat der Volkskommissare der UdSSR bittet Sie, diesen Sachverhalt dem Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Kenntnis zu bringen.

Der Vorsitzende des Rates
der Volkskommissare der UdSSR

J. Stalin

Zasedanje Verchovogo Sovjeta SSSR
- Pervaya sesia
(stenograficeski otchet), Moskva,
Izd. Verchovnogo Sovjeta SSSR,
1946, p.82

INTERVIEW MIT DEM KORRESPONDENTEN DER ASSOCIATED PRESS, GILMORE

22. März 1946

Frage: Welche Bedeutung messen Sie der Organisation der Vereinten Nationen als einem Mittel zur Erhaltung des internationalen Friedens bei?
Antwort: Ich messe der Organisation der Vereinten Nationen eine große Bedeutung bei, da sie ein ernst zu nehmendes Instrument für die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Die Stärke dieser internationalen Organisation besteht darin, dass sie sich auf den Grundsatz der Gleichberechtigung der Staaten und nicht auf den Grundsatz der Herrschaft einiger über die anderen stützt. Wenn es der Organisation der Vereinten Nationen gelingt, auch weiterhin den Grundsatz der Gleichberechtigung zu wahren, wird sie unbedingt eine große positive Rolle bei der Sicherung des allgemeinen Friedens und der Sicherheit spielen.
Frage: Wodurch ist nach Ihrer Meinung die gegenwärtige Befürchtung eines Krieges, die von vielen Menschen und vielen Ländern empfunden wird, hervorgerufen?
Antwort: Ich bin überzeugt, dass weder die Nationen noch ihre Armeen einen neuen Krieg erstreben, sie wollen Frieden und trachten danach, den Frieden zu sichern. Also wird „die gegenwärtige Befürchtung eines Krieges“ nicht von dieser Seite hervorgerufen. Ich bin der Ansicht, dass „die gegenwärtige Befürchtung eines Krieges“ durch Aktionen einiger politischer Gruppen hervorgerufen wird, die sich mit der Propaganda eines neuen Krieges beschäftigen und auf diese Weise den Samen des Haders und der Unsicherheit säen.
Frage: Was müssen die Regierungen der freiheitsliebenden Länder gegenwärtig tun, um den Frieden und die Ruhe in der ganzen Welt zu erhalten?
Antwort: Es ist notwendig, dass die Öffentlichkeit und die Regierungskreise der Staaten eine Gegenpropaganda auf breiter Grundlage gegen die Propagandisten eines neuen Krieges und für die Sicherung des Friedens organisieren, damit keine Äußerung der Propagandisten eines neuen Krieges ohne einen gebührenden Widerstand seitens der Öffentlichkeit und der Presse bleibt, um auf diese Weise die Brandstifter des Krieges rechtzeitig zu entlarven und ihnen keine Möglichkeit zu geben, die Redefreiheit gegen die Interessen des Friedens zu missbrauchen.

„Tägliche Rundschau“ Nr. 70,
24. März 1946

ANTWORT AUF DAS TELEGRAMM VON HERRN HUGH BAILLIE

25. März 1946

Telegramm von Herrn Hugh Baillie,
Präsident der Agentur United Press,
an den Generalissimus Stalin,
Kreml, Moskau

Ich möchte Sie auf die Erklärung aufmerksam machen, die Winston Churchill gegenüber United Press zur Vorbereitung an die Zeitungen und Radiosender der ganzen Welt abgegeben hat.
Bei dieser Gelegenheit möchte ich meinen Vorschlag erneuern, dass Sie gegenüber United Press eine Erklärung zur internationalen Lage abgeben. Falls Sie auf die Argumentation von Churchill über die Notwendigkeit schneller Aktionen des UNO-Sicherheitsrates in Bezug auf die iranische Frage antworten wollen, wäre United Press gern bereit, Ihre Ansichten in der ganzen Welt zu verbreiten. Für den Fall, dass Sie irgendeine andere Frage in Bezug auf den Iran oder auch in Bezug auf den internationalen Frieden und die Sicherheit anschneiden wollen, bitte ich Sie, von unseren Mitteln Gebrauch zu machen, die wir Ihnen mit unseren besten Grüßen zur Verfügung stellen.

Antwort an Herrn Hugh Baillie
von United Press, New York

Ich danke Ihnen für Ihren freundlichen Vorschlag. Ich kann die Argumentation von Herrn Churchill nicht für überzeugend halten.
Was die Frage des Rückzuges der sowjetischen Truppen aus dem Iran anbetrifft, so ist bekannt, dass diese Frage bereits mittels einer Übereinkunft zwischen der sowjetischen Regierung und der Regierung des Irans in einem positiven Sinne gelöst worden ist.

Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR

J. Stalin

Prawda,
27. März 1946

ANTWORT AUF DIE BOTSCHAFT DES PREMIERMINISTERS DES IRANS

April 1946

Ich danke Eurer Excellenz für die freundschaftlichen Gefühle, die Sie in Ihrem Telegramm aus Anlass der erfolgreichen Beendigung der sowjetisch-iranischen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht haben, an denen Sie persönlich so aktiv Anteil genommen haben. Ich bin davon überzeugt, dass der als Ergebnis dieser Verhandlungen abgeschlossene Vertrag zwischen der UdSSR und dem Iran der Entwicklung und weiteren Festigung der Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Völkern unserer Länder dienen wird.

Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR

Generalissimus Stalin

Prawda,
8. April 1946

BEFEHL DES MINISTERS DER STREITKRÄFTE DER UDSSR NR. 7

Moskau, 1. Mai 1946

Genossen Rotarmisten und Matrosen der Roten Flotte, Sergeanten und Maate!
Genossen Offiziere, Generale und Admirale!
Werktätige der Sowjetunion!
Zum ersten Male nach siegreicher Beendigung des Großen Vaterländischen Krieges erleben wir heute den 1. Mai, den internationalen Feiertag der Werktätigen, unter den Bedingungen eines friedlichen Lebens, das wir uns in schwerem Kampfe mit dem Feinde errungen haben, um den Preis großer Opfer und Entbehrungen.
Vor einem Jahre hisste die Rote Armee das Siegesbanner über Berlin und beendete die Zerschmetterung des faschistischen Deutschlands. Vier Monate nach siegreicher Vollendung des Krieges mit Deutschland streckte das imperialistische Japan die Waffen. Der zweite Weltkrieg, der durch die Kräfte der internationalen Reaktion vorbereitet und durch die hauptsächlichen faschistischen Staaten entfacht war, wurde durch den vollen Sieg der freiheitsliebenden Völker beendet.
Die Zerschlagung und Liquidierung der Hauptherde des Faschismus und der Weltaggression führten zu tief greifenden Veränderungen im politischen Leben der Völker der Welt, zu einem bedeutenden Wachstum der demokratischen Bewegung der Völker. Durch die Kriegserfahrungen gereift, verstanden die Volksmassen, dass man das Schicksal der Staaten keinen reaktionären Lenkern anvertrauen darf, die enge Klassen- und selbstsüchtige volksfeindliche Ziele verfolgen. Eben deshalb nehmen die Völker, die nicht mehr wie bisher leben wollen, das Schicksal ihrer Staaten in die eigenen Hände und errichten eine demokratische Ordnung und führen einen aktiven Kampf gegen die Kräfte der Reaktion, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges.
Die Völker der ganzen Welt wollen keine Wiederholung des Kriegselends. Sie kämpfen trotzig für die Befestigung des Friedens und der Sicherheit.
In der Avantgarde des Kampfes für den Frieden und die Sicherheit marschiert die Sowjetunion, die eine hervorragende Rolle in der Zerschmetterung des Faschismus gespielt hat und ihre hohe Mission der Befreiung erfüllt hat.
Die Völker, die durch die Sowjetunion vom faschistischen Joch befreit wurden, erhielten die Möglichkeit, ihr Staatsleben auf demokratischen Prinzipien aufzubauen und ihre historischen Hoffnungen zu verwirklichen. Auf diesem Wege begegnen sie von Seiten der Sowjetunion brüderlicher Hilfe.
Die ganze Welt vermochte sich nicht nur von der Macht des Sowjetstaates zu überzeugen, sondern auch von dem gerechten Charakter seiner Politik, die auf der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Völker basiert, auf der Achtung ihrer Freiheit und Selbständigkeit. Es gibt keine Veranlassung, zu zweifeln, dass die Sowjetunion auch künftig ihrer Politik treu bleibt, der Politik des Friedens und der Sicherheit, der Politik der Gleichberechtigung und der Freundschaft der Völker.
Die Sowjetunion ist nach Beendigung des Krieges zum friedlichen sozialistischen Aufbau geschritten. Die Sowjetmenschen machten sich mit Begeisterung an die friedliche, schöpferische Arbeit, die durch den Krieg unterbrochen war.
Das vom Obersten Sowjet der Sowjetunion angenommene Gesetz über den Fünfjahresplan der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für die Jahre 1946 bis 1950 eröffnet neue Perspektiven zum weiteren Anwachsen der produktiven Kräfte unseres

Vaterlandes, zum Anwachsen ihrer wirtschaftlichen Macht, zur Hebung ihres materiellen Wohlstandes und ihrer Kultur.
Arbeiter, Bauern und die Intelligenz unseres Landes haben den Fünfjahresplan wie ein Kampfprogramm aufgenommen, das ihren Lebensinteressen entspricht. Man kann erwarten, dass die Sowjetmenschen, mit der Kommunistischen Partei an der Spitze, keine Kräfte und Mühe sparen werden, um nicht nur den Fünfjahresplan zu erfüllen, sondern ihn sogar durch ihre Leistungen zu übertreffen.
Indem wir den friedlichen sozialistischen Aufbau entfalten, müssen wir keinen Augenblick die Ränke der internationalen Reaktion vergessen, die Pläne eines neuen Krieges in sich tragen. Man muss der Hinweise des großen Lenin eingedenk sein, dass man beim Übergange zur friedlichen Arbeit stets auf der Wacht sein und wie den Augapfel die Streitkräfte und die Verteidigungsfähigkeiten unseres Landes hüten muss.
Die Streitkräfte der Sowjetunion, unsere Landtruppen, unsere Luftwaffe und unsere Kriegsmarine, haben ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber im Großen Vaterländischen Kriege erfüllt.
Jetzt steht unseren Streitkräften eine nicht weniger wichtige Aufgabe bevor, wachsam den eroberten Frieden und die schöpferische Arbeit des Sowjetvolkes zu beschützen und eine zuverlässige Stütze der Interessen der Sowjetunion zu sein.
Die erfolgreiche Erfüllung dieser ehrenvollen Aufgabe ist nur unter der Bedingung eines weiteren Anwachsens der militärischen Kultur und der Kriegskunst der Kämpfer und Kommandeure unseres Heeres, unserer Flotte und unserer Luftwaffe möglich.
Die Streitkräfte der Sowjetunion müssen von Tag zu Tag das Niveau ihrer Kriegskunst auf Grund der Erfahrungen des Krieges, auf Grund der Entwicklung der Kriegswissenschaft und Technik erhöhen.
Es unterliegt keinem Zweifel, dass unser Heer, unsere Flotte und unsere Luftwaffe die ihnen gestellten Aufgaben ehrenvoll erfüllen werden.
Genossen Rotarmisten, Matrosen der Roten Flotte, Sergeanten und Maate! Genossen Offiziere, Generale und Admirale!
Genossen Arbeiter und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen, Intellektuelle!
Aus den Reihen der Roten Armee demobilisierte Kämpfer!
Im Namen der Regierung und der Kommunistischen Partei begrüße ich euch und gratuliere euch zu dem Festtage des 1. Mai.
Zur Feier des internationalen Festtages der Werktätigen befehle ich:
Heute, am 1. Mai, in der Hauptstadt unseres Vaterlandes, in Moskau, in den Hauptstädten der Unionsrepubliken, de gleichen in Lwow, Königsberg, in Chabarowsk, Wladiwostok, in Port-Arthur und in den Heldenstädten Leningrad, Stalin-grad, Sewastopol und Odessa einen Salut von 20 Artilleriesalven abzufeuern.
Es leben unsere tapferen Streitkräfte!
Es lebe unsere ruhmreiche Kommunistische Partei! Es lebe unser großes Sowjetvolk!
Es lebe unsere mächtige Sowjetheimat!

Der Minister der Streitkräfte der UdSSR,
Generalissimus der Sowjetunion

J. W. Stalin

Neue Welt,
Heft 2. Mai 1946,
Seite 3-6

TAGESBEFEHL DES MINISTERS DER STREITKRÄFTE DER UDSSR NR. 11

9. Mai 1946

Genossen Rotarmisten und rote Matrosen, Offiziersschüler und Unteroffiziere! Genossen Offiziere, Generale und Admirale!
Werktätige der Sowjetunion!
Wir feiern heute den ersten Jahrestag des großen Sieges, den unser Volk über das faschistische Deutschland errungen hat, das die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes vernichten wollte.
Im Namen der sowjetischen Regierung und unserer Kommunistischen Partei grüße ich Euch und überbringe Euch meine Glückwünsche aus Anlass des nationalen Feiertages, des Tages des Sieges über den deutschen Faschismus.
Zur Begehung der Siegesfeier befehle ich, am heutigen 9. Mai in der Hauptstadt unseres Vaterlandes, in Moskau, in den Hauptstädten der Unionsrepubliken sowie in Lwow, Königsberg und in den Heldenstädten Leningrad, Stalingrad, Sewastopol und Odessa einen Salut von dreißig Artilleriesalven abzufeuern.
Ruhm unseren Streitkräften, die die Ehre und die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes behauptet und den Sieg über Hitlerdeutschland errungen haben!
Ruhm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, dem Inspirator und Organisator unserer Siege!
Ruhm unserem großen Volk, dem Siegervolk!
Unsterblicher Ruhm den Helden, die in den Kämpfen für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes gefallen sind!

Minister der Streitkräfte der UdSSR
und Generalissimus der Sowjetunion

J. Stalin

Prawda,
9. Mai 1946

ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN DES MOSKAUER KORRESPONDENTEN DER „SUNDAY TIMES“, MR. ALEXANDER WERTH;

in einem Schreiben vom 17. September 1946

24. September 1946

Frage: Glauben Sie an eine wirkliche Gefahr eines „neuen Krieges“, um die jetzt in der ganzen Welt so unverantwortlich viel geredet wird? Welche Schritte sollten unternommen werden, um den Krieg abzuwenden, wenn eine solche Gefahr besteht?
Antwort: Ich glaube nicht an eine tatsächliche Gefahr eines „neuen Krieges“. Das Geschrei um einen „neuen Krieg“ kommt jetzt hauptsächlich von militärisch-politischen Geheimdienstagenten und ihren wenigen Hintermännern in den Kreisen der zivilen Amtspersonen. Sie brauchen diesen Lärm, wenn auch nur für den Zweck, um in den Kreisen ihrer Gegenspieler
a) gewisse naive Politiker mit dem Gespenst des Krieges zu schrecken und ihren Regierungen dadurch zu helfen, bei ihren Gegenspielern so viele Konzessionen wir nur irgend möglich herauszupressen;
b) für eine gewisse Zeit eine Verminderung der Militärbudgets in ihren Ländern zu verhindern;
c) der Demobilisierung ihrer Truppen einen Damm entgegenzustellen und dadurch ein rasches Ansteigen der Arbeitslosenziffer in ihren Ländern zu verhüten.
Man muss streng zwischen dem jetzt vollführten Lärm und Geschrei um den „neuen Krieg“ und der wirklichen Gefahr eines „neuen Krieges“ unterscheiden, die gegenwärtig nicht vorhanden ist.
Frage: Glauben Sie, dass Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika bewusst eine „kapitalistische Einkreisung“ der Sowjetunion betreiben?
Antwort: Ich bin nicht der Ansicht, dass die an der Regierung befindlichen Kreise Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika eine „kapitalistische Einkreisung“ der Sowjetunion herbeiführen könnten, selbst wenn sie einen solchen Wunsch hätten, was ich jedoch nicht behaupten kann.
Frage: Um mit den Worten zu sprechen, die Mr. Wallace in seiner letzten Rede gebrauchte, können England, Westeuropa und die Vereinigten Staaten sicher sein, dass die sowjetische Politik in Deutschland sich nicht in ein Instrument russischer, gegen Westeuropa gerichteter Ambitionen verwandeln wird?
Antwort: Ich glaube, dass eine Zunutzmachung Deutschlands durch die Sowjetunion gegen Westeuropa und die Vereinigten Staaten ausgeschlossen ist. Ich glaube, dass es nicht nur deshalb ausgeschlossen ist, weil die Sowjetunion an Großbritannien und Frankreich durch den gegenseitigen Unterstützungsvertrag gegen eine deutsche Aggression und durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte an die Vereinigten Staaten von Amerika gebunden ist, sondern auch deshalb, weil eine Politik der Zunutzemachung Deutschlands gegen Westeuropa und die Vereinigten Staaten von Amerika eine Abkehr der Sowjetunion von ihren grundlegenden nationalen Interessen bedeuten würde. Kurz gesagt, die Politik der Sowjetunion in Bezug auf das deutsche Problem beschränkt sich von selbst auf die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands. Ich glaube, dass die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands eine der bedeutendsten Garantien für die Errichtung eines stabilen und dauerhaften Friedens bildet.

Frage: Was ist Ihre Meinung über die Beschuldigungen, dass die Politik der kommunistischen Parteien in Westeuropa, „von Moskau diktiert wird“?
Antwort: Ich betrachte diese Beschuldigung als eine Absurdität, die man sich aus dem bankrotten Arsenal Hitlers und Goebbels geliehen hat.
Frage: Glauben Sie an die Möglichkeit einer freundschaftlichen und dauerhaften Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den westlichen Demokratien trotz des Vorhandenseins ideologischer Unterschiede und an einen „freundschaftlichen Wettbewerb“ zwischen den beiden Systemen, wie ihn Wallace in seiner Rede erwähnt hat?
Antwort: Ich glaube vollkommen daran.
Frage: Während des Aufenthalts der Abordnung der Labour-Partei in der Sowjetunion haben Sie, soweit ich unterrichtet bin, Ihre Gewissheit bezüglich der Möglichkeit freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien zum Ausdruck gebracht. Was könnte zur Herstellung dieser von den großen Massen des englischen Volkes so heiß herbeigesehnten Beziehungen beitragen?
Antwort: Ich bin wirklich der Möglichkeit freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien gewiss. Die Stärkung der politischen, handelsmäßigen und kulturellen Bindungen zwischen diesen Ländern würde in beträchtlichem Ausmaß zur Herstellung solcher Beziehungen beitragen.
Frage: Glauben Sie, dass das frühestmögliche Zurückziehen aller amerikanischen Truppen aus China für den zukünftigen Frieden von allerhöchster Bedeutung ist?
Antwort: Ja, das glaube ich.
Frage: Glauben Sie, dass das tatsächliche Monopol der Vereinigten Staaten in Bezug auf die Atombombe eine der hauptsächlichen Bedrohungen des Friedens darstellt?
Antwort: Ich glaube nicht, dass die Atombombe eine so schwerwiegende Macht ist, wie gewisse Politiker sie hinzustellen geneigt sind. Die Atombomben sind zur Einschüchterung von Leuten mit schwachen Nerven bestimmt, sie können aber nicht über die Geschicke eines Krieges entscheiden, da sie für diesen Zweck keineswegs genügen. Gewiss schafft ein monopolistischer Besitz des Geheimnisses der Atombombe eine Bedrohung, aber dagegen gibt es zumindest zwei Mittel:
a) der monopolistische Besitz der Atombomben kann nicht lange dauern;
b) die Anwendung der Atombombe wird verboten werden.
Frage: Glauben Sie, dass mit dem weiteren Fortschreiten der Sowjetunion auf den Keil Kommunismus die Möglichkeiten friedlicher Zusammenarbeit mit der Außenwelt, soweit es die Sowjetunion betrifft, nicht geringer werden? Ist „der Kommunismus in einem Lande“ möglich?
Antwort: Ich zweifle nicht daran, dass die Möglichkeiten friedlicher Zusammenarbeit weit davon entfernt sind, geringer zu werden, sondern sich sogar noch vergrößern können. „Der Kommunismus in einem Lande“ ist durchaus möglich, besonders in einem Land wie die Sowjetunion.

Neue Welt,
Heft 10 / September 1946,
Seite 3-5

ANTWORTEN AUF DIE AM 23. OKTOBER 1946 VOM PRÄSIDENTEN DER AMERIKANISCHEN NACHRICHTENAGENTUR UNITED PRESS, ILHUG BAILLIE, GESTELLTEN FRAGEN

29. Oktober 1946

1. Frage: Stimmen Sie der Meinung des Staatssekretärs Byrnes über die zunehmende Spannung zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten zu, die er in seiner Rundfunkrede am vorigen Freitag zum Ausdruck brachte?
Antwort: Nein.
2. Frage: Könnten Sie vielleicht, falls eine zunehmende Spannung besteht, die Ursache oder die Ursachen einer solchen angeben, und welche sind die Hauptmittel zu ihrer Beseitigung?
Antwort: Diese Frage fällt weg angesichts der Antwort auf die vorhergehende Frage.
3. Frage: Glauben Sie, dass die bevorstehenden Verhandlungen zum Abschluss von Friedensverträgen führen werden, die herzliche Beziehungen zwischen den Völkern - den ehemaligen Verbündeten im Kriege gegen den Faschismus - herstellen und die Gefahr der Entfesselung eines Krieges seitens der ehemaligen Achsenländer beseitigen werden?
Antwort: Ich hoffe es.
4. Frage: Was sind andernfalls die Haupthindernisse, die der Herstellung solcher herzlicher gegenseitiger Beziehungen zwischen den Völkern, die im Großen Krieg Verbündete waren, im Wege stehen?
Antwort: Diese Frage fällt weg angesichts der Antwort. auf die vorhergehende Frage.
5. Frage: Wie verhält sich Rußland zum Entschluss Jugoslawiens, den Friedensvertrag mit Italien nicht zu unterzeichnen?
Antwort: Jugoslawien hat Grund, unzufrieden zu sein,
6. Frage: Was ist Ihres Erachtens gegenwärtig die ernstlichste Bedrohung für den Frieden in der ganzen Welt?
Antwort: Die Anstifter eines neuen Krieges, vor allein Churchill und seine Gesinnungsgenossen in England und den USA.
7. Frage: Welche Schritte müssen, falls eine solche Bedrohung entstehen sollte, von den Völkern der Welt unternommen werden, um einen neuen Krieg zu vermeiden?
Antwort: Man muss die Anstifter eines neuen Krieges entlarven und bändigen.
8. Frage: Ist die Organisation der Vereinten Nationen eine Garantie für die Unverletzlichkeit der kleinen Länder?
Antwort: Das ist einstweilen schwer zu sagen.
9. Frage: Glauben Sie, dass die vier Besatzungszonen in Deutschland in der nächsten Zeit hinsichtlich der Wirtschaftsverwaltung vereinigt werden müssen, um Deutschland als friedliche Wirtschaftseinheit wiederherzustellen und um den vier Mächten die Bürde der Besatzung zu erleichtern?
Antwort: Man muss nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einheit Deutschlands wiederherstellen.
10. Frage: Halten Sie es für möglich, jetzt eine gewisse Zentralverwaltung zu schaffen, welche in die Hände der Deutschen selbst gelegt werden soll, die jedoch unter alliierter Kontrolle steht und wodurch es dem Rat der Außenminister möglich gemacht wird, den Friedensvertrag für Deutschland auszuarbeiten?
Antwort: Ja, ich halte es für möglich!
11. Frage: Sind Sie, nach den in diesem Sommer und Herbst in den verschiedenen Zonen erfolgten Wahlen zu urteilen, dessen gewiss, dass Deutschland sich in politischer und

demokratischer Richtung entwickelt, die zu Hoffnungen auf seine Zukunft als die Zukunft einer friedlichen Nation berechtigt?
Antwort: Dessen bin ich einstweilen nicht gewiss.
12. Frage: Glauben Sie, dass, wie es von einigen Kreisen vorgeschlagen wurde, das Deutschland gestattete Industrieniveau über das vereinbarte Niveau hinausgehoben werden sollte, damit Deutschland in vollem Maße versorgt wäre?
Antwort: Ja, das glaube ich.
13. Frage: Was muss außer dem bestehenden Programm der vier Besatzungsmächte getan werden, um zu verhüten, dass Deutschland wieder zu einer militärischen Bedrohung für den Frieden wird?
Antwort: Man muss tatsächlich die Überbleibsel des Faschismus in Deutschland ausrotten und Deutschland restlos demokratisieren.
14. Frage: Soll man dem deutschen Volk erlauben, seine Industrie und seinen Handel wiederherzustellen, damit es sich selbst versorgen kann?
Antwort: Ja, das soll man.
15. Frage: Werden Ihres Erachtens die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz erfüllt? Falls nicht, was ist dann erforderlich, um die Potsdamer Deklaration zu einem wirksamen Instrument zu machen?
Antwort: Sie werden nicht immer erfüllt, besonders auf dem Gebiet der Demokratisierung Deutschlands.
16. Frage: Glauben Sie, dass während der Verhandlungen zwischen den vier Außenministern und bei den Zusammenkünften des Rates der UN das Vetorecht missbraucht wurde?
Antwort: Nein, das glaube ich nicht.
17. Frage: Wie weit sollten nach Ansicht des Kreml die verbündeten Mächte bei der Fahndung nach zweitrangigen Kriegsverbrechern in Deutschland und deren gerichtlicher Belangung gehen? Ist man der Meinung, dass die Nürnberger Entscheidungen eine hinreichend feste Basis für solche Schritte ergeben haben?
Antwort: Je weiter man gehen wird, desto besser.
18. Frage: Hält Rußland die Westgrenzen Polens für beständig?
Antwort: Jawohl.
19. Frage: Wie beurteilt die UdSSR die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland? Glaubt sie, dass England der heutigen Regierung Griechenlands mehr Waffen liefern sollte?
Antwort: Als unnötig.
20. Frage: Wie groß sind die russischen Truppenkontingente in Polen, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien und Österreich, und auf welche Dauer müssen Ihres Erachtens diese Kontingente im Interesse der Sicherung des Friedens beibehalten werden?
Antwort: Im Westen, das heißt in Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Polen, hat hie Sowjetunion zurzeit insgesamt 60 Divisionen (Schützen- und Panzerdivisionen zusammen), die meisten von ihnen in nicht komplettem Bestand. In Jugoslawien befinden sich keine Sowjettruppen. Nach zwei Monaten, wenn der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 22. Oktober dieses Jahres über die letzte Demobilisierungsfolge durchgeführt sein wird, werden in den genannten Ländern 40 sowjetische Divisionen bleiben.
21. Frage: Wie verhält sich die Regierung der UdSSR zur Anwesenheit amerikanischer Kriegsschiffe im Mittelmeer?
Antwort: Indifferent.
22. Frage: Wie sind zurzeit die Aussichten hinsichtlich eines Handelsabkommens zwischen Rußland und Norwegen?
Antwort: Das ist einstweilen schwer zu sagen.
23. Frage: Besteht für Finnland die Möglichkeit, wieder zu einer selbst versorgten Nation zu werden, nachdem die Reparationen ausgezahlt sein werden, und besteht irgendeine Meinung

betreffs einer Revision des Reparationsprogramms, damit das Wiedererstehen Finnlands beschleunigt werde?
Antwort: Die Frage ist nicht richtig gestellt Finnland war und bleibt eine vollauf selbstversorgte Nation.
24. Frage: Was werden die Handelsabkommen mit Schweden und anderen Ländern für die Sache der Rekonstruktion der UdSSR bedeuten? Welche auswärtige Hilfe halten Sie für erwünscht für die Ausführung dieser großen Aufgabe?
Antwort: Das Abkommen mit Schweden ist ein Beitrag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Nationen.
25. Frage: Ist Rußland immer noch daran interessiert, von den Vereinigten Staaten eine Anleihe zu erhalten? Antwort: Es ist daran interessiert.
26. Frage: Hat Rußland schon seine Atombombe oder irgendeine ähnliche Waffe?
Antwort: Nein.
27. Frage: Welcher Meinung sind Sie über die Atombombe oder eine ähnliche Waffe als Kriegsinstrument?
Antwort: Meine Meinung über die Atombombe habe ich bereits in der bekannten Antwort an Herrn Werth ausgesprochen.
28. Frage: Wie könnte man Ihres Erachtens die Atomenergie am besten kontrollieren? Soll diese Kontrolle auf internationaler Grundlage geschaffen werden, und in welchem Maße sollen die Mächte ihre Souveränität im Interesse der Herstellung einer wirksamen Kontrolle opfern?
Antwort: Strenge internationale Kontrolle ist erforderlich.
29. Frage: Wie viel Zeit ist für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete Westrußlands erforderlich?
Antwort: Sechs bis sieben Jahre, wenn nicht mehr.
30. Frage: Wird Rußland den Betrieb von Handelsfluglinien über dem Gebiet der Sowjetunion gestatten? Hat Rußland die Absicht, seine Fluglinien auf andere Kontinente auf der Grundlage der Gegenseitigkeit auszudehnen?
Antwort: Unter gewissen Bedingungen ist das nicht ausgeschlossen.
31. Frage: Wie beurteilt Ihre Regierung die Okkupation Japans? Halten Sie diese auf der bestehenden Grundlage für erfolgreich?
Antwort: Erfolge sind vorhanden doch könnte man bessere Erfolge erzielen.

„Tägliche Rundschau“,
Nr. 254, 10. Oktober 1946

TELEGRAMM AN DEN IN BELGRAD VERSAMMELTEN SLAWISCHEN KONGRESS

8. Dezember 1946

Ich grüße die Teilnehmer am ersten slawischen Kongress nach dem Kriege, die Vertreter der friedliebenden slawischen Völker. Ich bin sicher, dass der slawische Kongress zur weiteren Festigung der Freundschaft und brüderlichen Solidarität der slawischen Völker beitragen und der Entwicklung der Demokratie und der Konsolidierung des Friedens zwischen den Völkern dienen wird.

J. Stalin

Slaviane, 1, 1947, Moskau

INTERVIEW MIT ELLIOT ROOSEVELT

21. Dezember 1946

1. Frage: Glauben Sie, dass es in dieser Welt für eine Demokratie wie die Vereinigten Staaten möglich ist, mit soll einer kommunistischen Form der Staatsverwaltung, wie sie in der Sowjetunion besteht, friedlich Seite an Seite zu leben, ohne dass von der einen oder von der anderen Seite versucht wird sich in die innenpolitischen Angelegenheiten der andern Seite einzumischen?
Antwort: Ja, natürlich, das ist nicht nur möglich, das ist vernünftig und durchaus zu verwirklichen. In den angespanntesten Zeiten des Krieges haben die Unterschiede in der Regierungsform unsere beiden Länder nicht gehindert, sich zu vereinigen und unsere Feinde zu besiegen. In einem noch größeren Maße ist die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen im Frieden möglich.
2. Frage: Glauben Sie, dass der Erfolg der Vereinten Nationen von einer Übereinkunft zwischen der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten über die grundlegenden Fragen der Politik und über ihre Ziele abhängt?
*Antwort: J*a, das glaube ich. In vieler Hinsicht hängt das Schicksal der Vereinten Nationen als Organisation von der Herbeiführung einer Harmonie unter diesen drei Mächten ab.
3. Frage: Glauben Sie, Generalissimus, dass die Herbeiführung eines großzügigen Wirtschaftsabkommens über den gegenseitigen Austausch von Industrieerzeugnissen und Rohstoffen zwischen unseren beiden Ländern ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum allgemeinen Frieden sein würde?
Antwort: Ja, ich nehme an, dass es ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Herstellung des allgemeinen Friedens wäre. Selbstverständlich stimme ich dem zu. Eine Erweiterung des internationalen Handels würde die Entwicklung der guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in mancherlei Hinsicht begünstigen.
4. Frage: Tritt die Sowjetunion dafür ein, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unverzüglich internationale Polizeikräfte unter Beteiligung der Streitkräfte aller Vereinten Nationen schafft, die überall, wo der Friede durch Kriegshandlungen bedroht wird, sofort einschreiten würden?
Antwort: Selbstverständlich.
5. Frage: Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Vereinten Nationen die Atombombe kontrollieren sollen, müssen sie das nicht tun durch Inspektion und Errichtung einer Kontrolle über alle Forschungsinstitute und Industriebetriebe, die Waffen jeder Art herstellen, sowie über die friedliche Verwendung und Entwicklung der Atomenergie?
(An dieser Stelle schaltet Elliot Roosevelt eine Zwischenbemerkung ein und schreibt: Stalin fragte mich sofort. „Im allgemeinen?“ Ich sagte: „Ja. Ist aber besonders die Sowjetunion im Prinzip mit so einem Plan einverstanden?“)
Antwort: Natürlich. Auf Grund des Gleichheitsprinzips darf es für die Sowjetunion keinerlei Ausnahmen geben. Sie muss sich denselben Inspektions- und Kontrollregeln unterordnen wie alle anderen Länder.
(An dieser Stelle bemerkt Roosevelt: Seine Antwort erfolgte ohne Zögern, und die Frage eines Vorbehaltes des Vetorechts wurde nicht einmal erwähnt.)
6. Frage: Halten Sie die Einberufung einer neuen Zusammenkunft der Großen Drei zur Erörterung aller internationalen Probleme, die gegenwärtig den allgemeinen Frieden bedrohen, für nützlich?
Antwort: Ich bin der Ansicht, dass nicht eine Zusammenkunft, sondern mehrere stattfinden müssen. Wenn mehrere Zusammenkünfte stattfänden, würden sie einem sehr nützlichen Ziel dienen.

(Hier bemerkt Roosevelt: In diesem Augenblick fragte meine Frau, ob er meine, dass derartige Zusammenkünfte zur Herstellung eines engeren Kontaktes zwischen den niedrigeren Instanzen der Vertretungen der betreffenden Regierungen beitragen würden. Sie fragte auch, ob durch die Konferenzen der Kriegszeit so eine Lage erzielt wurde.
Stalin antwortete mit einem Lächeln, zu ihr gewandt: Daran besteht kein Zweifel. Die Beratungen der Kriegszeit und die erzielten Erfolge haben weitgehend dazu beigetragen, bei den niedrigeren Instanzen eine engere Zusammenarbeit herbeizuführen.)
7. Frage: Ich weiß, dass Sie viele politische und soziale Probleme studieren, die in anderen Ländern bestehen. Darum möchte ich Sie fragen, ob Sie der Ansicht sind, dass die Wahlen, die im November in den Vereinigten Staaten durchgeführt wurden, darauf schließen lassen, dass das Volk von dem Glauben an die Politik Roosevelts zugunsten der isolationistischen Politik seiner politischen Gegner abrückt?
Antwort: Mir ist das innere Leben des Volkes der Vereinigten Staaten nicht so gut bekannt; aber es scheint mir, dass die Wahlen darauf schließen lassen, die gegenwärtige Regierung vergeude das vom verstorbenen Präsidenten geschaffene moralische und politische Kapital und habe auf diese Weise den Republikanern den Sieg erleichtert.
(An dieser Stelle fügt Roosevelt hinzu: Auf meine nächste Frage antwortete der Generalissimus mit größtem Nachdruck.)
8. Frage: Worauf führen Sie die Lockerung der freundschaftlichen Beziehungen und des gegenseitigen Einvernehmens zwischen unseren beiden Ländern seit dem Tode Roosevelts zurück?
Antwort: Ich bin der Ansicht, dass, falls diese Frage die Beziehungen und das gegenseitige Einvernehmen zwischen dem amerikanischen und dem russischen Volk betrifft, überhaupt keine Verschlechterung eingetreten ist, sondern im Gegenteil, die Beziehungen haben sich gebessert. Was die Beziehungen der beiden Regierungen betrifft, so kam es zu Missverständnissen. Es entstand eine gewisse Verschlechterung, und dann wurde ein großes Geschrei erhoben, die Beziehungen würden sich in Zukunft weiter verschlechtern. Aber ich sehe hierin nichts Erschreckendes im Sinne einer Verletzung des Friedens oder im Sinne eines militärischen Konflikts. Keine einzige Großmacht könnte gegenwärtig, selbst wenn ihre Regierung es anstreben würde, eine große Armee zum Kampf gegen eine andere verbündete Macht, eine andere Großmacht aufstellen, weil gegenwärtig niemand ohne sein Volk Krieg führen kann, das Volk aber keinen Krieg führen will. Die Völker sind kriegsmüde, außerdem gibt es keinerlei einleuchtende Ziele, die einen neuen Krieg rechtfertigen würden. Niemand würde wissen, wofür er kämpfen muss, und darum sehe ich nichts Schreckliches darin, dass manche Vertreter der Regierung der Vereinigten Staaten von einer Verschlechterung unserer Beziehungen sprechen. Im Hinblick auf all diese Erwägungen halte ich die Gefahr eines neuen Krieges nicht für gegeben.
9. Frage: Treten Sie für einen großzügigen Austausch kultureller und wissenschaftlicher Informationen zwischen unseren beiden Ländern ein? Treten Sie auch für einen Austausch von Studenten, Künstlern, Wissenschaftlern und Professoren ein?
Antwort: Selbstverständlich.
10. Frage: Sollen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion eine gemeinsame, für eine lange Frist berechnete Politik zur Unterstützung der Völker des Fernen Ostens ausarbeiten?
Antwort: Ich bin der Ansicht, dass es nützlich wäre, wenn es möglich wäre. Jedenfalls ist unsere Regierung bereit, mit den Vereinigten Staaten in den fernöstlichen Fragen eine gemeinsame Politik durchzuführen.
11. Frage: Falls zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ein Abkommen über ein System von Anleihen und Krediten getroffen wird, werden solche Abkommen der Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten lang anhaltende Vorteile bringen?
Antwort: Ein System derartiger Kredite ist ohne Zweifel von gegenseitigem Vorteil sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für die Sowjetunion.

(Hier bemerkt Roosevelt: Danach stellte ich eine Frage, die in vielen Ländern Europas offenkundig Besorgnis hervorruft.)
12. Frage: Gibt die Tatsache, dass in der amerikanischen und englischen Besatzungszone Deutschlands das Programm der Entnazifizierung nicht durchgeführt wurde, der Sowjetregierung einen ernsten Anlass zur Besorgnis?
Antwort: Nein, das ist kein Anlass zu ernster Besorgnis, aber natürlich ist es der Sowjetunion unangenehm, dass dieser Teil unseres gemeinsamen Programms nicht durchgeführt wird.

„Neue Welt“,
Heft 31 / Februar 1947,
Seite 4-9

1947

ANTWORTBOTSCHAFT AN DEN BRITISCHEN AUSSENMINISTER BEVIN ZUM ENGLISCH-SOWJETISCHEN VERTRAG

22. Januar 1947

Ich erhielt Ihre Botschaft vom 18. Januar und muss zugeben, dass mich Ihre Erklärung, Großbritannien sei an niemanden gebunden, außer an die Verpflichtungen, die sich aus der Charte ergeben, verblüfft hat. Mir scheint, dass eine derartige Erklärung ohne eine entsprechende Erläuterung von den Feinden einer englisch-sowjetischen Freundschaft missbraucht werden kann. Mir ist klar, dass, ungeachtet dessen, was für Vorbehalte in dem englisch-sowjetischen Vertrage auch bestehen, und gleichgültig, wie diese Vorbehalte die Bedeutung des Vertrags in der Nachkriegszeit auch schwächen, die Existenz des englisch-sowjetischen Vertrages unseren Ländern Verpflichtungen auferlegt.

Gerade diese Umstände hatte ich vor Augen, als ich am 17. September 1946 in meinem Interview mit Alexander Werth (einem britischen Korrespondenten in Moskau) erklärte, dass „die Sowjetunion durch einen gegenseitigen Beistandsvertrag gegen eine deutsche Aggression mit Großbritannien verbunden ist“ und folglich Großbritannien gegenüber Verpflichtungen hat, außer den Verpflichtungen, die sich aus der Charte ergeben.

Ihre Botschaft jedoch und die Erklärung der britischen Regierung stellen die Angelegenheit völlig klar und lassen keinen Raum für Missverständnisse. Es ist nunmehr klar, dass Sie und ich die gleiche Ansicht über den englisch-sowjetischen Vertrag teilen.

Was eine Verlängerung des englisch-sowjetischen Vertrages anbelangt, worauf in der Erklärung der britischen Regierung besonders Bezug genommen wird, so muss ich erklären, dass es notwendig ist, vor Verlängerung dieses Vertrages ihn abzuändern, indem er von den ihn schwächenden Vorbehalten befreit wird, wenn man im Ernst von einer derartigen Verlängerung sprechen will. Nur nach einem solchen Verfahren wäre es möglich, ernstlich von einer Verlängerung des Vertrags zu reden.

J. Stalin

„Neue Welt“,
Heft 9 / Februar 1947,
Seite 7-8

TAGESBEFEHL AUS ANLASS DES TAGES DER SOWJETISCHEN ARMEE

NR. 10

23. Februar 1947

Genossen Soldaten, Matrosen, Unteroffiziere, Offiziere, Generale und Admirale!
Unser Land feiert heute den 29. Jahrestag der sowjetischen Armee.
Die sowjetische Armee, gegründet vom großen Lenin, hat einen ruhmreichen Weg durchlaufen. Ihre ganze Geschichte ist ein lebendiges Beispiel des Heroismus, der unerschütterlichen Treue zum Vaterland und der mutigen Erfüllung der militärischen Pflicht. Diese hohen Eigenschaften haben ihren besonders hervorragenden Ausdruck in den glänzenden Siegen gefunden, die die Rote Armee im Großen Vaterländischen Krieg errungen hat.
Das Vaterland wird niemals die hohen heldenhaften Taten seiner Armee vergessen.
Die sowjetische Armee feiert ihren 29. Jahrestag in einem Monat, wo unser ganzes Volk unablässig die Aufgaben erfüllt, die zur Beseitigung der Kriegsfolgen, zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft führen werden.
Die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen unseres Landes, die erfolgreich den Plan für das erste Jahr des neuen Fünfjahrplanes erfüllt haben, kämpfen heldenhaft für die weitere Beschleunigung der ökonomischen Aktivität, für die Steigerung der Produktion von Massenkonsumgütern, für schnelle Fortschritte der sowjetischen Wissenschaft und Technik.
Die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken, die gerade stattgefunden haben, haben zum vollständigen Sieg des Blocks der Kommunisten und Parteilosen geführt. Das bedeutet, dass die Einheit der sowjetischen Gesellschaft unzerstörbar ist, dass alle sowjetischen Bürger eng um ihre Regierung und die Kommunistische Partei vereinigt sind und fest entschlossen sind, für das weitere Aufblühen ihres Vaterlandes zu sorgen.
In Friedenszeiten muss die sowjetische Armee bei der Erfüllung der Aufgaben der militärischen Vorbereitung, die ihr aufgetragen sind, voranschreiten und neue, noch bedeutendere Erfolge bei der militärischen Vorbereitung und der politischen Erziehung erzielen. Das Werk der Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit unseres Landes erfordern das.
Das wesentliche Prinzip der militärischen Vorbereitung der sowjetischen Streitkräfte hat immer darin bestanden und besteht auch heute noch darin, die Truppen das zu lehren, was unter den Bedingungen des Krieges notwendig ist. Die Erfahrung hat gezeigt, dass der moderne Krieg von den Truppen hohe kämpferische und moralische Eigenschaften verlangt, eine gute militärische und politische Vorbereitung, eine große Meisterschaft in der Kampftechnik, eine enge Koordination und große körperliche Ausdauer.
Die Aufgabe aller Einheiten unserer Armee, unserer Luftwaffe und unserer Marine besteht darin, unablässig und tagtäglich ihre militärische Bildung zu vervollkommnen und zu ihrem Nutzen Übungen durchzuführen, die verstärkt auf den Erfahrungen des Krieges basieren.
Die Generale, Admirale und Offiziere haben die Pflicht, ständig ihre theoretischen militärischen und politischen Kenntnisse zu vertiefen und ebenso die Methoden der militärischen Vorbereitung zu erlernen, die so wichtig für die Ausbildung in Friedenszeiten sind.
Die Unteroffiziere müssen sich mit aller Energie die Verfahren des Befehligens aneignen, um tatsächlich die ersten Stützen der Offiziere bei der Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin und bei der Ausbildung und Erziehung der Soldaten und Matrosen zu werden.
Die Soldaten und Matrosen müssen mit allen ihren Kräften gewissenhaft ihre Ausbildung in Bezug auf das Schießen, auf die spezielle militärische Taktik und die politische Bildung vervollkommnen. Sie müssen sich die nötige körperliche Stählung erwerben, um fähige

Kämpfer zu werden, die in der Lage sind, alle Schwierigkeiten der Feldzüge und Schlachten zu überwinden.
Bei der Ausbildung und Erziehung ihrer Untergebenen haben alle Kommandanten und Vorgesetzten die Pflicht, sich um deren Lebensbedingungen, ihr Essen und ihre Ausrüstung zu kümmern, damit die Soldaten regelmäßig und reichlich alles das bekommen, was das Reglement vorsieht.
Die feste militärische Disziplin beruht in erster Linie auf dem hohen Bewusstsein und der politischen Erziehung der Soldaten. Sie ist die wichtigste unerlässliche Voraussetzung für die Kampfkraft unserer Streitkräfte.
Daher müssen alle Kommandanten und Befehlshaber unablässig die militärische Disziplin festigen und dabei hohe Anforderungen stellen. Sie müssen dabei jedoch gleichzeitig bei ihren Untergebenen den Geist der Verbundenheit mit dem Vaterland und den Sinn für Pflichterfüllung und für die persönliche Verantwortlichkeit jedes Soldaten für die Verteidigung des Vaterlandes pflegen.
Genossen Soldaten, Matrosen und Unteroffiziere!
Genossen Offiziere, Generale und Admirale!
Ich grüße und beglückwünsche Euch aus Anlass des 29. Jahrestages der sowjetischen Armee im Namen der sowjetischen Regierung und unserer Kommunistischen Partei.
Zu Ehren des 29. Jahrestages der sowjetischen Armee befehle ich: Heute, am 23. Februar, ist in der Hauptstadt unseres Vaterlandes, in Moskau, in den Hauptstädten der Unionsrepubliken, desgleichen in Kaliningrad, Lwow, in Chabarowsk, Wladiwostok, in Port Arthur und in den Heldenstädten Leningrad, Stalingrad, Sewastopol und Odessa ein Salut von zwanzig Artilleriesalven abzufeuern.
Es leben die sowjetische Armee und die Kriegsmarine!
Es lebe unsere sowjetische Regierung!
Es lebe unsere große Kommunistische Partei!
Es lebe unser großes Sowjetvolk!

J. Stalin

Prawda,
23. Februar 1947

UNTERREDUNG MIT DEM AMERIKANISCHEN REPUBLIKANISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATEN HARALD STASSEN

Protokoll der Unterredung

9. April 1947

Stassen erklärt, er sei Stalin für den Empfang dankbar. Er, Stassen, hätte um den Empfang gebeten, um Stalin als dem Staatsoberhaupt seine Achtung zu bezeigen. Er, Stassen, hätte eine interessante Reise durch die europäischen Länder unternommen und sich während dieser Reise besonders für die Wirtschaftslage der verschiedenen Länder nach dem Kriege interessiert. Nach seiner Ansicht ist der Lebensstandard der Völker von großer Bedeutung für ihr Gedeihen. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten seien während des Krieges von großer Bedeutung gewesen und würden auch weiterhin von großer Bedeutung sein. Er sei sich dessen bewusst, dass die Wirtschaftssysteme der UdSSR und der USA verschieden sind. Die Wirtschaft der UdSSR ist auf den Grundsätzen der Planung, auf sozialistischen Grundsätzen aufgebaut und ihre Entwicklung leitet die Kommunistische Partei. In den Vereinigten Staaten besteht eine freie Wirtschaft mit Privatkapital. Es wäre ihm interessant zu wissen, ob Stalin der Meinung sei, dass diese zwei Wirtschaftssysteme in ein und derselben Welt nebeneinander leben und nach dem Kriege miteinander zusammenarbeiten können.

Stalin antwortet, dass selbstverständlich beide Systeme miteinander zusammenarbeiten könnten. Die Unterschiede zwischen ihnen hätten keine wesentliche Bedeutung, soweit es sich um ihre Zusammenarbeit handelt. Die Wirtschaftssysteme in Deutschland und in den USA seien die gleichen, nichtsdestoweniger sei es zwischen ihnen zu einem Krieg gekommen. Die Wirtschaftssysteme der USA und der UdSSR seien verschieden, doch hätten sie keinen Krieg miteinander geführt, sondern während des Krieges zusammengearbeitet. Wenn zwei verschiedene Systeme während des Krieges zusammenarbeiten konnten, warum sollten sie dann nicht in Friedenszeiten zusammenarbeiten können? Natürlich sei dabei gemeint, eine Zusammenarbeit bei verschiedenen Wirtschaftssystemen sei durchaus möglich, wenn der Wunsch nach Zusammenarbeit bestehe. Wenn aber der Wunsch nach Zusammenarbeit nicht vorhanden sei, dann könnten Staaten und Menschen auch bei gleichartigen Wirtschaftssystemen aneinander geraten.

Stassen erklärt, dass der Wunsch nach Zusammenarbeit natürlich von großer Bedeutung sei. Jedoch seien früher, vor dem Kriege, in beiden Ländern verschiedene Erklärungen über die Unmöglichkeit der Zusammenarbeit abgegeben worden. Vor dem Kriege hätte auch Stalin selbst dies erklärt. Er, Stassen, würde aber gern wissen, ob Stalin der Meinung sei, dass die Ereignisse des Krieges, die Niederlage der faschistischen Achse, d. h. Deutschlands und Japans, die Situation verändert hätten und man jetzt, falls der Wunsch hierzu bestehe, auf eine Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA hoffen könne.

Stalin antwortet, er könne auf keinen Fall gesagt haben, dass die beiden verschiedenen Systeme nicht zusammenarbeiten könnten. Zum ersten Mal hätte Lenin den Gedanken der Zusammenarbeit der zwei Systeme geäußert. „Lenin ist unser Lehrer“, sagt Stalin, „und wir Sowjetmenschen sind Lenins Schüler. Von Lenins Weisungen sind wir niemals abgewichen und werden wir niemals abweichen.“ Es sei möglich, er, Stalin, habe gesagt, dass ein System, z. B. das kapitalistische, nicht gewillt sei, zusammenzuarbeiten, doch hätte sich das auf den Wunsch, nicht aber auf die Möglichkeiten der Zusammenarbeit bezogen. Was aber die Möglichkeit der Zusammenarbeit betreffe, so stehe er, Stalin, auf dem Standpunkt Lenins, dass Zusammenarbeit zwischen den zwei Wirtschaftssystemen möglich und wünschenswert

sei. Auch was den Wunsch des Volkes und der Kommunistischen Partei in der UdSSR nach Zusammenarbeit anbetreffe, so hätten sie diesen Wunsch. Eine solche Zusammenarbeit würde für beide Länder nur nützlich sein.
Stassen antwortet, das sei klar. Die Erklärungen, an die er erinnert hätte, habe Stalin auf dem 18. Parteitag und auf der Plenarsitzung im Jahre 1937 abgegeben. In diesen Erklärungen sei von „kapitalistischer Umwelt“ und von „monopolistischer und imperialistischer Entwicklung“ die Rede gewesen. Aus der heutigen Erklärung Stalins ziehe er, Stassen, den Schluss, dass jetzt, nach der Niederlage Japans und Deutschlands, die Situation sich geändert habe.
Sta1in erklärt, dass er auf keinem Parteitag und keiner Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei von einer Unmöglichkeit der Zusammenarbeit der zwei Systeme gesprochen habe oder sprechen konnte. Er, Stalin, hätte gesagt, dass eine kapitalistische Umwelt und die Gefahr eines Überfalls auf die UdSSR bestehe. Wenn der eine Teil nicht zusammenarbeiten wolle, so bedeute dies, dass die Gefahr eines Überfalls bestehe. Und in der Tat, Deutschland, das mit der UdSSR nicht zusammenarbeiten wollte, hätte die UdSSR überfallen. Hätte die UdSSR mit Deutschland zusammenarbeiten können? Jawohl, die UdSSR hätte mit Deutschland zusammenarbeiten können, doch die Deutschen hätten es nicht gewollt. Andernfalls hätte die UdSSR mit Deutschland ebenso wie mit jedem anderen Lande zusammengearbeitet. „Wie Sie sehen, bezieht sich das auf den Wunsch, nicht aber die Möglichkeit der Zusammenarbeit.
Man muss einen Unterschied machen zwischen der Möglichkeit der Zusammenarbeit und dem Wunsch nach Zusammenarbeit. Die Möglichkeit zur Zusammenarbeit besteht immer, doch nicht immer besteht der Wunsch nach Zusammenarbeit. Wenn der eine Teil eine Zusammenarbeit nicht will, so ist das Resultat ein Konflikt, ein Krieg.“
Stassen erklärt, der Wunsch müsse auf beiden Seiten bestehen.
Stalin erwidert, er müsse die Tatsache bezeugen, dass die Russen den Wunsch nach Zusammenarbeit hätten.
Stassen sagt, er freue sich, dies zu hören, und er möchte auf die Erklärung Stalins über die Gleichheit der Wirtschaftssysteme der USA und Deutschlands eingehen. Er müsse sagen, dass die Wirtschaftssysteme der USA und Deutschlands verschieden voneinander gewesen seien, als Deutschland den Krieg begann.
Stalin ist damit nicht einverstanden und erklärt, es hätte ein Unterschied in dem Regime in den USA und in Deutschland bestanden, aber kein Unterschied zwischen den Wirtschaftssystemen. Das Regime sei ein vorübergehender, ein politischer Faktor.
Stassen sagt, es würde viel darüber geschrieben, dass das kapitalistische System das Übel der Monopole, den Imperialismus und die Unterdrückung der Arbeiter hervorbrächte. Nach seiner, Stassens, Meinung sei es in den USA gelungen, die Entwicklung der monopolistischen und imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus zu verhüten; dabei hätten die Arbeiter in den USA das Stimmrecht in viel größerem Maße, als Marx und Engels hätten denken können. Darin läge der Unterschied zwischen dem Wirtschaftssystem in den USA und dem Wirtschaftssystem, das in Hitlerdeutschland bestanden hätte.
Sta1in sagt, man dürfe sich nicht dazu hinreißen lassen, das System des anderen zu kritisieren. Jedes Volk halte an dem System fest, an dem es festhalten wolle und könne. Welches System das bessere sei, würde die Geschichte zeigen. Man müsse die Systeme achten, die vom Volk erwählt und gebilligt worden seien. Ob das System in den USA schlecht oder gut ist, sei Sache des amerikanischen Volkes. Für die Zusammenarbeit sei es nicht erforderlich, dass die Völker das gleiche System hätten. Man müsse die vom Volk gebilligten Systeme achten. Nur unter dieser Bedingung sei eine Zusammenarbeit möglich.
Was Marx und Engels angehe, so konnten sie natürlich nicht vorausahnen, was 40 Jahre nach ihrem Tode geschehen würde.

Das Sowjetsystem würde ein totalitäres oder diktatorisches System genannt, aber die Sowjetmenschen nennten das amerikanische System monopolistischen Kapitalismus. Wenn beide Seiten begännen, einander Monopolisten oder Totalitaristen zu schimpfen, so würde es zu keiner Zusammenarbeit kommen. Man müsse von der geschichtlichen Tatsache ausgehen, dass zwei vom Volk gebilligte Systeme bestünden. Nur auf dieser Basis sei eine Zusammenarbeit möglich.
Was die Leidenschaft für die Kritik an den Monopolen und am Totalitarismus anbetrifft, so sei das Propaganda, er aber, Stalin, sei kein Propagandist, sondern ein Mann der Tat. Wir dürfen nicht Sektierer sein, sagt Stalin. Wenn das Volk den Wunsch hätte, das System zu ändern, so würde es das tun. Als er, Stalin, mit Roosevelt zusammengetroffen sei und militärische Fragen mit ihm besprochen habe, hätten er und Roosevelt einander nicht Monopolisten und Totalitaristen geschimpft. Das hätte wesentlich dazu beigetragen, dass er und Roosevelt die Zusammenarbeit miteinander hergestellt und den Sieg über den Feind errungen hätten.
Stassen sagt, diese Art von Kritik auf beiden Seiten seit Beendigung des Krieges sei eine der Ursachen gewesen, die Missverständnisse hervorgerufen hätten. Er, Stassen, hätte gerne gewusst, ob Stalin in Zukunft in erhöhtem Maße auf einen Austausch von Ideen, Studenten, Lehrern, Schauspielern und Touristen hoffe, wenn eine Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA hergestellt wäre.
Stalin antwortet, dies sei unausbleiblich, wenn eine Zusammenarbeit hergestellt würde. Der Austausch von Waren führe zum Austausch von Menschen.
Stassen sagt, in der Vergangenheit seien zwischen der UdSSR und den USA dadurch Missverständnisse entstanden, dass auf sowjetischer Seite nicht der Wunsch bestanden hätte, Ideen auszutauschen, was in der Einführung einer Zensur über die Meldungen der ausländischen Berichterstatter aus Moskau zum Ausdruck gekommen sei. So sei z. B. der Umstand, dass der Zeitung „New York Herald Tribune“ die Genehmigung verweigert worden sei, einen eigenen Berichterstatter in Moskau zu haben, eine der Ursachen für das Fehlen des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern der UdSSR und der USA gewesen.
Stalin antwortet, dass der Fall der Verweigerung eines Visums für den Korrespondenten der „New York Herald Tribune“ tatsächlich vorgekommen sei. Dies sei jedoch ein Missverständnis, eine zufällige Erscheinung und stünde in keinem Zusammenhang mit der Politik der Sowjetregierung. Er, Stalin, wisse, dass die „New York Herald Tribune“ eine solide Zeitung sei. Von Bedeutung sei auch die Tatsache, dass ein Teil der amerikanischen Korrespondenten der UdSSR ungünstig gesinnt sei.
Stassen antwortet, dass es solche Berichterstatter tatsächlich gäbe. Dem Berichterstatter der „New York Herald Tribune“ sei die Genehmigung für den Aufenthalt in Moskau erteilt worden, jedoch nur für die Dauer der Tagung des Rates der Außenminister. Jetzt werfe diese Zeitung die Frage der Entsendung eines ständigen Berichterstatters nach Moskau auf. Die „New York Herald Tribune“ sei ein führendes Organ der Republikaner, das jetzt noch mehr an Bedeutung gewinne, nachdem die Republikaner die Mehrheit im Kongress erlangt hätten.
Stalin erwidert: „Das ist ganz egal, da wir keinen großen Unterschied zwischen Republikanern und Demokraten sehen.“ Was die Frage der Berichterstattung anbelange, so erinnere er, Stalin, sich an einen Vorfall. In Teheran hätten die drei Mächte eine Konferenz abgehalten, auf der sie in freundschaftlicher Atmosphäre tüchtige Arbeit geleistet hätten. Ein amerikanischer Berichterstatter, an dessen Namen er, Stalin, sich im Augenblick nicht erinnere, hätte eine Meldung abgesandt, dass auf der Teheraner Konferenz Marschall Timoschenko anwesend gewesen wäre, obwohl er in Wirklichkeit nicht dort gewesen sei, und dass er, Stalin, während des Diners sich an Timoschenko tätlich vergriffen habe. Aber das sei eine grobe und verleumderische Lüge. Nun und? Solle man einen solchen Berichterstatter loben? Bei dem Diner, auf dem die Teilnehmer der Teheraner Konferenz den 69. Geburtstag Churchills feierten, seien Churchill, Brook, Leahy und andere anwesend gewesen, im ganzen

etwa 30 Personen, die bezeugen könnten, dass nichts Derartiges sich zugetragen hätte. Nichtsdestoweniger hätte dieser Berichterstatter der Zeitung seine erlogene Meldung gesandt, und sie sei in der Presse der USA veröffentlicht worden. „Kann man einem solchen Berichterstatter vertrauen? Wir“, sagt Stalin, „sind nicht der Meinung, dass hieran die USA oder ihre Politik schuld ist. Solche Zwischenfälle kommen aber vor. Das ruft bei den Sowjetmenschen schlechte Stimmung hervor.“
Stassen sagt, Fälle verantwortungslosen Verhaltens von Berichterstattern, die Falschmeldungen schickten, kämen natürlich vor. Doch andere Berichterstatter berichtigten die Fehler der ersteren, und mit der Zeit wüssten die Menschen, welchen Berichterstattern man vertrauen könne und welchen nicht, und im Endeffekt sähe man, dass die Menschen sich auskennen und sich um der großen Kriegsanstrengungen willen vereinen.
Stalin antwortet, das sei richtig.
Stassen sagt, dass jedes Mal, wenn ein Berichterstatter offenbar vorsätzlich vollkommen falsche Meldungen gäbe, sein Blatt ihn abberufen würde, und somit würden unsere Zeitungen sich einen Stamm fähiger und ehrlicher Berichterstatter schaffen.
Stalin sagt, diese Berichterstatter schrieben zuerst Sensationsnachrichten, die Zeitungen veröffentlichten sie und verdienten Geld daran, und dann entließen sie diese Berichterstatter.
Stassen sagt, Presse, Handel und Kulturaustausch seien die Sphären, in denen die zwei Systeme Mittel und Wege finden müssten, gute Beziehungen miteinander herzustellen.
Stalin sagt, das sei richtig.
Stassen erklärt, er glaube, wenn die Meldungen der Berichterstatter keiner Zensur unterlägen, so wäre das eine bessere Basis für die Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis zwischen unseren Völkern als jede andere.
Sta1in sagt, in der UdSSR würde es schwer sein, ohne Zensur auszukommen. Molotow habe es mehrmals versucht, doch sei nichts dabei herausgekommen. Jedes Mal, wenn die Sowjetregierung- die Zensur aufgehoben hätte, hätte sie es bereuen und sie wieder einführen müssen. Im Herbst des vorvorigen Jahres sei die Zensur in der UdSSR aufgehoben worden. Er, Stalin, sei auf Urlaub gewesen, und die Berichterstatter hätten zu schreiben begonnen, dass Molotow Stalin gezwungen hätte, auf Urlaub zu gehen, und dann hätten sie geschrieben, dass er, Stalin, zurückkommen und Molotow verjagen würde. Somit hätten diese Berichterstatter die Sowjetregierung gewissermaßen als eine Art Raubtierhaus hingestellt. Natürlich seien die Sowjetmenschen empört gewesen und hätten die Zensur von neuem einführen müssen.
Stassen sagt, wie er es jetzt verstände, hielte Stalin eine Zusammenarbeit für möglich, wenn der Wille und der Wunsch zur Zusammenarbeit vorhanden wären.
Stalin antwortet, das sei vollkommen richtig.
Stassen sagt, für die Erhöhung des Lebensstandards sei die Mechanisierung und Elektrifizierung von großer Bedeutung, und die Verwendung der Atomenergie in der Industrie sei von großer Bedeutung für alle Völker, auch für die Völker der UdSSR und der USA. Er, Stassen, sei der Meinung, dass die Schaffung eines Systems der Inspizierung und Kontrolle, das die Benutzung der Atomenergie für militärische Zwecke für ungesetzlich erklärt, von großer Bedeutung für alle Völker der Welt sei. Ob Stalin der Meinung sei, es bestünden Aussichten, dass in Zukunft ein Übereinkommen über die Kontrolle und Regelung der Erzeugung von Atomenergie und über ihre friedliche Verwendung ausgearbeitet würde?
Sta1in antwortet, er hoffe es. Zwischen der UdSSR und den USA bestünden in dieser Frage große Meinungsverschiedenheiten, doch letzten Endes würden, wie er, Stalin, hoffe, beide Seiten einander verstehen. Nach seiner, Stalins, Ansicht würde eine internationale Kontrolle und Inspizierung geschaffen werden, und das würde von großer Bedeutung sein. Die Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken würde eine große Umwälzung in den Produktionsvorgängen hervorrufen. Was die Verwendung der Atomenergie zu militärischen Zwecken anbetrifft, so würde sie aller Wahrscheinlichkeit nach verboten werden. Das forderten der Wunsch und das Gewissen der Völker.

Stassen antwortet, das sei eines der wichtigsten Probleme. Wenn es gelöst würde, so würde die Atomenergie zum größten Segen für die Völker der ganzen Welt werden, wenn aber nicht, zum größten Fluch.
Stalin sagt, er glaube, es würde gelingen, eine internationale Inspektion und Kontrolle zu errichten. Die Entwicklung ginge dahin.
Stassen dankt Stalin für die Unterredung.
Stalin antwortet, dass er Stassen zur Verfügung stünde und dass die Russen ihre Gäste achteten.
Stassen sagt, dass er während der Konferenz in San Franzisko eine inoffizielle Unterredung mit Molotow gehabt hätte. Im Verlauf dieser Unterredung sei er eingeladen worden, Rußland zu besuchen.
Stalin sagt, dass die Lage in Europa, wie er glaube, jetzt wohl sehr schlecht sei. Wie denke Herr Stassen darüber?
Stassen antwortet, dass dies im allgemeinen richtig sei, doch gäbe es einige Länder, die durch den Krieg nicht gelitten hätten und die sich nicht in einer so schlechten Lage befänden, z. B. die Schweiz und die Tschechoslowakei.
Stalin sagt, die Schweiz und die Tschechoslowakei seien kleine Länder.
Stassen antwortet, die großen Länder befänden sich in einer sehr schlechten Lage. Die Wirtschaftsprobleme. denen sie gegenüberstünden, seien Finanz-, Rohstoff- und Ernährungsprobleme.
Stalin erklärt, Europa sei ein Weltteil, in dem es viele Fabriken und Werke gäbe, wo sich aber ein Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln fühlbar mache. Das sei das Tragische.
Stassen meint, der niedrige Stand der Kohlenförderung im Ruhrgebiet habe den Kohlenmangel in Europa herbeigeführt.
Stalin sagt, dass sich auch in England Kohlenmangel fühlbar mache und dass das äußerst sonderbar sei.
Stassen erklärt, dass die Kohlenförderung in den USA glücklicherweise auf einem hohen Niveau stehe. In den USA würden täglich zwei Millionen Tonnen bituminöser Kohle gefördert. Infolgedessen seien die USA imstande gewesen, große Kohlenmengen nach Europa zu schicken.
Stalin erklärt, dass die Lage in den USA nicht schlecht sei. Amerika sei durch zwei Ozeane geschützt. Im Norden grenzten die USA an das schwache Land Kanada, im Süden an das schwache Land Mexiko. Die Vereinigten Staaten brauchten sie nicht zu fürchten. Nach dem Unabhängigkeitskrieg hätten die USA sechzig Jahre lang keinen Krieg geführt und sich des Friedens erfreut. All das hätte zur raschen Entwicklung der USA beigetragen. Außerdem bestehe die Bevölkerung der USA aus Menschen, die sich schon vor langer Zeit vom Joch der Könige und der Landaristokratie befreit hätten. Auch dieser Umstand hätte die rapide Entwicklung der USA begünstigt.
Stassen erklärt, sein Urgroßvater wäre vor dem Imperialismus aus der Tschechoslowakei geflüchtet. Natürlich sei die geographische Lage der USA eine große Hilfe für sie gewesen, „Wir hatten Glück“, sagte Stassen, „dem Gegner wurde die Niederlage fern von unseren Küsten beigebracht. Die USA waren imstande, die Umstellung durchzuführen und nach Beendigung des Krieges die Produktion in großem Umfang wieder aufzunehmen. Jetzt besteht die Aufgabe darin, Depressionen und eine Wirtschaftskrise zu vermeiden.“
Stalin fragt, ob in den USA eine Wirtschaftskrise erwartet würde.
Stassen antwortet, dass er keine Wirtschaftskrise erwarte. Er glaube daran, dass es möglich sei, den Kapitalismus in den USA zu regulieren, den Beschäftigungsgrad auf einem hohen Niveau zu stabilisieren und jede ernste Krise zu vermeiden. Die Hauptaufgabe bestehe jedoch darin, eine Krise im Wirtschaftssystem der USA zu vermeiden. Wenn aber die Regierung eine kluge Politik führe und wenn man den Lehren der Jahre 1929 30 Rechnung trage, so würde in den

USA ein regulierter, nicht aber ein monopolistischer Kapitalismus herrschen, was erlauben würde, eine Krise zu vermeiden.
Stalin sagt, dazu sei eine sehr starke, von großer Entschlossenheit beseelte Regierung erforderlich.
Stassen sagt, das sei richtig, außerdem müsse das Volk die Maßnahmen verstehen, die auf die Stabilisierung und Aufrechterhaltung des Wirtschaftssystems abzielten. Das sei eine neue Aufgabe, da es in den Wirtschaftssystemen der Welt keine Parallele hierzu gäbe.
Stalin erklärt, es gäbe einen für die USA günstigen Umstand, nämlich den, dass zwei Konkurrenten der USA auf den Weltmärkten - Japan und Deutschland - beseitigt seien. Infolgedessen stiege die Nachfrage nach amerikanischen Waren, und das schaffe günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der USA. Den USA stünden solche Märkte wie Europa, China und Japan offen. Das würde den USA helfen. Solche Voraussetzungen hätte es noch niemals gegeben.
Stassen sagt, andererseits seien auf diesen Märkten keine Zahlungsmittel vorhanden, so dass sie eine Last, nicht aber ein einträgliches Geschäft für die USA seien. Aber natürlich sei die Beseitigung Deutschlands und Japans, zweier Träger der imperialistischen Gefahr, ein großer Segen für die USA und für die anderen Länder vom Gesichtspunkt des Friedens. Früher sei der Welthandel natürlich kein Faktor von großer Bedeutung für die USA gewesen. Die Märkte der USA hätten sich auf den Bereich der USA oder der westlichen Hemisphäre beschränkt.
Stalin sagt, vor dem Krieg seien etwa 10 Prozent der amerikanischen Erzeugung nach anderen Ländern exportiert worden. Was die Kaufkraft anbelange, so glaube er, Stalin, die Kaufleute würden Geldmittel finden, amerikanische Waren dafür kaufen und diese an die Bauern in ihren Ländern weiterverkaufen. Die Kaufleute in China, Japan, Europa und Südamerika hätten Geld angesammelt. Jetzt würde sich der Export der USA vielleicht auf 20 Prozent erhöhen. Ob das nicht richtig sei?
Stassen sagt, er glaube das nicht.
Stalin fragt: „Im Ernst?“
Stassen antwortet bejahend und sagt, wenn der Export der USA auf 15 Prozent steige, so hätten nach seiner Ansicht die Vereinigten Staaten Glück gehabt. Die meisten Kaufleute hätten Geld in der Währung ihres Landes angesammelt, die meistens blockiert und für den Transfer nicht geeignet sei. Somit würde der Export der USA nach seiner, Stassens, Meinung nicht über 15 Prozent hinausgehen.
Sta1in meint, wenn man die Höhe der Produktion in den USA in Betracht ziehe, wären 15 Prozent keine kleine Ziffer.
Stassen stimmt dem zu.
Stalin erklärt, dass die amerikanische Industrie, wie man sage, jetzt viele Lieferungsaufträge hätte. Ob das richtig sei? Man sage, dass die Werke in den USA nicht imstande seien, mit der Ausführung dieser Aufträge nachzukommen, und dass alle Werke zu 100 Prozent beschäftigt seien. Ob das richtig sei?
Stassen antwortet, das sei richtig, es handle sich aber um inländische Lieferungsaufträge.
Stalin bemerkt, das sei sehr wichtig.
Stassen sagt, es gelänge, den Bedarf an Lebensmitteln, Frauenkleidung und Schuhwerk zu befriedigen, die Erzeugung von Werkzeugmaschinen, Kraftwagen und Lokomotiven bliebe jedoch zurück.
Stalin sagt, in der amerikanischen Presse seien Meldungen erschienen, nach denen bald eine Wirtschaftskrise eintreten würde.
Stassen sagt, in der Presse hätte es Meldungen gegeben, wonach die Zahl der Arbeitslosen in den USA im November v. J. acht Millionen erreichen sollte. Diese Meldungen hätten sich jedoch als falsch erwiesen. Die Aufgabe bestehe darin, den hohen Produktionsstand zu nivellieren und eine Stabilisierung zu erreichen, um so eine Wirtschaftskrise zu vermeiden.

Stalin bemerkt, dass Stassen offenbar eine Regulierung der Produktion im Auge hätte.
Stassen antwortet, das sei richtig, und erklärt, dass es in Amerika Leute gäbe, die behaupten, es käme eine Depression. Er, Stassen, sei aber optimistischer gestimmt und behaupte, die Amerikaner könnten eine Depression vermeiden, denn er, Stassen, könne bei den Leuten jetzt tieferes Verständnis für eine Regulierung feststellen als früher.
Stalin fragt: „Und die Geschäftsleute? Werden sie damit einverstanden sein, sieh regulieren zu lassen und Beschränkungen zu unterliegen?“
Stassen sagt, dass die Geschäftsleute sich in der Regel dem widersetzen.
Stalin bemerkt, sie würden sich natürlich widersetzen.
Stassen meint, sie hätten jedoch begriffen, dass die Depression von 1929 sich nicht wiederholen dürfe, und sähen die Notwendigkeit einer Regulierung jetzt besser ein. Natürlich seien eine weitgehende Regulierung, viele Beschlüsse und danach ein vernünftiges Vorgehen der Regierung erforderlich.
Stalin bemerkt, das sei richtig.
Stassen erklärt, das sei bei allen Systemen und Regierungsformen nötig. Bei jeder Regierungsform sei es schlecht für das Volk, wenn Fehler gemacht würden.
Stalin stimmt dem zu.
Stassen sagt, Japan und Deutschland hätten das bewiesen.
Stalin sagt, in diesen Ländern hätte die Wirtschaft unter der Leitung von Militärs gestanden, die nichts von der Wirtschaft verstanden. So sei z. B. in Japan die Wirtschaft von Tojo geleitet worden, der nur wusste, wie man Krieg führt.
Stassen sagt, das sei richtig. Er sei Stalin dankbar, dass er ihm die Möglichkeit gegeben hätte, mit ihm zu sprechen, und für die Zeit, die Stalin ihm gewidmet habe.
Stalin fragt, wie lange Stassen in der UdSSR zu bleiben gedenke.
Stassen antwortet, er wolle morgen nach Kiew reisen. Danach wolle er den heldenmütigen Verteidigern von Stalingrad seine Verehrung bezeigen, und darauf gedenke er über Leningrad aus der UdSSR abzureisen. Während der Verteidigung von Stalingrad sei er bei der amerikanischen Flotte im Pazifik gewesen, wo er mit gespannter Aufmerksamkeit die Stalingrader Epopée verfolgt hätte.
Sta1in sagt, dass Admiral Niemetz offenbar ein sehr bedeutender Marinebefehlshaber sei.
Stalin fragt, ob Stassen in Leningrad gewesen sei.
Stassen sagt, dass er noch nicht in Leningrad gewesen sei und die Absicht habe, über Leningrad aus der UdSSR abzureisen.
Stalin sagt, die Unterhaltung mit Stassen habe ihm viel gegeben.
Stassen sagt, dass auch ihm die Unterredung mit Stalin viel Nützliches für seine Arbeit beim Studium der Wirtschaftsprobleme gegeben habe.
Sta1in sagt, dass auch er sich vor dem Kriege viel mit Wirtschafsproblemen beschäftigt hätte und nur durch den Zwang der Notwendigkeit Militärfachmann geworden sei.
Stassen fragt, ob er das von Pawlow geführte Protokoll der Unterredung erhalten könne und ob er die Erlaubnis hätte, über die Unterredung mit den Berichterstattern zu sprechen, wenn er mit ihnen zusammenkäme.
Stalin sagt, dass Stassen natürlich das Protokoll der Unterredung erhalten und mit den Berichterstattern über die Unterredung sprechen könne, da daran nichts zu verheimlichen sei.

„Neue Welt“,
Heft 9 / Mai 1947,
Seite 3-9

GRUSSBOTSCHAFT ZUM 800JÄHRIGEN BESTEHEN DER HAUPTSTADT DER SOWJETUNION

8. September 1947

Gruß an Moskau, die Hauptstadt unseres Vaterlandes, zur Feier ihres 800jährigen Bestehens.
Das ganze Land feiert heute diesen bedeutsamen Tag. Es feiert ihn nicht formal, sondern mit dem Gefühl der Liebe und der Verehrung im Hinblick auf die großen Verdienste Moskaus uni das Vaterland.
Die Verdienste Moskaus bestehen nicht nur darin, dass es das Vaterland im Verlaufe seiner Geschichte dreimal von fremder Unterdrückung befreit hat - vom mongolischen Joch, von der polnisch-litauischen Invasion und von dem französischen Einbruch. Das Verdienst Moskaus besteht in erster Linie darin, dass es die Grundlage wurde zum Zusammenschluss des zersplitterten Rußlands zu einem einheitlichen Staat mit einer einheitlichen Regierung, einer einheitlichen Leitung. Kein Land in der Welt kann erwarten, dass es seine Unabhängigkeit bewahrt und beträchtliche wirtschaftliche und kulturelle Fortschritte macht, wenn es ihm nicht gelingt, sich von der feudalen Zersplitterung und der Zwietracht unter den Fürsten zu befreien. Nur ein Land, das in einem einheitlichen, zentralisierten Staat vereinigt ist, kann mit der Möglichkeit eines beträchtlichen kulturellen und wirtschaftlichen Wachstums, mit der Möglichkeit der Behauptung seiner Unabhängigkeit rechnen. Das historische Verdienst Moskaus besteht darin, dass es die Grundlage und der Initiator zur Schaffung eines zentralisierten Staates in Rußland war und bleibt.
Aber damit sind die Verdienste Moskaus um das Vaterland nicht erschöpft. Nachdem Moskau durch den Willen des großen Lenin wieder zur Hauptstadt unseres Vaterlandes erklärt worden war, wurde es der Bannerträger der neuen sowjetischen Epoche.
Moskau ist heute nicht nur der Inspirator beim Aufbau der neuen sowjetischen sozialökonomischen Ordnung, die die Herrschaft des Kapitals durch die Herrschaft der Arbeit ersetzt hat und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ablehnt. Moskau ist gleichzeitig der Herold der Bewegung zur Befreiung der arbeitenden Menschheit aus der kapitalistischen Sklaverei.
Moskau ist heute nicht nur der Inspirator des Aufbaus der neuen Sowjetdemokratie, die jede direkte oder indirekte Nichtgleichberechtigung der Staatsbürger, der Geschlechter, der Rassen oder Nationen ablehnt und das Recht auf Arbeit und das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantiert. Moskau ist gleichzeitig das Banner aller arbeitenden Menschen in der Welt, aller unterdrückten Rassen und Nationen in ihrem Kampfe um die Befreiung von der Herrschaft der Plutokratie und des Imperialismus. Es besteht kein Zweifel, dass ohne diese Politik Moskau nicht das Zentrum der Organisierung der Freundschaft der Völker und ihrer brüderlichen Zusammenarbeit in unserem viele Nationen umfassenden Staat geworden sein könnte.
Moskau ist heute nicht nur der Initiator des Aufbaus einer neuen Lebensform der Werktätigen der Hauptstadt, frei von der Not und der Elendsexistenz von Millionen Armer und Arbeitsloser. Moskau ist gleichzeitig in dieser Hinsicht das Muster für alle Hauptstädte der Welt. Eines der schlimmsten Geschwüre der Großstädte in den europäischen, asiatischen und amerikanischen Ländern ist das Bestehen von Elendsvierteln, in denen Millionen von völlig verarmten Werktätigen zu einem jämmerlichen Dahinvegetieren und einem langsamen, qualvollen Tod verurteilt sind. Das Verdienst Moskaus besteht darin, dass es diese Elendsviertel völlig beseitigt hat und den Werktätigen die- Möglichkeit gab, aus den Kellern und Hütten in die Wohnungen und Häuser der Bourgeoisie und in neue, gut ausgestattete Häuser überzusiedeln. die die Sowjetregierung gebaut hat.
Endlich besteht das Verdienst Moskaus darin, dass es der Herold im Kampf für einen dauerhaften Frieden und für Freundschaft unter den Völkern, der Herold im Kampf gegen die

Brandstifter eines neuen Krieges ist. Für die Imperialisten ist der Krieg eine höchst gewinnbringende Sache. Es ist nicht verwunderlich, dass die Agenten des Imperialismus versuchen, auf die eine oder die andere Weise einen neuen Krieg zu provozieren. Das Verdienst Moskaus besteht darin, dass es unermüdlich die Hetzer zu einem neuen Krieg entlarvt und alle friedliebenden Völker unter dem Banner des Friedens sammelt. Man weiß, dass die friedliebenden Völker voller Hoffnung auf Moskau als die Hauptstadt einer großen friedliebenden Macht und ein mächtiges Bollwerk des Friedens blicken.
Und wegen dieser Verdienste feiert heute unser Land das 800jährige Jubiläum Moskaus mit solcher Liebe und Verehrung für seine Hauptstadt.
Es lebe unser mächtiges, teures, sozialistisches SowjetMoskau!

J. Stalin

„Neue Welt“,
Heft 17 / September 1947,
Seite 1-4

1948

BRIEF AN DEN FINNISCHEN STAATSPRÄSIDENTEN PAASIKIVI

Vorschlag der Sowjetregierung über den Abschluss eines sowjetisch-finnischen Freundschafts-, Zusammenarbeitsund Beistandspaktes

22. Februar 1948

Herr Präsident!
Wie Ihnen bekannt ist, haben zwei von den drei an die UdSSR angrenzenden Ländern, die im Krieg gegen die UdSSR auf Seiten Deutschlands standen, nämlich Ungarn und Rumänien, mit der UdSSR bereits Beistandsverträge gegen eine eventuelle deutsche Aggression unterzeichnet.
Es ist auch bekannt, dass unsere beiden Länder durch diese Aggression stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind, wobei wir mit Ihnen zusammen vor unseren Völkern die Verantwortung tragen werden, wenn wir die Wiederholung einer solchen Aggression zulassen.
Ich bin der Ansicht, dass Finnland an einem Beistandsvertrag mit der UdSSR gegen eine eventuelle deutsche Aggression nicht minder interessiert ist als Rumänien und Ungarn.
Aus diesen Erwägungen heraus und von dem Wunsch erfüllt, Voraussetzungen für eine grundlegende Besserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern zur Festigung des Friedens und der Sicherheit zu schaffen, bietet die Sowjetregierung den Abschluss eines sowjetisch-finnischen Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspaktes an, ähnlich dem ungarisch sowjetischen und dem rumänisch-sowjetischen Pakt.
Sollten finnischerseits dagegen keine Einwendungen erhoben werden, so würde ich vorschlagen, eine finnische Delegation zum Abschluss eines solchen Paktes nach der UdSSR zu entsenden.
Sollte es Ihnen bequemer sein, die Verhandlungen und den Abschluss des Paktes in Finnland durchzuführen, so wird die Sowjetregierung bereit sein, ihre Delegation nach Helsinki zu entsenden.

Hochachtungsvoll

Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“, Nr. 52.
2. März 1948

REDE AUF DEM DINER ZU EHREN DER FINNISCHEN REGIERUNGSDELIGATION

7. April 1948

Ich möchte einige Worte über die Bedeutung des gestern unterzeichneten Vertrages über Freundschaft und gegenseitige Hilfe zwischen der Sowjetunion und Finnland sagen.

Dieser Vertrag bedeutet eine Wendung in den Beziehungen zwischen unseren Ländern. Es ist bekannt, dass im Laufe von 150 Jahren in den Beziehungen zwischen Rußland und Finnland gegenseitiges Misstrauen bestand. Die Finnen waren den Russen gegenüber, die Russen den Finnen gegenüber misstrauisch. Von sowjetischer Seite erfolgte in der Vergangenheit ein Versuch, das Misstrauen zu brechen, das zwischen den Russen und den Finnen bestand. Das war damals, als Lenin 1917 die Unabhängigkeit Finnlands verkündete. Das war vom Gesichtspunkt der Geschichte ein hervorragender Akt. Leider aber war das Misstrauen damit nicht gebrochen - das Misstrauen blieb Misstrauen. Als Ergebnis erfolgten zwischen uns zwei Kriege.

Ich möchte, dass wir von der langen Periode des gegenseitigen Misstrauens, in deren Verlauf wir zweimal miteinander Krieg führten, zu einer neuen Periode in unseren Beziehungen übergehen: zur Periode des gegenseitigen Vertrauens. Es ist erforderlich, dass der von uns abgeschlossene Vertrag dieses Misstrauen bricht und eine neue Basis für die Beziehungen zwischen unseren Völkern schafft und dass er eine große Wendung in den Beziehungen zwischen beiden Ländern in der Richtung des Vertrauens und der Freundschaft bedeutet.

Wir wollen, dass dies nicht nur von denen gut erkannt wird, die in diesem Saal anwesend sind, sondern auch von denen, die sich außerhalb dieses Saales, sowohl in Finnland als in der Sowjetunion, befinden.

Man darf nicht glauben, dass Misstrauen zwischen Völkern gleich auf einmal beseitigt werden kann. Das läßt sich nicht schnell machen. Im Laufe einer längeren Zeit bleiben Überreste des Misstrauens, Rückstände bestehen, für deren Beseitigung man viel arbeiten und kämpfen muss, um die Traditionen gegenseitiger Freundschaft zwischen der UdSSR und Finnland zu schaffen und sie zu festigen.

Es gibt Verträge, die auf Gleichberechtigung, und solche, die auf Nichtgleichberechtigung beruhen. Der sowjetisch-finnische Vertrag ist ein auf Gleichberechtigung beruhender Vertrag, denn er ist auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung der Partner geschlossen.

Viele glauben nicht daran, dass zwischen einer großen und einer kleinen Nation auf Gleichberechtigung beruhende Beziehungen bestehen können. Wir Sowjetmenschen sind aber der Ansicht, dass solche Beziehungen bestehen können und bestehen sollen. Die Sowjetmenschen sind der Ansicht, dass jede Nation, ob groß oder klein, ihre qualitativen Besonderheiten besitzt, ihre Eigenart, die nur ihr gehört und die andere Nationen nicht besitzen. Diese Besonderheiten sind jener Beitrag, den jede Nation zum gemeinsamen Schatz der Weltkultur leistet und mit dem sie ihn ergänzt, ihn bereichert. In diesem Sinne sind alle Nationen, die kleinen und die großen, in der gleichen Lage, und jede Nation ist jeder beliebigen anderen Nation gleichbedeutend.

Darum sind die Sowjetmenschen der Ansicht, dass Finnland, obzwar es ein kleines Land ist, in diesem Vertrag als ein gleichberechtigter Partner der Sowjetunion dasteht.

Es werden sich nicht viele Politiker von Großmächten finden, die die kleinen Nationen als den großen Nationen gleichberechtigt betrachten würden. Die meisten von ihnen blicken die kleinen Nationen von oben herab über die Achsel an. Sie sind nicht abgeneigt, mitunter eine einseitige Garantie für kleine Nationen einzugehen. Doch gehen diese Politiker im Allgemeinen nicht auf den Abschluss von Verträgen, die auf Gleichberechtigung beruhen, mit kleinen Nationen ein, da sie die kleinen Nationen nicht als ihre Partner betrachten.

Ich bringe einen Toast auf den sowjetisch-finnischen Vertrag aus, auf die Wendung zum Besseren in den Beziehungen zwischen unseren Ländern, die dieser Vertrag bedeutet.

Neue Welt“,
Heft 8 / Apri1 1942,
Seite 3-4

ANTWORT AUF DEN OFFENEN BRIEF VON HENRY WALLACE

17. Mai 1948

Ich glaube, dass unter den politischen Dokumenten der letzten Zeit, die die Festigung des Friedens, die Förderung internationaler Zusammenarbeit und die Sicherung der Demokratie zum Ziel haben, der Offene Brief von Wallace, dem Präsidentschaftskandidaten der Dritten Partei in den USA, das bedeutendste ist.

Der Offene Brief von Wallace kann nicht betrachtet werden als eine bloße Darlegung des Wunsches zur Verbesserung der internationalen Situation, als eine Darlegung des Wunsches nach friedlicher Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und den USA und des Wunsches, Wege zu einer solchen Beilegung zu finden. Die Erklärung der USA-Regierung vom 4. Mai und die Antwort der Sowjetregierung vom 9. Mai sind deshalb unzureichend, weil sie nicht weitergehen, als zu erklären, dass die Beilegung der sowjetisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten wünschenswert sei.

Die große Bedeutung des Offenen Briefes liegt in der Tatsache, dass er sich nicht darauf beschränkt, Erklärungen abzugeben, sondern darüber hinausgeht, einen wichtigen Schritt vorangeht und ein konkretes Programm für die friedliche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sowjetunion und den USA vorschlägt.

Man kann nicht sagen, dass der Offene Brief von Wallace ausnahmslos alle Differenzen behandelt. Man kann auch nicht sagen, dass keine der Formulierungen und Stellungnahmen in dem Offenen Brief einer Verbesserung bedürften. Aber das ist jetzt nicht das Wichtigste. Das Wichtigste ist, dass Wallace in seinem Brief den offenen und ehrlichen Versuch macht, ein konkretes Programm für eine friedliche Regelung aufzustellen und konkrete Vorschläge zu allen wichtigen Differenzpunkten zwischen der Sowjetunion und den USA zu geben.

Diese Vorschläge sind allgemein bekannt:

Allgemeine Einschränkung der Rüstung und Verbot der Atomwaffen. Abschluss von Friedensverträgen mit Deutschland und Japan und Zurückziehung der Truppen aus diesen Ländern.

Zurückziehung der Truppen aus China und Korea.

Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

Verbot der Schaffung von militärischen Stützpunkten in Ländern, die den Vereinten Nationen angehören.

Entwicklung des internationalen Handels auf jedem Gebiet unter Ausschaltung jeglicher Diskriminierung.

Hilfe und Wiederaufbau im Rahmen der Vereinten Nationen für Länder, die unter dem Krieg gelitten haben.

Verteidigung der Demokratie und Sicherung der Bürgerrechte in allen Ländern usw.

Man kann für oder man kann gegen diese Vorschläge sein, aber eines ist dessen ungeachtet nicht zu bezweifeln. Kein einziger Staatsmann, dem es um die Sache des Friedens und der Zusammenarbeit unter den Nationen zu tun ist, kann dieses Programm ignorieren. da es die Hoffnungen und Sehnsüchte der Völker nach Festigung des Friedens widerspiegelt und zweifellos die Unterstützung von Seiten vieler Millionen einfacher Leute finden wird.

Es ist mir nicht bekannt, ob die USA-Regierung das Programm von Herrn Wallace als eine Basis zur Verständigung zwischen der UdSSR und den USA anerkennt. Was die Regierung der UdSSR anbetrifft, so glaubt sie, dass das Programm von Wallace eine gute und fruchtbare Grundlage für eine solche Verständigung und für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit abgeben könnte, weil die Regierung der UdSSR der Ansicht ist, dass trotz der Unterschiede in den Wirtschaftssystemen und den Ideologien das Nebeneinanderbestehen

dieser Systeme und die friedliche Beilegung der Differenzen zwischen der UdSSR und den USA nicht nur möglich, sondern im Interesse des allgemeinen Friedens auch unbedingt notwendig ist.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 113.
19. Mai 1948

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM STALINS UND MOLOTOWS AN DEN PRÄSIDENTEN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK, KLEMENT GOTTWALD

anlässlich der Wahl Klement Gottwalds zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik

17. Juni 1948

Nehmen Sie unseren herzlichen Glückwunsch zum Sieg der Volksdemokratie und zu Ihrer Wahl zum Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik entgegen.

J. Stalin - W. Molotow

„Tägliche Rundschau“,
Berliner Ausgabe Nr. 139,
17. Juni 1941

TELEGRAMM AN DAS ZENTRALKOMITEE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ITALIENS

anlässlich des verbrecherischen Attentats auf das Leben des Genossen Togliatti

14. Juli 1948

An das Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Italiens

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) ist empört über das verbrecherische Attentat von verabscheuungswürdigen Elementen auf das Leben des Führers der Arbeiterklasse und aller Werktätigen Italiens, unseres geliebten Genossen Togliatti.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) ist betrübt, dass es den Freunden des Genossen Togliatti nicht gelang, ihn vor dem niederträchtigen Überfall aus dem Hinterhalt zu bewahren.

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe Nr. 162,
15. Juli 1948

ANTWORTSCHREIBEN AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERKABINETTS DER KOREANISCHEN VOLKSDEMOKRATISCHEN REPUBLIK, KIM IR SEN,

zur Frage der Herstellung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

12. Oktober 1948

An Herrn Kim Ir Sen,
den Vorsitzenden des Ministerkabinetts
der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 8. Oktober, in dem Sie mitteilen, dass die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zur Ausübung ihrer Pflichten geschritten ist, und vorschlagen, diplomatische Beziehungen mit der UdSSR herzustellen und Botschafter auszutauschen wie auch entsprechende Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten herzustellen.

Die Sowjetregierung, die unveränderlich für das Recht des koreanischen Volkes auf die Schaffung seines einheitlichen unabhängigen Staates eintritt, begrüßt die Bildung der koreanischen Regierung und wünscht ihr Erfolg in ihrer Tätigkeit zum Nutzen der nationalen Wiedergeburt und demokratischen Entwicklung Koreas. Die Sowjetregierung erklärt sich bereit, diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik herzustellen und Botschafter auszutauschen und zugleich auch entsprechende Wirtschaftsbeziehungen herzustellen.

J. Stalin

Vorsitzender des Ministerrates der Sowjetunion

„Tägliche Rundschau“,
Berliner Ausgabe Nr. 241,
14. Oktober 1949

ANTWORTEN AUF DIE FRAGEN EINES KORRESPONDENTEN DER „PRAWDA“ ÜBER BERLIN UND DIE WELTLAGE

29. Oktober 1948

Frage: Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Besprechung im Sicherheitsrat über die Lage in Berlin und das Verhalten der englisch-amerikanischen und französischen Vertreter in dieser Angelegenheit?
Antwort: Ich bewerte sie als einen Ausdruck der Aggressivität der Politik der englisch-amerikanischen und französischen regierenden Kreise.
Frage: Stimmt es, dass im August dieses Jahres schon einmal ein Viermächte-Übereinkommen in der Frage Berlin erzielt wurde?
Antwort: Ja, es stimmt. Bekanntlich wurde am 30. August d. J. in Moskau zwischen den Vertretern der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs ein Übereinkommen erzielt, das vorsah, dass gleichzeitig Maßnahmen zur Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen einerseits und zur Einführung der Deutschen Mark der sowjetischen Besatzungszone in Berlin als einziger Währung andererseits getroffen werden. Dieses Übereinkommen verletzt nicht das Ansehen irgendjemandes, es berücksichtigt die Interessen der Partner und garantiert die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit. Die Regierungen der USA und Englands desavouierten aber ihre Vertreter in Moskau und erklärten dieses Übereinkommen als nicht bestehend, das heißt, sie verletzten es, indem sie den Beschluss fassten, die Frage dem Sicherheitsrat zu übermitteln, wo die Anglo-Amerikaner über eine gesicherte Mehrheit verfügen.
Frage: Stimmt es, dass neulich in Paris bei der Besprechung der Frage im Sicherheitsrat in nichtoffiziellen Unterredungen wieder ein Übereinkommen über die Lage in Berlin erzielt wurde, noch bevor im Sicherheitsrat über diese Frage abgestimmt wurde?
Antwort: Ja, es stimmt. Der Vertreter Argentiniens, Herr Bramuglia, der auch als Vorsitzender im Sicherheitsrat fungiert und der im Namen anderer interessierter Mächte nichtoffizielle Verhandlungen mit Wyschinskij führte, hatte in seinen Händen tatsächlich einen vereinbarten Entwurf zur Lösung des Problems über die Lage in Berlin. Die Vertreter der USA und Englands erklärten jedoch dieses Übereinkommen wiederum als nicht bestehend.
Frage: Worum handelt es sich hier? Können Sie es nicht erklären?
Antwort: Es handelt sich darum, dass die Inspiratoren der aggressiven Politik in den USA und England sich an einem Übereinkommen und an der Zusammenarbeit mit der UdSSR für nicht interessiert halten. Sie brauchen kein Übereinkommen und keine Zusammenarbeit, sondern Gespräche über das Übereinkommen und die Zusammenarbeit, um, nachdem sie das Übereinkommen gesprengt haben, die Schuld auf die UdSSR abzuwälzen und dadurch zu „beweisen“, dass die Zusammenarbeit mit der UdSSR unmöglich sei. Die Kriegshetzer, die einen neuen Krieg zu entfesseln bestrebt sind, fürchten mehr als alles andere ein Übereinkommen und die Zusammenarbeit mit der UdSSR, da die Politik der Vereinbarungen mit der UdSSR die Positionen der Kriegshetzer untergräbt und die aggressive Politik dieser Herrschaften gegenstandslos macht.
Eben deshalb sprengen sie die schon zustande gekommenen Obereinkommen, desavouieren ihre Vertreter, die gemeinsam mit der UdSSR diese übereinkommen ausgearbeitet haben, und übermitteln die Frage unter Verletzung des Statuts der Organisationen der Vereinten Nationen an den Sicherheitsrat, wo sie über eine gesicherte Mehrheit verfügen und wo sie alles „beweisen“ können, was ihnen genehm ist. Das alles wird getan, um zu „zeigen“, dass die Zusammenarbeit mit der UdSSR unmöglich sei um zu „zeigen“, dass ein neuer Krieg notwendig sei, und um dadurch die Voraussetzung für die Entfesselung eines Krieges zu schaffen. Die Politik der heutigen Führer der USA und Englands ist eine Politik der Aggression, eine Politik der Entfesselung eines neuen Krieges.

Frage: Und wie ist das Verhalten der Vertreter der sechs Staaten im Sicherheitsrat: Chinas, Kanadas, Belgiens, Argentiniens, Kolumbiens und Syriens zu bewerten?
Antwort: Es ist klar, dass diese Herrschaften die Politik der Aggression, die Politik der Entfesselung eines neuen Krieges unterstützen.
Frage: Womit kann dies alles enden?
Antwort: Das kann nur mit einem schmählichen Fiasko der Hetzer zu einem neuen Kriege enden. Churchill, der Hauptbrandstifter eines neuen Krieges, hat es schon erreicht, dass er das Vertrauen seiner Nation und der demokratischen Kräfte der ganzen Welt eingebüßt hat. Das gleiche Schicksal erwartet alle anderen Kriegshetzer. Die Schrecken des jüngsten Krieges sind im Gedächtnis der Völker zu lebendig, und die gesellschaftlichen Kräfte, die für den Frieden eintreten, sind zu groß, als dass die Aggressionsschüler Churchills sie überwinden und in die Richtung eines neuen Krieges lenken könnten.

„Neue Welt“,
Heft 20 / 1948,
Seite 3-4

1949

ANTWORTEN AUF FRAGEN DES EUROPÄISCHEN GENERALDIREKTORS DER AMERIKANISCHEN NACHRICHTENAGENTUR „INTERNATIONAL NEWS SERVICE“, KINGSBURY SMITH, VOM 27. JANUAR 1949

Erste Frage: Wird die Regierung der UdSSR bereit sein, die Frage der Veröffentlichung einer gemeinsam mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika abzugebenden Erklärung zu erörtern, die bestätigt, dass weder die eine noch die andere Regierung die Absicht hat, sich auf einen Krieg gegeneinander einzulassen?

Antwort: Die Sowjetregierung wäre bereit, die Frage der Veröffentlichung einer derartigen Deklaration zu erörtern.

Zweite Frage: Wird die Regierung der UdSSR bereit sein, gemeinsam mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Maßnahmen durchzuführen, die auf die Verwirklichung dieses Friedenspaktes gerichtet sind, wie zum Beispiel eine allmähliche Abrüstung?

Antwort: Selbstverständlich könnte die Regierung der UdSSR mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zusammenarbeiten bei der Durchführung von Maßnahmen, die auf die Verwirklichung des Friedenspaktes gerichtet sind und zu einer allmählichen Abrüstung führen.

Dritte Frage: Wenn die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs ihre Zustimmung geben, die Gründung des separaten westdeutschen Staates bis zur Einberufung einer Tagung des Außenministerrates zu verschieben, die der Erörterung des deutschen Problems im ganzen gewidmet ist, wird die Regierung der UdSSR dann bereit sein, die Beschränkungen aufzuheben, die von den Sowjetbehörden bezüglich der Verbindungswege zwischen Berlin und den Westzonen Deutschlands eingeführt wurden?

Antwort: Falls die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich die Bedingungen beobachten, die in der dritten Frage dargelegt wurden, sieht die Sowjetregierung keine Hindernisse für die Aufhebung der Transportbeschränkungen, aber unter der Bedingung, dass gleichzeitig die Transport- und Handelsbeschränkungen aufgehoben werden, die von den drei Mächten eingeführt wurden.

Vierte Frage: Werden Sie, Eure Exzellenz, bereit sein, eine Begegnung mit Präsident Truman an irgendeinem für beide annehmbaren Ort zu haben, um die Möglichkeiten des Abschlusses eines derartigen Friedenspaktes zu erörtern?

Antwort: Ich habe auch schon früher erklärt, dass es gegen eine Begegnung keine Einwendungen gibt.

„Neue Welt“,
Heft 3 / Februar 1949,
Seite 3

ANTWORT AN KINGSBURY SMITH AUF DIE FRAGE ÜBER EIN ZUSAMMENTREFFEN MIT TRUMAN

2. Februar 1949

An Herrn Kingsbury Smith,
Europäischer Generaldirektor
der Agentur „International News Service“

Ihr Telegramm vom 1. Februar habe ich erhalten.
Ich danke Präsident Truman für die Einladung nach Washington. Eine Reise nach Washington ist schon längst mein Wunsch, was ich seinerzeit Präsident Roosevelt in Jalta und Präsident Truman in Potsdam gesagt habe. Leider habe ich gegenwärtig nicht die Möglichkeit, diesen meinen Wunsch zu verwirklichen, da die Ärzte entschieden dagegen sind, dass ich eine längere Reise, besonders zur See oder mit dem Flugzeug. mache.
Die Regierung der Sowjetunion würde einen Besuch des Präsidenten in der UdSSR begrüßen. Man könnte eine Beratung in Moskau, Leningrad oder in Kaliningrad, in Odessa oder in Jalta abhalten, nach Wahl des Präsidenten, natürlich soweit dies dem Präsidenten keine Unbequemlichkeiten bereitet,
Wenn jedoch dieser Vorschlag auf Einwendung stößt, könnte man eine Zusammenkunft in Polen oder in der Tschechoslowakei veranstalten, nach Ermessen des Präsidenten.

Achtungsvoll

J. Stalin

„Neue Welt“,
Heft 3 / Februar 1949,
Seite 4

ANTWORTTELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER MONGOLISCHEN VOLKSREPUBLIK, MARSCHALL TSCHOIBALSAN

anlässlich des 3. Jahrestages der Unterzeichnung des Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen der UdSSR und der Mongolischen Volksrepublik

1. März 1949

An den Premierminister
der Mongolischen Volksrepublik Marschall Tschoibalsan

Ich danke Ihnen und in Ihrer Person der Regierung der Mongolischen Volksrepublik für die freundlichen Glückwünsche zum 3. Jahrestag des Freundschafts- und Beistandsvertrags, der zwischen unseren Ländern abgeschlossen worden ist.
Ich bin davon überzeugt, dass dieser Vertrag und die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auf breiter Basis zur Festigung der Freundschaft zwischen unseren Völkern und zur Hebung ihres Wohlstandes beitragen werden.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Berliner Ausgabe, Nr. 51,
2. März 1949

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER VOLKSREPUBLIK POLEN, JOSEF CYRANKIEWICZ

anlässlich des 4. Jahrestages des sowjetisch-polnischen Freundschaftsvertrages

21. April 1949

Anlässlich des 4. Jahrestages des sowjetisch-polnischen Vertrages über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Kriege sende ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, meine freundschaftlichen Glückwünsche.
Empfangen Sie meine Wünsche für weitere Erfolge des polnischen Volkes und für das Gedeihen der Polnischen Volksrepublik sowie für die weitere Festigung der Freundschaft und des Bündnisses zwischen unseren Ländern.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“.
Berliner Ausgabe, Nr. 93,
22. April 1349

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER VOLKSREPUBLIK BULGARIEN, VASSIL KOLAROFF

anlässlich des 5. Jahrestages der Befreiung Bulgariens

September 1949

Ich beglückwünsche die Regierung der Bulgarischen Volksrepublik und Sie persönlich zum Nationalfeiertag des fünften Jahrestages der Befreiung Bulgariens. Ich sende dem bulgarischen Brudervolk die besten Wünsche.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II. Nr. 212,
10. September 1949

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN GENOSSEN MARCEL CACHIN

anlässlich seines 80. Geburtstages

20. September 1949

An Genossen Cachin

Sehr geehrter Genosse Cachin!
Gestatten Sie mir, Ihnen zu Ihrem 80. Geburtstag als einem der Begründer der Kommunistischen Partei Frankreichs, als treuen Sohn des französischen Volkes und als hervorragenden Führer der internationalen Arbeiterbewegung zu gratulieren.
Ich wünsche Ihnen Gesundheit und ein langes Leben zum Wohl des französischen Volkes und der Völker der ganzen Welt.
Ich drücke Ihnen fest die Hand.

J. Stalin

„Neues Deutschland“.
Nr. 222,
22. September 2319

TELEGRAMM AN DEN PRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, WILHELM PIECK, UND AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL,

anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

13. Oktober 1949

An den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik,
Herrn Wilhelm Pieck

An den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik,
Herrn Otto Grotewohl

Gestatten Sie mir, Sie und in Ihrer Person das deutsche Volk anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und Ihrer Wahl zum Präsidenten und zum Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu beglückwünschen.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, dass das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, dass diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.

Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.

Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, dass Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, eine große Sympathie und aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter auch des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf diesem neuen glorreichen Wege.

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Ausgabe B. Nr. 211,
14. Oktober 1949

ANTWORTTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERKABINETTS DER KOREANISCHEN VOLKSDEMOKRATISCHEN REPUBLIK, KIM IR SEN

anlässlich des Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

14. Oktober 1949

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, für die von Ihnen geäußerten freundschaftlichen Gefühle und Wünsche anlässlich des Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken meinen Dank entgegenzunehmen.
Ich wünsche dem koreanischen Volk weitere Erfolge beim Aufbau seiner Volksdemokratischen Republik.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe 11, Nr. 243,
16. Oktober 19491

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK, ANTONIN ZAPOTOCKY

anlässlich des 31. Jahrestages der Gründung der Tschechoslowakischen Republik

28. Oktober 1949

Ich sende der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und den Brudervölkern der Tschechoslowakei freundliche Grüße und verbinde damit die Wünsche für weitere Erfolge.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Nr. 254,
29. Oktober 1949

DANKTELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL

anlässlich des 32. Jahrestages der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution

November 1949

Ich danke Ihnen und in Ihrer Person der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für den der Sowjetregierung und mir persönlich anlässlich des Jahrestages der Sozialistischen Oktoberrevolution gesandten Glückwunsch.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Ausgabe A, Nr. 275,
24. November 1949

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK, ANTONIN ZAPOTOCKY

anlässlich des 6. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der CSR

13. Dezember 1949

An Herrn A. Zapotocky
Vorsitzender des Ministerrates
der Tschechoslowakischen Republik

Anlässlich des 6. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und gegenseitigen Beistand zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakischen Republik bitte ich Sie, Herr Premierminister, meine freundschaftlichen Glückwünsche für die Völker der Tschechoslowakischen Republik, für Ihre Regierung und für Sie persönlich entgegennehmen zu wollen.
Ich wünsche der Tschechoslowakischen Republik Wohlergehen und die weitere Festigung des Bündnisses und der Freundschaft zwischen den Völkern der Sowjetunion und der Tschechoslowakei.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 293,
14 Dezember 1949

1950

OFFENER BRIEF STALINS UND SEINER ENGSTEN MITARBEITER AN DIE KREISWAHLKOMMISSIONEN

anlässlich der Wahlen zum obersten Sowjet der UdSSR am 12. März 1950

17. Februar 1950

Offener Brief an die Kreiswahlkommissionen

Jeder von uns Unterzeichneten hat Telegramme von verschiedenen Werken, Kolchosen und Wahlberatungen von Wählern der verschiedenen Gebiete und Kreise bekommen, in denen uns von unserer Aufstellung als Deputiertenkandidaten für den Obersten Sowjet der UdSSR in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen Mitteilung gemacht wird.
Wir danken allen Wählern, die uns als Kandidaten nominiert haben, für das uns entgegengebrachte Vertrauen.
Wir halten es jedoch für notwendig zu erklären, dass, da nach dem Gesetz jeder von uns sich nur in einem der Wahlkreise zur Wahl stellen kann, wir uns als Kommunisten und Mitglieder des ZK der KPdSU(B) an das ZK der KPdSU(B) gewandt und um Weisungen gebeten haben. Das ZK der KPdSU (B) hat uns angewiesen, unsere Kandidaturen in anderen Kreisen zurückzuziehen und uns in den folgenden Wahlkreisen zur Wahl zu stellen:

- Andrejew, A. A. - für den Unionssowjet im Wahlkreis Aschchabad, Turkmenische SSR;
- Berija, L. P. - zum Unionssowjet im Stalin-Wahlkreis der Stadt Tiblissi, Georgische SSR;
- Budjonny, S. M. - zum Unionssowjet im Wahlkreis Schepetowka, Ukrainische SSR;
- Bulganin, N. A. - zum Nationalitätensowjet im Moskauer städtischen Wahlkreis;
- Woroschilow, K. E. - zum Unionssowjet im Minsker städtischen Wahlkreis, Bjelorussische SSR;
- Kaganowitsdz, L. M. - zum Unionssowjet im Lenin-Wahlkreis der Stadt Taschkent, Usbekische SSR;
- Kossygin, A. N. - zum Nationalitätensowjet im Wahlkreis Inwanowo,
- Malenkow, G. M. - zum Unionssowjet im Leningrader Wahlkreis der Stadt Moskau;
- Mikojan, A. I. - zum Nationalitätensowjet im Stalin-Wahlkreis Jerewan, Armenische SSR,
- Midzailow, N. A. - zum Nationalitätensowjet im Wahlkreis Stawropolj,
- Molotow, W. M. - zum Unionssowjet im Molotow-Wahlkreis der Stadt Moskau;
- Ponomarenko, P. K. - zum Unionssowjet im Wahlkreis Minsk-Land, Bjelorussische SSR;
- Stalin, I. W. - zum Unionssowjet im Stalin-Wahlkreis der Stadt Moskau;
- Suslow, M. A. - zum Unionssowjet im Lenin-Wahlkreis der Stadt Saratow;
- Chruschtschew, N. S. - zum Unionssowjet im Kalinin-Wahlkreis der Stadt Moskau;
- Schwernik, N. M. - zum Nationalitätensowjet im Wahlkreis Swerdlowsk;
- Schkirjatow, M. F. - zum Nationalitätensowjet im Wahlkreis Tula-Rjasan.

Wir befolgen diese Weisungen des ZK der KPdSU (B).

Wir bitten die entsprechenden Wahlkommissionen, diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen und sie als Dokument hei der Registrierung der Deputiertenkandidaten zu betrachten.

Andrejew, A. A.
Berija, L. P.
Budjonny, S. M.
Bulganin, N. A.
Woroschilow, K. E.
Kaganowitsch, L. M.
Kossygin, A. N.
Malenkow, G. M.
Mikojan, A.T.
Midulilow, N. A.
Molotow, W. M.
Ponomarenko, P. K.
Stalin, J. W.
Suslow, M. A.
Chruschtschew N. S.
Sdiwernik, N. M.
Schkiwatow, M. F.

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 43,
19. Februar 1930

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER RUMÄNISCHEN VOLKSREPUBLIK, PETRU CROZA

anlässlich des 2. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-rumänischen Freundschafts- und Beistandspaktes

März 1950

Nehmen Sie, Herr Ministerpräsident, bitte meinen Dank für Ihre Glückwünsche anlässlich des zweiten Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-rumänischen Freundschafts- und Beistandspaktes entgegen. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Vertrag auch in Zukunft dem Werk der Festigung des Bündnisses und der Freundschaft zwischen den Völkern unserer 1:inder dienen wird. Nehmen Sie bitte meine besten Wünsche für sich und für die Regierung der Rumänischen Republik entgegen.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 59,
10. März 1950

DANKTELEGRAMM AN DAS ZENTRALKOMITEE DER PARTEI DER UNGARISCHEN WERKTÄTIGEN, AN DIE UNGARISCHE REGIERUNG UND AN DEN PRÄSIDENTSCHAFTSRAT DER UNGARISCHEN VOLKSREPUBLIK

April 1950

Ich bitte das Zentralkomitee der Partei der Ungarischen Werktätigen, den Ministerrat und den Präsidentschaftsrat der Ungarischen Volksrepublik, meinen herzlichen Dank für ihre freundschaftlichen Grüße anlässlich des fünften Tages der Befreiung Ungarns durch die Sowjetarmee entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau,
Ausgabe II, Nr. 86,
13. April 1950

TELEGRAMM AN DEN GENOSSEN MAURICE THOREZ, ANLÄSSLICH SEINES 50. GEBURTSTAGES

28. April 1950

An den Genossen Maurice Thorez

Lieber Genosse Thorez!
Erlauben Sie mir, Sie zu Ihrem 50. Geburtstag zu grüßen und Ihnen zu gratulieren.
Alle Völker der Welt, die Arbeiter in allen Ländern kennen und schätzen Sie als treuen und erprobten Führer der Kommunisten Frankreichs, als Führer der französischen Arbeiter und werktätigen Bauern, als mutigen Kämpfer für die Festigung des Friedens, den Sieg der Demokratie und des Sozialismus in der ganzen Welt.
Das Sowjetvolk kennt und liebt Sie außerdem als seinen Freund und als den standhaften Kämpfer für die Freundschaft und die Verbundenheit der Völker Frankreichs und der Sowjetunion.
Ich wünsche Ihnen weitere Erfolge in Ihrer Arbeit zum Wohle des französischen Volkes und zum Wohle der Werktätigen der ganzen Welt.
Ich drücke ihnen fest die Hand.

J. Stalin

„Neues Deutschland“
Berliner Ausgabe, Nr. 100,
29. April 1950

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL

anlässlich des 5. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes von der Tyrannei des Faschismus

11. Mai 1950

An den Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl

Ich danke Ihnen und in Ihrer Person der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für Ihre Grußbotschaften aus Anlass des fünften Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes von der Tyrannei des Faschismus.
Ich bin überzeugt, dass die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion sich auch weiterhin erfolgreich entwickeln werden zum Wohle unserer Völker und im Interesse des Friedens und der Zusammenarbeit aller friedliebenden Länder.

J. Stalin

„Neue Welt“,
Heft 91 Mai 1950,
Seite 1

BRIEF AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL ÜBER DIE HERABSETZUNG DER REPARATIONSZAHLUNGEN DEUTSCHLANDS

15. Mai 1950

An den Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik.
Herrn Otto Grotewohl

Geehrter Herr Ministerpräsident]
Die Sowjetregierung hat die Bitte der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik um Herabsetzung der von Deutschland a conto Reparationen zu zahlenden Summe geprüft.
Die Sowjetregierung hat dabei berücksichtigt, dass die Deutsche Demokratische Republik gewissenhaft und regelmäßig ihre Reparationsverpflichtungen. die in Höhe von zehn Milliarden Dollar berechnet sind, erfüllt und dass bis zum Ende des Jahres 1950 ein bedeutender Teil dieser Verpflichtungen in Höhe von 3658 Millionen Dollar geleistet sein wird.
Von dem Wunsch geleitet, die Bemühungen des deutschen Volkes bei der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft in Deutschland zu erleichtern und unter Berücksichtigung der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik hat die Sowjetregierung nach Vereinbarung mit der Regierung der Polnischen Republik den Beschluss gefasst, die restliche noch zu zahlende Summe an Reparationszahlungen um 50 Prozent, das heißt bis auf 3171 Millionen Dollar, herabzusetzen.
In Übereinstimmung mit der Erklärung der Regierung der UdSSR auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats im März 1947 über die Festsetzung einer 20jährigen Frist für die Bezahlung der Reparationen hat die Sowjetregierung ferner beschlossen, die Begleichung des restlichen Teiles der Reparationszahlungen durch Deutschland (in Hölle von 3171 Millionen Dollar) mit Waren aus der laufenden Produktion auf 15 Jahre, beginnend mit dem Jahre 1951 bis zum Jahre 1965 einschließlich, zu verteilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J. Stalin

Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe 11, Nr. 113,
17. Mai 1950

TELEGRAMM AN DEN ZENTRALRAT DER FDJ

2. Juni 1950

An den Zentralrat
der Freien Deutschen Jugend

Ich danke für die Grüße der jungen deutschen Friedenskämpfer, Teilnehmer an dem gesamtdeutschen Treffen der Jugend.
Ich wünsche der deutschen Jugend, dem aktiven Erbauer des einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands, neue Erfolge bei diesem großen Werk.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 125,
2. Juni 1950

DER MARXISMUS UND DIE FRAGEN DER SPRACHWISSENSCHAFT

ÜBER DEN MARXISMUS IN DER SPRACHWISSENSCHAFT

Eine Gruppe jüngerer Genossen hat sich an mich mit der Bitte gewandt, in der Presse meine Meinung über Fragen der Sprachwissenschaft zu äußern, insbesondere was den Marxismus in der Sprachwissenschaft betrifft. Ich bin kein Sprachforscher und kann die Genossen natürlich nicht völlig zufrieden stellen. Was freilich den Marxismus in der Sprachwissenschaft wie auch in anderen Gesellschaftswissenschaften betrifft, so habe ich damit direkt zu tun. Daher habe ich mich bereit erklärt, eine Reihe von Fragen, die von den Genossen gestellt wurden, zu beantworten.

Frage: Ist es richtig, dass die Sprache ein Überbau der Basis ist?

Antwort: Nein, das ist nicht richtig.
Die Basis ist die ökonomische Struktur der Gesellschaft in der gegebenen Etappe ihrer Entwicklung. Der Überbau - das sind die politischen, juristischen, religiösen, künstlerischen, philosophischen Anschauungen der Gesellschaft und die ihnen entsprechenden politischen, juristischen und anderen Institutionen.
Jede Basis hat ihren eigenen, ihr entsprechenden Überbau. Die Basis der Feudalordnung hat ihren Überbau, ihre politischen, juristischen und sonstigen Anschauungen und die ihnen entsprechenden Institutionen, die kapitalistische Basis hat ihren Überbau, die sozialistische den ihrigen. Ändert sich die Basis und wird sie beseitigt, so ändert sich anschließend ihr Überbau und wird beseitigt; entsteht eine neue Basis, so entsteht anschließend auch ein ihr entsprechender Überbau.
Die Sprache unterscheidet sich in dieser Hinsicht grundlegend vom Überbau. Man nehme zum Beispiel die russische Gesellschaft und die russische Sprache. Im Laufe der letzten 30 Jahre wurde in Rußland die alte, die kapitalistische Basis beseitigt und eine neue, die sozialistische Basis geschaffen. Dementsprechend wurde der Überbau der kapitalistischen Basis beseitigt und ein neuer, der sozialistischen Basis entsprechender Überbau errichtet. Die alten politischen, juristischen und sonstigen Institutionen sind folglich durch neue, sozialistische ersetzt worden. Aber dessen ungeachtet ist die russische Sprache im Wesentlichen die gleiche geblieben, die sie vor der Oktoberumwälzung war.
Was hat sich in dieser Periode in der russischen Sprache verändert? Verändert hat sich in einem bestimmten Maße der Wortbestand der russischen Sprache; er hat sich in dem Sinne verändert, dass er durch eine beträchtliche Anzahl neuer Wörter und Ausdrücke ergänzt wurde, die im Zusammenhang mit dem Aufkommen der neuen, sozialistischen Produktion, mit der Entstehung des neuen Staats, der neuen, sozialistischen Kultur, des neuen gesellschaftlichen Lebens, der neuen Moral und schließlich im Zusammenhang mit dem Wachstum der Technik und der Wissenschaft entstanden sind; verändert hat sich der Sinn einer Reihe von Wörtern und Ausdrücken, die eine neue Bedeutung erhalten haben; eine bestimmte Anzahl veralteter Wörter ist aus dem Wortbestand verschwunden. Was jedoch den grundlegenden Wortschatz und den grammatikalischen Bau der russischen Sprache betrifft, die die Grundlage der Sprache bilden, so wurden sie nach der Beseitigung der kapitalistischen Basis nicht nur nicht beseitigt und durch einen neuen grundlegenden Wortschatz und einen neuen grammatikalischen Sprachbau ersetzt, sondern sind im Gegenteil unversehrt erhalten geblieben und haben keine irgendwie ernstlichen Veränderungen erfahren - sie sind erhalten geblieben eben als Grundlage der gegenwärtigen russischen Sprache.

Ferner. Der Überbau wird von der Basis hervorgebracht, aber das bedeutet keineswegs, dass er die Basis lediglich widerspiegelt, dass er passiv, neutral, gleichgültig ist gegenüber dem Schicksal seiner Basis, dem Schicksal der Klassen, dem Charakter der Gesellschaftsordnung. Im Gegenteil, einmal auf die Welt gekommen, wird er zu einer gewaltigen aktiven Kraft, trägt er aktiv dazu bei, dass seine Basis ihre bestimmte Form annimmt und sich festigt, trifft er alle Maßnahmen, um der neuen Gesellschaftsordnung zu helfen, der alten Basis und den alten Klassen den Rest zu geben und sie zu beseitigen.

Anders kann es auch nicht sein. Der Überbau wird von der Basis ja gerade dazu geschaffen, um ihr zu dienen, um ihr aktiv zu helfen, ihre bestimmte Form anzunehmen und sich zu festigen, um aktiv für die Beseitigung der alten, überlebten Basis samt ihrem alten Überbau zu kämpfen. Der Überbau braucht nur diese seine dienende Rolle aufzugeben, der Überbau braucht nur von der Position der aktiven Verteidigung seiner Basis auf die Position einer gleichgültigen Einstellung zu ihr, auf die Position einer undifferenzierten Einstellung zu den Klassen überzugehen, und er büßt seine Eigenschaft ein und hört auf, Überbau zu sein.

Die Sprache unterscheidet sich in dieser Hinsicht grundlegend vom Überbau. Die Sprache ist nicht durch diese oder jene Basis, durch eine alte oder neue Basis, innerhalb einer gegebenen Gesellschaft, hervorgebracht worden, sondern durch den ganzen Gang der Geschichte der Gesellschaft und der Geschichte der Basen im Verlauf von Jahrhunderten. Sie ist nicht von irgendeiner Klasse allein geschaffen worden, sondern von der ganzen Gesellschaft, von allen Klassen der Gesellschaft, durch die Bemühungen Hunderter von Generationen. Sie ist geschaffen worden, um die Bedürfnisse nicht irgendeiner Klasse allein, sondern die Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft, aller Klassen der Gesellschaft zu befriedigen. Eben darum ist sie als eine für die Gesellschaft einheitliche und allen Mitgliedern der Gesellschaft gemeinsame Sprache des gesamten Volkes geschaffen worden. Infolgedessen besteht die dienende Rolle der Sprache als eines Mittels des menschlichen Verkehrs nicht darin, dass sie einer Klasse zum Schaden anderer Klassen dient, sondern darin, dass sie der ganzen Gesellschaft, allen Klassen der Gesellschaft in gleicher Weise dient. Daraus erklärt sich denn auch, dass die Sprache sowohl einer alten, sterbenden Gesellschaftsordnung als auch einer neuen, aufsteigenden Gesellschaftsordnung, sowohl einer alten als auch einer neuen Basis, sowohl den Ausbeutern als auch den Ausgebeuteten in gleicher Weise dienen kann.

Für niemand ist die Tatsache ein Geheimnis, dass die russische Sprache vor der Oktoberumwälzung dem russischen Kapitalismus und der russischen bürgerlichen Kultur ebenso gut diente, wie sie heute der sozialistischen Ordnung und der sozialistischen Kultur der russischen Gesellschaft dient.

Dasselbe muss gesagt werden von der ukrainischen, bjelorussischen, usbekischen, kasachischen, georgischen, armenischen, estnischen, lettischen, litauischen, moldauischen, tatarischen, aserbaidshanischen, baschkirischen, turkmenischen Sprache und den anderen Sprachen der sowjetischen Nationen, die der alten, bürgerlichen Ordnung dieser Nationen ebenso gut dienten, wie sie der neuen, sozialistischen Ordnung dienen.

Anders kann es auch nicht sein. Die Sprache ist ja gerade dazu da, sie ist ja gerade dazu geschaffen, der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit als Werkzeug des menschlichen Verkehrs zu dienen, eine für die Mitglieder der Gesellschaft gemeinsame und für die Gesellschaft einheitliche Sprache zu sein, die den Mitgliedern der Gesellschaft, unabhängig von deren Klassenlage, in gleicher Weise dient. Die Sprache braucht nur von dieser Position, der Position einer Sprache des gesamten Volkes, abzugehen, die Sprache braucht nur die Position der Bevorzugung und Unterstützung irgendeiner sozialen Gruppe zum Schaden anderer sozialer Gruppen der Gesellschaft zu beziehen, und sie büßt ihre Eigenschaft ein, sie hört auf, ein Mittel des Verkehrs der Menschen in der Gesellschaft zu sein, sie wird zum Jargon irgendeiner sozialen Gruppe, sie degradiert und verurteilt sich zum Verschwinden.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Sprache, die sich grundsätzlich vom Überbau unterscheidet, jedoch nicht von den Produktionsinstrumenten, sagen wir, von den Maschinen,

die den Klassen gegenüber ebenso gleichgültig sind wie die Sprache und die sowohl der kapitalistischen als auch der sozialistischen Gesellschaftsordnung in gleicher Weise dienen können.

Weiter. Der Überbau ist das Produkt einer Epoche, in deren Verlauf die gegebene ökonomische Basis besteht und wirkt. Daher besteht der Überbau nicht lange, er wird beseitigt und verschwindet mit der Beseitigung und dem Verschwinden der gegebenen Basis.

Die Sprache dagegen ist das Produkt einer ganzen Reihe von Epochen, in deren Verlauf sie sich formt, bereichert, entwickelt, ihren Schliff erhält. Daher lebt die Sprache unvergleichlich länger als jede beliebige Basis und jeder beliebige Überbau. Daraus erklärt sich denn auch, dass die Entstehung und die Beseitigung nicht nur einer einzigen Basis und ihres Überbaus, sondern auch mehrerer Basen und der ihnen entsprechenden Überbauten in der Geschichte nicht zur Beseitigung der gegebenen Sprache, zur Beseitigung ihrer Struktur und zur Geburt einer neuen Sprache mit neuem Wortschatz und neuem grammatikalischem Bau führen.

Seit dem Tode Puschkins sind über hundert Jahre vergangen. In dieser Zeit wurden in Rußland die Feudalordnung sowie die kapitalistische Ordnung beseitigt, und es entstand eine dritte, die sozialistische. Ordnung. Folglich wurden zwei Basen mitsamt ihren Überbauten beseitigt, und es entstand eine neue, die sozialistische Basis mit ihrem neuen Überbau. Nimmt man aber zum Beispiel die russische Sprache, so hat sie in dieser langen Zeitspanne keine Umwälzung erfahren, und die heutige russische Sprache unterscheidet sich ihrer Struktur nach kaum von der Sprache Puschkins.

Was hat sich in dieser Zeit in der russischen Sprache verändert? In dieser Zeit hat sich der Wortbestand der russischen Sprache erheblich ergänzt; eine große Anzahl veralteter Wörter ist aus dem Wortbestand verschwunden; die Bedeutung einer beträchtlichen Anzahl von Wörtern hat sich verändert; der grammatikalische Bau der Sprache hat sich verbessert. Was die Struktur der Sprache Puschkins samt ihrem grammatikalischen Bau und ihrem grundlegenden Wortschatz betrifft, so ist sie als Grundlage der heutigen russischen Sprache in allem Wesentlichen erhalten geblieben.

Das ist auch durchaus begreiflich. In der Tat, wozu ist es nötig, dass nach jeder Umwälzung die bestehende Struktur der Sprache, ihr grammatikalischer Bau und grundlegender Wortschatz vernichtet und durch neue ersetzt werden, wie das gewöhnlich mit dem Überbau geschieht? Wem ist damit gedient, wenn „Wasser“, „Erde“, „Berg“, „Wald“, „Fisch“, „Mensch“, „gehen“, „tun“, „herstellen“, „kaufen“ usw. nicht Wasser, Erde, Berg usw. heißen, sondern irgendwie anders? Wem ist damit gedient, wenn die Beugung der Wörter in der Sprache und die Verbindung der Wörter im Satz nicht nach der vorhandenen, sondern nach einer ganz anderen Grammatik erfolgen? Welchen Nutzen hätte die Revolution von einer derartigen Umwälzung in der Sprache? Die Geschichte tut überhaupt nichts Wesentliches, ohne dass dafür eine besondere Notwendigkeit vorliegt. Es fragt sich, welche Notwendigkeit für eine solche sprachliche Umwälzung vorliegt, wenn erwiesen ist, dass die bestehende Sprache mit ihrer Struktur im wesentlichen durchaus geeignet ist, die Bedürfnisse der neuen Gesellschaftsordnung zu befriedigen. Man kann und muss im Laufe einiger Jahre den alten Überbau vernichten und ihn durch einen neuen ersetzen, um der Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft freie Bahn zu geben; wie aber könnte man die bestehende Sprache vernichten und im Laufe einiger Jahre an ihrer Stelle eine neue Sprache aufbauen, ohne in das gesellschaftliche Leben Anarchie hineinzutragen, ohne die Gefahr eines Zerfalls der Gesellschaft heraufzubeschwören? Wer außer einem Don Quichotte könnte sich eine solche Aufgabe stellen?

Schließlich besteht noch ein grundlegender Unterschied zwischen dem Überbau und der Sprache. Der Überbau ist nicht unmittelbar mit der Produktion, mit der Produktionstätigkeit des Menschen verbunden. Er ist mit der Produktion nur indirekt, vermittels der Ökonomik, vermittels der Basis verbunden. Daher spiegelt der Überbau die Veränderungen im Entwicklungsniveau der Produktivkräfte nicht sofort und nicht direkt wider, sondern nach den

Veränderungen in der Basis, indem die Veränderungen in der Produktion ihre Reflexion in den Veränderungen in der Basis gefunden haben. Dies bedeutet, dass der Wirkungsbereich des Überbaus eng und begrenzt ist.
Die Sprache dagegen ist mit der Produktionstätigkeit des Menschen unmittelbar verbunden, und nicht nur mit der Produktionstätigkeit, sondern auch mit jeder anderen Tätigkeit des Menschen in allen Bereichen seiner Arbeit, von der Produktion bis zur Basis, von der Basis bis zum Überbau. Daher spiegelt die Sprache Veränderungen in der Produktion sofort und unmittelbar wider, ohne die Veränderungen in der Basis abzuwarten. Daher ist der Wirkungsbereich der Sprache, die alle Tätigkeitsgebiete des Menschen umfasst, viel weiter und vielseitiger als der Wirkungsbereich des Überbaus. Mehr noch, er ist nahezu unbegrenzt.
Hieraus erklärt sich vor allem auch, dass sich die Sprache, eigentlich ihr Wortbestand, im Zustand einer fast ununterbrochenen Veränderung befindet. Das ununterbrochene Wachstum der Industrie und Landwirtschaft, des Handels und Verkehrs, der Technik und Wissenschaft erfordert von der Sprache die Ergänzung ihres Wortbestandes durch neue Wörter und Ausdrücke, deren sie für ihr Wirken bedürfen. Und die Sprache, die diese Bedürfnisse unmittelbar widerspiegelt, ergänzt ihren Wortbestand durch neue Wörter und vervollkommnet ihren grammatikalischen Bau.
Also :
a) Ein Marxist kann die Sprache nicht als Überbau der Basis betrachten;
b) die Sprache mit dem Überbau verwechseln, heißt einen ernsten Fehler begehen.

Frage: Ist es richtig, dass die Sprache stets eine Klassensprache war und bleibt, dass es keine für die Gesellschaft gemeinsame und einheitliche, nicht klassengebundene Sprache des gesamten Volkes gibt?

Antwort: Nein, das ist nicht richtig.
Es ist nicht schwer zu begreifen, dass in einer Gesellschaft, in der es keine Klassen gibt, von einer Klassensprache nicht einmal die Rede sein kann. Die Gentilordnung der Urgemeinschaft kannte keine Klassen, folglich konnte es dort auch keine Klassensprache geben - die Sprache war dort gemeinsam und einheitlich für das ganze Kollektiv. Der Einwand, dass unter Klasse jedes Kollektiv von Menschen, darunter auch das Kollektiv der Urgemeinschaft, zu verstehen sei, ist kein Einwand, sondern ein Spiel mit Worten, das keiner Widerlegung bedarf.
Was die weitere Entwicklung von den Gentilsprachen zu den Stammessprachen, von den Stammessprachen zu den Sprachen der Völkerschaften und von den Sprachen der Völkerschaften zu den Nationalsprachen betrifft, so war die Sprache als Mittel des Verkehrs der Menschen in der Gesellschaft überall, in allen Entwicklungsetappen, eine für die Gesellschaft gemeinsame und einheitliche Sprache, die den Mitgliedern der Gesellschaft, unabhängig von ihrer sozialen Stellung, in gleicher Weise diente.
Ich habe hier nicht die Reiche aus der Periode der Sklaverei und des Mittelalters, sagen wir, das Reich des Cyrus oder Alexanders des Großen, das Reich Cäsars oder Karls des Großen, im Auge, die keine eigene ökonomische Basis besaßen und zeitweilige, nicht stabile militärisch-administrative Vereinigungen darstellten. Diese Reiche besaßen nicht nur keine für das Reich einheitliche und allen Angehörigen des Reichs verständliche Sprache, sondern konnten sie auch gar nicht besitzen. Sie stellten ein Konglomerat von Stämmen und Völkerschaften dar, die ihr Eigenleben führten und ihre eigenen Sprachen besaßen. Nicht diese und ähnliche Reiche habe ich also im Auge, sondern diejenigen Stämme und Völkerschaften, die zu einem Reiche gehörten, ihre eigene ökonomische Basis hatten und ihre von alters her herausgebildeten Sprachen besaßen. Die Geschichte zeigt, dass die Sprachen dieser Stämme und Völkerschaften keine Klassensprachen, sondern Sprachen des gesamten Volkes waren, gemeinsam für die Stämme und Völkerschaften und ihnen verständlich.

Natürlich gab es daneben Dialekte, lokale Mundarten, doch die einheitliche und gemeinsame Sprache des Stammes beziehungsweise der Völkerschaft war vorherrschend und ordnete sich diese unter.

Später, mit dem Aufkommen des Kapitalismus, mit der Beseitigung der feudalen Zersplitterung und mit der Bildung eines nationalen Marktes entwickelten sich die Völkerschaften zu Nationen und die Sprachen der Völkerschaften zu Nationalsprachen. Die Geschichte zeigt, dass die Nationalsprachen keine Klassensprachen, sondern Sprachen des gesamten Volkes sind, gemeinsam für die Angehörigen der Nationen und einheitlich für die Nation.

Oben wurde gesagt, dass die Sprache als Mittel des Verkehrs der Menschen in der Gesellschaft allen Klassen der Gesellschaft in gleicher Weise dient und in dieser Hinsicht den Klassen gewissermaßen gleichgültig gegenübersteht.

Aber die Menschen, die einzelnen sozialen Gruppen, die Klassen stehen der Sprache bei weitem nicht gleichgültig gegenüber. Sie sind bestrebt, die Sprache in ihrem Interesse auszunutzen und ihr ihren besonderen Wortschatz, ihre besonderen Termini, ihre besonderen Ausdrücke aufzuzwingen. In dieser Hinsicht zeichnen sich besonders die Oberschichten der besitzenden Klassen aus, die sich vom Volk losgelöst haben und das Volk hassen: die Adelsaristokratie, die Oberschichten der Bourgeoisie. Es werden „Klassen“dialekte, Jargons, Salon“sprachen“ geschaffen. In der Literatur werden diese Dialekte und Jargons nicht selten fälschlich als Sprachen qualifiziert: als „Adelssprache“, als „Bourgeoissprache“ im Gegensatz zur „Proletariersprache“, zur „Bauernsprache“. Auf dieser Grundlage sind einige unserer Genossen, so sonderbar das auch ist, zu dem Schluss gelangt, dass die Nationalsprache eine Fiktion sei, dass real nur Klassensprachen beständen.

Ich glaube, dass nichts fehlerhafter ist als ein solcher Schluss. Darf man diese Dialekte und Jargons für Sprachen halten? Auf keinen Fall. Erstens nicht, weil diese Dialekte und Jargons keinen eigenen grammatikalischen Bau und keinen eigenen grundlegenden Wortschatz haben - sie entlehnen beides der Nationalsprache. Zweitens nicht, weil die Dialekte und Jargons einen engen Anwendungsbereich unter den Angehörigen der Oberschicht dieser oder jener Klasse haben und für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit als Mittel des Verkehrs der Menschen in der Gesellschaft völlig unbrauchbar sind. Was haben nun die Dialekte und Jargons? Sie haben eine Anzahl gewisser spezifischer Wörter, die die spezifischen Geschmacksrichtungen der Aristokratie oder der Oberschichten der Bourgeoisie widerspiegeln, eine gewisse Anzahl von Ausdrücken und Redewendungen, die sich durch Gesuchtheit, Galanterie auszeichnen und frei sind von den „groben“ Ausdrücken und Wendungen der Nationalsprache; sie haben schließlich eine gewisse Anzahl von Fremdwörtern. Alles Wesentliche aber, das heißt die überwältigende Mehrheit der Wörter und der grammatikalische Bau, ist der Sprache des gesamten Volkes, der Nationalsprache, entnommen. Folglich stellen die Dialekte und Jargons Abzweigungen von der Sprache des gesamten Volkes, der Nationalsprache, dar, die jeder sprachlichen Selbständigkeit entbehren und zum Dahinvegetieren verurteilt sind. Zu glauben, Dialekte und Jargons könnten sich zu selbständigen Sprachen entwickeln, die imstande wären, die Nationalsprache zu verdrängen und zu ersetzen, heißt, die historische Perspektive verlieren und die Position des Marxismus verlassen.

Man beruft sich auf Marx, man zitiert eine Stelle aus seiner Schrift „Sankt Max“, wo gesagt wird, dass der Bourgeois „seine Sprache“ besitzt, dass diese Sprache ein „Produkt der Bourgeoisie ist“, dass sie vom Geiste des Merkantilismus und des Schachers durchdrungen ist. Mit diesem Zitat wollen einige Genossen beweisen, dass Marx angeblich für den „Klassencharakter“ der Sprache gewesen sei, dass er die Existenz einer einheitlichen Nationalsprache in Abrede gestellt habe. Wären diese Genossen objektiv an die Frage herangegangen, so hätten sie auch ein anderes Zitat aus der gleichen Schrift „Sankt Max“ anführen müssen, wo Marx die Frage der Entstehungswege einer einheitlichen

Nationalsprache berührt und von „auf ökonomischer und politischer Konzentration beruhender Konzentration der Dialekte innerhalb einer Nation zur Nationalsprache“ spricht.
Folglich erkannte Marx die Notwendigkeit einer einheitlichen Nationalsprache als einer höheren Form an, der die Dialekte als die niedrigeren Formen untergeordnet sind.
Was kann denn dann die Sprache des Bourgeois darstellen, die nach Marx ein „Produkt der Bourgeoisie ist“? Hielt Marx sie für eine ebensolche Sprache, wie es die Nationalsprache ist, für eine Sprache mit einer eigenen, besonderen Sprachstruktur? Konnte er sie für eine solche Sprache halten? Natürlich nicht! Marx wollte einfach sagen, dass die Bourgeois mit ihrem Krämerlexikon die einheitliche Nationalsprache verschandelt haben, dass also die Bourgeois ihren eigenen Krämerjargon haben.
Daraus ergibt sich, dass diese Genossen die Auffassung von Marx entstellt haben. Und sie haben sie entstellt, weil sie Marx nicht wie Marxisten, sondern wie Buchstabengelehrte zitierten, ohne in das Wesen der Sache einzudringen.
Man beruft sich auf Engels, man zitiert aus der Broschüre „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ die Worte von Engels, dass die englische „...arbeitende Klasse allmählich ein ganz anderes Volk geworden ist als die englische Bourgeoisie“, „die Arbeiter sprechen andre Dialekte, haben andre Ideen und Vorstellungen, andre Sitten und Sittenprinzipien, andre Religion und Politik als die Bourgeoisie“. Ausgehend von diesem Zitat ziehen einige Genossen den Schluss, dass Engels die Notwendigkeit einer Sprache des gesamten Volkes, einer Nationalsprache in Abrede gestellt habe, dass er also für den „Klassencharakter“ der Sprache eingetreten sei. Engels spricht hier zwar nicht von der Sprache, sondern vom Dialekt, da er sich durchaus darüber im Klaren ist, dass der Dialekt als Abzweigung von der Nationalsprache die Nationalsprache nicht ersetzen kann. Aber diese Genossen haben offenbar für das Bestehen eines Unterschiedes zwischen Sprache und Dialekt nicht viel übrig...
Offensichtlich ist das angeführte Zitat fehl am Platz, da Engels hier nicht von „Klassensprachen“ spricht, sondern hauptsächlich von klassenbedingten Ideen, Vorstellungen, Sitten, Sittenprinzipien, Religion und Politik. Es ist vollkommen richtig, dass die Ideen, Vorstellungen, Sitten und Sittenprinzipien, die Religion und Politik der Bourgeois und der Proletarier einander direkt entgegengesetzt sind. Was hat das aber mit der Nationalsprache oder dem „Klassencharakter“ der Sprache zu tun? Kann etwa das Vorhandensein von Klassengegensätzen in der Gesellschaft als ein Argument zugunsten des „Klassencharakters“ der Sprache oder gegen die Notwendigkeit einer einheitlichen Nationalsprache dienen? Der Marxismus besagt, dass die Gemeinschaft der Sprache eines der wichtigsten Merkmale der Nation ist, wobei er sehr gut weiß, dass innerhalb der Nation Klassengegensätze bestehen. Erkennen die erwähnten Genossen diese marxistische These an?
Man beruft sich auf Lafargue und weist darauf hin, dass Lafargue in seiner Broschüre „Die französische Sprache vor und nach der Revolution“ den „Klassencharakter“ der Sprache anerkenne und angeblich die Notwendigkeit einer Sprache des gesamten Volkes, einer Nationalsprache leugne. Das ist falsch. Lafargue spricht tatsächlich von einer „Adelssprache“ oder „Sprache der Aristokratie“ und von „Jargons“ verschiedener Gesellschaftsschichten. Diese Genossen vergessen jedoch, dass Lafargue, der sich für die Frage des Unterschiedes zwischen Sprache und Jargon nicht interessierte und der die Dialekte bald als „gekünstelte Sprache“, bald als „Jargon“ bezeichnete, in seiner Broschüre mit Bestimmtheit erklärt: „Die gekünstelte Sprache, die den Aristokraten kennzeichnete ... wurde abgeleitet aus der Volkssprache, die Bourgeois und Handwerker, Stadt und Land sprachen.“
Lafargue erkennt also das Bestehen und die Notwendigkeit einer Sprache des gesamten Volkes an, da er sich über den untergeordneten Charakter und die Abhängigkeit der „Sprache der Aristokratie“ sowie der anderen Dialekte und Jargons von der Sprache des gesamten Volkes durchaus im Klaren ist.
Die Berufung auf Lafargue trifft also daneben.

Man beruft sich darauf, dass einst in England die englischen Feudalherren „jahrhundertelang“ französisch sprachen, während das englische Volk englisch sprach, und dass dieser Umstand angeblich ein Argument zugunsten des „Klassencharakters“ der Sprache und gegen die Notwendigkeit einer Sprache des gesamten Volkes sei. Das ist jedoch kein Argument, sondern geradezu ein Witz. Erstens sprachen damals nicht alle Feudalherren französisch, sondern nur eine unbedeutende Oberschicht der englischen Feudalherren am königlichen Hof und in den Grafschaften. Zweitens sprachen sie nicht irgendeine „Klassensprache“, sondern die gewöhnliche, vom ganzen französischen Volk gesprochene Sprache. Drittens ist bekanntlich die Manier, französisch zu sprechen, dann spurlos verschwunden und hat der vom ganzen Volk gesprochenen englischen Sprache Platz gemacht. Glauben diese Genossen denn, die englischen Feudalherren hätten sich mit dem englischen Volk „jahrhundertelang“ nur durch Dolmetscher verständigt, die englischen Feudalherren hätten sich nicht der englischen Sprache bedient, es habe damals keine Sprache des gesamten englischen Volkes gegeben, die französische Sprache sei damals in England mehr gewesen als eine ausschließlich im engen Kreis der Oberschicht der englischen Aristokratie gebräuchliche Salonsprache? Wie kann man auf Grund solcher anekdotenhafter „Argumente“ das Vorhandensein und die Notwendigkeit einer Sprache des gesamten Volkes in Abrede stellen?

Auch die russischen Aristokraten hatten eine Zeitlang am Zarenhof und in den Salons die Manier, französisch zu sprechen. Sie taten sich etwas darauf zugute, beim Russischsprechen zu französeln und Russisch nur mit französischem Akzent sprechen zu können. Bedeutet dies, dass es in Rußland damals keine vom ganzen Volk gesprochene russische Sprache gegeben hätte, dass die Sprache des gesamten Volkes damals eine Fiktion, die „Klassensprachen“ aber eine Realität gewesen wären?

Unsere Genossen begehen hierbei zumindest zwei Fehler.

Der erste Fehler besteht darin, dass sie die Sprache mit dem Überbau verwechseln. Sie glauben, wenn der Überbau einen Klassencharakter hat, müsse auch die Sprache keine Sprache des gesamten Volkes, sondern eine Klassensprache sein. Ich sagte aber bereits oben, dass Sprache und Überbau zwei verschiedene Begriffe sind, dass ein Marxist ihre Verwechslung nicht zulassen kann.

Der zweite Fehler besteht darin, dass diese Genossen die Gegensätzlichkeit der Interessen der Bourgeoisie und des Proletariats, ihren erbitterten Klassenkampf als einen Zerfall der Gesellschaft, als einen Abbruch jedweder Beziehungen zwischen den feindlichen Klassen auffassen. Sie sind der Ansicht, da die Gesellschaft nun einmal zerfallen sei und es keine einheitliche Gesellschaft mehr gebe, sondern nur Klassen, sei auch keine einheitliche Sprache der Gesellschaft, keine Nationalsprache nötig. Was bleibt aber, wenn die Gesellschaft zerfallen ist und wenn es keine Sprache des gesamten Volkes, keine Nationalsprache mehr gibt? Es bleiben Klassen und „Klassensprachen“. Es versteht sich, dass jede „Klassensprache“ ihre eigene „Klassen“grammatik haben wird, ihre „proletarische“ Grammatik oder ihre „bürgerliche“ Grammatik. Allerdings gibt es solche Grammatiken in Wirklichkeit nicht, aber das stört diese Genossen nicht: sie glauben, dass solche Grammatiken entstehen werden.

Es gab bei uns einmal „Marxisten“, die behaupteten, die in unserem Lande nach der Oktoberumwälzung verbliebenen Eisenbahnen seien bürgerliche Eisenbahnen, es stehe uns Marxisten nicht an, sie zu benutzen, man müsse sie abtragen und neue, „proletarische“ Bahnen bauen. Sie erhielten dafür den Spitznamen „Troglodyten“...

Es versteht sich, dass diese primitiv anarchistische Auffassung von der Gesellschaft, den Klassen und der Sprache mit Marxismus nichts zu tun hat. Zweifellos aber besteht und lebt sie noch in den Hirnen einiger unserer Genossen, die sich verheddert haben.

Natürlich trifft es nicht zu, dass die Gesellschaft infolge des Bestehens des erbitterten Klassenkampfes in ökonomisch nicht mehr miteinander in einer Gesellschaft verbundene Klassen zerfallen sei. Im Gegenteil. Solange der Kapitalismus besteht, werden Bourgeois und

Proletarier als Teile der einheitlichen kapitalistischen Gesellschaft durch alle Fäden der Wirtschaft miteinander verbunden sein. Die Bourgeois können nicht leben und sich bereichern, ohne Lohnarbeiter zu ihrer Verfügung zu haben, die Proletarier können nicht existieren, ohne sich den Kapitalisten zu verdingen. Der Abbruch jedweder wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen bedeutet die Einstellung jedweder Produktion, die Einstellung jedweder Produktion aber führt zum Untergang der Gesellschaft, zum Untergang der Klassen selbst. Es versteht sich, dass sich keine Klasse der Vernichtung aussetzen will. Daher kann der Klassenkampf, wie scharf er auch sein mag, nicht zum Zerfall der Gesellschaft führen. Nur Ignoranz in Fragen des Marxismus und völliges Verkennen der Natur der Sprache konnten einige unserer Genossen auf das Märchen vom Zerfall der Gesellschaft, von „Klassen“sprachen, von „Klassen“grammatiken bringen.

Man beruft sich ferner auf Lenin und erinnert daran, dass Lenin das Vorhandensein zweier Kulturen im Kapitalismus, der bürgerlichen und der proletarischen, anerkannt hat und dass die Losung der nationalen Kultur im Kapitalismus eine nationalistische Lösung ist. All das ist richtig, und Lenin hat hier absolut Recht. Was hat das aber mit dem „Klassencharakter“ der Sprache zu tun? Mit dem Hinweis auf Lenins Worte von den zwei Kulturen im Kapitalismus wollen diese Genossen dem Leser offenbar einreden, das Vorhandensein zweier Kulturen in der Gesellschaft, der bürgerlichen und der proletarischen, bedeute, dass es auch zwei Sprachen geben müsse, da die Sprache mit der Kultur zusammenhängt, dass Lenin folglich die Notwendigkeit einer einheitlichen Nationalsprache in Abrede stelle, dass Lenin folglich für „Klassen“sprachen sei. Der Fehler dieser Genossen besteht hier darin, dass sie Sprache und Kultur identifizieren und miteinander verwechseln. Indessen sind Kultur und Sprache zwei verschiedene Dinge. Die Kultur kann sowohl eine bürgerliche als auch eine sozialistische Kultur sein, die Sprache aber als Mittel des Verkehrs ist stets Sprache des gesamten Volkes und kann sowohl der bürgerlichen als auch der sozialistischen Kultur dienen. Ist es denn nicht Tatsache, dass die russische, die ukrainische, die usbekische Sprache heute der sozialistischen Kultur dieser Nationen ebenso gut dienen, wie sie vor der Oktoberumwälzung ihren bürgerlichen Kulturen gedient haben? Diese Genossen irren sich also gründlich, wenn sie behaupten, das Vorhandensein zweier verschiedener Kulturen führe zur Bildung zweier verschiedener Sprachen und zur Verneinung der Notwendigkeit einer einheitlichen Sprache.

Als Lenin von den zwei Kulturen sprach, ging er gerade von der These aus, dass das Vorhandensein zweier Kulturen nicht zur Verneinung einer einheitlichen Sprache und zur Bildung zweier Sprachen führen kann, dass die Sprache einheitlich sein muss. Als die Bundisten Lenin beschuldigten, er verneine die Notwendigkeit einer Nationalsprache und behandle die Kultur als „nichtnational“, protestierte Lenin bekanntlich scharf dagegen und erklärte, er kämpfe gegen die bürgerliche Kultur, nicht aber gegen die Nationalsprache, deren Notwendigkeit er für unbestreitbar halte. Es ist sonderbar, dass einige unserer Genossen in den Fußtapfen der Bundisten wandeln.

Was die einheitliche Sprache betrifft, deren Notwendigkeit Lenin angeblich verneint, so sollte man sich folgende Worte Lenins anhören:

„Die Sprache ist das wichtigste Mittel des menschlichen Verkehrs; die Einheit der Sprache und ihre ungehinderte Entwicklung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen wahrhaft freien und umfassenden, dem modernen Kapitalismus entsprechenden Handelsverkehr, für eine freie und umfassende Gruppierung der Bevölkerung nach all den einzelnen Klassen.“

Es ergibt sich, dass die verehrten Genossen die Anschauungen Lenins entstellt haben.

Man beruft sich schließlich auf Stalin. Man führt ein Zitat aus Stalin an, wonach „die Bourgeoisie und ihre nationalistischen Parteien in dieser Periode die leitende Hauptkraft dieser Nationen waren und bleiben“. Das alles ist richtig. Die Bourgeoisie und ihre

nationalistische Partei leiten tatsächlich die bürgerliche Kultur, genau wie das Proletariat und seine internationalistische Partei die proletarische Kultur leiten. Was hat das aber mit dem „Klassencharakter“ der Sprache zu tun? Ist diesen Genossen denn nicht bekannt, dass die Nationalsprache die Form der nationalen Kultur ist, dass die Nationalsprache sowohl der bürgerlichen als auch der sozialistischen Kultur dienen kann? Kennen unsere Genossen wirklich nicht die bekannte Formel der Marxisten, dass die heutige russische, ukrainische, bjelorussische Kultur und andere Kulturen dem Inhalt nach sozialistisch und der Form, das heißt der Sprache nach national sind? Sind sie mit dieser marxistischen Formel einverstanden? Der Fehler unserer Genossen besteht hier darin, dass sie den Unterschied zwischen Kultur und Sprache nicht sehen und nicht verstehen, dass sich die Kultur ihrem Inhalt nach mit jeder neuen Entwicklungsperiode der Gesellschaft verändert, während die Sprache mehrere Perioden lang im wesentlichen die gleiche Sprache bleibt und sowohl der neuen als auch der alten Kultur in gleicher Weise dient.

Also :

a) Die Sprache als Mittel des Verkehrs war und bleibt stets eine für die Gesellschaft einheitliche und für ihre Mitglieder gemeinsame Sprache;

b) das Vorhandensein von Dialekten und Jargons ist keine Verneinung, sondern eine Bestätigung des Vorhandenseins einer Sprache des gesamten Volkes, deren Abzweigungen sie darstellen und der sie untergeordnet sind;

c) die Formel vom „Klassencharakter“ der Sprache ist eine fehlerhafte, unmarxistische Formel.

Frage: Welches sind die charakteristischen Merkmale der Sprache?

Antwort: Die Sprache gehört zu den gesellschaftlichen Erscheinungen, die während der ganzen Zeit des Bestehens der Gesellschaft wirksam sind. Sie entsteht und entwickelt sich mit dem Entstehen und der Entwicklung der Gesellschaft. Sie stirbt mit dem Zeitpunkt des Todes der Gesellschaft. Außerhalb der Gesellschaft gibt es keine Sprache. Daher kann man die Sprache und ihre Entwicklungsgesetze nur dann verstehen, wenn man sie in unlösbarem Zusammenhang mit der Geschichte der Gesellschaft, mit der Geschichte des Volkes studiert, dem die zu studierende Sprache gehört und das der Schöpfer und Träger dieser Sprache ist.

Die Sprache ist ein Mittel, ein Werkzeug, mit dessen Hilfe die Menschen miteinander verkehren, ihre Gedanken austauschen und eine gegenseitige Verständigung anstreben. Mit dem Denken unmittelbar verbunden, registriert und fixiert die Sprache in Wörtern und in der Verbindung von Wörtern zu Sätzen die Ergebnisse der Denktätigkeit, die Erfolge der Erkenntnistätigkeit des Menschen und ermöglicht somit den Gedankenaustausch in der menschlichen Gesellschaft.

Der Gedankenaustausch ist eine ständige und lebenswichtige Notwendigkeit, da es ohne ihn nicht möglich ist, ein gemeinsames Handeln der Menschen im Kampf gegen die Naturkräfte, im Kampf für die Erzeugung der notwendigen materiellen Güter zustande zu bringen, da es ohne ihn nicht möglich ist, Erfolge in der Produktionstätigkeit der Gesellschaft zu erzielen, und folglich das Bestehen einer gesellschaftlichen Produktion selbst nicht möglich ist. Ohne eine der Gesellschaft verständliche und ihren Mitgliedern gemeinsame Sprache stellt die Gesellschaft folglich die Produktion ein, zerfällt und hört auf, als Gesellschaft zu bestehen. In diesem Sinne ist die Sprache als Werkzeug des Verkehrs gleichzeitig ein Werkzeug des Kampfes und der Entwicklung der Gesellschaft.

Bekanntlich bilden alle Wörter, die es in einer Sprache gibt, zusammen den so genannten Wortbestand der Sprache. Das Wichtigste im Wortbestand der Sprache ist der grundlegende Wortschatz, dessen Kern alle Wurzelwörter bilden. Er ist von viel geringerem Umfang als der Wortbestand der Sprache, aber er lebt sehr lange, jahrhundertelang und liefert der Sprache die Grundlage für die Bildung neuer Wörter. Der Wortbestand spiegelt den Zustand der Sprache

wider: je reicher und vielseitiger der Wortbestand ist, desto reicher und entwickelter ist die Sprache.

Aber der Wortbestand an sich macht noch nicht die Sprache aus - er ist vielmehr nur das Baumaterial für die Sprache. Ähnlich wie im Bauwesen das Baumaterial noch kein Gebäude ausmacht, obgleich es unmöglich ist, ohne Baumaterial ein Gebäude zu errichten, genauso macht der Wortbestand der Sprache noch nicht die Sprache selbst aus, obgleich ohne ihn keine Sprache denkbar ist. Der Wortbestand der Sprache gewinnt jedoch größte Bedeutung, wenn er der Grammatik der Sprache zugeführt wird, die die Regeln für die Beugung der Wörter, die Regeln für die Verbindung der Wörter zum Satz bestimmt und auf diese Weise der Sprache einen harmonischen, sinnvollen Charakter verleiht. Die Grammatik (Morphologie, Syntax) ist eine Sammlung von Regeln für die Beugung der Wörter und für die Verbindung der Wörter zum Satz. Folglich erhält die Sprache eben gerade durch die Grammatik die Möglichkeit, die menschlichen Gedanken in eine materielle sprachliche Hülle zu kleiden.

Die charakteristische Besonderheit der Grammatik besteht darin, dass sie die Regeln für die Beugung der Wörter gibt, wobei sie nicht konkrete Wörter, sondern die Wörter überhaupt, ohne jede Konkretheit im Auge hat, sie gibt die Regeln für die Bildung von Sätzen, wobei sie nicht irgendwelche konkreten Sätze, sagen wir ein konkretes Subjekt, ein konkretes Prädikat und dergleichen, im Auge hat, sondern überhaupt alle beliebigen Sätze, unabhängig von der konkreten Form dieses oder jenes Satzes. Folglich nimmt die Grammatik, die sowohl bei den Wörtern als auch bei den Sätzen vom Besonderen und Konkreten abstrahiert, das Allgemeine, das den Beugungen der 'Wörter und der Verbindung der Wörter zu Sätzen zugrunde liegt, und leitet daraus grammatikalische Regeln, grammatikalische Gesetze ab. Die Grammatik ist das Ergebnis einer langen, abstrahierenden Arbeit des menschlichen Denkens, ein Gradmesser für die gewaltigen Erfolge des Denkens.

In dieser Hinsicht erinnert die Grammatik an die Geometrie, die eigene Gesetze aufstellt, indem sie von den konkreten Gegenständen abstrahiert, die Gegenstände als Körper betrachtet, die von allem Konkreten losgelöst sind, und die Beziehungen zwischen ihnen nicht als konkrete Beziehungen zwischen den und den konkreten Gegenständen definiert, sondern als Beziehungen zwischen den Körpern schlechthin, die von allem Konkreten losgelöst sind.

Zum Unterschied vom Überbau, der mit der Produktion nicht direkt, sondern vermittels der Ökonomik verbunden ist, ist die Sprache unmittelbar mit der Produktionstätigkeit des Menschen ebenso wie mit jeder anderen Tätigkeit in ausnahmslos allen Bereichen seiner Arbeit verbunden.

Deswegen befindet sich der Wortbestand der Sprache, da er für Veränderungen am empfänglichsten ist, im Zustand einer fast ununterbrochenen Veränderung; dabei braucht die Sprache zum Unterschied vom Überbau nicht die Beseitigung der Basis abzuwarten, sie nimmt vor der Beseitigung der Basis und unabhängig vom Zustand der Basis Veränderungen an ihrem Wortbestand vor.

Der Wortbestand der Sprache verändert sich jedoch nicht wie der Überbau, nicht durch die Beseitigung des Alten und den Aufbau des Neuen, sondern durch die Ergänzung des bestehenden Wortbestandes durch neue Wörter, die im Zusammenhang mit den Veränderungen der sozialen Ordnung, mit der Entwicklung der Produktion, mit der Entwicklung der Kultur, der Wissenschaft usw. entstanden sind. Hierbei kommt, obgleich gewöhnlich eine gewisse Anzahl veralteter Wörter aus dem Wortbestand der Sprache verschwindet, eine viel größere Anzahl neuer Wörter hinzu. Was aber den grundlegenden Wortschatz betrifft, so bleibt er in allem Wesentlichen erhalten und wird als Grundlage des Wortbestandes der Sprache benutzt.

Das ist auch verständlich. Es besteht keinerlei Notwendigkeit, den grundlegenden Wortschatz zu vernichten, wenn er während einer Reihe von historischen Perioden mit Erfolg benutzt werden kann, ganz zu schweigen davon, dass die Vernichtung des im Laufe von Jahrhunderten angesammelten grundlegenden Wortschatzes angesichts der Unmöglichkeit,

innerhalb einer kurzen Zeit einen neuen grundlegenden Wortschatz zu schaffen, zur Lähmung der Sprache, zur völligen Zerrüttung des Verkehrs der Menschen untereinander führen würde.
Der grammatikalische Bau der Sprache verändert sich noch langsamer als ihr grundlegender Wortschatz. Der im Laufe der Epochen herausgearbeitete und der Sprache in Fleisch und Blut übergegangene grammatikalische Bau verändert sich noch langsamer als der grundlegende Wortschatz. Er erfährt natürlich mit der Zeit Veränderungen, er vervollkommnet sich, er verbessert und präzisiert seine Regeln und bereichert sich durch neue Regeln, aber die Grundlagen des grammatikalischen Baus bleiben über eine sehr lange Zeit hin erhalten, da sie, wie die Geschichte zeigt, der Gesellschaft während einer Reihe von Epochen mit Erfolg zu dienen vermögen.
Somit bilden der grammatikalische Bau der Sprache und ihr grundlegender Wortschatz die Grundlage der Sprache, ihr spezifisches Wesen.
Die Geschichte zeigt eine große Stabilität und kolossale Widerstandsfähigkeit der Sprache gegen gewaltsame Assimilation. Statt diese Erscheinung zu erklären, beschränken sich manche Historiker darauf, sich darüber zu wundern. Zur Verwunderung liegt hier jedoch kein Grund vor. Die Stabilität der Sprache erklärt sich aus der Stabilität ihres grammatikalischen Baus und ihres grundlegenden Wortschatzes. Jahrhundertelang bemühten sich die türkischen Assimilatoren, die Sprachen der Balkanvölker zu verstümmeln, zu zerstören und zu vernichten. In dieser Periode erfuhr der Wortbestand der Balkansprachen bedeutsame Veränderungen, es wurden nicht wenige türkische Wörter und Ausdrücke entlehnt, es gab sowohl „Verbindungen“ als auch „Trennungen“, aber die Balkansprachen hielten stand und blieben am Leben. Warum?
Weil der grammatikalische Bau und der grundlegende Wortschatz dieser Sprachen im wesentlichen erhalten blieben.
Aus alledem folgt, dass man die Sprache und ihre Struktur nicht als Produkt irgendeiner Epoche allein betrachten darf. Die Struktur der Sprache, ihr grammatikalischer Bau und ihr grundlegender Wortschatz sind das Produkt einer Reihe von Epochen.
Es ist anzunehmen, dass die Elemente der modernen Sprache schon im grauesten Altertum, vor der Epoche der Sklaverei, gebildet wurden. Das war eine unkomplizierte Sprache mit einem sehr dürftigen Wortschatz, aber mit einem eigenen grammatikalischen Bau, der zwar primitiv, aber doch ein grammatikalischer Bau war.
Die weitere Entwicklung der Produktion, das Aufkommen von Klassen, das Aufkommen der Schrift, die Entstehung des Staates, der für die Verwaltung einen mehr oder minder geregelten Schriftverkehr brauchte, die Entwicklung des Handels, der einen geregelten Schriftverkehr noch mehr brauchte, das Aufkommen der Druckerpresse, die Entwicklung der Literatur - all das führte in der Entwicklung der Sprache zu großen Veränderungen. Während dieser Zeit haben sich die Stämme und Völkerschaften zersplittert und voneinander geschieden, vermischt und gekreuzt, und in der Folgezeit kamen Nationalsprachen und Nationalstaaten auf, vollzogen sich revolutionäre Umwälzungen, wurden alte Gesellschaftsordnungen durch neue abgelöst. All das führte zu noch größeren Veränderungen in der Sprache und in ihrer Entwicklung.
Es wäre jedoch grundfalsch, wollte man annehmen, dass die Entwicklung der Sprache ebenso vor sich gegangen sei wie die Entwicklung des Überbaus: durch die Vernichtung des Bestehenden und den Aufbau des Neuen. In Wirklichkeit vollzog sich die Entwicklung der Sprache nicht durch die Vernichtung der bestehenden und durch den Aufbau einer neuen Sprache, sondern durch die Entfaltung und Vervollkommnung der Grundelemente der bestehenden Sprache. Hierbei vollzog sich der Übergang von einer Qualität der Sprache zu einer anderen Qualität nicht durch eine Explosion, nicht durch die schlagartige Vernichtung des Alten und den Aufbau des Neuen, sondern durch allmähliche und lang währende Ansammlung von Elementen einer neuen Qualität, einer neuen Sprachstruktur, durch das allmähliche Absterben der Elemente der alten Qualität.

Man sagt, die Theorie der stadialen Entwicklung der Sprache sei eine marxistische Theorie, da sie die Notwendigkeit plötzlicher Explosionen als Voraussetzung für den Übergang der Sprache von einer alten zu einer neuen Qualität anerkennt. Das ist natürlich falsch, denn in dieser Theorie wird man schwerlich etwas Marxistisches finden. Und wenn die Theorie der Stadialität wirklich plötzliche Explosionen in der Entwicklungsgeschichte der Sprache anerkennt - umso schlimmer für sie. Der Marxismus anerkennt keine plötzlichen Explosionen in der Entwicklung der Sprache, keinen plötzlichen Tod einer bestehenden Sprache und keinen plötzlichen Aufbau einer neuen Sprache. Lafargue hatte Unrecht, als er von einer „plötzlichen Sprachrevolution zwischen 1789 und 1794“ in Frankreich sprach (siehe die Broschüre von Lafargue „Die französische Sprache vor und nach der Revolution“). Es gab damals in Frankreich keinerlei Sprachrevolution, geschweige denn eine plötzliche. Freilich ergänzte sich in dieser Periode der Wortbestand der französischen Sprache mit neuen Wörtern und Ausdrücken, eine gewisse Anzahl veralteter Wörter kam in Fortfall, die Bedeutung gewisser Wörter veränderte sich – aber das war auch alles. Solche Veränderungen entscheiden jedoch in keiner Weise das Schicksal einer Sprache. Das Wichtigste in der Sprache sind ihr grammatikalischer Bau und ihr grundlegender Wortschatz. Der grammatikalische Bau und der grundlegende Wortschatz der französischen Sprache aber sind in der Periode der französischen bürgerlichen Revolution nicht nur nicht verschwunden, sondern sind ohne wesentliche Veränderungen erhalten geblieben, und sie sind nicht nur erhalten geblieben, sondern sie leben bis auf den heutigen Tag in der modernen französischen Sprache fort. Ich spreche schon gar nicht davon, dass für die Beseitigung einer bestehenden Sprache und für den Aufbau einer neuen Nationalsprache („plötzliche Sprachrevolution“!) fünf bis sechs Jahre eine lächerlich geringe Zeitspanne sind - dazu sind Jahrhunderte nötig.

Der Marxismus ist der Auffassung, dass der Übergang der Sprache von einer alten zu einer neuen Qualität nicht durch eine Explosion, nicht durch eine Vernichtung der bestehenden und die Schaffung einer neuen Sprache erfolgt, sondern durch eine allmähliche Ansammlung von Elementen der neuen Qualität, folglich durch ein allmähliches Absterben der Elemente der alten Qualität.

Zur Kenntnis der Genossen, die für Explosionen begeistert sind, muss überhaupt gesagt werden, dass das Gesetz des Übergangs von einer alten zu einer neuen Qualität vermittels einer Explosion nicht allein auf die Entwicklungsgeschichte der Sprache unanwendbar ist - es ist auch auf andere gesellschaftliche Erscheinungen, die die Basis oder den Überbau betreffen, nicht immer anwendbar. Es ist unbedingt gültig für eine in feindliche Klassen gespaltene Gesellschaft. Aber es ist gar nicht unbedingt gültig für eine Gesellschaft, in der es keine feindlichen Klassen gibt. Im Laufe von 8 bis 10 Jahren haben wir in der Landwirtschaft unseres Landes den Übergang von der bürgerlichen, auf Einzelbauern wirtschaften beruhenden Ordnung zur sozialistischen Kollektivwirtschaftsordnung vollzogen. Das war eine Revolution, die die alte bürgerliche Wirtschaftsordnung auf dem Lande liquidierte und eine neue, die sozialistische Ordnung schuf. Diese Umwälzung vollzog sich jedoch nicht durch eine Explosion, das heißt nicht durch den Sturz der bestehenden Macht und die Schaffung einer neuen Macht, sondern durch den allmählichen Übergang von der alten, bürgerlichen Ordnung auf dem Lande zu einer neuen Ordnung. Das aber konnte vollzogen werden, weil es eine Revolution von oben war, weil die Umwälzung auf Initiative der bestehenden Macht mit Unterstützung der Hauptmassen der Bauernschaft durchgeführt wurde.

Man sagt, die zahlreichen Fälle von Sprachkreuzungen, die in der Geschichte erfolgt sind, gäben Grund zu der Annahme, dass es bei der Kreuzung zur Bildung einer neuen Sprache komme, und zwar durch eine Explosion, durch den plötzlichen Übergang von einer alten Qualität zu einer neuen Qualität. Das ist völlig falsch.

Die Kreuzung von Sprachen darf nicht als einmaliger Akt eines entscheidenden Schlages betrachtet werden, der innerhalb einiger Jahre seine Ergebnisse zeitigt. Die Kreuzung von

Sprachen ist ein langwieriger Prozess, der Jahrhunderte währt. Daher kann hier von keinerlei Explosionen die Rede sein.
Ferner. Es wäre völlig falsch, wollte man glauben, dass infolge einer Kreuzung beispielsweise zweier Sprachen eine neue, dritte Sprache entstehe, die keiner der gekreuzten Sprachen ähnlich sei und sich von jeder dieser Sprachen qualitativ unterscheide. In Wirklichkeit geht bei der Kreuzung gewöhnlich die eine der Sprachen als Sieger hervor, bewahrt ihren grammatikalischen Bau, bewahrt ihren grundlegenden Wortschatz und entwickelt sich nach den ihr innewohnenden Entwicklungsgesetzen weiter, während die andere Sprache allmählich ihre Eigenschaft einbüßt und allmählich abstirbt.
Folglich ergibt die Kreuzung keine neue, dritte Sprache, sondern sie läßt eine der Sprachen bestehen, sie läßt deren grammatikalischen Bau und grundlegenden Wortschatz bestehen und gibt ihr die Möglichkeit, sich nach den ihr innewohnenden Entwicklungsgesetzen zu entwickeln.
Hierbei erfolgt allerdings eine gewisse Bereicherung des Wortbestandes der siegreichen Sprache auf Kosten der besiegten Sprache, aber dadurch wird sie nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt.
So war es zum Beispiel mit der russischen Sprache, mit der sich im Laufe der historischen Entwicklung die Sprachen einer Reihe anderer Völker kreuzten und die stets als Sieger hervorging.
Natürlich ergänzte sich hierbei der Wortbestand der russischen Sprache auf Kosten des Wortbestandes anderer Sprachen, aber die russische Sprache wurde dadurch nicht nur nicht geschwächt, sondern im Gegenteil bereichert und gestärkt.
Was die nationale Eigenart der russischen Sprache betrifft, so hat sie nicht den geringsten Schaden erlitten, denn da die russische Sprache ihren grammatikalischen Bau und ihren grundlegenden Wortschatz bewahrt hat, hat sie sich weiter nach den ihr innewohnenden Entwicklungsgesetzen entwickelt und vervollkommnet.
Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass die Kreuzungstheorie der sowjetischen Sprachwissenschaft nichts Wesentliches zu vermitteln vermag. Wenn es zutrifft, dass es die Hauptaufgabe der Sprachwissenschaft ist, die der Sprache innewohnenden Entwicklungsgesetze zu erforschen, so muss man zugeben, dass die Kreuzungstheorie diese Aufgabe nicht nur nicht löst, sondern sie nicht einmal stellt - sie bemerkt diese Aufgabe einfach nicht oder versteht sie nicht.

Frage: Hat die „Prawda“ richtig gehandelt, als sie eine freie Diskussion über Probleme der Sprachwissenschaft eröffnete?

Antwort: Sie hat richtig gehandelt.
In welcher Richtung die Probleme der Sprachwissenschaft gelöst werden, wird am Ende der Diskussion klar werden. Schon jetzt aber kann man sagen, dass die Diskussion großen Nutzen gebracht hat.
Die Diskussion hat vor allem klargestellt, dass in den sprachwissenschaftlichen Organen sowohl im Zentrum als auch in den Republiken ein Regime herrschte, das weder der Wissenschaft noch Wissenschaftlern ansteht. Die leiseste Kritik am Stand der Dinge in der sowjetischen Sprachwissenschaft, selbst die zaghaftesten Versuche einer Kritik an der so genannten „neuen Lehre“ in der Sprachwissenschaft wurden von den führenden Kreisen der Sprachwissenschaft verfolgt und unterbunden. Wegen kritischer Einstellung zum Erbe N. J. Marrs, wegen der geringsten Missbilligung der Lehre N. J. Marrs wurden wertvolle Fachkräfte und Forscher auf dem Gebiet der Sprachwissenschaft ihrer Posten enthoben oder auf niedrigere Posten versetzt. Die Sprachwissenschaftler wurden nicht nach ihrer fachlichen Eignung, sondern auf Grund der vorbehaltlosen Anerkennung der Lehre N. J. Marrs auf verantwortliche Posten befördert.

Es ist allgemein anerkannt, dass keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann. Aber diese allgemein anerkannte Regel wurde in unverfrorenster Weise ignoriert und mit Füßen getreten. Es bildete sich eine abgekapselte Gruppe unfehlbarer leitender Persönlichkeiten heraus, die, nachdem sie sich gegen jede Möglichkeit einer Kritik gesichert hatte, eigenmächtig zu wirtschaften und ihr Unwesen zu treiben begann.

Ein Beispiel: Der so genannte „Bakuer Lehrgang“ (Vorlesungen N. J. Marrs, gehalten in Baku), den der Verfasser dieses Buches selber verworfen und dessen Neuauflage er verboten hatte, wurde jedoch auf Anordnung der Kaste leitender Persönlichkeiten (Genosse Meschtschaninow nennt sie „Schüler“ N. J. Marrs) neu aufgelegt und unter anderen Lehrbüchern den Studenten ohne jeden Vorbehalt empfohlen. Das bedeutet, dass man die Studenten betrogen hat, indem man ihnen gegenüber den unbrauchbar befundenen „Lehrgang“ als vollwertiges Lehrbuch ausgab. Wäre ich nicht von der Ehrlichkeit des Genossen Meschtschaninow und der anderen Sprachwissenschaftler überzeugt, so würde ich sagen, dass ein derartiges Verhalten einer Schädlingsarbeit gleichkommt.

Wie konnte das geschehen? Es konnte geschehen, weil das in der Sprachwissenschaft errichtete Araktschejew-Regime Verantwortungslosigkeit kultiviert und einem derartigen Schalten und Walten Vorschub leistet?

(Araktschejew-Regime - nach dem Grafen Araktschejew, einem reaktionären russischen Staatsmann des ersten Viertels des 19. Jahrhunderts. Mit dem Namen Araktschejews ist eine ganze Epoche hemmungslosen Polizeidespotismus und grober Militärwillkür verbunden. Der Übers.)

Die Diskussion hat sich vor allem deshalb als sehr nützlich erwiesen, weil sie dieses Araktschejew-Regime ans Licht gebracht und in Trümmer geschlagen hat.

Aber damit erschöpft sich der Nutzen der Diskussion nicht. Die Diskussion hat nicht nur das alte Regime in der Sprachwissenschaft zerschlagen, sondern hat auch noch jene unglaubliche Verworrenheit der Anschauungen in den wichtigsten Problemen der Sprachforschung aufgedeckt, die in den führenden Kreisen dieses Wissenschaftszweiges herrscht. Bis zum Beginn der Diskussion hatten die „Schüler“ N. J. Marrs geschwiegen und die Missstände in der Sprachwissenschaft verhehlt. Nach Beginn der Diskussion aber wurde es unmöglich, weiter zu schweigen - sie sahen sich gezwungen, in der Presse Stellung zu nehmen. Und was geschah? Es zeigte sich, dass die Lehre N. J. Marrs eine ganze Reihe von Mängeln, Fehlern, nicht präzisierten Problemen, nicht ausgearbeiteten Thesen aufweist. Es fragt sich, warum haben die „Schüler“ N. J. Marrs erst jetzt, nach Eröffnung der Diskussion, davon zu reden begonnen? Warum haben sie sich nicht früher darum gekümmert? Warum haben sie seinerzeit nicht offen und ehrlich darüber gesprochen, wie es Wissenschaftlern geziemt?

Es zeigt sich, dass die „Schüler“ N. J. Marrs, nachdem sie „gewisse“ Fehler N. J. Marrs zugegeben haben, nun glauben, dass die sowjetische Sprachwissenschaft nur auf der Grundlage der „präzisierten“ Theorie N. J. Marrs weiterentwickelt werden könne, die sie für marxistisch halten. O nein, man verschone uns mit dem „Marxismus“ N. J. Marrs. N. J. Marr wollte wirklich Marxist sein und bemühte sich darum, aber er vermochte es nicht, Marxist zu werden. Er hat den Marxismus lediglich verflacht und vulgarisiert ähnlich wie die „Proletkultanhänger“ oder die „RAPP-Leute“

(RAPP - „Russische Assoziation Proletarischer Schriftsteller“ - eine sektiererisch eingestellte Schriftstellerorganisation, die den Marxismus vulgarisierte. Durch ihre der Parteilinie widersprechende Praxis spaltete sie die Reihen der Sowjetschriftsteller und hemmte die Entwicklung der Sowjetliteratur. Auf Beschluss des ZK der KPdSU(B) vom 23. April 1932 wurden diese und ähnliche Schriftstellerorganisationen aufgelöst und ein einheitlicher Verband Sowjetischer Schriftsteller geschaffen. Der Übers.)

N. J. Marr trug in die Sprachwissenschaft die falsche, unmarxistische Formel von der Sprache als Überbau hinein und verhedderte sich selbst, brachte die Sprachwissenschaft in Verwirrung. Es ist nicht möglich, die sowjetische Sprachwissenschaft auf der Grundlage einer falschen Formel zu entwickeln.

N. J. Marr trug in die Sprachwissenschaft noch die andere, ebenfalls falsche und unmarxistische Formel von dem „Klassencharakter` der Sprache hinein und verhedderte sich

selbst, brachte die Sprachwissenschaft in Verwirrung. Es ist nicht möglich, die sowjetische Sprachwissenschaft auf der Grundlage einer falschen Formel zu entwickeln, die dem gesamten Ablauf der Geschichte der Völker und Sprachen widerspricht.

N. J. Marr trug in die Sprachwissenschaft einen dem Marxismus fremden unbescheidenen, großtuerischen, hochmütigen Ton hinein, der zu einer nackten und leichtfertigen Verneinung alles dessen führte, was in der Sprachwissenschaft vor N. J. Marr vorhanden war.

N. J. Marr diffamiert mit großem Lärm die historisch-vergleichende Methode als „idealistisch“. Man muss indessen sagen, dass die historisch-vergleichende Methode trotz ihrer ernstlichen Mängel immer noch besser ist als N. J. Marrs tatsächlich idealistische Vierelementeanalyse, denn die erstere spornt zur Arbeit, zum Studium der Sprachen an, während die letztere nur dazu anspornt, hinter dem Ofen zu sitzen und aus dem Kaffeesatz über die berüchtigten vier Elemente zu orakeln.

N. J. Marr verunglimpft hochmütig jeden Versuch, die Gruppen (Familien) von Sprachen zu erforschen, als eine Erscheinungsform der Theorie von der „Ursprache“. Es läßt sich indessen nicht leugnen, dass die sprachliche Verwandtschaft solcher Nationen, wie zum Beispiel der slawischen, keinem Zweifel unterliegt, dass die Erforschung der sprachlichen Verwandtschaft dieser Nationen der Sprachwissenschaft bei der Erforschung der Entwicklungsgesetze der Sprache großen Nutzen bringen könnte. Ich spreche schon gar nicht davon, dass die Theorie der „Ursprache“ damit nichts zu tun hat.

Hört man N. J. Marr, besonders aber seine „Schüler“, so könnte man meinen, vor N. J. Marr habe es überhaupt keine Sprachwissenschaft gegeben, die Sprachwissenschaft habe erst mit dem Aufkommen der „neuen Lehre“ N. J. Marrs begonnen. Marx und Engels waren viel bescheidener: sie waren der Ansicht, dass ihr dialektischer Materialismus ein Produkt der Entwicklung der Wissenschaften, darunter der Philosophie, in der vorhergegangenen Periode ist.

Somit hat die Diskussion der Sache auch in der Hinsicht gedient, als sie die ideologischen Mängel in der sowjetischen Sprachwissenschaft aufgedeckt hat.

Ich glaube, je schneller sich unsere Sprachwissenschaft von den Fehlern N. J. Marrs frei macht, desto schneller kann man sie aus der Krise herausbringen, die sie heute durchmacht.

Beseitigung des Araktschejew-Regimes in der Sprachwissenschaft, Abkehr von den Fehlern N. J. Marrs, Verankerung des Marxismus in der Sprachwissenschaft - das ist meiner Ansicht nach der Weg, auf dem man die sowjetische Sprachwissenschaft einer Gesundung entgegenführen könnte.

„Prawda“,
20. Juni 1950.

ZU EINIGEN FRAGEN DER SPRACHWISSENSCHAFT

Antwort an Genossin J. Krascheninnikowa

Genossin Krascheninnikowa!
Ich beantworte Ihre Fragen.

1. Frage: In Ihrem Artikel wird überzeugend nachgewiesen, dass die Sprache weder Basis noch Überbau ist. Wäre die Annahme berechtigt, dass die Sprache eine Erscheinung ist, die sowohl der Basis als auch dem Überbau eigen ist, oder wäre es richtiger, die Sprache für eine Zwischenerscheinung zu halten?

Antwort: Der Sprache als einer gesellschaftlichen Erscheinung ist natürlich jenes Gemeinsame eigen, was für alle gesellschaftlichen Erscheinungen, darunter für die Basis und den Überbau, kennzeichnend ist, nämlich sie dient der Gesellschaft ebenso, wie ihr alle anderen gesellschaftlichen Erscheinungen, darunter die Basis und der Überbau, dienen. Aber darin erschöpft sich eigentlich auch jenes Gemeinsame, was für alle gesellschaftlichen Erscheinungen kennzeichnend ist. Danach beginnen sehr wesentliche Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Erscheinungen.
Die Sache ist die, dass die gesellschaftlichen Erscheinungen außer diesem Gemeinsamen ihre spezifischen Besonderheiten haben, die sie voneinander unterscheiden und die für die Wissenschaft das Wichtigste sind. Die spezifischen Besonderheiten der Basis bestehen darin, dass sie der Gesellschaft ökonomisch dient. Die spezifischen Besonderheiten des Überbaus bestehen darin, dass er der Gesellschaft durch politische, juristische, ästhetische und andere Ideen dient und für die Gesellschaft die entsprechenden politischen, juristischen und anderen Institutionen schafft. Worin bestehen die spezifischen Besonderheiten der Sprache, die sie von den anderen gesellschaftlichen Erscheinungen unterscheiden? Sie bestehen darin, dass die Sprache der Gesellschaft als Mittel des menschlichen Verkehrs dient, als Mittel zum Austausch von Gedanken in der Gesellschaft, als Mittel, das den Menschen die Möglichkeit gibt, einander zu verstehen und die gemeinsame Arbeit in allen Bereichen der menschlichen Tätigkeit in Gang zu bringen, sowohl auf dem Gebiet der Produktion als auch auf dem Gebiet der ökonomischen Beziehungen, sowohl auf dem Gebiet der Politik als auch auf dem Gebiet der Kultur, sowohl im gesellschaftlichen als auch im täglichen Leben. Diese Besonderheiten sind nur der Sprache eigen, und eben weil sie nur der Sprache eigen sind, ist die Sprache das Forschungsobjekt einer selbständigen Wissenschaft, der Sprachwissenschaft. Ohne diese Besonderheiten der Sprache verlöre die Sprachwissenschaft das Recht auf selbständige Existenz.
Kurzum: Man kann die Sprache weder zur Kategorie der Basen noch zur Kategorie der Überbauten rechnen.
Man kann sie auch nicht zur Kategorie der „Zwischen“erscheinungen zwischen der Basis und dem Überbau rechnen, da es solche „Zwischen“erscheinungen nicht gibt.
Aber vielleicht könnte man die Sprache zur Kategorie der Produktivkräfte der Gesellschaft, zur Kategorie, sagen wir, der Produktionsinstrumente rechnen. In der Tat, zwischen der Sprache und den Produktionsinstrumenten besteht eine gewisse Analogie: Die Produktionsinstrumente stehen ebenso wie die Sprache den Klassen gewissermaßen gleichgültig gegenüber und können verschiedenen Klassen der Gesellschaft, sowohl den alten als auch den neuen, in gleicher Weise dienen. Gibt dieser Umstand Veranlassung dafür, die Sprache zur Kategorie der Produktionsinstrumente zu rechnen? Nein, das gibt er nicht.
Als N. J. Marr seinerzeit sah, dass seine Formel „Die Sprache ist ein Überbau über der Basis“ auf Einwände stieß, beschloss er, „sich umzustellen“, und erklärte, dass „die Sprache

ein Produktionsinstrument ist“. Hatte N. J. Marr Recht, als er die Sprache zur Kategorie der Produktionsinstrumente rechnete? Nein, er hatte unbedingt Unrecht.
Die Sache ist die, dass sich die Ähnlichkeit zwischen der Sprache und den Produktionsinstrumenten in der Analogie, von der ich soeben sprach, erschöpft. Dafür aber besteht zwischen der Sprache und den Produktionsinstrumenten ein grundlegender Unterschied. Dieser Unterschied besteht darin, dass die Produktionsinstrumente materielle Güter erzeugen, während die Sprache nichts erzeugt, oder einzig und allein Worte „erzeugt“. Genauer gesagt, Menschen, die Produktionsinstrumente haben, können materielle Güter erzeugen, aber die gleichen Menschen, die wohl eine Sprache haben, aber keine Produktionsinstrumente, können keine materiellen Güter erzeugen. Es ist nicht schwer zu begreifen, dass, wenn die Sprache materielle Güter erzeugen könnte, die Schwätzer die reichsten Menschen in der Welt sein würden.

2. Frage: Marx und Engels definieren die Sprache als „unmittelbare Wirklichkeit des Gedankens“, als „praktisches, ... tatsächliches Bewusstsein“. „Die Ideen“, sagt Marx, „existieren nicht losgelöst von der Sprache.“ Inwieweit muss sich die Sprachwissenschaft Ihrer Ansicht nach mit der den Sinn betreffenden Seite der Sprache, mit der Semantik und der historischen Semasiologie und Stilistik beschäftigen, oder soll nur die Form Gegenstand der Sprachwissenschaft sein?

Antwort: Die Semantik (Semasiologie) ist ein wichtiger Teil der Sprachwissenschaft. Die den Sinn betreffende Seite der Wörter und Ausdrücke ist für die Erforschung der Sprache von wesentlicher Bedeutung. Daher muss der Semantik (Semasiologie) der ihr gebührende Platz in der Sprachwissenschaft gesichert werden.
Wenn man die Probleme der Semantik bearbeitet und ihre Daten verwertet, darf man jedoch ihre Bedeutung in keiner Weise überschätzen, geschweige denn sie missbrauchen. Ich denke dabei an gewisse Sprachforscher, die in ihrer übermäßigen Begeisterung für die Semantik die Sprache als „unmittelbare Wirklichkeit des Gedankens“, die mit dem Denken untrennbar verbunden ist, gering achten, das Denken von der Sprache trennen und behaupten, die Sprache überlebe sich, man könne auch ohne Sprache auskommen.
Beachten Sie folgende Worte N. J. Marrs:

„Die Sprache existiert nur, sofern sie sich in Lauten äußert; die Tätigkeit des Denkens geht auch ohne diese Äußerung vor sich ... Die Sprache (die Lautsprache) hat heute bereits begonnen, ihre Funktionen an die neuesten Erfindungen abzutreten, die den Raum unbeschränkt über-winden, das Denken aber gelangt durch die in der Vergangenheit angehäuften nicht ausgenutzten Errungenschaften und die neuen Erwerbungen zur Entfaltung und hat die Sprache vollständig zu verdrängen und zu ersetzen. Die Sprache der Zukunft ist ein Denken, das in einer von der natürlichen Materie freien Technik erwächst. Vor ihm wird keine Sprache standhalten, nicht einmal die Lautsprache, die immerhin mit den Normen der Natur verbunden ist.“ (Siehe „Ausgewählte Werke“ von N. J. Marr.)

Übersetzt man dieses Kauderwelsch über „Arbeitsmagie“ in eine einfache menschliche Sprache, so kann man zu dem Schluss gelangen, dass:
a) N. J. Marr das Denken von der Sprache trennt;
b) N. J. Marr die Ansicht vertritt, der Verkehr der Menschen könne auch ohne Sprache erfolgen, mit Hilfe des Denkens selbst, das frei ist von der „natürlichen Materie“ der Sprache, frei von den „Normen der Natur“;
c) N. J. Marr, indem er das Denken von der Sprache trennt und es von der sprachlichen „natürlichen Materie“ „befreit“, in den Sumpf des Idealismus gerät.
Man sagt, dass die Gedanken im Kopf des Menschen entstehen, bevor sie in der Rede ausgesprochen werden, dass sie ohne sprachliches Material, ohne sprachliche Hülle,

sozusagen in nackter Gestalt entstehen. Aber das ist völlig falsch. Welche Gedanken im Kopf des Menschen auch immer entstehen mögen, sie können nur auf der Grundlage des sprachlichen Materials, auf der Grundlage der sprachlichen Termini und Sätze entstehen und existieren. Gedanken, frei vom sprachlichen Material, frei von der sprachlichen „natürlichen Materie", gibt es nicht. „Die Sprache ist die unmittelbare Wirklichkeit des Gedankens" (Marx). Die Realität des Gedankens offenbart sich in der Sprache. Nur Idealisten können von einem Denken, das mit der „natürlichen Materie" der Sprache nicht verbunden ist, von einem Denken ohne Sprache sprechen.
Kurzum: Die Überschätzung der Semantik und ihr Missbrauch haben N. J. Marr zum Idealismus geführt.
Wenn man folglich die Semantik (Semasiologie) vor Übertreibungen und Missbräuchen, wie sie sich N. J. Marr und manche seiner „Schüler" zuschulden kommen lassen, bewahrt, dann kann sie der Sprachwissenschaft großen Nutzen bringen.

3. Frage: Sie sagen ganz richtig, dass die Ideen, Vorstellungen, Sitten und Sittenprinzipien bei den Bourgeois und bei den Proletariern direkt entgegengesetzt sind. Der Klassencharakter dieser Erscheinungen hat sich unbedingt auf die semantische Seite der Sprache (und manchmal auch auf ihre Form, auf den Wortbestand, wie in Ihrem Artikel richtig bemerkt wird) ausgewirkt. Kann man, wenn man ein konkretes sprachliches Material und in erster Linie die den Sinn betreffende Seite einer Sprache analysiert, von einem Klassenwesen der durch sie ausgedrückten Begriffe sprechen, besonders in den Fällen, wo es sich um den sprachlichen Ausdruck nicht nur des Gedankens des Menschen, sondern auch seines Verhältnisses zur Wirklichkeit handelt, wo sich seine Klassenzugehörigkeit besonders deutlich offenbart?

Antwort: Kurz gesagt, Sie möchten wissen, ob die Klassen die Sprache beeinflussen, ob sie ihre spezifischen Wörter und Ausdrücke in die Sprache hineintragen, ob es Fälle gibt, dass die Menschen den gleichen Wörtern und Ausdrücken verschiedene Bedeutung, je nach ihrer Klassenzugehörigkeit, beimessen.
Ja, die Klassen beeinflussen die Sprache, sie tragen in die Sprache ihre spezifischen Wörter und Ausdrücke hinein, und zuweilen verstehen sie die gleichen Wörter und Ausdrücke verschieden. Das unterliegt keinem Zweifel.
Daraus folgt jedoch nicht, dass die spezifischen Wörter und Ausdrücke, ebenso wie die Verschiedenheit in der Semantik, ernsthafte Bedeutung für die Entwicklung einer einheitlichen Sprache des gesamten Volkes haben können, dass sie deren Bedeutung abzuschwächen oder ihren Charakter zu verändern vermögen.
Erstens sind solche spezifischen Wörter und Ausdrücke, wie auch die Fälle von Verschiedenheit in der Semantik, so selten in der Sprache, dass sie kaum ein Prozent des gesamten sprachlichen Materials ausmachen. Folglich ist die ganze übrige, überwältigende Masse der Wörter und Ausdrücke wie auch ihre Semantik für alle Klassen der Gesellschaft gemeinsam.
Zweitens werden die spezifischen Wörter und Ausdrücke, die eine klassenmäßige Nuancierung besitzen, in der Rede nicht nach den Regeln irgendeiner „Klassen"grammatik, die es in der Wirklichkeit nicht gibt, sondern nach den Regeln der Grammatik der bestehenden Sprache des gesamten Volkes verwendet.
Das Vorhandensein spezifischer Wörter und Ausdrücke und die Fälle von Verschiedenheit in der Semantik der Sprache widerlegen also nicht das Vorhandensein und die Notwendigkeit einer einheitlichen Sprache des gesamten Volkes, sondern bestätigen sie im Gegenteil.

4. Frage: In Ihrem Artikel schätzen Sie Marr ganz richtig als einen Vulgarisator des Marxismus ein. Bedeutet das, dass die Linguisten, darunter auch wir jungen Menschen, das

ganze linguistische Erbe Marrs beiseite werfen sollen, der immerhin eine Reihe wertvoller sprachlicher Forschungen aufzuweisen hat (worüber sich in der Diskussion die Genossen Tschikobawa, Sanshejew und andere geäußert haben)? Können wir, wenn wir kritisch an Marr herangehen, nicht doch Nützliches und Wertvolles von ihm übernehmen?

Antwort: Natürlich bestehen die Werke N. J. Marrs nicht nur aus Fehlern. N. J. Marr beging gröbste Fehler, als er in die Sprachwissenschaft Elemente des Marxismus in entstellter Form hineintrug, als er versuchte, eine selbständige Sprachtheorie zu schaffen. Aber es gibt von N. J. Marr einzelne gute und talentvoll geschriebene Werke, in denen er seine theoretischen Ambitionen vergisst und einzelne Sprachen gewissenhaft und, man muss sagen, sachkundig untersucht. In diesen Werken ist nicht wenig Wertvolles und Lehrreiches zu finden. Es versteht sich, dass man dieses 'Wertvolle und Lehrreiche von N. J. Marr übernehmen und verwerten muss.

5. Frage: Viele Linguisten halten den Formalismus für eine der wesentlichsten Ursachen der Stagnation in der sowjetischen Sprachwissenschaft. Ich würde sehr gern Ihre Meinung darüber hören, worin der Formalismus in der Sprachwissenschaft besteht und wie er zu überwinden ist.

Antwort: N. J. Marr und seine „Schüler“ erheben die Beschuldigung des „Formalismus“ gegen alle Sprachforscher, die mit der „neuen Lehre“ N. J. Marrs nicht einverstanden sind. Das ist natürlich unernst und unklug.
N. J. Marr hielt die Grammatik für eine leere „Formalität“ und die Leute, die den grammatikalischen Bau für die Grundlage der Sprache halten, für Formalisten. Das ist schon ganz töricht.
Ich glaube, dass der „Formalismus“ von den Urhebern der „neuen Lehre“ zur Erleichterung des Kampfes mit ihren Gegnern in der Sprachwissenschaft ersonnen worden ist.
Die Ursache der Stagnation in der sowjetischen Sprachwissenschaft ist nicht der von N. J. Marr und seinen „Schülern“ erfundene „Formalismus“, sondern das Araktschejew-Regime und die theoretischen Mängel in der Sprachwissenschaft. Das Araktschejew-Regime haben die „Schüler“ N. J. Marrs geschaffen. Das theoretische Durcheinander haben N. J. Marr und seine nächsten Mitarbeiter in die Sprachwissenschaft hineingebracht. Damit die Stagnation aufhört, muss das eine wie das andere beseitigt werden. Die Beseitigung dieser Übelstände wird die sowjetische Sprachwissenschaft wieder gesund machen, wird ihr volle Entwicklungsmöglichkeiten sichern und ihr dazu verhelfen, in der Sprachwissenschaft der Welt die erste Stelle einzunehmen.

29. Juni 1950.

„Prawda“,
4. Juli 1950.

ANTWORT AN GENOSSEN

An Genossen Sanshejew

Werter Genosse Sanshejew!

Ihren Brief beantworte ich mit großer Verspätung, da man mir erst gestern Ihren Brief aus dem Apparat des ZK zugestellt hat.
Sie legen meine Stellungnahme in der Frage der Dialekte unbedingt richtig aus.
Die „Klassen"dialekte, die man richtiger als Jargons bezeichnen sollte, dienen nicht den Volksmassen, sondern einer schmalen sozialen Oberschicht. Zudem haben sie keinen eigenen grammatikalischen Bau und keinen grundlegenden Wortschatz. Infolgedessen können sie sich keineswegs zu selbständigen Sprachen entwickeln.
Die lokalen („territorialen") Dialekte dagegen dienen den Volksmassen und haben einen eigenen grammatikalischen Bau und einen eigenen grundlegenden Wortschatz. Infolgedessen können einige lokale Dialekte im Prozess der Bildung von Nationen zur Grundlage von Nationalsprachen werden und sich zu selbständigen Nationalsprachen entwickeln. So war es zum Beispiel in der russischen Sprache mit dem Kursker-Oreler Dialekt (der Kursker-Oreler „Sprache"), der zur Grundlage der russischen Nationalsprache wurde. Das gleiche muss man von dem Poltawaer-Kiewer Dialekt der ukrainischen Sprache sagen, der zur Grundlage der ukrainischen Nationalsprache wurde. Was die übrigen Dialekte solcher Sprachen betrifft, so verlieren sie ihre Selbständigkeit, gehen in diese Sprachen ein und verlieren sich in ihnen.
Es kommen auch umgekehrte Prozesse vor, wenn die einheitliche Sprache einer Völkerschaft, die infolge des Fehlens der notwendigen ökonomischen Entwicklungsbedingungen noch nicht zur Nation geworden ist, infolge des staatlichen Zerfalls dieser Völkerschaft zugrunde geht und lokale Dialekte, die noch nicht zu einer einheitlichen Sprache verarbeitet werden konnten, sich beleben und den Ausgangspunkt zur Bildung einzelner selbständiger Sprachen abgeben. Es ist möglich, dass die Dinge gerade so zum Beispiel bei der einheitlichen mongolischen Sprache lagen.

1950, 11. Juli.

„Prawda",
2. August 1950.

An die Genossen D. Belkin und S. Furer

Ihre Briefe habe ich erhalten.
Ihr Fehler besteht darin, dass Sie zwei verschiedene Dinge durcheinander gebracht und dem in meiner Antwort an Genossin Krascheninnikowa betrachteten Gegenstand einen anderen Gegenstand unterstellt haben.
1. Ich kritisiere in dieser Antwort N. J. Marr, der in seinen Ausführungen über die Sprache (Lautsprache) und über das Denken die Sprache vom Denken trennt und so in Idealismus verfällt. Es handelt sich also in meiner Antwort um normale Menschen, die der Sprache mächtig sind. Ich behaupte dabei, dass die Gedanken bei solchen Menschen nur auf der Grundlage des sprachlichen Materials entstehen können, dass es bloße Gedanken, die nicht mit dem sprachlichen Material verbunden sind, bei Menschen, die der Sprache mächtig sind, nicht gibt.
Anstatt diese These anzunehmen oder abzulehnen, unterstellen Sie anomale Menschen ohne Sprache, Taubstumme, die keine Sprache haben und deren Gedanken natürlich nicht auf der Grundlage des sprachlichen Materials entstehen können. Wie Sie sehen, ist dies ein

vollkommen anderes Thema, das ich nicht berührt habe und nicht berühren konnte, da sich die Sprachwissenschaft mit normalen Menschen beschäftigt, die der Sprache mächtig sind, und nicht mit anomalen, taubstummen Menschen, die keine Sprache haben.
Sie haben dem erörterten Thema ein anderes Thema unterstellt, das nicht erörtert wurde.
2. Aus dem Brief des Genossen Belkin geht hervor, dass er die „Wortsprache“ (die Lautsprache) und die „Gebärdensprache“ (bei N. J. Marr „Hände“sprache) auf die gleiche Stufe stellt. Er glaubt offenbar, dass die Gebärdensprache und die Wortsprache gleichbedeutend sind, dass die menschliche Gesellschaft eine Zeitlang keine Wortsprache hatte und dass damals die „Hände“sprache die später aufgekommene Wortsprache ersetzte.
Wenn aber Genosse Belkin wirklich so denkt, dann begeht er einen ernsten Fehler. Die Lautsprache oder Wortsprache war stets die einzige Sprache der menschlichen Gesellschaft, die imstande war, als vollwertiges Mittel des menschlichen Verkehrs zu dienen. Die Geschichte kennt keine einzige menschliche Gesellschaft, und sei es auch die rückständigste, die nicht ihre Lautsprache gehabt hätte. Die Ethnographie kennt kein einziges rückständiges Völkchen und sei es ebenso urzeitlich oder noch urzeitlicher als, sagen wir, die Australier oder die Feuerländer des vorigen Jahrhunderts, das nicht eine eigene Lautsprache gehabt hätte. Die Lautsprache ist in der Geschichte der Menschheit eine jener Kräfte, die den Menschen halfen, sich aus dem Tierreich auszusondern, sich zu Gemeinschaften zu vereinigen, ihr Denken zu entwickeln, die gesellschaftliche Produktion zu organisieren, einen erfolgreichen Kampf mit den Naturkräften zu führen und zu dem Fortschritt zu gelangen, den wir gegenwärtig haben.
In dieser Hinsicht ist die Bedeutung der so genannten Gebärdensprache angesichts ihrer außerordentlichen Dürftigkeit und Begrenztheit nicht der Rede wert. Das ist eigentlich keine Sprache und sogar nicht einmal das Surrogat einer Sprache, das auf die eine oder andere Weise die Lautsprache ersetzen könnte, sondern ein Behelfsmittel mit äußerst begrenzten Mitteln, dessen sich der Mensch zuweilen bedient, um diese oder jene Momente in seiner Rede zu unterstreichen. Die Gebärdensprache kann man ebenso wenig der Lautsprache gleichsetzen, wie man nicht die urzeitliche hölzerne Hacke dem modernen Raupentraktor mit dem fünfscharigen Pflug und der Traktorendrillmaschine gleichsetzen kann.
3. Wie man sieht, interessieren Sie sich vor allem für Taubstumme und dann erst für Probleme der Sprachwissenschaft. Augenscheinlich hat Sie eben dieser Umstand veranlasst, sich mit einer Reihe von Fragen an mich zu wenden. Nun, wenn Sie darauf bestehen, bin ich nicht abgeneigt, Ihre Bitte zu erfüllen. Also, wie steht es mit den Taubstummen? Funktioniert bei ihnen das Denken, entstehen bei ihnen Gedanken? Ja, das Denken funktioniert bei ihnen, es entstehen Gedanken. Es ist klar, dass bei den Taubstummen, da sie ja der Sprache beraubt sind, die Gedanken nicht auf der Grundlage des sprachlichen Materials entstehen können. Bedeutet das nicht, dass die Gedanken der Taubstummen bloße, nicht mit den „Normen der Natur“ verbundene Gedanken sind (ein Ausdruck N. J. Marrs)? Nein, das bedeutet es nicht. Die Gedanken der Taubstummen können nur auf der Grundlage jener Bilder, Wahrnehmungen, Vorstellungen entstehen und existieren, die sich bei ihnen im täglichen Leben dank der Gesichts-, Tast-, Geschmacks- und Geruchsempfindungen über die Gegenstände der Außenwelt und über ihre Beziehungen untereinander herausbilden. Außerhalb dieser Bilder, Wahrnehmungen, Vorstellungen ist der Gedanke leer, jedweden Inhalts bar, das heißt, er existiert nicht.

22. Juli 1950.

„Prawda“,
2. August 1950.

An Genossen A. Cholopow

Ihren Brief habe ich erhalten.
Ich habe mich mit meiner Antwort infolge Arbeitsüberlastung etwas verspätet.
Ihr Brief geht stillschweigend von zwei Voraussetzungen aus: Von der Voraussetzung, dass es zulässig sei, die Werke dieses oder jenes Autors losgelöst von jener historischen Periode zu zitieren, auf die sich das Zitat bezieht, und zweitens von der Voraussetzung, dass diese oder jene Schlussfolgerungen und Formeln des Marxismus, die aus dem Studium einer der historischen Entwicklungsperioden gewonnen wurden, für alle Entwicklungsperioden richtig sind und daher unverändert bleiben müssen.
Ich muss sagen, dass diese beiden Voraussetzungen grundfalsch sind.
Einige Beispiele:
1. In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als es noch keinen monopolistischen Kapitalismus gab, als der Kapitalismus sich mehr oder weniger stetig in aufsteigender Linie entwickelte und sich dabei auf neue, von ihm noch nicht besetzte Territorien ausdehnte, und das Gesetz von der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung noch nicht mit voller Kraft wirksam sein konnte, gelangten Marx und Engels zu der Schlussfolgerung, dass die sozialistische Revolution nicht in irgendeinem Lande allein siegen kann, dass sie nur im Ergebnis eines gemeinsamen Schlages in allen oder in der Mehrzahl der zivilisierten Länder siegen kann. Diese Schlussfolgerung wurde später zum Leitsatz für alle Marxisten.
Jedoch zu Beginn des 20. Jahrhunderts, besonders in der Periode des ersten Weltkriegs, als es allen klar wurde, dass der vormonopolistische Kapitalismus offensichtlich in den monopolistischen Kapitalismus hinüber gewachsen war, als sich der aufsteigende Kapitalismus in den sterbenden Kapitalismus verwandelt hatte, als der Krieg die unheilbaren Schwächen der imperialistischen Weltfront aufdeckte und das Gesetz von der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung das nicht gleichzeitige Heranreifen der proletarischen Revolution in den verschiedenen Ländern vorausbestimmte, gelangte Lenin, von der marxistischen Theorie ausgehend, zu der Schlussfolgerung, dass unter den neuen Entwicklungsbedingungen die sozialistische Revolution durchaus in einem einzeln genommenen Lande siegen kann, dass der gleichzeitige Sieg der sozialistischen Revolution in allen Ländern oder in der Mehrzahl der zivilisierten Länder in Anbetracht der Ungleichmäßigkeit des Heranreifens der Revolution in diesen Ländern unmöglich ist, dass die alte Formel von Marx und Engels den neuen historischen Bedingungen schon nicht mehr entspricht.
Wie man sieht, haben wir hier zwei verschiedene Schlussfolgerungen zur Frage des Sieges des Sozialismus, die nicht nur einander widersprechen, sondern auch einander ausschließen.
Irgendwelche Buchstabengelehrten und Talmudisten, die, ohne in das Wesen der Sache einzudringen, formal, losgelöst von den historischen Bedingungen zitieren, können sagen, dass eine von diesen Schlussfolgerungen als unbedingt falsch verworfen werden und die andere Schlussfolgerung als unbedingt richtig auf alle Entwicklungsperioden ausgedehnt werden müsse. Aber Marxisten müssen selbstverständlich wissen, dass die Buchstabengelehrten und Talmudisten sich irren, müssen selbstverständlich wissen, dass beide Schlussfolgerungen richtig sind, aber nicht unbedingt, sondern jede für ihre Zeit: Die Schlussfolgerung von Marx und Engels für die Periode des vormonopolistischen Kapitalismus und die Schlussfolgerung von Lenin für die Periode des monopolistischen Kapitalismus.
2. Engels sagte in seinem „Anti-Dühring“, dass der Staat nach dem Siege der sozialistischen Revolution absterben muss. Auf dieser Grundlage begannen nach dem Siege der sozialistischen Revolution in unserem Lande Buchstabengelehrte und Talmudisten aus unserer Partei zu fordern, die Partei solle Maßnahmen treffen zum schnellsten Absterben unseres Staates, zur Auflösung der Staatsorgane, zum Verzicht auf ein stehendes Heer.

Doch die sowjetischen Marxisten gelangten auf Grund des Studiums der Weltlage unserer Zeit zu dem Schluss, dass beim Vorhandensein der kapitalistischen Umkreisung, wenn die sozialistische Revolution nur in einem Lande gesiegt hat, in allen anderen Ländern aber der Kapitalismus herrscht, das Land der siegreichen Revolution seinen Staat, die Staatsorgane, die Organe des Abwehrdienstes, die Armee nicht schwächen darf, sondern sie mit allen Mitteln stärken muss, wenn dieses Land nicht durch die kapitalistische Umkreisung zertrümmert werden will. Die russischen Marxisten gelangten zu der Schlussfolgerung, dass sich die Formel von Engels auf den Sieg des Sozialismus in allen Ländern oder in der Mehrzahl der Länder bezieht, dass sie nicht anwendbar ist auf den Fall, wenn der Sozialismus in einem einzeln genommenen Lande siegt, während in allen anderen Ländern der Kapitalismus herrscht.

Wie man sieht, haben wir hier zwei verschiedene Formeln zur Frage des Schicksals des sozialistischen Staates, die einander ausschließen.

Die Buchstabengelehrten und Talmudisten können sagen, dass dieser Umstand eine untragbare Lage schaffe, dass eine der Formeln als unbedingt falsch verworfen und die andere als unbedingt richtig auf alle Entwicklungsperioden des sozialistischen Staates ausgedehnt werden müsse. Aber Marxisten müssen selbstverständlich wissen, dass die Buchstabengelehrten und Talmudisten sich irren, denn beide Formeln sind richtig, aber nicht absolut, sondern jede für ihre Zeit: Die Formel der sowjetischen Marxisten für die Periode des Sieges des Sozialismus in einem Lande oder einigen Ländern und die Formel von Engels für jene Periode, in der der aufeinander folgende Sieg des Sozialismus in einzelnen Ländern zum Siege des Sozialismus in der Mehrzahl der Länder führt und auf diese Weise die notwendigen Bedingungen für die Anwendung der Formel von Engels geschaffen werden.

Die Zahl solcher Beispiele ließe sich vermehren.

Dasselbe muss man über die zwei verschiedenen Formeln zur Frage der Sprache sagen, die verschiedenen Werken Stalins entnommen sind und die Genosse Cholopow in seinem Brief anführt.

Genosse Cholopow beruft sich auf das Werk Stalins „Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft“, wo die Schlussfolgerung gezogen wird, dass infolge der Kreuzung von, sagen wir, zwei Sprachen, die eine der Sprachen gewöhnlich als Sieger her vorgeht, während die andere abstirbt, dass folglich die Kreuzung nicht irgendeine neue, dritte Sprache ergibt, sondern eine der Sprachen bestehen läßt. Ferner beruft er sich auf eine andere Schlussfolgerung, die dem Referat Stalins auf dem XVI. Parteitag der KPdSU(B) entnommen ist, wo es heißt, dass in der Periode des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstabe, wenn der Sozialismus erstarkt und in das Alltagsleben eingeht, die Nationalsprachen unvermeidlich zu einer einzigen gemeinsamen Sprache verschmelzen müssen, die natürlich weder die großrussische noch die deutsche Sprache, sondern irgend etwas Neues sein wird. Genosse Cholopow, der diese beiden Formeln vergleicht und sieht, dass sie nicht nur nicht miteinander übereinstimmen, sondern einander ausschließen, gerät in Verzweiflung. „Aus Ihrem Artikel“, schreibt er in dem Brief, „habe ich entnommen, dass sich aus der Kreuzung von Sprachen niemals irgendeine neue Sprache ergeben kann, aber vor dem Artikel war ich auf Grund Ihrer Rede auf dem XVI. Parteitag der KPdSU(B) fest davon überzeugt, dass im Kommunismus die Sprachen zu einer gemeinsamen Sprache verschmelzen werden.“

Es ist augenscheinlich, dass Genosse Cholopow, der einen Widerspruch zwischen diesen beiden Formeln entdeckt hat und zutiefst davon überzeugt ist, dass der Widerspruch beseitigt werden muss, es für notwendig hält, sich einer dieser Formeln als falsch zu entledigen und sich an die andere Formel als die für alle Zeiten und Länder richtige zu klammern; aber an welche Formel er sich eigentlich klammern soll, weiß er nicht. Es ergibt sich so etwas wie eine ausweglose Lage. Genosse Cholopow kommt gar nicht auf den Gedanken, dass beide Formeln richtig sein können, jede für ihre Zeit.

So ergeht es Buchstabengelehrten und Talmudisten immer, die stets in eine ausweglose Lage geraten, weil sie in das Wesen der Sache nicht eindringen und formal zitieren, ohne Beziehung zu den historischen Bedingungen, von denen die Zitate handeln.

Wenn man sich indessen über das Wesen der Frage klar wird, besteht kein Grund für eine ausweglose Lage. Die Sache ist die, dass die Broschüre Stalins „über den Marxismus in der Sprachwissenschaft“ und die Rede Stalins auf dem XVI. Parteitag auf zwei ganz verschiedene Epochen Bezug nehmen, dass sich infolgedessen auch verschiedene Formeln ergeben.

Stalins Formel bezieht sich in dem Teil der Broschüre, der die Kreuzung von Sprachen betrifft, auf die Epoche vor dem Siege des Sozialismus im Weltmaßstab, wenn die Ausbeuterklassen die herrschende Kraft in der Welt sind, wenn die nationale und koloniale Unterdrückung bestehen bleibt, wenn die nationale Absonderung und das gegenseitige Misstrauen der Nationen durch die staatlichen Unterschiede besiegelt sind, wenn es noch keine nationale Gleichberechtigung gibt, wenn sich die Kreuzung von Sprachen auf dem Wege des Kampfes um die Herrschaft einer der Sprachen vollzieht, wenn noch keine Bedingungen für die friedliche und freundschaftliche Zusammenarbeit der Nationen und Sprachen vorhanden sind, wenn nicht die Zusammenarbeit und gegenseitige Bereicherung der Sprachen, sondern die Assimilierung der einen und der Sieg der anderen Sprachen auf der Tagesordnung stehen. Es ist verständlich, dass es unter solchen Bedingungen nur siegreiche und besiegte Sprachen geben kann. Gerade auf diese Bedingungen bezieht sich die Formel Stalins, wenn sie besagt, dass die Kreuzung, sagen wir, von zwei Sprachen nicht die Bildung einer neuen Sprache, sondern den Sieg der einen und die Niederlage der anderen Sprache zur Folge hat.

Was nun die andere Formel Stalins betrifft, die der Rede auf dem XVI. Parteitag entnommen ist, dem Teil, der die Verschmelzung der Sprachen zu einer gemeinsamen Sprache betrifft, so ist hier eine andere Epoche gemeint, nämlich die Epoche nach dem Siege des Sozialismus im Weltmaßstab, wenn es einen Weltimperialismus schon nicht mehr gibt, die Ausbeuterklassen gestürzt sind, die nationale und koloniale Unterdrückung beseitigt ist, die nationale Absonderung und das gegenseitige Misstrauen der Nationen durch gegenseitiges Vertrauen und durch die Annäherung der Nationen ersetzt sind, die nationale Gleichberechtigung verwirklicht, die Politik der Unterdrückung und Assimilierung von Sprachen liquidiert, die Zusammenarbeit der Nationen hergestellt ist und die Nationalsprachen die Möglichkeit haben, auf dem Wege der Zusammenarbeit einander frei zu bereichern. Es ist verständlich, dass unter diesen Bedingungen keine Rede sein kann von der Unterdrückung und Niederlage der einen und dem Siege der anderen Sprachen. Hier werden wir es nicht mit zwei Sprachen zu tun haben, von denen die eine eine Niederlage erleidet, die andere aber als Sieger aus dem Kampfe hervorgeht, sondern mit Hunderten von Nationalsprachen, aus denen sich im Ergebnis einer langen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit der Nationen zunächst die am meisten bereicherten einheitlichen zonalen Sprachen herausheben und dann die zonalen Sprachen zu einer gemeinsamen internationalen Sprache verschmelzen werden, die natürlich weder die deutsche noch die russische, noch die englische, sondern eine neue Sprache sein wird, die die besten Elemente der nationalen und zonalen Sprachen in sich aufgenommen hat.

Folglich entsprechen die beiden verschiedenen Formeln zwei verschiedenen Entwicklungsepochen der Gesellschaft, und gerade, weil sie ihnen entsprechen, sind beide Formeln richtig, jede für ihre Epoche.

Zu fordern, dass diese Formeln nicht in Widerspruch zueinander stehen, dass sie einander nicht ausschließen, ist ebenso absurd, wie es absurd wäre, zu fordern, dass die Epoche der Herrschaft des Kapitalismus nicht in Widerspruch stehe zu der Epoche der Herrschaft des Sozialismus, dass Sozialismus und Kapitalismus einander nicht ausschließen.

Die Buchstabengelehrten und Talmudisten betrachten den Marxismus, die einzelnen Schlussfolgerungen und Formeln des Marxismus, als eine Sammlung von Dogmen, die sich trotz der Veränderungen der Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft „niemals“ verändern.

Sie glauben, wenn sie diese Schlussfolgerungen und Formeln auswendig lernen und sie hin und her zitieren, dass sie imstande seien, beliebige Fragen zu lösen, da sie damit rechnen, dass die auswendig gelernten Schlussfolgerungen und Formeln ihnen für alle Zeiten und Länder, für alle Fälle des Lebens zustatten kommen werden. Aber so können nur solche Leute denken, die den Buchstaben des Marxismus, nicht aber sein Wesen sehen, die den Wortlaut der Schlussfolgerungen und Formeln des Marxismus auswendig lernen, ihren Inhalt aber nicht begreifen.

Der Marxismus ist die Wissenschaft von den Entwicklungsgesetzen der Natur und der Gesellschaft, die Wissenschaft von der Revolution der unterdrückten und ausgebeuteten Massen, die Wissenschaft vom Siege des Sozialismus in allen Ländern, die Wissenschaft vom Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Der Marxismus als Wissenschaft kann nicht auf der Stelle stehen bleiben - er entwickelt und vervollkommnet sich. In seiner Entwicklung muss sich der Marxismus selbstverständlich mit neuen Erfahrungen und neuen Kenntnissen bereichern - folglich müssen sich selbstverständlich seine einzelnen Formeln und Schlussfolgerungen im Laufe der Zeit verändern, müssen durch neue Formeln und Schlussfolgerungen ersetzt werden, die den neuen historischen Aufgaben entsprechen. Der Marxismus erkennt keine unveränderlichen Schlussfolgerungen und Formeln an, die für alle Epochen und Perioden obligatorisch wären. Der Marxismus ist ein Feind jeglichen Dogmatismus.

28. Juli 1950.

„Prawda“,
2. August 1950.

ANTWORTSCHREIBEN AN DEN INDISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN, PANDIT JAWAHARLAC NEHRU

bezüglich der friedlichen Regelung der Korea-Frage

15. Juli 1950

An Seine Exzellenz
den Ministerpräsidenten der Republik Indien,
Herrn Pandit Jawaharlac Nehru

Ich begrüße Ihre friedliche Initiative. Ich teile völlig Ihre Ansicht in Bezug auf die Zweckmäßigkeit einer friedlichen Regelung der Korea-Frage durch den Sicherheitsrat mit der unbedingten Teilnahme der Vertreter der fünf großen Mächte, zu denen auch die Volksregierung Chinas gehört. Ich nehme an, dass es für eine schnelle Regelung der Korea-Frage zweckmäßig sein würde, die Vertreter des koreanischen Volkes im Sicherheitsrat anzuhören.

Hochachtungsvoll

J. Stalin

Ministerpräsident der Sowjetunion.

„Neues Deutschland“,
Ausgabe Nr. 165,
19. Juli 1950

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER VOLKSREPUBLIK POLEN, JOSEF CYRANKIEWICZ

anlässlich des Nationalfeiertages Polens

22. Juli 1950

Aus Anlass des Nationalfeiertages - des Jahrestages der Wiedergeburt der Polnischen Republik - nehmen Sie, Herr Minister, bitte meine herzlichsten Grüße für das polnische Volk, die Regierung der Polnischen Republik und für Sie persönlich entgegen.
Das sowjetische Volk wünscht dem polnischen Brudervolk weiteren Erfolg bei den Bemühungen um den Aufbau eines demokratischen Volkspolens.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 169,
23. Juli 1930

GRUSSBOTSCHAFT AN DEN VORSITZENDEN DER ZENTRALEN VOLKSREGIERUNG DER CHINESISCHEN VOLKSREPUBLIK, MAO TSE-TUNG

anlässlich des 23. Jahrestages der Volksbefreiungsarmee der Volksrepublik China

1. August 1950

Bitte nehmen Sie meine herzlichen Grüße und aufrichtigen Wünsche aus Anlass des 23. Jahrestages der Volksbefreiungsarmee der Volksrepublik China entgegen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 173,
1. August 1950

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER VOLKSREPUBLIK BULGARIEN, WYLKO TSCHERWENKOFF

anlässlich seines 50. Geburtstages

6. September 1950

Ich gratuliere Ihnen von ganzem Herzen zu Ihrem 50. Geburtstag. Ich übersende Ihnen meine besten Wünsche für gute Gesundheit und wünsche Ihnen Kraft für Ihre weitere fruchtbare Arbeit zum Wohle des bulgarischen Volkes und des brüderlichen Bundes zwischen unseren Ländern.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 204,
6. September 2950

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DER ZENTRALEN VOLKSREGIERUNG DER CHINESISCHEN VOLKSREPUBLIK, MAO TSE-TUNG

anlässlich des 1. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China

1. Oktober 1950

An den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung
der Volksrepublik China, Herrn Mao Tse-tung

Anlässlich der ersten Wiederkehr des Tages der Gründung der Volksrepublik China bitte ich Sie, Herr Vorsitzender, meine brüderlichen Grüße entgegenzunehmen. Ich wünsche dem großen chinesischen Volk und Ihnen persönlich weiteren Erfolg beim Aufbau des unabhängigen volksdemokratischen China.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II. Nr. 230,
1. Oktober 1950

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL

anlässlich des 1. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

7. Oktober 1950

An den Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Herrn Otto Grotewohl

Empfangen Sie, Herr Ministerpräsident, aus Anlass des Nationalfeiertages - des Tages der Republik - meine aufrichtigen Glückwünsche für das deutsche Volk, für die Regierung der Republik und für Sie persönlich, sowie meine Wünsche für Erfolge im Aufbau des einheitlichen, unabhängigen, demokratischen, friedliebenden Deutschland.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 235,
7. Oktober 1950

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERKABINETTS DER KOREANISCHEN VOLKSDEMOKRATISCHEN REPUBLIK, KIM IR SEN

anlässlich des 2. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

„Prawda“, vom 12. Oktober 1950

An den Vorsitzenden des Ministerkabinetts
der Koreanischen Volksdemokratischen Republik,
Herrn Kirn Ir Sen

Herr Vorsitzender, ich danke Ihnen für die von Ihnen zum Ausdruck gebrachten freundlichen Gefühle und guten Wünsche zum zweiten Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik Korea und der UdSSR.
Ich wünsche dem koreanischen Volk, das heldenhaft die Unabhängigkeit seines Landes verteidigt, eine erfolgreiche Beendigung seines langjährigen Kampfes für die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen Koreas.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe. Nr. 240,
vom 13. Oktober 1950

DANKTELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL

anlässlich des 33. Jahrestages der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution

November 1950

An den Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Herrn Otto Grotewohl

Ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident, meinen Dank für Ihre Gratulation und Ihre guten Wünsche aus Anlass des 33. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Ausgabe A, Nr. 272,
19. November 1950

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN UND GENERALSEKRETÄR DER ALBANISCHEN PARTEI DER ARBEIT, ARMEEGENERAL ENVER IIODSCHA,

anlässlich des 6. Jahrestages der Befreiung Albaniens von den faschistischen Okkupanten

November 1950

Anlässlich der Nationalfeier des 6. Jahrestages der Befreiung Albaniens von den faschistischen Okkupanten wünsche ich Ihnen, der albanischen Regierung und dem albanischen Volk weitere Erfolge beim Aufbau des neuen volksdemokratischen Albanien.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Ausgabe A, Nr. 280,
30. November 1950

1951

DANKTELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL

Januar 1951

An den Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Otto Grotewohl

Ich bitte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und Sie persönlich, Genosse Ministerpräsident, meinen Dank für die Gratulationen und die freundschaftlichen Glückwünsche anlässlich meines Geburtstages entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 1,
Januar 1951

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DER ZENTRALEN VOLKSREGIERUNG DER CHINESISCHEN VOLKSREPUBLIK, MAO TSE-TUNG

anlässlich des 1. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-chinesischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandspaktes

„Prawda“, 14. Februar 1951

An den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Genossen Mao Tse-tung

Ich bitte Sie, Genosse Vorsitzender, meine herzlichsten Glückwünsche anlässlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung des Sowjetisch-Chinesischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrages entgegenzunehmen.

Ich zweifle nicht daran, dass unser Vertrag auch in Zukunft der Sache der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion sowie der Festigung des Friedens in der ganzen Welt dienen wird.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 39,
15. Februar 1951

INTERVIEW MIT EINEM KORRESPONDENTEN DER „PRAWDA“

17. Februar 1951

Frage: Wie bewerten Sie die letzte Erklärung des britischen Premierministers Attlee im Unterhaus, dass die Sowjetunion nach Beendigung des Krieges nicht abgerüstet habe, das heißt ihre Truppen nicht demobilisiert habe, dass die Sowjetunion seitdem ihre Streitkräfte immer weiter vergrößere?

Antwort: Ich bewerte diese Erklärung des Premierministers Attlee als eine Verleumdung der Sowjetunion.

Der ganzen Welt ist bekannt, dass die Sowjetunion nach dem Kriege ihre Truppen demobilisiert hat. Wie bekannt, wurde die Demobilisierung in drei Etappen durchgeführt: die erste und die zweite Etappe im Laufe des Jahres 1945 und die dritte Etappe von Mai bis September 1946. Außerdem wurde in den Jahren 1946 und 1947 eine Demobilisierung der älteren Jahrgänge des Personalbestandes der Sowjetarmee durchgeführt, und Anfang 1948 wurden alle restlichen älteren Jahrgänge demobilisiert.

Das sind allgemein bekannte Tatsachen.

Wenn Premierminister Attlee in der Finanz- oder Wirtschaftswissenschaft bewandert wäre, so würde er ohne Mühe verstehen, dass kein einziger Staat, also auch nicht die Sowjetunion. imstande ist, in vollem Umfange die Friedensindustrie zu entwickeln, große, Dutzende von Milliarden Staatsausgaben erfordernde Bauvorhaben wie die Wasserkraftwerke an der Wolga, am Dnepr und am Amu-Darja in Angriff zu nehmen, die Politik der systematischen Preissenkung für Massenbedarfsartikel, die ebenfalls Dutzende von Milliarden Staatsausgaben erfordert, fortzusetzen, Hunderte von Milliarden für den Wiederaufbau der durch die deutschen Okkupanten zerstörten Volkswirtschaft aufzuwenden und außerdem gleichzeitig seine Streitkräfte zu vergrößern und seine Kriegsindustrie zu entfalten. Es ist nicht schwer zu verstehen, dass eine solche unvernünftige Politik zum Staatsbankrott führen würde. Premierminister Attlee müsste aus eigener Erfahrung wie auch aus der Erfahrung der USA wissen, dass die Vergrößerung der Streitkräfte des Landes und das Wettrüsten zur Entfaltung der Kriegsindustrie zur Einschränkung der Friedensindustrie, zur Stilllegung großer ziviler Bauvorhaben, zur Erhöhung der Steuern und zur Erhöhung der Preise für Massenbedarfsartikel führt. Es ist verständlich, dass, wenn die Sowjetunion die Friedensindustrie nicht einschränkt, sondern im Gegenteil erweitert, den Bau neuer, grandioser Wasserkraftwerke und Bewässerungssysteme nicht stilllegt, sondern im Gegenteil entfaltet, die Politik der Preissenkung nicht einstellt, sondern im Gegenteil fortsetzt, sie nicht gleichzeitig damit ihre Kriegsindustrie aufblähen und ihre Streitkräfte vergrößern kann, ohne dabei das Risiko eines Bankrotts einzugehen.

Und wenn Premierminister Attlee trotz allen diesen Tatsachen und wissenschaftlichen Erwägungen es dennoch für möglich hält, die Sowjetunion und ihre friedliche Politik offen zu verleumden, so kann man das nur damit erklären, dass er durch Verleumdung der Sowjetunion das gegenwärtig von der Labourregierung in England betriebene Wettrüsten rechtfertigen will.

Premierminister Attlee braucht die Lüge über die Sowjetunion, er muss die friedliche Politik der Sowjetunion als eine aggressive und die aggressive Politik der englischen Regierung als eine friedliche Politik darstellen, um das englische Volk irrezuführen, um ihm diese Lüge über die Sowjetunion aufzubinden und es auf diese Weise durch Betrug in einen neuen Weltkrieg zu zerren, der von den herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten von Amerika organisiert wird.

Premierminister Attlee gibt sich als Friedensanhänger aus. Wenn er aber tatsächlich für den Frieden ist, warum hat er den Vorschlag der Sowjetunion in der Organisation der Vereinten

Nationen über den sofortigen Abschluss eines Friedenspaktes zwischen der Sowjetunion, England, den Vereinigten Staaten von Amerika, China und Frankreich abgelehnt?
Wenn er tatsächlich für den Frieden ist, warum hat er die Vorschläge der Sowjetunion abgelehnt, sofort mit der Beschränkung der Rüstungen zu beginnen, die Atomwaffe sofort zu verbieten?
Wenn er tatsächlich für den Frieden ist, warum verfolgt er diejenigen, die für die Verteidigung des Friedens eintreten, warum hat er den Friedenskongress in England verboten? Kann etwa die Kampagne für die Verteidigung des Friedens die Sicherheit Englands bedrohen? Es ist klar, dass Premierminister Attlee nicht für die Erhaltung des Friedens ist, sondern für die Entfesselung eines neuen, weltumspannenden Aggressionskrieges.
Frage: Was denken Sie über die Intervention in Korea? Womit kann sie enden?
Antwort: Wenn England und die Vereinigten Staaten von Amerika die friedlichen Vorschläge der Volksregierung Chinas endgültig ablehnen, dann kann der Krieg in Korea nur mit einer Niederlage der Interventen enden.
Frage: Warum? Sind denn die amerikanischen und englischen Generale und Offiziere schlechter als die chinesischen und koreanischen?
Antwort: Nein, nicht schlechter. Die amerikanischen und englischen Generale und Offiziere sind um nichts schlechter als die Generale und Offiziere eines beliebigen anderen Landes. Was die Soldaten der USA und Englands betrifft, so haben sie sich im Kriege gegen Hitlerdeutschland und das militaristische Japan, wie bekannt, von der besten Seite gezeigt. Woran liegt es also? Daran, dass die Soldaten den Krieg gegen Korea und China als ungerecht betrachten, während sie den Krieg gegen Hitlerdeutschland und das militaristische Japan als absolut gerecht betrachteten. Es liegt also daran, dass dieser Krieg unter den amerikanischen und englischen Soldaten äußerst unpopulär ist.
In der Tat, es ist schwer, die Soldaten zu überzeugen, dass China, das weder England noch Amerika bedroht, und dem die Amerikaner die Insel Taiwan raubten, ein Aggressor sei, die Vereinigten Staaten von Amerika aber, die die Insel Taiwan raubten und ihre Truppen bis direkt an die Grenzen Chinas führten, die sich verteidigende Seite seien. Es ist schwer, die Soldaten davon zu überzeugen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika das Recht hätten, ihre Sicherheit auf dem Territorium Koreas und an den Grenzen Chinas zu verteidigen, China und Korea aber nicht das Recht hätten, ihre Sicherheit auf ihrem eigenen Territorium oder an den Grenzen ihres Staates zu verteidigen. Daher kommt es, dass der Krieg unter den angloamerikanischen Soldaten unpopulär ist.
Es ist verständlich, dass die erfahrensten Generale und Offiziere eine Niederlage erleiden können, wenn die Soldaten den ihnen aufgezwungenen Krieg als höchst ungerecht betrachten und wenn sie kraft dessen ihre Pflichten an der Front formell, ohne Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Mission, ohne Begeisterung erfüllen.
Frage: Wie bewerten Sie den Beschluss der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), der die Chinesische Volksrepublik zum Aggressor erklärt?
Antwort: Ich bewerte ihn als einen schändlichen Beschluss.
Tatsächlich, man muss den letzten Rest von Gewissen verloren haben, um zu behaupten, dass die Vereinigten Staaten von Amerika, welche chinesisches Territorium, die Insel Taiwan, geraubt haben und in Korea bis zu den Grenzen Chinas eingefallen sind, die sich verteidigende Seite seien, die Chinesische Volksrepublik dagegen, die ihre Grenzen verteidigt und bestrebt ist, die von den Amerikanern geraubte Insel Taiwan zurückzuerlangen, der Aggressor sei.
Die Organisation der Vereinten Nationen, die als Bollwerk zur Erhaltung des Friedens geschaffen wurde, verwandelt sich in ein Instrument des Krieges, in ein Mittel zur Entfesselung eines neuen Weltkrieges. Den aggressiven Kern der UNO bilden die zehn Mitgliedstaaten des aggressiven Nordatlantikpaktes (die USA, England, Frankreich, Kanada, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Island) und die 20

lateinamerikanischen Länder (Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Kolumbien, Kostarika, Kuba, die Dominikanische Republik, Ekuador, Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko. Nikaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela). Und die Vertreter dieser Länder entscheiden jetzt in der UNO über Krieg und Frieden. Sie waren es, die in der UNO den schändlichen Beschluss über die Aggressivität der Chinesischen Volksrepublik durchgesetzt haben.

Es ist bezeichnend für die gegenwärtigen Zustände in der UNO, dass zum Beispiel die kleine Dominikanische Republik in Amerika, deren Bevölkerung kaum 2 Millionen zählt, heute das gleiche Gewicht in der UNO hat wie Indien, und ein viel größeres Gewicht als die Chinesische Volksrepublik, die des Stimmrechts in der UNO beraubt ist.

Somit verwandelt sich die UNO in ein Instrument des Aggressionskrieges und hört zugleich auf, eine Weltorganisation gleichberechtigter Nationen zu sein. In Wirklichkeit ist die UNO jetzt weniger eine Weltorganisation als eine Organisation für die Amerikaner, die so handelt, wie es den amerikanischen Aggressoren genehm ist. Nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada sind bestrebt, einen neuen Krieg zu entfesseln, auf diesem Wege befinden sich auch die 20 lateinamerikanischen Länder, deren Gutsbesitzer und Kaufleute nach einem neuen Krieg irgendwo in Europa oder Asien lechzen, um den kriegführenden Ländern Waren zu Überpreisen zu verkaufen und an diesem blutigen Geschäft Millionen zu verdienen. Für niemanden ist die Tatsache ein Geheimnis, dass die 20 Vertreter der 20 lateinamerikanischen Länder jetzt die festgefügteste und willfährigste Armee der Vereinigten Staaten von Amerika in der UNO darstellen.

Die Organisation der Vereinten Nationen betritt auf diese Weise den unrühmlichen Weg des Völkerbundes. Damit begräbt sie ihre moralische Autorität und setzt sich dem Zerfall aus.

Frage: Halten Sie einen neuen Weltkrieg für unvermeidlich?

Antwort: Nein. Zumindest darf man ihn gegenwärtig nicht für unvermeidlich halten.

Natürlich gibt es in den Vereinigten Staaten von Amerika, in England ebenso wie auch in Frankreich aggressive Kräfte, die nach einem neuen Krieg lechzen. Sie brauchen den Krieg, um Überprofite zu erzielen, um andere Länder auszuplündern. Das sind die Milliardäre und Millionäre, die den Krieg als Einnahmequelle betrachten, die kolossale Profite einbringt.

Sie, die aggressiven Kräfte, halten in ihren Händen die reaktionären Regierungen und lenken sie. Gleichzeitig aber fürchten sie ihre Völker, die keinen neuen Krieg wollen und für die Erhaltung des Friedens sind. Deshalb bemühen sie sich, die reaktionären Regierungen zu benutzen, um ihre Völker durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und einen neuen Krieg als einen Verteidigungskrieg, die friedliche Politik der friedliebenden Länder aber als eine aggressive darzustellen. Sie bemühen sich, ihre Völker zu betrügen, um ihnen ihre aggressiven Pläne aufzuzwingen und sie in einen neuen Krieg hineinzuziehen.

Eben deshalb fürchten sie die Kampagne zur Verteidigung des Friedens, in der Angst, diese Kampagne könnte die aggressiven Absichten der reaktionären Regierungen entlarven.

Eben deshalb durchkreuzten sie die Vorschläge der Sowjetunion über den Abschluss eines Friedenspaktes, über die Beschränkung der Rüstungen und über das Verbot der Atomwaffe, denn sie befürchten, die Annahme dieser Vorschläge würde die aggressiven Maßnahmen der reaktionären Regierungen vereiteln und das Wettrüsten unnötig machen.

Womit wird dieser Kampf der aggressiven und der friedliebenden Kräfte enden?

Der Frieden wird erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und ihn bis zum äußersten verteidigen. Der Krieg kann unvermeidlich werden, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen, sie zu betrügen und sie in einen neuen Weltkrieg hineinzuziehen.

Deshalb ist jetzt die breite Kampagne für die Erhaltung des Friedens als Mittel zur Entlarvung der verbrecherischen Machenschaften der Kriegsbrandstifter von erstrangiger Bedeutung.

Was die Sowjetunion betrifft, so wird sie auch weiterhin unbeirrbar die Politik der Verhinderung des Krieges und der Erhaltung des Friedens durchführen.

„Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratin“,
Nr. 8, vom 23. Februar bis 1. März 1931

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER UNGARISCHEN VOLKSREPUBLIK, ISTVAN DOBI

anlässlich des 3. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-ungarischen Freundschafts- und Beistandspaktes

Februar 1951

Ich bitte Sie, Herr Ministerpräsident, anlässlich des dritten Jahrestages der Unterzeichnung des Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik Ungarn meine Grüße und besten Wünsche entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 44,
21. Februar 1951

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER VOLKSREPUBLIK BULGARIEN, WYLKO TSCHERWCNKOFF

März 1951

Ich bitte Sie, aus Anlass des dritten Jahrestages der Unterzeichnung des Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik Bulgarien meine Glückwünsche entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 67,
20. März 1951

GLÜCKWUNSCH- UND BEGRÜSSUNGSSCHREIBEN AN DAS KOLLEKTIV DES KIROW-WERKES

anlässlich des 15-jährigen Jubiläums des Kirow-Werkes
und seiner Auszeichnung mit dem Lenin-Orden

„Prawda“, vom 3. April 1951

An den Direktor des Werkes, Genossen Smirnow,
an den Chefingenieur des Werkes, Genossen Sacharjin,
an den Parteiorganisator des ZK der KPdSU (B), Genossen Smirnow,
an den Vorsitzenden des Betriebskomitees, Genossen Bogdanow,
an den Komsomol-Organisator des ZK des Komsomol, Genossen Korssakow.

Ich beglückwünsche und begrüße das Kollektiv der Arbeiter und Arbeiterinnen, Ingenieure, Techniker und Angestellten zum 150jährigen Bestehen des Kirow-Werkes, des früheren Putilow-Werkes sowie zur Auszeichnung des Werkes mit dem Lenin-Orden.
Als eine der ältesten Fabriken des Landes hat das Kirow-Werk im revolutionären Kampf der russischen Arbeiterklasse bei der Errichtung der Sowjetmacht und bei der Festigung der Wirtschaft und Verteidigungsmacht unserer Heimat eine historische Rolle gespielt.
Nach dem Großen Vaterländischen Krieg erzielte das Werkkollektiv beim Wiederaufbau des Werkes und bei der Aufnahme der Produktion für die Volkswirtschaft äußerst wichtiger Erzeugnisse große Erfolge.
Ich wünsche Euch, Genossen Kirow-Arbeiter, weitere Erfolge in Eurer Arbeit bei der Erfüllung der Aufgaben, die Euch die Partei und die Regierung gestellt haben.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 78,
4. April 1951

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER UNGARISCHEN VOLKSREPUBLIK, ISTVAN DOBI

anlässlich des 6. Jahrestages der Befreiung Ungarns durch die Sowjetarmee

April 1951

Anlässlich des Nationalfeiertages der Ungarischen Volksrepublik bitte ich Sie, meine Grüße und meine besten Wünsche für weitere Erfolge des ungarischen Volkes entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Ausgabe A, Nr. 80,
7. April 1951

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER VOLKSREPUBLIK POLEN, JOSEF CYRANKIEWICZ

anlässlich des 6. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-polnischen Freundschafts- und Beistandspaktes

April 1951

Bitte nehmen Sie zum 6. Jahrestag der Unterzeichnung des Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen der Sowjetunion und der Republik Polen meine herzlichen Glückwünsche und besten Wünsche entgegen.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 95,
24. April 1951

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK, ANTONIN ZAPOTOCKY

anlässlich des 6. Jahrestages der Befreiung der Tschechoslowakei von den faschistischen Okkupanten

Mai 1951

Nehmen Sie bitte meine Glückwünsche an die tschechoslowakische Regierung und für Sie persönlich aus Anlass der sechsten Wiederkehr des Tages der Befreiung der Tschechoslowakei von den faschistischen deutschen Okkupanten sowie meine Wünsche für weitere Erfolge im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau der Tschechoslowakischen Republik entgegen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 105,
10. Mai 1951

TELEGRAMM AN DEN STELLVERTRETER DES MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, WALTER ULBRICHT

anlässlich des 6. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch

17. Mai 1951

An den Stellvertreter des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Walter Ulbricht

Herzlich danke ich der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und Ihnen persönlich für das freundschaftliche Schreiben aus Anlass des 6. Jahrestages der Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch. Ich wünsche dem deutschen Volke und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik weitere Erfolge bei der Vereinigung der demokratischen Kräfte Deutschlands und bei der Sicherung des Friedens.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 111,
18, Mai 1951

TELEGRAMM AN DEN STAATSPRÄSIDENTEN DER VOLKSREPUBLIK POLEN, BOLESLAW BIERUT

anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung Polens

Juli 1951

Nehmen Sie bitte, Genosse Präsident, aus Anlass des Nationalfeiertages, des 7. Jahrestages der Befreiung der Republik Polen, die herzlichen Grüße und besten Wünsche des Präsidiums des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie meine eigenen Grüße und Wünsche entgegen.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 169,
24. Juli 1951

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER VOLKSREPUBLIK POLEN, JOSEF CYRANKIEWICZ

anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung Polens

Juli 1951

Nehmen Sie, bitte, Genosse Ministerpräsident, aus Anlass des Nationalfeiertages der Republik Polen meine freundschaftlichen Grüße für das polnische Volk, für die Regierung der Republik Polen und für Ihre Person sowie meine Wünsche für neue Erfolge und die weitere Entwicklung des demokratischen Volkspolen entgegen.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 163,
24. Juli 1951

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER RUMÄNISCHEN VOLKSREPUBLIK, PELRU GROZA

anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung Rumäniens

August 1951

Anlässlich des siebenten Jahrestages der Befreiung Rumäniens möchte ich Ihnen, Genosse Präsident, sowie der Regierung der Rumänischen Volksrepublik die Glückwünsche der Regierung der UdSSR und meiner eigenen Person, verbunden mit den Wünschen für weitere Erfolge des befreundeten rumänischen Volkes übermitteln.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 195,
24. August 1951

ANTWORTTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DER ZENTRALEN VOLKSREGIERUNG DER CHINESISCHEN VOLKSREPUBLIK, MAO TSE-TUNG

anlässlich des 6. Jahrestages des Sieges über die japanischen Imperialisten

2. September 1951

An den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung
der Chinesischen Volksrepublik,
Genossen Mao Tse-tung

Ich danke Ihnen, Genosse Vorsitzender, für die hohe Würdigung der Rolle, welche die Sowjetunion und ihre Streitkräfte bei der Zertrümmerung der aggressiven Kräfte Japans gespielt haben.

Das chinesische Volk und seine Befreiungsarmee haben, trotz den Machenschaften der Kuomintang, bei der Liquidierung der japanischen Imperialisten eine große Rolle gespielt. Der Kampf des chinesischen Volkes und seiner Befreiungsarmee hat die Zertrümmerung der japanischen aggressiven Kräfte in grundlegender Weise erleichtert.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass die unverbrüchliche Freundschaft der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik der Gewährleistung des Friedens im Fernen Osten gegen alle und jegliche Aggressoren und Kriegsbrandstifter dient und dienen wird.

Ich bitte Sie, Genosse Vorsitzender, die Glückwünsche der Sowjetunion und ihrer Streitkräfte entgegenzunehmen zum sechsten Jahrestag der Befreiung Ostasiens vorn Joch des japanischen Imperialismus.

Es lebe die große Freundschaft der Chinesischen Volksrepublik und der Sowjetunion!
Es lebe die Volksbefreiungsarmee Chinas!

Der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR

J. Stalin

„Neue Zeit“, Nr. 36,
Seite 1,
5. September 1951

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DER ZENTRALEN VOLKSREGIERUNG DER CHINESISCHEN VOLKSREPUBLIK, MAO TSE-TUNG

anlässlich des 2. Jahrestages der Gründung der Chinesischen Volksrepublik

1. Oktober 1951

An den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Genossen Mao Tse-tung

Anlässlich des zweiten Jahrestages der Proklamierung der Chinesischen Volksrepublik bitte ich Sie, Genosse Vorsitzender, meine freundschaftlichen Glückwünsche entgegenzunehmen.

Ich sende dem großen chinesischen Volk, der Regierung der Chinesischen Volksrepublik und Ihnen persönlich herzliche Wünsche für weitere Erfolge beim Aufbau des volksdemokratischen China.

Möge sich zwischen der Chinesischen Volksrepublik und der Sowjetunion auch in Zukunft die große Freundschaft weiter festigen, die eine sichere Garantie des Friedens und der Sicherheit im Fernen Osten ist!

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 229,
2. Oktober 1951

ANTWORTEN AUF FRAGEN EINES KORRESPONDENTEN DER „PRAWDA“ ÜBER DIE ATOMWAFFE

„Prawda“, vom 6. Oktober 1951

Frage: Was halten Sie von dem Lärm, der dieser Tage in der ausländischen Presse im Zusammenhang mit einem Atombombenversuch in der Sowjetunion erhoben wurde?
Antwort: Tatsächlich wurde bei uns kürzlich ein Versuch mit einer der Arten von Atombomben durchgeführt. Versuche mit Atombomben verschiedener Kaliber werden auch weiterhin gemäß dem Plan zur Verteidigung unseres Landes gegen einen Überfall des angloamerikanischen aggressiven Blockes durchgeführt werden.
Frage: Im Zusammenhang mit dem Atombombenversuch schlagen verschiedene maßgebliche Persönlichkeiten der USA Alarm und zetern, die Sicherheit der USA sei bedroht. Gibt es irgendeinen Grund für eine solche Aufregung?
Antwort: Für eine solche Aufregung gibt es keinerlei Grund.
Den maßgeblichen Persönlichkeiten der USA kann es nicht unbekannt sein, dass die Sowjetunion nicht nur gegen die Anwendung der Atomwaffe ist, sondern auch für ihr Verbot, für die Einstellung ihrer Produktion. Wie bekannt ist, hat die Sowjetunion wiederholt das Verbot der Atomwaffe gefordert, doch jedes Mal erhielt sie von den Mächten des Atlantikblocks eine Ablehnung. Das bedeutet, dass im Falle eines Überfalles der USA auf unser Land die herrschenden Kreise der USA die Atombombe anwenden werden. Eben dieser Umstand hat die Sowjetunion auch gezwungen, die Atomwaffe zu besitzen, um den Aggressoren wohl gerüstet zu begegnen.
Natürlich möchten die Aggressoren, dass die Sowjetunion ungerüstet wäre, falls sie ihren Überfall auf sie unternehmen. Aber damit ist die Sowjetunion nicht einverstanden und meint, dass man dem Aggressor wohl gerüstet begegnen muss.
Folglich muss man, wenn die USA nicht die Absicht haben, die Sowjetunion zu überfallen, die Aufregung maßgeblicher Persönlichkeiten der USA für gegenstandslos und geheuchelt halten, denn die Sowjetunion denkt nicht daran, die USA oder irgendein anderes Land jemals zu überfallen.
Maßgebliche Persönlichkeiten der USA sind unzufrieden damit, dass nicht nur die USA, sondern auch andere Länder, und vor allem die Sowjetunion, das Geheimnis der Atomwaffe besitzen. Sie möchten gern, dass die USA die Monopolisten der Atombombenproduktion wären, dass die USA die uneingeschränkte Möglichkeit hätten, andere Länder zu schrecken und zu erpressen. Doch aus welchem Grunde denken sie eigentlich so, mit welchem Recht? Erfordern etwa die Interessen der Erhaltung des Friedens ein solches Monopol? Wird es nicht richtiger sein, zu sagen, dass die Sache sich gerade umgekehrt verhält, dass eben die Interessen der Erhaltung des Friedens vor allem die Liquidierung eines solchen Monopols und sodann das unbedingte Verbot der Atomwaffe erfordern. Ich denke, dass die Anhänger der Atombombe dem Verbot der Atomwaffe nur in dem Falle zustimmen werden, wenn sie sehen, dass sie bereits nicht mehr die Monopolisten sind.
Frage: Was halten Sie von einer internationalen Kontrolle in Bezug auf die Atomwaffe?
Antwort: Die Sowjetunion ist für das Verbot der Atomwaffe und für die Einstellung der Atomwaffenproduktion. Die Sowjetunion ist für die Errichtung einer internationalen Kontrolle darüber, dass ein Beschluss über das Verbot der Atomwaffe, über die Einstellung der Atomwaffenproduktion und über die Verwendung der bereits hergestellten Atombomben ausschließlich für zivile Zwecke mit aller Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit durchgeführt wird. Die Sowjetunion ist eben für eine solche internationale Kontrolle.
Amerikanische maßgebliche Persönlichkeiten reden ebenfalls von „Kontrolle“, aber ihre „Kontrolle“ geht nicht von der Einstellung der Atomwaffenproduktion, sondern von der Fortsetzung einer solchen Produktion aus, und zwar in einem Ausmaße, das den

Rohstoffmengen entspricht, über die dieses oder jenes Land verfügt. Folglich geht die amerikanische „Kontrolle“ nicht vom Verbot der Atomwaffe aus, sondern von ihrer Legalisierung und Sanktionierung. Damit sanktioniert man das Recht der Kriegsbrandstifter, mit Hilfe der Atomwaffe Zehntausende, ja Hunderttausende friedlicher Menschen zu vernichten. Es ist nicht schwer, zu verstehen, dass dies keine Kontrolle ist, sondern ein Hohn auf eine Kontrolle, ein Betrug an dem Friedenssehnen der Völker. Selbstverständlich kann eine solche „Kontrolle“ die friedliebenden Völker nicht befriedigen, die das Verbot der Atomwaffe und die Einstellung ihrer Produktion fordern.

„Einheit“,
Heft 18 / Oktober 1951,

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL

anlässlich des 2. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

7. Oktober 1951

An den Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Otto Grotewohl

Am Tage der Nationalfeier - dem 2. Jahrestage der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik - bitte ich Sie, Genosse Ministerpräsident, meine Glückwünsche entgegenzunehmen. Ich wünsche dem deutschen Volke, der Regierung und Ihnen persönlich weitere Erfolge beim Aufbau eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe 11, Nr. 234,
1. Oktober 1951

ANTWORTTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERKABINETTS DER KOREANISCHEN VOLKSDEMOKRATISCHEN REPUBLIK, KIM IR SEN

anlässlich des 3. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

„Prawda“, vom 20. Oktober 1951

Ich bitte Sie, Genosse Vorsitzender, im Namen der Regierung der Sowjetunion und in meinem eigenen Namen den Dank für Ihre Grüße und guten Wünsche anlässlich des dritten Jahrestages der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen unseren Ländern entgegenzunehmen.
Ich wünsche dem tapferen koreanischen Volk Erfolge in seinem heldenhaften Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 246,
21. Oktober 1951

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL

anlässlich des 34. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

November 1951

An den Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Otto Grotewohl

Nehmen Sie, Genosse Ministerpräsident, den Dank der Sowjetregierung und meinen persönlichen Dank für die Gratulationen und die Glückwünsche zum 34. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entgegen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 270,
20. November 1951

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN DEN PRÄSIDENTEN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK, KLEMENT GOTTWALD

anlässlich seines 55. Geburtstages

23. November 1951

Teurer Genosse Gottwald, ich übersende Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen Erfolge in Ihrer Arbeit zum Wohle des brüderlichen Volkes der Tschechoslowakei.

J. Stalin

„Tägliche Rundschau“,
Ausgabe II, Nr. 272,
25. November 1951

NEUJAHRSBOTSCHAFT AN DAS JAPANISCHE VOLK

31. Dezember 1951

An den Chefredakteur der Agentur Kyodo Herrn Kiishi Iwamoto

Geehrter Herr K. Iwamoto!
Ich erhielt Ihre Bitte, dem japanischen Volk eine Neujahrsbotschaft zu senden!
Bei den sowjetischen Staatsmännern besteht nicht die Tradition, dass sich der Premierminister eines fremden Staates mit seinen Wünschen an das Volk eines anderen Staates wendet. Aber die tiefe Sympathie der Völker der Sowjetunion für das japanische Volk, das durch ausländische Besatzung ins Elend gestürzt wurde, veranlasst mich, eine Ausnahme von der Regel zu machen und Ihrer Bitte zu entsprechen.
Ich bitte, dem japanischen Volk zu übermitteln, dass ich ihm Freiheit und Glück sowie vollen Erfolg in seinem mutigen Kampf um die Unabhängigkeit seines Heimatlandes wünsche.
Die Völker der Sowjetunion haben in der Vergangenheit selber die Schrecken der fremdländischen Besatzung, an der sich auch die japanischen Imperialisten beteiligten, kennen gelernt. Daher verstehen sie vollkommen die Leiden des japanischen Volkes, bringen ihm tiefes Mitgefühl entgegen und glauben, dass es die Wiedergeburt und die Unabhängigkeit seines Heimatlandes erringen wird, ebenso wie es seinerzeit die Völker der Sowjetunion getan haben.
Ich wünsche den japanischen Arbeitern Befreiung von der Arbeitslosigkeit und den niedrigen Löhnen, die Beseitigung der hohen Preise für Massenbedarfsgüter und Erfolg im Kampf für die Erhaltung des Friedens.
Ich wünsche den japanischen Bauern Befreiung von der Landlosigkeit und der Landnot, Beseitigung der hohen Steuern und Erfolg im Kampf für die Erhaltung des Friedens.
Ich wünsche dem ganzen japanischen Volk und seiner Intelligenz den vollen Sieg der demokratischen Kräfte Japans, Belebung und Aufschwung des Wirtschaftslebens des Landes, ein Aufblühen der nationalen Kultur, Wissenschaft und Kunst sowie Erfolg im Kampf um die Erhaltung des Friedens.

Hochachtungsvoll

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 2,
3. Januar 1952

1952

DANKTELEGRAMM AN DAS ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

„Neues Deutschland“, vom 3. Januar 1952

An das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,
Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl,
Walter Ulbricht

Ich danke Ihnen und in Ihrer Person dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für Gratulation und Glückwünsche.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 2,
3. Januar 1952

DANKTELEGRAMM AN DEN STELLVERTRETER DES MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, WALTER ULBRICHT

„Neues Deutschland“, vom 3. Januar 1952

An den Stellvertreter des Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Walter Ulbricht

Ich danke Ihnen, Genosse Stellvertreter des Ministerpräsidenten, für Ihre guten Glückwünsche zu meinem Geburtstage.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 2,
3. Januar 1952

DANKTELEGRAMM AN DEN PARTEIVORSTAND DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS

Januar 1952

An den Parteivorstand
der Kommunistischen Partei Deutschlands Max Reimann

Ich danke Ihnen und in Ihrer Person dem Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands herzlich für Gratulation und Glückwünsche.

J. Stalin

„Sozialistische Volkszeitung“,
7. Januar 1932

TELEGRAMM AN DIE WERKTÄTIGEN DES MAGNITOGORSKER HÜTTENKOMBINATS

anlässlich des 20. Jahrestages der Inbetriebnahme des Kombinats „Prawda“,

vom 31. Januar 1932

An das Magnitogorsker Hüttenkombinat,
an den Direktor des Kombinats, Genossen Borissow,
an den Chefingenieur des Kombinats, Genossen Woronow,
an den Parteiorganisator des ZK der KPdSU (B), Genossen Swetlow,
an den Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung, Genossen Pliskanos,
an den Komsomolorganisator des ZK des Komsomol, Genossen Pankow.

Ich begrüße und beglückwünsche die Arbeiter- und Arbeiterinnen, Ingenieure, Techniker und Angestellten des Magnitogorsker Hüttenkombinats und des Trusts „Magnitostroj“ zum 20. Jahrestag der Inbetriebnahme des Kombinats - der mächtigen metallurgischen Basis des Landes.
Die Hüttenarbeiter von Magnitogorsk haben als aufrechte Söhne und Töchter unseres Vaterland all die Jahre hindurch ehrlich und hingebungsvoll an der Entwicklung der Produktionskapazität des Kombinats gearbeitet, erfolgreich die neue Technik eingeführt, die Metallproduktion ununterbrochen gesteigert und die ihnen von der Partei und der Regierung gestellten Aufgaben zur Versorgung unseres Landes mit Metall ehrenvoll erfüllt.
Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen, Genossen, neue Erfolge in Ihrer Arbeit.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 27,
1. Februar 1952

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER RUMÄNISCHEN VOLKSREPUBLIK, PETRU GROZA

anlässlich des 4. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch-rumänischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandspaktes

Februar 1952

An den Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Petru Groza

Zum 4. Jahrestag der Unterzeichnung des Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrages zwischen der Sowjetunion und der Rumänischen Volksrepublik übermittle ich Ihnen persönlich, Genosse Vorsitzender, der Regierung der Rumänischen Volksrepublik und dem rumänischen Volk meine Glückwünsche.

J. Stalin

„Neuer Weg“
Organ des Deutschen Antifaschistischen Komitees
in der Rumänischen Volksrepublik,
Nr. 884,
5. Februar 1952

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DER ZENTRALEN VOLKSREGIERUNG DER CHINESISCHEN VOLKSREPUBLIK, MAO TSE-TUNG

anlässlich des. 2. Jahrestages der Unterzeichnung des Sowjetisch-Chinesischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandspaktes

„Prawda“, vom 14. Februar 1952

An den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik, Genossen Mao Tse-tung

Anlässlich des zweiten Jahrestages der Unterzeichnung des Sowjet-Chinesischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandspaktes nehmen Sie, Genosse Vorsitzender, meine herzlichen Gratulationen und Wünsche für eine weitere Festigung des Bündnisses und der Zusammenarbeit zwischen der Chinesischen Volksrepublik und der Sowjetunion im Interesse des Friedens in aller Welt entgegen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 39,
15. Februar 1952

ANTWORT AUF VIER FRAGEN EINER GRUPPE VON REDAKTEUREN AMERIKANISCHER ZEITUNGEN

31. März 1952

Frage: Ist ein dritter Weltkrieg gegenwärtig näher als vor zwei oder drei Jahren?
Antwort: Nein, das ist er nicht.
Frage: Würde eine Zusammenkunft der Staatsoberhäupter der Großmächte von Nutzen sein?
Antwort: Möglicherweise würde sie von Nutzen sein.
Frage: Sind Sie der Meinung, dass der gegenwärtige Zeitpunkt für die Vereinigung Deutschlands geeignet ist?
Antwort: Ja, ich bin der Meinung.
Frage: Auf welcher Grundlage ist ein Nebeneinanderbestehen von Kapitalismus und Kommunismus möglich?
Antwort: Ein friedliches Nebeneinanderbestehen von Kapitalismus und Kommunismus ist durchaus möglich, wenn der beiderseitige Wunsch nach Zusammenarbeit und die Bereitschaft vorhanden sind, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gewahrt wird.

„Einheit“,
Heft 5 / Mai 1952,
Seite 417

AN DAS HÜTTENKOMBINAT IN KUSNETZK

An den Direktor des Kombinats, Genossen Belau,
an den Chefingenieur des Kombinats, Genossen Sermolaj ew,
an den Parteiorganisator des Zentralkomitees der Partei, Genossen Karpow,
an den Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung, Genossen Pistechin,
an den Komsomolorganisator des Zentralkomitees des Komsomol, Genossen Reznikow.

Ich begrüße und beglückwünsche die Arbeiter, Arbeiterinnen, Ingenieure, Techniker und die Angestellten des Hüttenkombinats in Kusnetzk und des Trusts „Stalinskpromstroj“ anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Inbetriebnahme des Kombinats, eines mächtigen und technisch an der Spitze des Landes stehenden Hüttenunternehmens.
Die Hüttenarbeiter von Kusnetzk marschieren in den ersten Reihen der heldenhaften Arbeiterklasse der Sowjetunion; sie erfüllen heute genauso wie in der Vergangenheit ehrenvoll die Aufgaben, die ihnen die Partei und die Regierung hinsichtlich der Versorgung der nationalen Wirtschaft mit Stahl gestellt haben.
Ich wünsche Euch, Genossen, von ganzem Herzen neue Erfolge in Eurer Arbeit.

J. Stalin

3. April 1952

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER UNGARISCHEN VOLKSREPUBLIK ISTVAN DOBI

anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung Ungarns durch die Sowjetarmee

April 1952

Ich bitte die Regierung der Volksrepublik Ungarn und Sie, Genosse Ministerpräsident, meine herzlichsten Glückwünsche anlässlich Ihres Nationalfeiertages entgegenzunehmen. Ich wünsche dem ungarischen Volk weitere Erfolge beim Aufbau eines neuen, freien Ungarn.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 82,
5. April 1952

TELEGRAMM AN DEN PRÄSIDENTEN DER VOLKSREPUBLIK POLEN, BOLESLAW BIERUT

anlässlich seines 60. Geburtstages

18. April 1952

An den Präsidenten der Republik Polen,

Genossen Boleslaw Bierut
Am Tage Ihres 60. Geburtstages gestatten Sie mir, Genosse Präsident, Sie als großen Erbauer und Führer des neuen, geeinigten, unabhängigen, volksdemokratischen Polen zu begrüßen.
Ich wünsche Ihnen herzlich Gesundheit und Erfolge bei Ihrer Tätigkeit zum Wohle des polnischen Brudervolkes und bei der weiteren Festigung der Freundschaft zwischen der Republik Polen und der Sowjetunion im Interesse des Friedens in der ganzen Welt.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 93,
20. April 1952

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER VOLKSREPUBLIK POLEN, JOSEF CYRANKIEWICZ

anlässlich des 7. Jahrestages des sowjetisch-polnischen Freundschaftsabkommens

April 1952

Ich bitte die Regierung der Republik Polen und Sie, Genosse Ministerpräsident, anlässlich des 7. Jahrestages der Unterzeichnung des sowjetisch - polnischen Abkommens über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Kriege meine Grüße und herzlichen Wünsche für weitere Erfolge entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 95,
23. April 1953

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL

anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Tyrannei

8. Mai 1952

An den Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Otto Grotewohl

Ich bitte die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und Sie persönlich, Genosse Ministerpräsident, meinen Dank für die freundschaftliche Grußbotschaft anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Tyrannei entgegenzunehmen.
Ich wünsche dem deutschen Volk und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Erfolg im Kampf für ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland, für den unverzüglichen Abschluss eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland im Interesse Deutschlands und des Friedens in der ganzen Welt.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 109,
9. Mai 1952

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER RUMÄNISCHEN VOLKSREPUBLIK, PETRU GROZA, UND AN DEN GENERALSEKRETÄR DES ZK DER RUMÄNISCHEN ARBEITERPARTEI, GHEORGHIU-DEJ

anlässlich des 75. Jahrestages der Proklamierung der staatlichen Unabhängigkeit Rumäniens

„Prawda“, vom 10. Mai 1952

An den Vorsitzenden des Ministerrates der
Rumänischen Volksrepublik, Genossen Petru Groza, und an den Generalsekretär des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei, Genossen G. Gheorghiu-Dej
Ich bitte die Regierung der Rumänischen Volksrepublik, das Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei und Sie persönlich, meinen Dank für die freundschaftliche Grußbotschaft aus Anlass des 75. Jahrestages der Proklamierung der staatlichen Unabhängigkeit Rumäniens entgegenzunehmen.
Ich wünsche dem rumänischen Volk, der Regierung der Volksrepublik Rumänien und dem Zentralkomitee der Rumänischen Arbeiterpartei weitere Erfolge beim Aufbau des neuen, freien, volksdemokratischen Rumänien.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 111,
11. Mai 1952

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK, ANTONIN ZAPOTOCKY,

anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung der CSR durch die Sowjetarmee

„Prawda“, vom 10. Mai 1932

An den Vorsitzenden des Ministerrates
der Tschechoslowakischen Republik,
Genossen A. Zapotocky

Aus Anlass des Nationalfeiertages der Tschechoslowakei - dem 7. Jahrestag der Befreiung von den Hitler-Okkupanten bitte ich Sie, Genosse Vorsitzender, sowie die Regierung der Tschechoslowakischen Republik, meine freundschaftlichen Glückwünsche und Wünsche für weitere Erfolge des tschechoslowakischen Volkes beim Aufbau einer neuen, volksdemokratischen Tschechoslowakei entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 111,
11. Mai 1952

GRUSSSCHREIBEN AN DIE JUNGEN PIONIERE DER SOWJETUNION

anlässlich des 30jährigen Bestehens der Pionierorganisation „W. I. Lenin“ der Sowjetunion

„Prawda“, vom 20. Mai 1952

An die Jungen Pioniere der Sowjetunion
Von ganzem Herzen begrüße ich die Jungen Pioniere und Schüler zum dreißigjährigen Bestehen der Pionierorganisation „W. I. Lenin“.
Ich wünsche den Pionieren und Schülern Gesundheit sowie Erfolge beim Lernen, in der Arbeit und in der gesellschaftlichen Tätigkeit.
Möge die Pionierorganisation auch in Zukunft die Pioniere und Schüler zu jungen Menschen wahrer Leninscher Prägung und zu treuen Söhnen unserer großen Heimat erziehen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 118,
20. Mai 1952

GRUSSSCHREIBEN AN DEN VORSITZENDEN DER ZENTRALEN VOLKSREGIERUNG DER CHINESISCHEN VOLKSREPUBLIK, MAO TSE-TUNG

anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der chinesischen Volksbefreiungsarmee

1. August 1952

Genosse Vorsitzender, nehmen Sie bitte aus Anlass des 25. Jahrestages der Gründung der chinesischen Volksbefreiungsarmee der Volksrepublik China meine herzlichsten Grüße entgegen. Im Interesse der Sache des Friedens und der Sicherheit wünsche ich der chinesischen Volksarmee weitere Festigung.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 179,
1. August 1952

GLÜCKWUNSCHTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERKABINETTS DER KOREANISCHEN VOLKSDEMOKRATISCHEN REPUBLIK, KIM IR SEN

anlässlich des Nationalfeiertages der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

15. August 1952

An den Vorsitzenden des Ministerkabinetts
der Koreanischen Volksdemokratischen Republik,
Genossen Kim Ir Sen

Ich bitte Sie, Genosse Vorsitzender, zum Nationalfeiertag der Koreanischen Volksdemokratischen Republik meine herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit dem Wunsch an das koreanische Volk für einen erfolgreichen Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit seines Heimatlandes, entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 192,
16. August 1952

BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES DER KPDSU (B), ZUM 5. OKTOBER 1952 DEN XIX. PARTEITAG DER KPDSU(B) EINZUBERUFEN

Die „Prawda“ veröffentlichte am Mittwoch, 20. August 1952, folgende Mitteilung:

An alle Organisationen der KPdSU (B):

Dieser Tage fand in Moskau eine Plenartagung des ZK der KPdSU(B) statt. Das Zentralkomitee der KPdSU(B) beschloss, zum 5. Oktober 1952 den XIX. Parteitag der KPdSU(B) einzuberufen.

Tagesordnung des XIX. Parteitages:

I. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU (B). Berichterstatter: Sekretär des ZK, Genosse Malenkow.
II. Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission der KPdSU (B). Berichterstatter: Der Vorsitzende der Revisionskommission, Genosse Moskatow.
III. Richtlinien des X.IX. Parteitages für den fünften Fünfjahrplan zur Entwicklung der UdSSR in den Jahren 1951 bis 1955. Berichterstatter: Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, Genosse Saburow.
IV. Änderungen des Statuts der KPdSU (B). Berichterstatter: Sekretär des ZK, Genosse Chruschtsow.
V. Wahlen der zentralen Organe der Partei.

Bestimmungen für das Verfahren der Wahl der Delegierten zum Parteitag:

1. Je ein Delegierter mit beschließender Stimme auf 5000 Parteimitglieder;
2. je ein Delegierter mit beratender Stimme auf 5000 Kandidaten.
3. Die Delegierten zum XIX. Parteitag werden in Übereinstimmung mit dem Parteistatut in geheimer Abstimmung gewählt.
4. Die Parteiorganisationen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik werden die Delegierten auf Parteikonferenzen der Gebiete, Gaue und Autonomen Republiken wählen. In den übrigen Unionsrepubliken werden die Delegierten je nach Ermessen der kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken auf Gebiets-Parteikonferenzen oder auf Parteitagen der kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken gewählt.
5. Die Kommunisten in den Parteiorganisationen der Sowjetarmee, der Kriegsmarine und der Grenzschutzeinheiten des Ministeriums für Staatliche Sicherheit wählen ihre Delegierten zum XIX. Parteitag zusammen mit den übrigen Parteiorganisationen auf den Gebiets- bzw. Gau-Parteikonferenzen oder auf den Parteitagen der kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken.

Sekretär des ZK der KPdSU (B)

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe; Nr. 195,
21. August 1952

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER RUMÄNISCHEN VOLKSREPUBLIK, GHEORGHE GHEORGHIU-DEJ

anlässlich des 8. Jahrestages der Befreiung Rumäniens vom faschistischen Joch

23. August 1952

An den Vorsitzenden des Ministerrates der Rumänischen Volksrepublik, Genossen Gheorghe Gheorghiu-Dej
Anlässlich des Nationalfeiertages - des Tages der Befreiung - bitte ich Sie, Genosse Vorsitzender, und die Regierung der Rumänischen Volksrepublik, meine herzlichen Glückwünsche und freundschaftlichen Wünsche für neue Erfolge des rumänischen Volkes beim Aufbau des volksdemokratischen Rumänien entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 199,
24. August 1952

ANTWORTTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DER ZENTRALEN VOLKSREGIERUNG DER CHINESISCHEN VOLKSREPUBLIK, MAO TSE-TUNG.

anlässlich des 7. Jahrestages des Sieges über die japanischen Imperialisten

2. September 1952

An den Vorsitzenden der
Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik,
Genossen Mao Tse-tung

Ich bitte Sie, Genosse Vorsitzender, meinen Dank für die von Ihnen anlässlich des 7. Jahrestages des Sieges über die japanischen Imperialisten gegenüber dem Sowjetvolk und der Sowjetarmee ausgedrückten Gefühle entgegenzunehmen.
Bei diesem historischen Sieg spielten das chinesische Volk und seine Volksbefreiungsarmee, deren Heldentum und Opfermut die Zerschlagung der japanischen Aggression erleichterten, eine große Rolle.
Die große Freundschaft zwischen der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik ist eine sichere Garantie gegen die Gefahr einer neuen Aggression, ein mächtiges Bollwerk des Friedens im Fernen Osten und in der ganzen Welt.
Nehmen Sie, Genosse Vorsitzender, anlässlich des 7. Jahrestages der Befreiung des chinesischen Volkes vom Joch des japanischen Imperialismus die Glückwünsche der Sowjetunion entgegen.
Es lebe die unverbrüchliche Freundschaft zwischen der Chinesischen Volksrepublik und der Sowjetunion!
Es lebe die Volksbefreiungsarmee der Chinesischen Volksrepublik!

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 208,
4. September 1922

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER VOLKSREPUBLIK BULGARIEN, WYLKO TSCHERWENKOFF

anlässlich des 8. Jahrestages der Befreiung Bulgariens

9. September 1952

An den Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Bulgarien,
Genossen Wylko Tscherwenkoff

Aus Anlass des Nationalfeiertages der Volksrepublik Bulgarien bitte ich Sie, Genosse Vorsitzender, meine herzlichen Grüße und Wünsche für weitere Erfolge des brüderlichen bulgarischen Volkes beim Aufbau des neuen, volksdemokratischen Bulgarien entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 213,
10. September 1952

ÖKONOMISCHE PROBLEME DES SOZIALISMUS IN DER UDSSR

An die Teilnehmer der ökonomischen Diskussion

BEMERKUNGEN ZU ÖKONOMISCHEN FRAGEN, DIE MIT DER NOVEMBERDISKUSSION 1951 ZUSAMMENHÄNGEN

Ich habe alle Unterlagen über die ökonomische Diskussion erhalten, die im Zusammenhang mit der Beurteilung des Entwurfs des Lehrbuchs der politischen Ökonomie durchgeführt wurde. Unter anderem erhielt ich „Vorschläge zur Verbesserung des Entwurfs des Lehrbuchs der politischen Ökonomie“, „Vorschläge zur Beseitigung von Fehlern und Ungenauigkeiten“ im Entwurf und eine „Zusammenstellung strittiger Fragen“.
Auf Grund all dieser Materialien sowie des Lehrbuchentwurfs halte ich es für notwendig, folgende Bemerkungen zu machen.

1. Die Frage des Charakters der ökonomischen Gesetze im Sozialismus

Manche Genossen verneinen den objektiven Charakter der Gesetze der Wissenschaft, insbesondere der Gesetze der politischen Ökonomie im Sozialismus. Sie verneinen, dass die Gesetze der politischen Ökonomie die Gesetzmäßigkeiten von Prozessen widerspiegeln, die sich unabhängig vom Willen der Menschen vollziehen. Sie sind der Meinung, in Anbetracht der besonderen Rolle, die die Geschichte dem Sowjetstaat zugewiesen hat, könnten der Sowjetstaat, seine Führer die bestehenden Gesetze der politischen Ökonomie aufheben, könnten sie neue Gesetze „aufstellen“, neue Gesetze „schaffen“.
Diese Genossen irren sich gründlich. Sie verwechseln, wie man sieht, die Gesetze der Wissenschaft, die objektive, unabhängig vom Willen der Menschen in der Natur oder in der Gesellschaft vor sich gehende Prozesse widerspiegeln, mit den Gesetzen, die von Regierungen erlassen, nach dem Willen der Menschen geschaffen werden und nur juridische Kraft haben. Man darf sie aber auf keinen Fall verwechseln.
Der Marxismus fasst die Gesetze der Wissenschaft - ganz gleich, ob es sich um Gesetze der Naturwissenschaft oder um Gesetze der politischen Ökonomie handelt - als die Widerspiegelung objektiver, unabhängig vom Willen der Menschen vor sich gehender Prozesse auf. Die Menschen können diese Gesetze entdecken, sie erkennen, sie erforschen, sie in ihrem Handeln berücksichtigen, sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen, aber sie können diese Gesetze nicht verändern oder aufheben. Umso weniger können sie neue Gesetze der Wissenschaft aufstellen oder schaffen.
Bedeutet das, dass zum Beispiel die Auswirkungen der Naturgesetze, die Auswirkungen der Naturkräfte überhaupt unabwendbar sind, dass die zerstörenden Wirkungen der Naturkräfte immer und überall mit elementar-unerbittlicher Kraft auftreten, auf die die Menschen nicht einwirken können? Nein, das bedeutet es nicht. Sieht man von den astronomischen, geologischen und von einigen anderen analogen Prozessen ab, auf die einzuwirken tatsächlich nicht in der Macht der Menschen steht, selbst wenn sie ihre Entwicklungsgesetze erkannt haben, so steht es in vielen anderen Fällen durchaus in ihrer Macht, haben sie durchaus die Möglichkeit, auf die Prozesse der Natur einzuwirken. In allen diesen Fällen sind die Menschen, wenn sie die Gesetze der Natur erkannt haben, sie berücksichtigen und sich auf sie stützen, sie sachkundig anwenden und ausnutzen, imstande, ihren Wirkungsbereich einzuschränken, den zerstörenden Naturkräften eine andere Richtung zu geben, die zerstörenden Naturkräfte in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Nehmen wir eins der zahlreichen Beispiele. Im grauen Altertum galten das Hochwasser der großen Ströme, die Überschwemmungen und die damit verbundene Zerstörung von Wohnstätten und Saaten als unabwendbare Naturkatastrophen, gegen die die Menschen machtlos waren. Im Laufe der Zeit jedoch, mit der Entwicklung des menschlichen Wissens, als die Menschen gelernt hatten, Staudämme und Wasserkraftwerke zu bauen, erwies es sich als möglich, die Gesellschaft vor den Überschwemmungskatastrophen zu bewahren, die früher unabwendbar schienen. Mehr noch, die Menschen lernten, die zerstörenden Kräfte der Natur zu bändigen, sie sozusagen an die Kandare zu nehmen, die Kraft des Wassers in den Dienst der Gesellschaft zu stellen und sie zur Bewässerung der Felder, zur Gewinnung von Energie auszunutzen.

Bedeutet das, dass die Menschen damit die Gesetze der Natur, die Gesetze der Wissenschaft aufgehoben, dass sie neue Gesetze der Natur, neue Gesetze der Wissenschaft geschaffen haben? Nein, das bedeutet es nicht. Es ist so, dass diese ganze Prozedur zur Abwendung der Wirkungen der zerstörenden Kräfte des Wassers und zu ihrer Ausnutzung im Interesse der Gesellschaft ohne irgendeine Verletzung, Veränderung oder Annullierung der Gesetze der Wissenschaft, ohne die Schaffung neuer Gesetze der Wissenschaft vonstatten geht. Im Gegenteil, diese ganze Prozedur wird auf der exakten Grundlage der Gesetze der Natur, der Gesetze der Wissenschaft vollzogen, denn jeder Verstoß gegen die Naturgesetze, auch der kleinste, würde nur dazu führen, dass das Ganze gestört, dass die Prozedur vereitelt wird.

Das gleiche ist von den Gesetzen der ökonomischen Entwicklung, von den Gesetzen der politischen Ökonomie zu sagen - ganz gleich, ob es sich um die Periode des Kapitalismus oder um die Periode des Sozialismus handelt. Die Gesetze der ökonomischen Entwicklung sind hier ebenso wie in der Naturwissenschaft objektive Gesetze, die die unabhängig vom Willen der Menschen sich vollziehenden Prozesse der ökonomischen Entwicklung widerspiegeln. Die Menschen können diese Gesetze entdecken, sie erkennen und, auf sie gestützt, sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen, den zerstörenden Wirkungen mancher Gesetze eine andere Richtung geben, ihren Wirkungsbereich einschränken, anderen Gesetzen, die zum Durchbruch drängen, freie Bahn verschaffen, aber sie können sie nicht umstoßen oder neue ökonomische Gesetze schaffen.

Eine der Besonderheiten der politischen Ökonomie besteht darin, dass ihre Gesetze, zum Unterschied von den Gesetzen der Naturwissenschaft, nicht von langer Dauer sind, dass sie, wenigstens die meisten von ihnen, im Verlauf einer bestimmten historischen Periode wirksam sind, worauf sie neuen Gesetzen Platz machen. Aber diese Gesetze werden nicht umgestoßen, sondern verlieren ihre Kraft infolge neuer ökonomischer Bedingungen und treten vom Schauplatz ab, um neuen Gesetzen Platz zu machen, die nicht durch den Willen der Menschen geschaffen werden, sondern auf der Grundlage neuer ökonomischer Bedingungen entstehen.

Man beruft sich auf den „Anti-Dühring“ von Engels, auf seine Formel, dass die Menschen mit der Abschaffung des Kapitalismus und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Herrschaft über ihre Produktionsmittel erlangen, dass sie, vom Joch der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse befreit, zu „Herren“ ihres gesellschaftlichen Lebens werden. Engels nennt diese Freiheit „Einsicht in die Notwendigkeit“. Aber was kann „Einsicht in die Notwendigkeit“ bedeuten? Das bedeutet, dass die Menschen, nachdem sie die objektiven Gesetze (die „Notwendigkeit“) erkannt haben, sie ganz bewusst im Interesse der Gesellschaft anwenden werden. Gerade deshalb sagt Engels an der gleichen Stelle:

„Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht.“ (Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (‚Anti-Dühring’)“, Dietz Verlag, Berlin 1954, S. 351. Der Übers.)

Wie man sieht, spricht die Formel von Engels keineswegs zugunsten jener, die meinen, man könne im Sozialismus die bestehenden ökonomischen Gesetze umstoßen und neue schaffen.

Im Gegenteil, sie fordert nicht die Annullierung, sondern die Erkenntnis der ökonomischen Gesetze und ihre sachkundige Anwendung.

Man sagt, die ökonomischen Gesetze hätten den Charakter blind wirkender Naturkräfte, die Wirkungen dieser Gesetze seien unabwendbar, die Gesellschaft sei ihnen gegenüber machtlos. Das stimmt nicht. Das heißt aus den Gesetzen einen Fetisch machen, sich zum Sklaven der Gesetze machen. Es ist bewiesen, dass die Gesellschaft den Gesetzen gegenüber nicht machtlos ist, dass die Gesellschaft, wenn sie die ökonomischen Gesetze erkannt hat und sich auf sie stützt, imstande ist, ihren Wirkungsbereich einzuschränken, sie im Interesse der Gesellschaft auszunutzen und sie „an die Kandare zu nehmen“, wie das in Bezug auf die Naturkräfte und ihre Gesetze der Fall ist, wie das im oben angeführten Beispiel von den Überschwemmungen der großen Ströme der Fall ist.

Man beruft sich auf die besondere Rolle der Sowjetmacht beim Aufbau des Sozialismus, die es ihr angeblich ermöglicht, die bestehenden Gesetze der ökonomischen Entwicklung umzustoßen und neue „aufzustellen“. Das stimmt ebenfalls nicht.

Die besondere Rolle der Sowjetmacht erklärt sich durch zwei Umstände: erstens dadurch, dass die Sowjetmacht nicht, wie das in früheren Revolutionen der Fall war, eine Form der Ausbeutung durch eine andere zu ersetzen, sondern jegliche Ausbeutung abzuschaffen hatte; zweitens dadurch, dass sie, da es im Lande keinerlei fertige Keime der sozialistischen Wirtschaft gab, die neuen, die sozialistischen Wirtschaftsformen sozusagen „aus dem Nichts heraus“ schaffen musste.

Das ist zweifellos eine schwierige und komplizierte Aufgabe, für die es keine Präzedenzfälle gibt. Nichtsdestoweniger hat die Sowjetmacht diese Aufgabe in Ehren erfüllt. Aber sie hat sie erfüllt, nicht etwa deshalb, weil sie die bestehenden ökonomischen Gesetze umgestoßen und neue „aufgestellt“ hätte, sondern allein deshalb, weil sie sich auf das ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte stützte. Die Produktivkräfte unseres Landes, besonders in der Industrie, hatten gesellschaftlichen Charakter, die Eigentumsform hingegen war privat, kapitalistisch. Gestützt auf das ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, vergesellschaftete die Sowjetmacht die Produktionsmittel, machte sie zum Eigentum des gesamten Volkes, beseitigte damit das Ausbeutungssystem und schuf die sozialistischen Wirtschaftsformen. Gäbe es dieses Gesetz nicht und hätte sich die Sowjetmacht nicht darauf gestützt, dann wäre sie nicht imstande gewesen, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Das ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte drängt in den kapitalistischen Ländern seit langem zum Durchbruch. Wenn es noch nicht zum Durchbruch gekommen ist und noch keine freie Bahn hat, so deshalb, weil es auf den stärksten Widerstand der überlebten Kräfte der Gesellschaft stößt. Hier haben wir es mit einer anderen Besonderheit der ökonomischen Gesetze zu tun. Zum Unterschied von den Gesetzen der Naturwissenschaft, in der die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes mehr oder weniger reibungslos vor sich geht, stößt auf ökonomischem Gebiet die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes, das die Interessen der überlebten Kräfte der Gesellschaft beeinträchtigt, auf den stärksten Widerstand dieser Kräfte. Folglich ist eine Kraft, eine gesellschaftliche Kraft notwendig, die fähig ist, diesen Widerstand zu überwinden. Eine solche Kraft fand sich in unserem Lande im Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, die die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft darstellen. Eine solche Kraft hat sich noch nicht in anderen, kapitalistischen Ländern gefunden. Darin liegt das Geheimnis dessen, dass es der Sowjetmacht gelang, die alten Kräfte der Gesellschaft zu zerschlagen, und dass das ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte bei uns völlig freie Bahn erhielt.

Man sagt, die Notwendigkeit der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft unseres Landes ermögliche es der Sowjetmacht, die bestehenden ökonomischen Gesetze umzustoßen und neue zu schaffen. Das ist völlig falsch. Man darf unsere Jahres- und Fünfjahrpläne nicht mit dem objektiven ökonomischen Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft verwechseln. Das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft entstand als Gegengewicht zum Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion im Kapitalismus. Es entstand auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nachdem das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion seine Kraft verloren hatte. Es wurde wirksam, weil die sozialistische Volkswirtschaft nur auf der Grundlage des ökonomischen Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft geführt werden kann. Das bedeutet, dass das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft unseren Planungsorganen die Möglichkeit gibt, die gesellschaftliche Produktion richtig zu planen. Aber die Möglichkeit darf man nicht mit der Wirklichkeit verwechseln. Das sind zwei verschiedene Dinge. Damit diese Möglichkeit Wirklichkeit wird, muss man dieses ökonomische Gesetz erforschen, muss man es beherrschen, muss man lernen, es mit voller Sachkenntnis anzuwenden, muss man solche Pläne aufstellen, die die Erfordernisse dieses Gesetzes voll und ganz widerspiegeln. Man kann nicht sagen, dass unsere Jahres- und Fünfjahrpläne die Erfordernisse dieses ökonomischen Gesetzes voll und ganz widerspiegeln.

Man sagt, einige bei uns im Sozialismus wirksame ökonomische Gesetze, darunter auch das Wertgesetz, seien auf der Grundlage der Planwirtschaft „umgewandelte“ oder sogar „grundlegend umgewandelte“ Gesetze. Das stimmt ebenfalls nicht. Man kann Gesetze nicht „umwandeln“, geschweige denn „grundlegend umwandeln“. Wenn man Gesetze umwandeln kann, so kann man sie auch umstoßen und durch andere ersetzen. Die These von der „Umwandlung“ der Gesetze ist ein Überbleibsel der falschen Formel von der „Annullierung“ und „Aufstellung“ von Gesetzen. Obgleich die Formel von der Umwandlung der ökonomischen Gesetze bei uns schon seit langem in Gebrauch ist, wird man sich im Interesse der Genauigkeit von ihr lossagen müssen. Man kann den Wirkungsbereich dieser oder jener ökonomischen Gesetze einschränken, man kann ihre zerstörenden Wirkungen - natürlich, falls solche vorhanden sind - abwenden, aber man kann sie nicht »umwandeln“ oder „umstoßen“.

Wenn man folglich von der ,,Unterwerfung“ der Naturkräfte oder der ökonomischen Kräfte spricht, von der „Herrschaft“ über sie und so weiter, so will man damit durchaus nicht sagen, dass die Menschen die Gesetze der Wissenschaft „umstoßen“ oder sie „aufstellen“ können. Im Gegenteil, damit will man nur sagen, dass die Menschen in der Lage sind, die Gesetze zu entdecken, sie zu erkennen, sie zu beherrschen und zu lernen, sie mit voller Sachkenntnis anzuwenden, sie im Interesse der Gesellschaft auszunutzen und sie sich somit dienstbar zu machen, die Herrschaft über sie zu er-langen.

Die Gesetze der politischen Ökonomie im Sozialismus sind somit objektive Gesetze, die die Gesetzmäßigkeit der sich unabhängig von unserem Willen vollziehenden Prozesse des ökonomischen Lebens widerspiegeln. Wer diesen Leitsatz verneint, verneint im Grunde genommen die Wissenschaft, wer aber die Wissenschaft verneint, verneint damit auch die Möglichkeit jeglicher Voraussicht - verneint folglich die Möglichkeit, das wirtschaftliche Leben zu leiten.

Man könnte sagen, dass alles, was hier angeführt wurde, richtig und allgemein bekannt sei, aber nichts Neues enthalte, und dass es sich folglich nicht lohne, auf die Wiederholung allgemein bekannter Wahrheiten Zeit zu verwenden. Gewiss, es gibt hierbei tatsächlich nichts Neues, aber es wäre falsch, wollte man annehmen, es lohne sich nicht, auf die Wiederholung einiger uns bekannter Wahrheiten Zeit zu verwenden. Es ist so, dass zu uns, dem führenden Kern, jedes Jahr Tausende neuer junger Kader kommen, die von dem brennenden Wunsch beseelt sind, uns zu helfen, die von dem brennenden Wunsch beseelt sind, sich zu bewähren,

die aber noch keine ausreichende marxistische Bildung haben, viele uns wohlbekannte Wahrheiten nicht kennen und gezwungen sind, im dunkeln zu tappen. Sie sind von den gewaltigen Errungenschaften der Sowjetmacht überwältigt, sind vor den außerordentlichen Erfolgen der Sowjetordnung von Schwindel befallen und beginnen sich einzubilden, dass die Sowjetmacht „alles vermag", dass ihr „alles ein leichtes ist", dass sie die Gesetze der Wissenschaft umstoßen und neue Gesetze aufstellen kann. Wie sollen wir uns zu diesen Genossen verhalten? Wie soll man sie im Geiste des Marxismus-Leninismus erziehen? Ich denke, dass die systematische Wiederholung so genannter „allgemein bekannter" Wahrheiten und ihre geduldige Erläuterung eins der besten Mittel zur marxistischen Erziehung dieser Genossen ist.

2. Die Frage der Warenproduktion im Sozialismus

Manche Genossen behaupten, die Partei habe falsch gehandelt, als sie nach Ergreifung der Macht und Nationalisierung der Produktionsmittel in unserem Lande die Warenproduktion beibehalten hat. Sie sind der Meinung, die Partei hätte damals gleich die Warenproduktion beseitigen müssen. Sie berufen sich dabei auf Engels, der sagt:

„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten." (Siehe „Anti-Dühring".)

Diese Genossen irren sich gründlich.
Untersuchen wir die Formel von Engels. Die Formel von Engels kann man nicht als völlig klar und genau bezeichnen, da sie keinen Hinweis darauf enthält, ob hier von der Besitzergreifung sämtlicher Produktionsmittel durch die Gesellschaft oder nur eines Teils der Produktionsmittel die Rede ist, das heißt, ob sämtliche Produktionsmittel oder nur ein Teil der Produktions-mittel in allgemeines Volkseigentum übergeführt sind. Das heißt, diese Formel von Engels kann man so und so auffassen.
An einer anderen Stelle des „Anti-Dühring" spricht Engels von der Besitzergreifung „der sämtlichen Produktionsmittel", von der Besitzergreifung „der Gesamtheit der Produktionsmittel". Folglich hat Engels in seiner Formel die Nationalisierung nicht eines Teils der Produktionsmittel, sondern aller Produktionsmittel im Auge, das heißt die Oberführung der Produktionsmittel nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft in allgemeines Volkseigentum.
Daraus folgt, dass Engels solche Länder im Auge hat, in denen nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft der Kapitalismus genügend entwickelt und die Konzentration der Produktion genügend fortgeschritten ist, um sämtliche Produktionsmittel des Landes expropriieren und in den Gemeinbesitz des ganzen Volkes überführen zu können. Engels ist folglich der Ansicht, dass in solchen Ländern zugleich mit der Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel die Warenproduktion zu beseitigen sei. Und das ist natürlich richtig.
Ein solches Land war Ende des vorigen Jahrhunderts, bei Erscheinen des „Anti-Dühring", nur ein Land - England, wo die Entwicklung des Kapitalismus und die Konzentration der Produktion sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft einen solchen Grad erreicht hatten, dass es im Falle der Machtergreifung durch das Proletariat möglich war, sämtliche Produktionsmittel im Lande in allgemeines Volkseigentum überzuführen und die Warenproduktion aufzuheben.
Ich sehe hier von der Frage ab, welche Bedeutung für England der Außenhandel mit seinem riesigen Anteil an der englischen Volkswirtschaft hat. Ich denke, dass man nur nach dem Studium dieser Frage die Frage des Schicksals der Warenproduktion in England nach

Ergreifung der Macht durch das Proletariat und nach Nationalisierung sämtlicher Produktionsmittel endgültig entscheiden könnte.
Im Übrigen hatte nicht nur Ende des vorigen Jahrhunderts, sondern hat auch in der Gegenwart noch kein Land jene Stufe der Entwicklung des Kapitalismus und der Konzentration der Produktion in der Landwirtschaft erreicht, die wir in England beobachten. Was die anderen Länder betrifft, so gibt es dort, ungeachtet der Entwicklung des Kapitalismus im Dorfe, eine noch recht zahlreiche Klasse kleiner und mittlerer Eigentümer-Produzenten im Dorfe, über deren Schicksal im Falle der Machtergreifung durch das Proletariat zu entscheiden wäre.
Aber nun ergibt sich die Frage: Wie sollen sich das Proletariat und seine Partei verhalten, wenn in diesem oder jenem Lande, darunter auch in unserem Lande, günstige Bedingungen für die Machtergreifung durch das Proletariat und den Sturz des Kapitalismus vorhanden sind, wenn der Kapitalismus die Produktionsmittel in der Industrie dermaßen konzentriert hat, dass sie expropriiert und in den Besitz der Gesellschaft übergeführt werden können, wenn aber die Landwirtschaft, trotz des Wachstums des Kapitalismus, noch dermaßen in zahlreiche kleine und mittlere Eigentümer-Produzenten zersplittert ist, dass es nicht möglich ist, die Frage der Expropriation dieser Produzenten zu stellen?
Auf diese Frage gibt die Formel von Engels keine Antwort. Sie braucht diese Frage übrigens auch gar nicht zu beantworten, da sie auf Grund einer anderen Frage entstanden ist, nämlich der Frage, welches das Schicksal der Warenproduktion nach Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel sein muss.
Was soll also geschehen, wenn nicht sämtliche Produktionsmittel, sondern nur ein Teil der Produktionsmittel vergesellschaftet worden sind, wenn aber günstige Bedingungen für die Machtergreifung durch das Proletariat vorhanden sind - soll das Proletariat die Macht ergreifen, und muss die Warenproduktion gleich darauf beseitigt werden?
Man kann natürlich die Auffassung einiger Pseudomarxisten nicht als Antwort bezeichnen, die meinen, unter solchen Umständen müsste man auf die Machtergreifung verzichten und abwarten, bis der Kapitalismus es fertig gebracht hat, die Millionen kleiner und mittlerer Produzenten zu ruinieren, sie in Landarbeiter zu verwandeln und die Produktionsmittel in der Landwirtschaft zu konzentrieren, und erst danach könnte man die Frage der Machtergreifung durch das Proletariat und der Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel stellen. Es ist klar, dass Marxisten auf einen solchen „Ausweg“ nicht eingehen können, wenn sie sich nicht völlig mit Schande bedecken wollen.
Man kann auch die Auffassung anderer Pseudomarxisten nicht als Antwort betrachten, die meinen, man müsste doch die Macht ergreifen und zur Expropriation der kleinen und mittleren Produzenten im Dorf schreiten und ihre Produktionsmittel vergesellschaften. Diesen unsinnigen und verbrecherischen Weg können Marxisten ebenfalls nicht beschreiten, denn ein solcher Weg würde jede Möglichkeit des Sieges der proletarischen Revolution untergraben, würde die Bauernschaft auf lange Zeit ins Lager der Feinde des Proletariats treiben.
Die Antwort auf diese Frage gab Lenin in seinen Arbeiten über die „Naturalsteuer“ und in seinem berühmten „Genossenschaftsplan“.
Lenins Antwort läuft, kurz gesagt, auf folgendes hinaus:
a) günstige Bedingungen für die Machtergreifung darf man nicht vorübergehen lassen, das Proletariat muss die Macht ergreifen, ohne den Augenblick abzuwarten, bis der Kapitalismus die viele Millionen zählende Bevölkerung der kleinen und mittleren individuellen Produzenten ruiniert hat;
b) die Produktionsmittel in der Industrie sind zu expropriieren und in allgemeines Volkseigentum überzuführen;
c) was die kleinen und mittleren individuellen Produzenten anbelangt, so sind sie allmählich in Produktionsgenossenschaften, das heißt in großen landwirtschaftlichen Betrieben, in Kollektivwirtschaften zu vereinigen;

d) die Industrie ist auf jede Weise zu entwickeln, und für die Kollektivwirtschaften ist eine moderne technische Basis der Großproduktion zu schaffen, wobei diese nicht zu expropriieren, sondern im Gegenteil in stärkstem Maße mit erstklassigen Traktoren und anderen Maschinen zu versorgen sind;
e) für den ökonomischen Zusammenschluss von Stadt und Land, von Industrie und Landwirtschaft ist die Warenproduktion (Austausch durch Kauf und Verkauf), als die für die Bauern einzig annehmbare Form der ökonomischen Verbindung mit der Stadt, für eine bestimmte Zeit beizubehalten und der Sowjethandel, der staatliche sowie der genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Handel, auf jede Weise zu entwickeln, wobei alle und jegliche Kapitalisten aus dem Warenumlauf zu verdrängen sind.
Die Geschichte unseres sozialistischen Aufbaus zeigt, dass sich dieser von Lenin gewiesene Entwicklungsweg völlig bewährt hat.
Es kann kein Zweifel bestehen, dass dieser Entwicklungsweg für alle kapitalistischen Länder, in denen es eine mehr oder weniger zahlreiche Klasse kleiner und mittlerer Produzenten gibt, der einzig mögliche und zweckmäßige Weg für den Sieg des Sozialismus ist.
Man sagt, dass die Warenproduktion dennoch unter allen Umständen zum Kapitalismus führen müsse und unbedingt dazu führe. Das stimmt nicht. Nicht immer und nicht unter allen Umständen! Man darf die Warenproduktion nicht mit der kapitalistischen Produktion gleichsetzen. Das sind zwei verschiedene Dinge. Die kapitalistische Produktion ist die höchste Form der Warenproduktion. Die Warenproduktion führt nur in dem Fall zum Kapitalismus, wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, wenn die Arbeitskraft als Ware auf den Markt tritt, die der Kapitalist kaufen und im Produktionsprozess ausbeuten kann, wenn folglich im Lande das System der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten besteht. Die kapitalistische Produktion beginnt dort, wo die Produktionsmittel in Privathand konzentriert und die der Produktionsmittel beraubten Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen. Ohne dies gibt es keine kapitalistische Produktion.
Wenn nun aber diese Bedingungen, die die Warenproduktion in kapitalistische Produktion verwandeln, nicht vorhanden sind, wenn die Produktionsmittel schon nicht mehr privates, sondern sozialistisches Eigentum sind, wenn das System der Lohnarbeit nicht existiert und die Arbeitskraft keine Ware mehr ist, wenn das System der Ausbeutung schon längst beseitigt ist - wie ist es dann: Kann man dann annehmen, dass die Warenproduktion dennoch zum Kapitalismus führt? Nein, das kann man nicht annehmen. Aber unsere Gesellschaft ist ja gerade eine Gesellschaft, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das System der Lohnarbeit und das System der Ausbeutung schon seit langem nicht mehr existieren.
Man darf die Warenproduktion nicht als etwas sich selbst Genügendes, von den umgebenden ökonomischen Bedingungen Unabhängiges betrachten. Die Warenproduktion ist älter als die kapitalistische Produktion. Sie existierte in der Sklavenhalterordnung und diente ihr, hat jedoch nicht zum Kapitalismus geführt. Sie existierte im Feudalismus und diente ihm, hat jedoch, obwohl sie gewisse Voraussetzungen für die kapitalistische Produktion schuf, nicht zum Kapitalismus geführt. Es fragt sich, warum sollte die Warenproduktion nicht auch für eine bestimmte Periode unserer sozialistischen Gesellschaft dienen, ohne zum Kapitalismus zu führen, in Anbetracht der Tatsache, dass die Warenproduktion bei uns nicht eine solche unbegrenzte und allumfassende Verbreitung hat wie unter kapitalistischen Bedingungen, dass ihr bei uns dank solchen entscheidenden ökonomischen Bedingungen, wie dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln, der Beseitigung des Systems der Lohnarbeit, der Beseitigung des Systems der Ausbeutung, feste Grenzen gezogen sind?
Man sagt. dass nach der Konstituierung der Herrschaft des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln in unserem Lande, nach der Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und der Ausbeutung die Existenz der Warenproduktion ihren Sinn verloren habe und die Warenproduktion infolgedessen beseitigt werden müsste.

Das stimmt ebenfalls nicht. Gegenwärtig existieren bei uns zwei grundlegende Formen der sozialistischen Produktion: die staatliche, volkseigene, und die kollektivwirtschaftliche, die man nicht als volkseigene bezeichnen kann. In den staatlichen Betrieben sind die Produktionsmittel und die Erzeugnisse der Produktion allgemeines Volkseigentum. In den kollektivwirtschaftlichen Betrieben hingegen sind, obwohl die Produktionsmittel (Boden, Maschinen) auch dem Staat gehören, die Erzeugnisse der Produktion jedoch Eigentum der einzelnen Kollektivwirtschaften, da es sich in den Kollektivwirtschaften sowohl um eigene Arbeit als auch um eigenes Saatgut handelt, während die Kollektivwirtschaften über den Boden, der ihnen zur unbefristeten Nutzung übergeben worden ist, faktisch wie über ihr Eigentum verfügen, obwohl sie ihn weder verkaufen noch kaufen, weder verpachten noch verpfänden dürfen.

Dieser Umstand führt dazu, dass der Staat nur über die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse nur die Kollektivwirtschaften als über ihr Eigentum verfügen. Aber die Kollektivwirtschaften wollen ihre Produkte nicht anders als in Form von Waren veräußern, für die sie im Austausch die von ihnen benötigten Waren erhalten wollen. Andere ökonomische Verbindungen mit der Stadt als Warenbeziehungen, als Austausch durch Kauf und Verkauf sind für die Kollektivwirtschaften gegenwärtig nicht annehmbar. Darum sind Warenproduktion und Warenumlauf bei uns gegenwärtig eine ebensolche Notwendigkeit, wie sie es beispielsweise vor dreißig Jahren waren, als Lenin die Notwendigkeit der allseitigen Entfaltung des Warenumlaufs verkündete.

Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer „Geldwirtschaft“ als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden. Solange dies aber nicht der Fall ist, solange die zwei grundlegenden Produktionssektoren bestehen bleiben, müssen Warenproduktion und Warenzirkulation als notwendiges und sehr nützliches Element im System unserer Volkswirtschaft in Kraft bleiben.

Auf welche Weise die Schaffung eines einheitlichen, vereinigten Sektors vor sich gehen wird, auf dem Wege der einfachen Aufsaugung des kollektivwirtschaftlichen Sektors durch den staatlichen Sektor, was wenig wahrscheinlich ist (denn das würde als Expropriation der Kollektivwirtschaften aufgefasst werden), oder auf dem Wege der Organisierung eines einheitlichen Wirtschaftsorgans des ganzen Volkes (in dem die staatliche Industrie und die Kollektivwirtschaften vertreten sein werden) mit dem Recht zunächst der Erfassung aller Konsumgüter des Landes und im Laufe der Zeit auch der Verteilung der Produkte, sagen wir, auf dem Wege des Produktenaustauschs - das ist eine besondere Frage, die eine getrennte Behandlung erfordert.

Folglich stellt unsere Warenproduktion keine gewöhnliche Warenproduktion dar, sondern eine Warenproduktion besonderer Art, eine Warenproduktion ohne Kapitalisten, die es hauptsächlich mit Waren vereinigter sozialistischer Produzenten (Staat, Kollektivwirtschaften, Genossenschaften) zu tun hat, deren Wirkungsbereich auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt ist, die sich offensichtlich keinesfalls zur kapitalistischen Produktion entwickeln kann und dazu bestimmt ist, zusammen mit ihrer „Geldwirtschaft“ der Entwicklung und Festigung der sozialistischen Produktion zu dienen.

Darum sind jene Genossen völlig im Unrecht, die erklären: Da die sozialistische Gesellschaft die Warenform der Produktion nicht aufhebt, müssen bei uns angeblich alle dem Kapitalismus eigenen ökonomischen Kategorien wiederhergestellt werden: die Arbeitskraft als Ware, der Mehrwert, das Kapital, der Kapitalprofit, die Durchschnittsprofitrate usw. Diese Genossen verwechseln die Warenproduktion mit der kapitalistischen Produktion und nehmen an, dass, wenn schon Warenproduktion da ist, auch kapitalistische Produktion da sein müsse. Sie

begreifen nicht, dass sich unsere Warenproduktion grundlegend von der Warenproduktion im Kapitalismus unterscheidet.
Mehr noch, ich denke, es ist notwendig, auch einige andere Begriffe über Bord zu werfen, die dem „Kapital“ von Marx entnommen sind, wo Marx sich mit der Analyse des Kapitalismus beschäftigt hat, und die unseren sozialistischen Verhältnissen künstlich angeheftet werden. Ich denke hier unter anderem an Begriffe wie „notwendige“ Arbeit und „Mehr“arbeit, „notwendiges“ Produkt und „Mehr“produkt, „notwendige“ Arbeitszeit und „Surplus“arbeitszeit. Marx hat den Kapitalismus analysiert, um die Quelle der Ausbeutung der Arbeiterklasse, den Mehrwert aufzudecken und der der Produktionsmittel beraubten Arbeiterklasse die geistige Waffe für den Sturz des Kapitalismus zu geben. Es ist klar, dass Marx dabei Begriffe (Kategorien) verwendet, die den kapitalistischen Beziehungen völlig entsprechen. Aber es ist mehr als sonderbar, jetzt mit diesen Begriffen zu operieren, da die Arbeiterklasse der Macht und der Produktionsmittel nicht nur nicht beraubt ist, sondern umgekehrt, die Macht in ihren Händen hat und die Produktionsmittel besitzt. Jetzt, bei unserer Ordnung, klingen die Worte von der Arbeitskraft als Ware, vom „Dingen“ der Arbeiter recht absurd: als ob die Arbeiterklasse, die die Produktionsmittel besitzt, sich selbst dingt und an sich selbst ihre Arbeitskraft verkauft. Ebenso sonderbar ist es, jetzt von „notwendiger“ Arbeit und „Mehr“arbeit zu sprechen: als ob unter unseren Bedingungen die Arbeit der Arbeiter, die für die Gesellschaft geleistet wird und die der Erweiterung der Produktion, der Entwicklung des Bildungswesens, des Gesundheitsschutzes, der Organisierung der Verteidigung usw. gilt, für die Arbeiterklasse, die heute an der Macht steht, nicht ebenso notwendig wäre wie die Arbeit, die für die Deckung des persönlichen Bedarfs des Arbeiters und seiner Familie verausgabt wird.
Es muss bemerkt werden, dass Marx in seiner Arbeit „Kritik des Gothaer Programms“, wo er schon nicht den Kapitalismus, sondern unter anderem die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft untersucht, die Arbeit, die für die Gesellschaft geleistet wird und die der Erweiterung der Produktion, dem Bildungswesen, dem Gesundheitsschutz, den Verwaltungskosten, der Bildung von Reserven usw. gilt, als ebenso notwendig anerkennt wie die Arbeit, die für die Deckung des Konsumbedarfs der Arbeiterklasse verausgabt wird.
Ich denke, unsere Wirtschaftswissenschaftler müssen dieses Missverhältnis zwischen den alten Begriffen und der neuen Sachlage in unserem sozialistischen Lande beseitigen und die alten Begriffe durch neue, der neuen Lage entsprechende, ersetzen.
Wir konnten dieses Missverhältnis bis zu einer gewissen Zeit dulden, jetzt aber ist die Zeit gekommen, wo wir dieses Missverhältnis endlich beseitigen müssen.

3. Die Frage des Wertgesetzes im Sozialismus

Mitunter wird die Frage gestellt: Besteht und wirkt bei uns, in unserer sozialistischen Ordnung, das Wertgesetz?
Ja, es besteht und wirkt. Dort, wo es Waren und Warenproduktion gibt, muss es auch das Wertgesetz geben.
Der Wirkungsbereich des Wertgesetzes erstreckt sich bei uns vor allem auf die Warenzirkulation, auf den Warenaustausch durch Kauf und Verkauf, auf den Austausch hauptsächlich von Waren des persönlichen Bedarfs. Hier, auf diesem Gebiet, behält das Wertgesetz, natürlich in bestimmten Grenzen, die Rolle eines Regulators.
Aber die Wirkungen des Wertgesetzes sind nicht auf die Sphäre der Warenzirkulation beschränkt. Sie erstrecken sich auch auf die Produktion. Allerdings hat das Wertgesetz in unserer sozialistischen Produktion keine regulierende Bedeutung, aber es wirkt dennoch auf die Produktion ein, und das darf bei der Leitung der Produktion nicht außer acht gelassen werden. Es ist so, dass die Konsumgüter, die für die Deckung des Aufwands an Arbeitskraft im Produktionsprozess notwendig sind, bei uns als Waren erzeugt und realisiert werden, die

der Wirkung des Wertgesetzes unterliegen. Hier gerade zeigt sich die Einwirkung des Wertgesetzes auf die Produktion. Im Zusammenhang damit haben in unseren Betrieben solche Fragen wie die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Rentabilität, die Selbstkosten, die Preise und dergleichen aktuelle Bedeutung. Darum können und dürfen unsere Betriebe das Wertgesetz nicht außer acht lassen.

Ist das gut? Es ist nicht schlecht. Bei unseren gegenwärtigen Verhältnissen ist es tatsächlich nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler im Geiste der rationellen Betriebsführung erzieht und sie zur Disziplin anhält. Es ist nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler lehrt, die Produktionsgrößen zu berechnen, sie genau zu berechnen und ebenso genau die realen Dinge in der Produktion in Rechnung zu stellen, anstatt sich mit Geschwätz über aus der Luft gegriffene „schätzungsweise Angaben“ zu befassen. Es ist nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler lehrt, die in der Produktion verborgenen Reserven zu suchen, ausfindig zu machen und auszunutzen, anstatt sie mit Füßen zu treten. Es ist nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler lehrt, systematisch die Produktionsmethoden zu verbessern, die Selbstkosten der Produktion zu senken, die wirtschaftliche Rechnungsführung zu verwirklichen und die Rentabilität der Betriebe zu erzielen. Dies ist eine gute, praktische Schule, die das Wachstum unserer Wirtschaftskader und ihre Verwandlung in wirkliche Leiter der sozialistischen Produktion in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe beschleunigt.

Schlimm ist nicht, dass das Wertgesetz bei uns auf die Produktion einwirkt. Schlimm ist, dass unsere Wirtschaftler und Planer, mit wenigen Ausnahmen, die Wirkungen des Wertgesetzes schlecht kennen, sie nicht studieren, und es nicht verstehen, sie in ihren Berechnungen zu berücksichtigen. Daraus erklärt sich denn auch das Durcheinander, das bei uns immer noch in der Frage der Preispolitik herrscht. Nur eins der zahlreichen Beispiele: Vor einiger Zeit wurde beschlossen, das Verhältnis zwischen Baumwoll- und Getreidepreisen, im Interesse des Baumwollanbaus, zu regeln, die Preise für das Getreide, das an die Baumwollbauern verkauft wird, genauer festzulegen und die Preise für die Baumwolle, die an den Staat abgeliefert wird, zu erhöhen. Im Zusammenhang damit unterbreiteten unsere Wirtschaftler und Planer einen Vorschlag, der die ZK-Mitglieder nur in Erstaunen setzen konnte, da nach diesem Vorschlag für eine Tonne Getreide fast der gleiche Preis vorgeschlagen wurde wie für eine Tonne Baumwolle, wobei der Preis für eine Tonne Getreide dem Preis für eine Tonne gebackenes Brot gleichgesetzt wurde. Auf die Bemerkungen der ZK-Mitglieder, dass der Preis für eine Tonne gebackenes Brot in Anbetracht der zusätzlichen Kosten für das Mahlen und Backen höher sein muss als der Preis für eine Tonne Getreide, dass Baumwolle überhaupt viel teurer ist als Getreide, wovon auch die Weltmarktpreise für Baumwolle und Getreide zeugen, konnten die Verfasser des Vorschlags nichts Vernünftiges sagen. Infolgedessen musste das ZK die Sache in die Hand nehmen, die Getreidepreise herabsetzen und die Baumwollpreise erhöhen. Was wäre geschehen, wenn der Vorschlag dieser Genossen Gesetzeskraft erlangt hätte? Wir hätten die Baumwollbauern ruiniert und wären ohne Baumwolle geblieben.

Bedeutet dies alles jedoch, dass die Wirkungen des Wertgesetzes bei uns den gleichen Spielraum haben wie im Kapitalismus, dass das Wertgesetz bei uns der Regulator der Produktion ist? Nein, das bedeutet es nicht. In der Tat ist der Wirkungsbereich des Wertgesetzes in unserer ökonomischen Ordnung streng begrenzt, sind diesem Wirkungsbereich Schranken gesetzt. Es wurde bereits gesagt, dass der Wirkungsbereich der Warenproduktion in unserer Ordnung begrenzt ist und ihm Schranken gesetzt sind. Das gleiche muss über den Wirkungsbereich des Wertgesetzes gesagt werden. Ohne Zweifel müssen das Fehlen des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande den Wirkungsbereich des Wertgesetzes und seine Einwirkung auf die Produktion einschränken.

In der gleichen Richtung wirkt das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft, das an die Stelle des Gesetzes der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion getreten ist.
In der gleichen Richtung wirken unsere Jahres- und Fünfjahrpläne und überhaupt unsere ganze Wirtschaftspolitik, die sich auf die Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft stützen.
Das alles zusammengenommen führt dazu, dass der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns streng begrenzt ist und das Wertgesetz in unserer Ordnung nicht die Rolle des Regulators der Produktion spielen kann.
Daraus erklärt sich denn auch die „erstaunliche“ Tatsache, dass trotz des ununterbrochenen und stürmischen Wachstums unserer sozialistischen Produktion das Wertgesetz bei uns nicht zu Überproduktionskrisen führt, während dasselbe Wertgesetz, das im Kapitalismus einen breiten Wirkungsbereich hat, trotz des niedrigen Wachstumstempos der Produktion in den kapitalistischen Ländern, zu periodischen Oberproduktionskrisen führt.
Man sagt, das Wertgesetz sei ein ständiges Gesetz, das für alle Perioden der historischen Entwicklung unbedingt gültig sei, das Wertgesetz bleibe, auch wenn es in der Periode der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft seine Kraft als Regulator der Tauschbeziehungen verliert, in dieser Entwicklungsphase doch in Kraft als Regulator der Verhältnisse zwischen den verschiedenen Produktionszweigen, als Regulator der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen.
Das ist völlig falsch. Der Wert ist, wie auch das Wertgesetz, eine historische Kategorie, die mit der Existenz der Warenproduktion verbunden ist. Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwinden auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz.
In der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft wird die Menge der für die Herstellung der Produkte aufgewandten Arbeit nicht auf einem Umwege gemessen werden, nicht vermittels des Wertes und seiner Formen, wie es in der Warenproduktion der Fall ist, sondern direkt und unmittelbar - durch die zur Herstellung der Produkte verausgabte Menge der Zeit, Menge der Stunden. Was die Verteilung der Arbeit anbelangt, so wird die Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen nicht durch das Wertgesetz reguliert werden, das zu dieser Zeit seine Kraft verlieren wird, sondern durch das Wachstum des Bedarfs der Gesellschaft an Produkten. Das wird eine Gesellschaft sein, in der die Produktion durch die Bedürfnisse der Gesellschaft reguliert werden und die Erfassung der Bedürfnisse der Gesellschaft für die Planungsorgane erstrangige Bedeutung erlangen wird.
Völlig falsch ist auch die Behauptung, dass in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung, in der ersten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft, das Wertgesetz angeblich die „Proportionen“ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere.
Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.
Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den „nötigen Effekt“ zeitigt, nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werden, in denen die Arbeit der Arbeiter einen „größeren Effekt“ zeitigen könnte.
Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe übergeführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die „Proportion“ der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen reguliert.
Es ist offensichtlich, dass wir, wollten wir in die Fußtapfen dieser Genossen treten, uns von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen müssten zugunsten der

Produktion von Konsumtionsmitteln. Was aber bedeutet, sich von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen? Das bedeutet, unserer Volkswirtschaft die Möglichkeit des ununterbrochenen Wachstums zu nehmen, denn es ist unmöglich, das ununterbrochene Wachstum der Volkswirtschaft zu gewährleisten, ohne zugleich das Primat der Produktion von Produktionsmitteln zu gewährleisten.

Diese Genossen vergessen, dass das Wertgesetz nur im Kapitalismus, nur beim Vorhandensein des Privateigentums an den Produktionsmitteln, beim Vorhandensein der Konkurrenz, der Anarchie der Produktion, der Überproduktionskrisen Regulator der Produktion sein kann. Sie vergessen, dass der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns durch das Vorhandensein des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, durch die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft eingeschränkt ist - dass er folglich auch durch unsere Jahres- und Fünfjahrpläne eingeschränkt ist, die eine annähernde Widerspiegelung der Erfordernisse dieses Gesetzes sind.

Manche Genossen ziehen daraus den Schluss, dass das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft das Prinzip der Rentabilität der Produktion aufheben. Das ist völlig falsch. Die Sache verhält sich gerade umgekehrt. Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern.

Kurz gesagt, es kann kein Zweifel bestehen, dass unter unseren gegenwärtigen sozialistischen Produktionsbedingungen das Wertgesetz nicht der „Regulator der Proportionen“ bei der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen sein kann.

4. Die Frage der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, sowie die Frage der Beseitigung der Unterschiede zwischen ihnen

Diese Überschrift berührt eine Reihe von Problemen, die sich wesentlich voneinander unterscheiden; ich vereinige sie jedoch in einem Kapitel, nicht um sie miteinander zu vermengen, sondern ausschließlich der Kürze der Darstellung wegen.

Das Problem der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft ist ein bekanntes Problem, das bereits vor langem von Marx und Engels behandelt wurde. Die ökonomische Grundlage dieses Gegensatzes bilden die Ausbeutung des Dorfes durch die Stadt, die Expropriation der Bauernschaft und die Ruinierung der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung durch den ganzen Verlauf der Entwicklung der Industrie, des Handels, des Kreditsystems im Kapitalismus. Darum muss der Gegensatz zwischen Stadt und Land im Kapitalismus als Interessengegensatz betrachtet werden. Auf diesem Boden entstand das feindliche Verhalten des Dorfes zur Stadt und überhaupt zu den „Städtern“.

Zweifellos musste mit der Beseitigung des Kapitalismus und des Systems der Ausbeutung, mit der Festigung der sozialistischen Ordnung in unserem Lande auch der Interessengegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft verschwinden. So geschah es auch. Die gewaltige Hilfe, die unserer Bauernschaft von der sozialistischen Stadt, von unserer Arbeiterklasse bei der Liquidierung der Gutsbesitzer und des Kulakentums erwiesen wurde, festigte den Boden für das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, und die

systematische Versorgung der Bauernschaft und ihrer Kollektivwirtschaften mit erstklassigen Traktoren und anderen Maschinen verwandelte das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft in Freundschaft zwischen ihnen. Natürlich stellen die Arbeiter und die Kollektivbauernschaft dennoch zwei Klassen dar, die sich ihrer Lage nach voneinander unterscheiden. Aber dieser Unterschied schwächt in keiner Weise ihre Freundschaft. Im Gegenteil, ihre Interessen liegen auf der gleichen gemeinsamen Linie, auf der Linie der Festigung der sozialistischen Ordnung und des Sieges des Kommunismus. Es ist daher nicht verwunderlich, dass von dem früheren Misstrauen, schon gar nicht zu reden von dem Hass des Dorfes gegen die Stadt, auch nicht eine Spur übrig geblieben ist.

All dies bedeutet, dass dem Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft durch unsere gegenwärtige sozialistische Ordnung bereits der Boden entzogen ist.

Das bedeutet natürlich nicht, dass die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land zum „Untergang der großen Städte“ führen muss (siehe den „Anti-Dühring“ von Engels). Die großen Städte werden nicht nur nicht untergehen, sondern es werden noch neue große Städte entstehen als Zentren des größten Wachstums der Kultur, als Zentren nicht nur der Großindustrie, sondern auch der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte und der mächtigen Entwicklung aller Zweige der Nahrungsmittelindustrie. Dieser Umstand wird das kulturelle Aufblühen des Landes erleichtern und zur Angleichung der Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Lande führen.

Eine analoge Lage haben wir in Bezug auf das Problem der Aufhebung des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Dieses Problem ist ebenfalls ein bekanntes Problem, das bereits vor langem von Marx und Engels behandelt wurde. Die ökonomische Grundlage des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit ist die Ausbeutung der körperlich Arbeitenden durch Vertreter geistiger Arbeit. Allen bekannt ist die Kluft, die während des Kapitalismus in den Betrieben zwischen den körperlich Arbeitenden und dem leitenden Personal bestand. Bekanntlich hat sich auf Grund dieser Kluft das feindliche Verhalten der Arbeiter zum Direktor, zum Meister, zum Ingenieur und zu den anderen Vertretern des technischen Personals, als zu ihren Feinden, entwickelt. Es ist klar, dass mit der Beseitigung des Kapitalismus und des Systems der Ausbeutung auch der Interessengegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit verschwinden musste. Und er ist in unserer heutigen sozialistischen Ordnung tatsächlich verschwunden. Jetzt sind die körperlich Arbeitenden und das leitende Personal nicht Feinde, sondern Genossen, Freunde, Mitglieder des einheitlichen Produktionskollektivs, die am Gedeihen und an der Verbesserung der Produktion zutiefst interessiert sind. Von der früheren Feindschaft zwischen ihnen ist auch nicht eine Spur übrig geblieben,

Einen völlig anderen Charakter hat das Problem des Verschwindens der Unterschiede zwischen der Stadt (Industrie) und dem Dorf (Landwirtschaft), zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Dieses Problem wurde von den Klassikern des Marxismus nicht behandelt. Das ist ein neues Problem, vor das wir durch die Praxis unseres sozialistischen Aufbaus gestellt wurden.

Ist das nicht ein ausgeklügeltes Problem, hat es für uns irgendeine praktische oder theoretische Bedeutung? Nein, dieses Problem darf man nicht als ausgeklügeltes Problem betrachten. Im Gegenteil, es ist ein für uns im höchsten Maße ernstes Problem.

Wenn man zum Beispiel den Unterschied zwischen der Landwirtschaft und der Industrie nimmt, so besteht er bei uns nicht nur darin, dass die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft von den Arbeitsbedingungen in der Industrie verschieden sind, sondern vor allem und hauptsächlich darin, dass wir in der Industrie allgemeines Volkseigentum an den Produktionsmitteln und den Erzeugnissen der Produktion haben, während wir in der Landwirtschaft nicht allgemeines Volkseigentum, sondern Gruppeneigentum, kollektivwirtschaftliches Eigentum haben. Es wurde bereits gesagt, dass dieser Umstand zur

Erhaltung der Warenzirkulation führt, dass nur mit dem Verschwinden dieses Unterschieds zwischen der Industrie und der Landwirtschaft die Warenproduktion mit allen sich aus ihr ergebenden Folgen verschwinden kann. Folglich kann nicht geleugnet werden, dass das Verschwinden dieses wesentlichen Unterschieds zwischen der Landwirtschaft und der Industrie für uns erstrangige Bedeutung haben muss.

Dasselbe muss über das Problem der Beseitigung des wesentlichen Unterschieds zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gesagt werden. Dieses Problem ist für uns ebenfalls von erstrangiger Bedeutung. Bis zu Beginn der Entfaltung des sozialistischen Massenwettbewerbs ging das Wachstum der Industrie bei uns nur mit großen Reibungen vor sich, und viele Genossen stellten sogar die Frage der Verlangsamung des Tempos der Entwicklung der Industrie. Das erklärt sich hauptsächlich daraus, dass das kulturelle und technische Niveau der Arbeiter zu niedrig war und weit hinter dem Niveau des technischen Personals zurückblieb. Die Sache änderte sich jedoch grundlegend, nachdem der sozialistische Wettbewerb bei uns Massencharakter angenommen hatte. Gerade danach ging es mit der Industrie in beschleunigtem Tempo aufwärts. Warum nahm der sozialistische Wettbewerb Massencharakter an? Weil sich unter den Arbeitern ganze Gruppen von Genossen fanden, die sich nicht nur das technische Minimum aneigneten, sondern weitergingen, das Niveau des technischen Personals erreichten und begannen, die Techniker und Ingenieure zu korrigieren, mit den bestehenden Normen als veralteten Normen zu brechen und neue, zeitgemäßere Normen einzuführen usw. Was wäre gewesen, wenn nicht einzelne Gruppen von Arbeitern, sondern die Mehrheit der Arbeiter ihr kulturelles und technisches Niveau auf das Niveau von Ingenieuren und Technikern gehoben hätten? Unsere Industrie hätte eine Höhe erreicht, die für die Industrie anderer Länder unerreichbar ist. Folglich kann nicht geleugnet werden, dass die Beseitigung des wesentlichen Unterschieds zwischen geistiger und körperlicher Arbeit durch Hebung des kulturellen und technischen Niveaus der Arbeiter auf das Niveau des technischen Personals für uns erstrangige Bedeutung haben muss.

Manche Genossen behaupten, dass mit der Zeit nicht nur der wesentliche Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit verschwinde, sondern dass sogar jeglicher Unterschied zwischen ihnen verschwinde. Das stimmt nicht. Die Beseitigung des wesentlichen Unterschieds zwischen Industrie und Landwirtschaft kann nicht zur Beseitigung jeglichen Unterschieds zwischen ihnen führen. Irgendein Unterschied, wenn auch kein wesentlicher, wird angesichts der Verschiedenheit der Arbeitsbedingungen in der Industrie und in der Landwirtschaft unbedingt bestehen bleiben. Sogar in der Industrie sind, wenn man ihre verschiedenen Zweige betrachtet, die Arbeitsbedingungen nicht überall die gleichen: Die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter beispielsweise sind von den Arbeitsbedingungen der Arbeiter einer mechanisierten Schuhfabrik verschieden, die Arbeitsbedingungen der Arbeiter im Erzbergbau sind von den Arbeitsbedingungen der Arbeiter in der Maschinenbauindustrie verschieden. Wenn dies richtig ist, so muss umso mehr ein gewisser Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft bestehen bleiben.

Dasselbe muss über den Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gesagt werden. Der wesentliche Unterschied zwischen ihnen im Sinne der großen Ungleichheit im kulturell-technischen Niveau wird unbedingt verschwinden. Aber irgendein Unterschied, wenn auch kein wesentlicher, wird dennoch bestehen bleiben, und sei es nur darum, weil die Arbeitsbedingungen des leitenden Personals der Betriebe und die Arbeitsbedingungen der Arbeiter nicht die gleichen sind.

Die Genossen, die das Gegenteil behaupten, stützen sich wahrscheinlich auf die bekannte Formulierung in einigen meiner Ausführungen, wo von der Beseitigung des Unterschieds zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit die Rede ist, ohne dass der Vorbehalt gemacht wird, dass es sich um die Beseitigung des wesentlichen, nicht aber jeglichen Unterschieds handelt. Die Genossen haben meine Formulierung eben in

diesem Sinne aufgefasst und angenommen, dass die Beseitigung jeglichen Unterschieds gemeint ist. Das bedeutet aber, dass die Formulierung ungenau, unbefriedigend war. Man muss sie fallenlassen und durch eine andere Formulierung ersetzen, die von der Beseitigung der wesentlichen Unterschiede und vom Bestehenbleiben unwesentlicher Unterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit spricht.

5. Die Frage des Zerfalls des einheitlichen Weltmarktes und der Vertiefung der Krise des kapitalistischen Weltsystems

Als wichtigstes ökonomisches Ergebnis des zweiten Weltkrieges und seiner wirtschaftlichen Folgen muss der Zerfall des einheitlichen, allumfassenden Weltmarktes betrachtet werden. Dieser Umstand bedingte die weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems.

Der zweite Weltkrieg selbst ist durch diese Krise hervorgebracht worden. Jede der zwei kapitalistischen Koalitionen, die sich während des Krieges ineinander verbissen hatten, rechnete darauf, den Gegner zu schlagen und die Weltherrschaft zu erlangen. Darin suchten sie den Ausweg aus der Krise. Die Vereinigten Staaten von Amerika rechneten darauf, ihre gefährlichsten Konkurrenten, Deutschland und Japan, auszuschalten, die ausländischen Märkte sowie die Weltrohstoffressourcen an sich zu reißen und die Weltherrschaft zu erlangen.

Der Krieg hat diese Hoffnungen jedoch nicht erfüllt. Zwar wurden Deutschland und Japan als Konkurrenten der drei wichtigsten kapitalistischen Länder, der USA, Englands, Frankreichs, ausgeschaltet. Aber zugleich fielen China und in Europa die anderen volksdemokratischen Länder vom kapitalistischen System ab und bildeten zusammen mit der Sowjetunion das einheitliche und mächtige sozialistische Lager, das dem Lager des Kapitalismus gegenübersteht. Das ökonomische Ergebnis der Existenz der zwei gegensätzlichen Lager ist, dass der einheitliche, allumfassende Weltmarkt zerfallen ist und wir infolgedessen jetzt zwei parallele Weltmärkte haben, die ebenfalls einander gegenüberstehen.

Es muss bemerkt werden, dass die USA sowie England und Frankreich, natürlich ohne ihren Willen, die Bildung und Festigung des neuen, parallelen Weltmarktes selbst gefördert haben. Sie haben über die UdSSR, China und die europäischen volksdemokratischen Länder, die sich nicht dem „Marshallplan“-System angeschlossen haben, die ökonomische Blockade verhängt in der Hoffnung, sie damit zu erdrosseln. In der Tat aber ergab sich keine Erdrosselung, sondern eine Festigung des neuen Weltmarktes.

Das Wesentliche ist hierbei jedoch natürlich nicht die ökonomische Blockade, sondern, dass sich diese Länder in der Nachkriegsperiode wirtschaftlich zusammengeschlossen und eine ökonomische Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe in die Wege geleitet haben. Die Erfahrung dieser Zusammenarbeit zeigt, dass kein einziges kapitalistisches Land den volksdemokratischen Ländern eine so wirksame und technisch qualifizierte Hilfe hätte erweisen können, wie sie ihnen die Sowjetunion erweist. Es geht nicht nur darum, dass diese Hilfe äußerst wohlfeil und technisch erstklassig ist. Es geht vor allem darum, dass dieser Zusammenarbeit der aufrichtige Wunsch zugrunde liegt, einander zu helfen und einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen. Das Ergebnis ist, dass wir ein hohes Tempo der industriellen Entwicklung in diesen Ländern haben. Man kann mit Bestimmtheit sagen, dass es bei einem solchen Entwicklungstempo der Industrie bald dahin kommt, dass diese Länder nicht nur nicht auf die Einfuhr von Waren aus den kapitalistischen Ländern angewiesen sind, sondern selbst die Notwendigkeit spüren, die überschüssigen Waren ihrer Produktion zu exportieren.

Daraus folgt aber, dass das Gebiet, wo die ausschlaggebenden kapitalistischen Länder (USA, England, Frankreich) mit ihren Kräften auf die Weltressourcen einwirken, sich nicht erweitern, sondern einengen wird, dass sich für diese Länder die Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt

verschlechtern werden und dass die Unterbelastung der Betriebe in diesen Ländern zunehmen wird. Darin besteht eigentlich auch die Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems im Zusammenhang mit dem Zerfall des Weltmarktes.
Das spüren die Kapitalisten selbst, denn es ist schwer, den Verlust solcher Märkte wie der UdSSR und Chinas nicht zu spüren. Sie bemühen sich, über diese Schwierigkeiten durch den „Marshallplan“, den Krieg in Korea, das Rüstungsfieber und die Militarisierung der Industrie hinwegzukommen. Das sieht aber genauso aus, als ob Ertrinkende nach dem Strohhalm greifen.
Im Zusammenhang mit dieser Lage sind den Wirtschaftswissenschaftlern zwei Fragen gestellt:
a) Kann man behaupten, dass Stalins bekannte, vor dem zweiten Weltkrieg aufgestellte These über die relative Stabilität der Märkte in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus noch immer in Kraft bleibt?
b) Kann man behaupten, dass Lenins bekannte, im Frühjahr 1916 aufgestellte These, wonach der Kapitalismus trotz seiner Fäulnis „im großen und ganzen unvergleichlich schneller wächst als früher“, noch immer in Kraft bleibt?
Ich denke, das kann man keineswegs behaupten. Angesichts der neuen Bedingungen, die im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg aufgetreten sind, muss festgestellt werden, dass beide Thesen ihre Geltung verloren haben.

6. Die Frage der Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern

Manche Genossen behaupten, dass infolge der Entwicklung der neuen internationalen Bedingungen nach dem zweiten Weltkrieg Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern nicht mehr unvermeidlich seien. Sie meinen, dass die Gegensätze zwischen dem Lager des Sozialismus und dem Lager des Kapitalismus stärker seien als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sich die anderen kapitalistischen Länder so weit untergeordnet hätten, um ihnen nicht zu gestatten, untereinander Krieg zu führen und sich gegenseitig zu schwächen, dass die tonangebenden Leute des Kapitalismus aus der Erfahrung zweier Weltkriege, die der ganzen kapitalistischen Welt schweren Schaden zugefügt haben, genügend gelernt hätten, um sich nicht noch einmal zu erlauben, die kapitalistischen Länder in einen Krieg gegeneinander hineinzuziehen - dass infolge all dessen die Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern nicht mehr unvermeidlich seien.
Diese Genossen irren sich. Sie sehen die an der Oberfläche schimmernden äußeren Erscheinungen, aber sie sehen nicht die in der Tiefe wirkenden Kräfte, die, obwohl sie vorläufig unmerkbar wirken, dennoch den Lauf der Ereignisse bestimmen werden.
Nach außen hin scheint alles „wohlgeordnet“ zu sein. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Westeuropa, Japan und andere kapitalistische Länder auf Ration gesetzt; (West)-Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, die in die Klauen der USA geraten sind, führen gehorsam die Befehle der USA aus. Es wäre aber falsch, wollte man annehmen, dieser „wohlgeordnete Zustand“ könne „in alle Ewigkeit“ erhalten bleiben, diese Länder würden die Herrschaft und das Joch der Vereinigten Staaten von Amerika endlos dulden, sie würden nicht versuchen, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und den Weg einer selbständigen Entwicklung zu beschreiten.
Nehmen wir vor allem England und Frankreich. Ohne Zweifel sind dies imperialistische Länder. Ohne Zweifel haben billige Rohstoffe und gesicherte Absatzmärkte für sie erstrangige Bedeutung. Kann man annehmen, dass sie die gegenwärtige Lage endlos dulden werden, da die Amerikaner unter dem Deckmantel der „Hilfe“ auf der Linie des „Marshallplans“ in die Wirtschaft Englands und Frankreichs eindringen und bestrebt sind, sie in ein Anhängsel der Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zu verwandeln, da das

amerikanische Kapital die Rohstoffe und die Absatzmärkte in den englisch-französischen Kolonien an sich reißt und damit den hohen Profiten der englisch-französischen Kapitalisten eine Katastrophe bereitet? Ist es nicht richtiger zu sagen, dass das kapitalistische England und, ihm folgend, auch das kapitalistische Frankreich schließlich und endlich gezwungen sein werden, sich aus der Umarmung der USA loszureißen und einen Konflikt mit ihnen zu riskieren, um sich eine selbständige Stellung und, natürlich, hohe Profite zu sichern?

Gehen wir zu den hauptsächlichen besiegten Ländern über, zu (West-)Deutschland und Japan. Diese Länder fristen jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein. Ihre Industrie und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise sind durch das amerikanische Besatzungsregime gefesselt. Aber diese Länder waren doch gestern noch imperialistische Großmächte, die die Grundlagen der Herrschaft Englands, der USA und Frankreichs in Europa und in Asien erschütterten. Wollte man annehmen, diese Länder würden nicht versuchen, wieder auf die Beine zu kommen, das „Regime“ der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbständigen Entwicklung vorzudringen - so hieße das, an Wunder glauben.

Man sagt, dass die Gegensätze zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus stärker sind als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern. Theoretisch ist das natürlich richtig. Das ist nicht nur jetzt, in der gegenwärtigen Zeit, richtig, das war auch vor dem zweiten Weltkrieg richtig. Und dessen waren sich die Machthaber der kapitalistischen Länder mehr oder weniger bewusst. Und dennoch begann der zweite Weltkrieg nicht mit einem Krieg gegen die UdSSR, sondern mit dem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern. Warum? Erstens, weil ein Krieg gegen die UdSSR, als das Land des Sozialismus, für den Kapitalismus gefährlicher ist als ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern, denn wenn es bei einem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern nur um die Frage der Vorherrschaft dieser oder jener kapitalistischen Länder über andere kapitalistische Länder geht, so muss ein Krieg gegen die UdSSR unbedingt die Frage der Existenz des Kapitalismus selbst aufwerfen. Zweitens, weil die Kapitalisten, obwohl sie zum Zwecke der „Propaganda“ über eine Aggressivität der Sowjetunion zetern, selbst nicht an solche Aggressivität glauben, da sie der Friedenspolitik der Sowjetunion Rechnung tragen und wissen, dass die Sowjetunion die kapitalistischen Länder nicht von sich aus angreifen wird.

Nach dem ersten Weltkrieg hat man ebenfalls angenommen, Deutschland sei endgültig erledigt, ebenso wie auch heute manche Genossen meinen, Japan und Deutschland seien endgültig erledigt. Damals wurde auch davon geredet und in der Presse darüber geschrieen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika Europa auf Ration gesetzt haben, dass Deutschland nicht wieder auf die Beine kommen könne, dass es von nun an zwischen den kapitalistischen Ländern keine Kriege mehr geben könne. Doch hat sich Deutschland nach seiner Niederlage trotzdem in etwa 15-20 Jahren wiederaufgerichtet und ist als Großmacht wieder auf die Beine gekommen, nachdem es aus der Knechtschaft ausgebrochen war und den Weg einer selbständigen Entwicklung beschritten hatte. Dabei ist charakteristisch, dass niemand anders als England und die Vereinigten Staaten von Amerika Deutschland geholfen haben, sich ökonomisch aufzurichten und sein kriegswirtschaftliches Potential zu erhöhen. Natürlich verfolgten die USA und England, als sie Deutschland halfen, sich ökonomisch aufzurichten, die Absicht, Deutschland, nachdem es sich aufgerichtet hat, gegen die Sowjetunion zu lenken, es gegen das Land des Sozialismus auszuspielen. Deutschland richtete seine Kräfte jedoch in erster Linie gegen den englisch-französisch-amerikanischen Block. Und als Hitlerdeutschland der Sowjetunion den Krieg erklärte, schloss sich der englisch-französisch-amerikanische Block nicht nur nicht Hitlerdeutschland an, sondern war im Gegenteil gezwungen, eine Koalition mit der UdSSR gegen Hitlerdeutschland einzugehen.

Folglich erwiesen sich der Kampf der kapitalistischen Länder um die Märkte und der Wunsch, ihre Konkurrenten abzuwürgen, praktisch als stärker denn der Gegensatz zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus.

Es fragt sich, welche Garantien gibt es, dass Deutschland und Japan nicht erneut auf die Beine kommen, dass sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht.

Daraus folgt aber, dass die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen bleibt.

Man sagt, Lenins These, dass der Imperialismus unvermeidlich Kriege hervorbringt, müsse als veraltet angesehen werden, da gegenwärtig mächtige Volkskräfte herangewachsen sind, die zur Verteidigung des Friedens, gegen einen neuen Weltkrieg auftreten. Das ist falsch.

Die gegenwärtige Friedensbewegung verfolgt das Ziel, die Volksmassen zum Kampf für die Erhaltung des Friedens, zur Verhütung eines neuen Weltkrieges zu mobilisieren. Folglich setzt sie sich nicht das Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten - sie beschränkt sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes für die Erhaltung des Friedens. In dieser Beziehung unterscheidet sich die gegenwärtige Bewegung für die Erhaltung des Friedens von der Bewegung während des ersten Weltkrieges für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, da diese Bewegung weiterging und sozialistische Ziele verfolgte.

Es ist möglich, dass bei einem bestimmten Zusammentreffen von Umständen der Kampf für den Frieden sich hier und da zum Kampf um den Sozialismus entwickelt, aber das wird nicht mehr die gegenwärtige Friedensbewegung sein, sondern eine Bewegung zum Sturz des Kapitalismus.

Am wahrscheinlichsten ist, dass die gegenwärtige Friedensbewegung, als Bewegung für die Erhaltung des Friedens, im Falle des Erfolges zur Verhütung eines bestimmten Krieges, zu seinem zeitweiligen Aufschub, zur zeitweiligen Erhaltung des gegebenen Friedens, zum Rücktritt einer kriegslüsternen Regierung und zu ihrer Ablösung durch eine andere Regierung führt, die bereit ist, zeitweilig den Frieden zu erhalten. Das ist natürlich gut. Das ist sogar sehr gut. Aber dennoch genügt das nicht, um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern überhaupt zu beseitigen. Es genügt nicht, da bei allen diesen Erfolgen der Friedensbewegung der Imperialismus dennoch erhalten bleibt, bestehen bleibt und folglich auch die Unvermeidlichkeit der Kriege bestehen bleibt.

Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muss der Imperialismus vernichtet werden.

7. Die Frage der ökonomischen Grundgesetze des modernen Kapitalismus und des Sozialismus

Wie bekannt, wurde die Frage der ökonomischen Grundgesetze des Kapitalismus und des Sozialismus in der Diskussion einige Male aufgeworfen. Es wurden darüber verschiedene Meinungen geäußert, darunter die allerphantastischsten. Die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer reagierte allerdings nur schwach auf diese Frage, und in dieser Hinsicht gelangte man zu keinerlei Entscheidung. Jedoch hat kein Diskussionsteilnehmer das Bestehen solcher Gesetze in Abrede gestellt.

Besteht ein ökonomisches Grundgesetz des Kapitalismus? Ja, es besteht. Was ist das für ein Gesetz, welches sind seine charakteristischen Züge? Das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus ist ein Gesetz, das nicht irgendeine einzelne Seite oder irgendwelche einzelnen Prozesse der Entwicklung der kapitalistischen Produktion bestimmt, sondern alle wichtigsten Seiten und alle wichtigsten Prozesse dieser Entwicklung, folglich das Wesentliche der kapitalistischen Produktion, ihr Wesen, bestimmt.

Ist vielleicht das Wertgesetz das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus? Nein. Das Wertgesetz ist vor allem das Gesetz der Warenproduktion. Es bestand vor dem Kapitalismus und besteht ebenso wie die Warenproduktion nach dem Sturz des Kapitalismus, zum Beispiel

in unserem Lande, weiter, wenn auch mit beschränktem Wirkungsbereich. Natürlich spielt das Wertgesetz, das unter den Bedingungen des Kapitalismus einen breiten Wirkungsbereich hat, in der Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine große Rolle, aber es bestimmt nicht nur nicht das Wesen der kapitalistischen Produktion und die Grundlagen des kapitalistischen Profits, es wirft nicht einmal diese Probleme auf. Darum kann es nicht das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus sein.

Aus den gleichen Erwägungen kann das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion oder das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern nicht das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus sein.

Man sagt, das Gesetz der Durchschnittsprofitrate sei das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus. Das stimmt nicht. Der moderne Kapitalismus, der monopolistische Kapitalismus kann sich mit dem Durchschnittsprofit nicht begnügen, der angesichts der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals noch dazu die Tendenz hat zu fallen. Der moderne monopolistische Kapitalismus fordert nicht Durchschnittsprofit, sondern ein Maximum an Profit, das nötig ist, um die erweiterte Reproduktion mehr oder weniger regulär zu verwirklichen.

Am nächsten kommt dem Begriff des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus das Gesetz des Mehrwerts, das Gesetz der Entstehung und des Anwachsens des kapitalistischen Profits. Es bestimmt tatsächlich die grundlegenden Züge der kapitalistischen Produktion. Aber das Gesetz des Mehrwerts ist ein zu allgemeines Gesetz, es berührt nicht das Problem der höchsten Profitrate, deren Sicherung die Entwicklungsbedingung des monopolistischen Kapitalismus ist. Um diese Lücke auszufüllen, muss das Gesetz des Mehrwerts konkretisiert und weiterentwickelt werden in Anwendung auf die Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus, wobei zu berücksichtigen ist, dass der monopolistische Kapitalismus nicht irgendwelchen Profit, sondern gerade den Maximalprofit fordert. Dies ist denn auch das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus.

Die wichtigsten Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus könnten etwa folgendermaßen formuliert werden: Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dienen.

Man sagt, der Durchschnittsprofit könnte doch für die kapitalistische Entwicklung unter den modernen Bedingungen als völlig ausreichend betrachtet werden. Das stimmt nicht. Der Durchschnittsprofit ist die unterste Grenze der Rentabilität, unter der die kapitalistische Produktion unmöglich wird. Es wäre aber lächerlich, wollte man glauben, dass die Hauptmacher des modernen monopolistischen Kapitalismus, die Kolonien an sich reißen, Völker versklaven und Kriege anzetteln, bestrebt wären, sich nur den Durchschnittsprofit zu sichern. Nein, nicht der Durchschnittsprofit und nicht der Extraprofit, der in der Regel nur eine gewisse Erhöhung über den Durchschnittsprofit darstellt, sondern eben der Maximalprofit ist die Triebkraft des monopolistischen Kapitalismus. Gerade die Notwendigkeit, Maximalprofite zu erlangen, treibt den Monopolkapitalismus zu so riskanten Schritten wie Versklavung und systematische Ausplünderung der Kolonien und anderer rückständiger Länder, Verwandlung einer Reihe unabhängiger Länder in abhängige Länder, Organisierung neuer Kriege, die für die Hauptmacher des modernen Kapitalismus das beste „Business“ sind, um Maximalprofite herauszuholen, und schließlich wie der Versuch, die ökonomische Weltherrschaft zu erobern.

Die Bedeutung des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus besteht unter anderem darin, dass es, indem es alle wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiet der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Aufschwungperioden und Krisen, ihre Siege und

Niederlagen, ihre Vorzüge und Mängel - den ganzen Prozess ihrer widerspruchsvollen Entwicklung - bestimmt, die Möglichkeit gibt, sie zu verstehen und zu erklären.
Hier eins der zahlreichen „erstaunlichen“ Beispiele.
Allen bekannt sind die Tatsachen aus der Geschichte und der Praxis des Kapitalismus, die von der stürmischen Entwicklung der Technik im Kapitalismus zeugen, wo die Kapitalisten als Bannerträger der fortschrittlichen Technik, als Revolutionäre auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktionstechnik auftreten. Aber bekannt sind auch Tatsachen anderer Art, die davon zeugen, dass die Entwicklung der Technik im Kapitalismus aufgehalten wird, wo die Kapitalisten als Reaktionäre auf dem Gebiet der Entwicklung der neuen Technik auftreten und nicht selten zur Handarbeit übergehen.
Wodurch ist dieser schreiende Widerspruch zu erklären? Er ist nur durch das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus zu erklären, das heißt durch die Notwendigkeit der Erzielung von Maximalprofiten. Der Kapitalismus ist für neue Technik, wenn sie ihm Höchstprofite verheißt. Der Kapitalismus ist gegen die neue Technik und für den Übergang zur Handarbeit, wenn ihm die neue Technik nicht mehr Höchstprofite verheißt.
So ist es um das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus bestellt.
Besteht ein ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus? Ja, es besteht. Welches sind die wesentlichen Züge und Erfordernisse dieses Gesetzes? Die wesentlichen Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus könnten etwa folgendermaßen formuliert werden: Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.
Folglich: Statt Sicherung von Maximalprofiten - Sicherung der maximalen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft; statt Entwicklung der Produktion mit Unterbrechungen von Aufschwung zu Krise und von Krise zu Aufschwung - ununterbrochenes Wachstum der Produktion; statt periodischer, von der Zerstörung der Produktivkräfte der Gesellschaft begleiteter Unterbrechungen in der Entwicklung der Technik - stetige Vervollkommnung der Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.
Man sagt, das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus sei das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Das stimmt nicht. Die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft, und folglich auch die Planung der Volkswirtschaft, die die mehr oder weniger richtige Widerspiegelung dieses Gesetzes darstellt, können von sich aus nichts bieten, wenn nicht bekannt ist, um welcher Aufgabe willen die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft erfolgt, oder wenn die Aufgabe nicht klar ist. Das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft kann nur in dem Fall den notwendigen Effekt zeitigen, wenn eine Aufgabe vorhanden ist, um deren Verwirklichung willen die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft erfolgt. Das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft als solches kann diese Aufgabe nicht stellen. Umso weniger kann die Planung der Volkswirtschaft sie stellen. Diese Aufgabe ist in dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus enthalten, in Gestalt seiner oben dargelegten Erfordernisse. Darum kann sich das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft nur in dem Fall voll auswirken, wenn es sich auf das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus stützt.
Was die Planung der Volkswirtschaft anbelangt, so kann sie nur bei Beachtung von zwei Bedingungen positive Ergebnisse erzielen: a) wenn sie die Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft richtig widerspiegelt, b) wenn sie sich in allem nach den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus richtet.

8. Andere Fragen

1. Die Frage des außerökonomischen Zwangs im Feudalismus.

Natürlich hat der außerökonomische Zwang bei der Festigung der ökonomischen Macht der feudalen Grundherren eine Rolle gespielt, aber nicht er war die Grundlage des Feudalismus, sondern das feudale Grundeigentum.

2. Die Frage des persönlichen Eigentums des Kollektivbauernhofs.

Es wäre falsch, im Entwurf des Lehrbuchs zu sagen, „Jeder Kollektivbauernhof hat eine Kuh, Kleinvieh und Geflügel in persönlicher Nutzung“. Tatsächlich sind bekanntlich Kuh, Kleinvieh, Geflügel usw. nicht in persönlicher Nutzung, sondern persönliches Eigentum des Kollektivbauernhofs. Der Ausdruck „in persönlicher Nutzung“ ist offensichtlich dem Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels entnommen. Aber im Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels ist ein Fehler unterlaufen. In der Verfassung der UdSSR, die sorgfältiger ausgearbeitet wurde, wird etwas anderes gesagt, nämlich:

„Jeder Kollektivbauernhof hat ... als persönliches Eigentum eine Nebenwirtschaft auf dem Hofland, ein Wohnhaus, Nutzvieh, Geflügel und landwirtschaftliches Kleininventar.“

Das ist natürlich richtig.

Außerdem müsste weiter ausgeführt werden, dass jeder Kollektivbauer, je nach den örtlichen Verhältnissen, von einer bis zu soundso viel Kühen, soundso viel Schafen, Ziegen, Schweinen (ebenfalls von - bis, je nach den örtlichen Verhältnissen) und eine unbeschränkte Menge von Hausgeflügel (Enten, Gänse, Hühner, Puten) als persönliches Eigentum besitzt.

Diese Einzelheiten haben große Bedeutung für unsere ausländischen Genossen, die genau wissen wollen, was eigentlich nach der Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft bei uns als persönliches Eigentum im Kollektivbauernhof verblieben ist.

3. Die Frage der Höhe der Pachtzahlungen, die die Bauern an die Gutsbesitzer zu leisten hatten, sowie der Höhe der Ausgaben für den Bodenankauf.

Im Entwurf des Lehrbuchs wird gesagt, dass im Ergebnis der Nationalisierung des Grund und Bodens „die Bauernschaft von Pachtzahlungen an die Gutsbesitzer in Höhe von jährlich etwa 500 Millionen Rubel befreit wurde“ (man muss sagen „Goldrubel“). Diese Zahl müsste präzisiert werden, da sie, wie mir scheint, die Pachtzahlungen nicht in ganz Rußland, sondern nur in der Mehrzahl der Gouvernements Rußlands berücksichtigt. Dabei ist zu beachten, dass in einer Reihe von Randgebieten Rußlands die Pachtzahlungen in natura geleistet wurden, was von den Autoren des Lehrbuchentwurfs offensichtlich nicht berücksichtigt worden ist. Außerdem ist zu beachten, dass die Bauernschaft nicht nur von den Pachtzahlungen befreit wurde, sondern auch von den jährlichen Ausgaben für den Bodenankauf. Ist dies im Entwurf des Lehrbuchs berücksichtigt worden? Mir scheint, es ist nicht berücksichtigt worden, müsste aber berücksichtigt werden.

4. Die Frage des Zusammenwachsens der Monopole mit dem Staatsapparat.

Der Ausdruck „Zusammenwachsen“ passt nicht. Dieser Ausdruck stellt oberflächlich und beschreibend die Annäherung der Monopole und des Staates fest, deckt aber nicht den ökonomischen Sinn dieser Annäherung auf. Es ist so, dass der Prozess dieser Annäherung nicht einfach zum Zusammenwachsen führt, sondern zur Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole. Darum sollte man auf das Wort „Zusammenwachsen“ verzichten und es durch die Worte „Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole“ ersetzen.

5. Die Frage der Anwendung von Maschinen in der UdSSR.

Im Entwurf des Lehrbuchs wird gesagt, dass „in der UdSSR Maschinen in allen Fällen angewandt werden, wo sie der Gesellschaft Arbeit ersparen“. Das ist ganz und gar nicht das, was gesagt werden müsste. Erstens ersparen die Maschinen in der UdSSR der Gesellschaft immer Arbeit, so dass wir keine Fälle kennen, wo sie unter den Verhältnissen der UdSSR der Gesellschaft keine Arbeit ersparten. Zweitens ersparen die Maschinen nicht nur Arbeit, sondern erleichtern zugleich die Arbeit der Arbeiter, so dass die Arbeiter unter unseren

Verhältnissen, im Gegensatz zu den Verhältnissen im Kapitalismus, sehr gern Maschinen im Arbeitsprozess anwenden.
Darum müsste gesagt werden, dass nirgends so gern Maschinen angewandt werden wie in der UdSSR, denn die Maschinen ersparen der Gesellschaft Arbeit und erleichtern die Arbeit des Arbeiters, und da es in der UdSSR keine Arbeitslosigkeit gibt, wenden die Arbeiter sehr gern Maschinen in der Volkswirtschaft an.
6. Die Frage der materiellen Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern.
Wenn über die materielle Lage der Arbeiterklasse gesprochen wird, hat man gewöhnlich die in der Produktion beschäftigten Arbeiter im Auge und läßt die materielle Lage der so genannten Reservearmee von Arbeitslosen außer acht. Ist es richtig, an die Frage der materiellen Lage der Arbeiterklasse so heranzugehen? Ich denke, das ist nicht richtig. Wenn die Reservearmee von Arbeitslosen existiert, deren Angehörige von nichts anderem leben als vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, dann gehören die Arbeitslosen natürlich zum Bestand der Arbeiterklasse, wenn sie aber zum Bestand der Arbeiterklasse gehören, dann kann ihre elende Lage nicht ohne Einfluss auf die materielle Lage der in der Produktion beschäftigten Arbeiter bleiben. Darum meine ich, dass bei einer Charakteristik der materiellen Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern auch die Lage der Reservearmee der arbeitslosen Arbeiter berücksichtigt werden müsste.
7. Die Frage des Nationaleinkommens. Ich denke, in den Entwurf des Lehrbuchs müsste unbedingt ein neues Kapitel über das Nationaleinkommen aufgenommen werden.
8. Die Frage eines besonderen Kapitels im Lehrbuch über Lenin und Stalin als Begründer der politischen Ökonomie des Sozialismus.
Ich denke, das Kapitel „Die marxistische Lehre vom Sozialismus. Die Schaffung der politischen Ökonomie des Sozialismus durch W. I. Lenin und J. W. Stalin“ soll aus dem Lehrbuch herausgenommen werden. Es ist im Lehrbuch keineswegs nötig, da es nichts Neues bietet und nur das farblos wiederholt, was in den vorhergehenden Kapiteln des Lehrbuchs ausführlicher gesagt wurde.
Was die übrigen Fragen betrifft, so habe ich zu den „Vorschlägen“ der Genossen Ostrowitjanow, Leontjew, Schepilow, Gatowski und anderer keinerlei Bemerkungen.

9. Die internationale Bedeutung eines marxistischen Lehrbuchs der politischen Ökonomie

Ich denke, dass die Genossen die ganze Bedeutung eines marxistischen Lehrbuchs der politischen Ökonomie nicht erfassen. Das Lehrbuch braucht nicht nur unsere Sowjetjugend. Besonders brauchen es die Kommunisten aller Länder und die mit den Kommunisten sympathisierenden Menschen. Unsere ausländischen Genossen wollen wissen, wie wir uns von der kapitalistischen Knechtschaft befreit haben, wie wir die Ökonomik des Landes im Geiste des Sozialismus umgestaltet haben, wie wir die Freundschaft mit der Bauernschaft erlangt haben, wie wir es erreicht haben, dass sich unser unlängst noch armes und schwaches Land in ein reiches, mächtiges Land verwandelt hat, was die Kollektivwirtschaften darstellen, warum wir trotz der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Warenproduktion, das Geld, den Handel usw. nicht abschaffen. Sie wollen all dies und vieles andere nicht aus bloßer Neugier wissen, sondern, um bei uns zu lernen und unsere Erfahrungen für ihr Land auszunutzen. Darum hat das Erscheinen eines guten marxistischen Lehrbuchs der politischen Ökonomie nicht nur innerpolitische, sondern auch große internationale Bedeutung.
Folglich wird ein Lehrbuch gebraucht, das als Handbuch der revolutionären Jugend nicht nur innerhalb des Landes, sondern auch im Ausland dienen kann. Es darf nicht zu umfangreich sein, da ein zu umfangreiches Lehrbuch kein Handbuch sein kann und schwer zu meistern, zu bewältigen sein wird. Aber es muss alles Grundlegende enthalten, was sowohl die Ökonomik unseres Landes als auch die Ökonomik des Kapitalismus und des Kolonialsystems betrifft.

Manche Genossen haben in der Diskussion vorgeschlagen, in das Lehrbuch eine ganze Reihe neuer Kapitel aufzunehmen, Historiker - über Geschichte, Politiker - über Politik, Philosophen - über Philosophie, Wirtschaftswissenschaftler - über Wirtschaft. Aber das würde dazu führen, dass das Lehrbuch zu ungeheurem Umfang anschwellen würde. Das darf natürlich nicht zugelassen werden. Das Lehrbuch benutzt die historische Methode zur Illustration der Probleme der politischen Ökonomie, aber das bedeutet noch nicht, dass wir das Lehrbuch der politischen Ökonomie in eine Geschichte der ökonomischen Beziehungen verwandeln sollen.
Wir brauchen ein Lehrbuch von 500, Maximum 600 Seiten, nicht mehr. Das wird ein Handbuch der marxistischen politischen Ökonomie sein - ein schönes Geschenk für die jungen Kommunisten aller Länder.
Übrigens könnte ein solches Lehrbuch im Hinblick auf das ungenügende Niveau der marxistischen Entwicklung der meisten kommunistischen Parteien des Auslands auch den älteren Kadern der Kommunisten dieser Länder von großem Nutzen sein.

10. Wege zur Verbesserung des Entwurfs des Lehrbuchs der politischen Ökonomie

Manche Genossen haben den Entwurf des Lehrbuchs während der Diskussion übereifrig „verrissen“, seine Autoren wegen Fehler und Lücken gescholten und behauptet, der Entwurf sei nicht gelungen. Das ist ungerecht. Natürlich gibt es in dem Lehrbuch Fehler und Lücken - die gibt es fast bei jedem großen Werk. Aber wie dem auch sei, die überwiegende Mehrheit der Diskussionsteilnehmer hat trotzdem anerkannt, dass der Entwurf des Lehrbuchs als Grundlage des künftigen Lehrbuchs dienen kann und nur einiger Berichtigungen und Ergänzungen bedarf. Man braucht in der Tat den Entwurf des Lehrbuchs nur mit den im Gebrauch befindlichen Lehrbüchern der politischen Ökonomie zu vergleichen, um zu dem Schluss zu kommen, dass der Lehrbuchentwurf die vorhandenen Lehrbücher um Haupteslänge überragt. Das ist ein großes Verdienst der Verfasser des Lehrbuchentwurfs.
Ich denke, zur Verbesserung des Lehrbuchentwurfs müsste eine zahlenmäßig nicht große Kommission gebildet werden, der nicht nur die Verfasser des Lehrbuchs und nicht nur Anhänger derjenigen, die unter den Diskussionsteilnehmern die Mehrheit bildeten, sondern auch Gegner dieser Mehrheit, heftige Kritiker des Lehrbuchentwurfs, angehören sollen.
Es wäre auch gut, einen erfahrenen Statistiker zur Überprüfung der Zahlen und zur Ergänzung des Entwurfs mit neuem statistischem Material sowie einen erfahrenen Juristen zur Überprüfung der Genauigkeit der Formulierungen in die Kommission aufzunehmen.
Die Mitglieder der Kommission müssten zeitweilig von jeder anderen Arbeit befreit werden und materiell so gut gestellt werden, dass sie sich ganz der Arbeit am Lehrbuch widmen können.
Außerdem sollte man eine Redaktionskommission, etwa aus drei Personen bestehend, zur endgültigen Redaktion des Lehrbuchs ernennen. Das ist auch notwendig, um die Einheitlichkeit des Stils zu erzielen, die dem Lehrbuchentwurf leider fehlt.
Frist für die Vorlage des fertigen Lehrbuchs beim ZK - ein Jahr.

J. Stalin

1952, 1. Februar

ANTWORT AN GENOSSEN ALEXANDER ILJITSCH NOTKIN

Genosse Notkin!
Ich habe mich mit der Antwort nicht beeilt, da ich die von Ihnen gestellten Fragen nicht für dringlich halte. Umso mehr, als es andere Fragen gibt, die dringlich sind und natürlich die Aufmerksamkeit von Ihrem Brief ablenken.
Ich antworte den Punkten nach. Zu Punkt eins.
In den „Bemerkungen“ ist der bekannte Leitsatz enthalten, dass die Gesellschaft den Gesetzen der Wissenschaft gegenüber nicht machtlos ist, dass die Menschen, wenn sie die ökonomischen Gesetze erkannt haben, dieselben im Interesse der Gesellschaft ausnutzen können. Sie behaupten, dass dieser Leitsatz nicht auf andere Gesellschaftsformationen ausgedehnt werden könne, dass er nur im Sozialismus und Kommunismus Gültigkeit habe, dass der elementare Charakter der ökonomischen Prozesse, im Kapitalismus zum Beispiel, der Gesellschaft nicht die Möglichkeit gäbe, die ökonomischen Gesetze im Interesse der Gesellschaft auszunutzen.
Das stimmt nicht. In der Epoche der bürgerlichen Revolution, zum Beispiel in Frankreich, nutzte die Bourgeoisie das bekannte Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte gegen den Feudalismus aus, beseitigte die feudalen Produktionsverhältnisse, schuf neue, bürgerliche Produktionsverhältnisse und brachte diese Produktionsverhältnisse in Übereinstimmung mit dem Charakter der Produktivkräfte, die im Schoß der Feudalordnung herangewachsen waren. Die Bourgeoisie tat das nicht kraft ihrer besonderen Fähigkeiten, sondern weil sie zutiefst daran interessiert war. Die Feudalherren setzten sich nicht infolge ihrer Beschränktheit dagegen zur Wehr, sondern weil sie zutiefst daran interessiert waren, die Verwirklichung dieses Gesetzes zu verhindern.
Das gleiche ist über die sozialistische Revolution in unserem Lande zu sagen. Die Arbeiterklasse nutzte das Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte aus, beseitigte die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, schuf neue, sozialistische Produktionsverhältnisse und brachte sie in Übereinstimmung mit dem Charakter der Produktivkräfte. Sie konnte das tun, nicht kraft ihrer besonderen Fähigkeiten, sondern weil sie zutiefst daran interessiert war. Die Bourgeoisie, die sich bereits aus einer fortschrittlichen Kraft, die sie in der Morgenröte der bürgerlichen Revolution war, in eine konterrevolutionäre Kraft verwandelt hatte, setzte sich mit allen Mitteln gegen die Verwirklichung dieses Gesetzes zur Wehr - setzte sich zur Wehr nicht infolge ihrer Unorganisiertheit und nicht, weil der elementare Charakter der ökonomischen Prozesse sie zum Widerstand drängte, sondern vor allem, weil sie zutiefst daran interessiert war, dass dieses Gesetz nicht verwirklicht wurde.
Daraus folgt:
1. Die Ausnutzung der ökonomischen Prozesse, der ökonomischen Gesetze im Interesse der Gesellschaft erfolgt in diesem oder jenem Grade nicht nur im Sozialismus und Kommunismus, sondern auch in anderen Formationen;
2. die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze erfolgt in der Klassengesellschaft immer und überall aus klassenmäßigen Beweggründen, wobei der Bannerträger der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze im Interesse der Gesellschaft immer und überall die fortschrittliche Klasse ist, während sich die überlebten Klassen dagegen zur Wehr setzen.
Dabei besteht der Unterschied zwischen dem Proletariat einerseits und den anderen Klassen, die im Verlauf der Geschichte jemals Umwälzungen in den Produktionsverhältnissen herbeigeführt haben, anderseits darin, dass die Klasseninteressen des Proletariats mit den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft verschmelzen, denn die Revolution des Proletariats bedeutet nicht Beseitigung dieser oder jener Form der Ausbeutung, sondern Beseitigung jeglicher Ausbeutung, während die Revolutionen der anderen Klassen, die nur

diese oder jene Form der Ausbeutung beseitigten, sich auf den Rahmen ihrer engen Klasseninteressen beschränkten, die in Widerspruch zu den Interessen der Mehrheit der Gesellschaft stehen.

In den „Bemerkungen“ ist von den klassenmäßigen Beweggründen bei der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze im Interesse der Gesellschaft die Rede. Dort heißt es: „Zum Unterschied von den Gesetzen der Naturwissenschaft, in der die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes mehr oder weniger reibungslos vor sich geht, stößt auf ökonomischem Gebiet die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes, das die Interessen der überlebten Kräfte der Gesellschaft beeinträchtigt, auf den stärksten Widerstand dieser Kräfte.“ Sie haben dem jedoch keine Beachtung geschenkt.

Zu Punkt zwei.

Sie behaupten, eine völlige Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte könne nur im Sozialismus und im Kommunismus erreicht werden, während in den anderen Formationen nur eine unvollständige Übereinstimmung erreicht werden könne.

Das stimmt nicht. In der Epoche nach der bürgerlichen Revolution, als die Bourgeoisie die feudalen Produktionsverhältnisse beseitigt und die bürgerlichen Produktionsverhältnisse hergestellt hatte, gab es zweifellos Perioden, in denen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse völlig mit dem Charakter der Produktivkräfte übereinstimmten. Andernfalls hätte sich der Kapitalismus nicht mit der Schnelligkeit entwickeln können, mit der er sich nach der bürgerlichen Revolution entwickelte.

Weiter: Die Worte „völlige Übereinstimmung“ dürfen nicht im absoluten Sinne aufgefasst werden. Sie dürfen nicht so aufgefasst werden, als gäbe es im Sozialismus überhaupt kein Zurückbleiben der Produktionsverhältnisse hinter dem Wachstum der Produktivkräfte. Die Produktivkräfte sind die beweglichsten und revolutionärsten Kräfte der Produktion. Sie gehen unbestreitbar auch im Sozialismus den Produktionsverhältnissen voraus. Die Produktionsverhältnisse verändern sich erst einige Zeit später entsprechend dem Charakter der Produktivkräfte.

Wie sind die Worte „völlige Übereinstimmung“ dann aufzufassen? Sie sind so aufzufassen, dass es im Sozialismus gewöhnlich nicht zu einem Konflikt zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften kommt, dass die Gesellschaft die Möglichkeit hat, die zurückbleibenden Produktionsverhältnisse rechtzeitig mit dem Charakter der Produktivkräfte in Übereinstimmung zu bringen. Die sozialistische Gesellschaft hat die Möglichkeit, das zu tun, weil es in ihr keine überlebten Klassen gibt, die einen Widerstand organisieren könnten. Natürlich wird es auch im Sozialismus zurückbleibende träge Kräfte geben, die die Notwendigkeit von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen nicht begreifen, aber man kann sie natürlich unschwer überwinden, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen.

Zu Punkt drei.

Aus Ihren Ausführungen geht hervor, dass Sie die Produktionsmittel und vor allem die Produktionsinstrumente, die von unseren nationalisierten Betrieben hergestellt werden, als Ware betrachten.

Kann man die Produktionsmittel in unserer sozialistischen Ordnung als Ware betrachten? Meiner Ansicht nach kann man das auf keinen Fall.

Die Ware ist ein Erzeugnis der Produktion, das an jeden beliebigen Käufer verkauft werden kann, wobei der Warenbesitzer bei Verkauf der Ware das Eigentumsrecht an ihr verliert, während der Käufer Eigentümer der Ware wird, der sie weiterverkaufen, verpfänden, ja verderben lassen kann. Fallen die Produktionsmittel unter diese Definition? Es ist klar, dass sie nicht darunter fallen. Erstens können die Produktionsmittel nicht an jeden Käufer „verkauft“ werden, sie werden nicht einmal an Kollektivwirtschaften „verkauft“, sie werden nur vom Staat auf seine Betriebe verteilt. Zweitens verliert der Besitzer der Produktionsmittel,

der Staat, bei ihrer Übergabe an diesen oder jenen Betrieb in keiner Weise das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln, sondern behält es im Gegenteil voll und ganz. Drittens werden die Direktoren der Betriebe, die vom Staat Produktionsmittel erhalten haben, nicht nur nicht ihre Eigentümer, sondern werden im Gegenteil als Bevollmächtigte des Sowjetstaates zur Ausnutzung der Produktionsmittel entsprechend den vom Staat übergebenen Plänen bestätigt.
Wie man sieht, können die Produktionsmittel in unserer Gesellschaftsordnung keineswegs in die Kategorie Waren eingereiht werden.
Warum aber spricht man dann vom Wert der Produktionsmittel, von ihren Selbstkosten, von ihrem Preis und ähnlichem? Aus zwei Gründen.
Erstens ist das erforderlich für die Kalkulation, für Verrechnungen, um feststellen zu können, ob die Betriebe mit Gewinn oder Verlust arbeiten, um die Betriebe prüfen und kontrollieren zu können. Das ist jedoch nur die formale Seite der Sache.
Zweitens ist das erforderlich, um im Interesse des Außenhandels den Verkauf von Produktionsmitteln an ausländische Staaten zu tätigen. Hier, auf dem Gebiet des Außenhandels, aber nur auf diesem Gebiet, sind unsere Produktionsmittel tatsächlich Waren und werden tatsächlich verkauft (ohne Anführungszeichen).
Es ergibt sich also, dass die von unseren Betrieben hergestellten Produktionsmittel auf dem Gebiet des Außenhandelsumsatzes sowohl dem Wesen nach als auch formal die Eigenschaften von Waren behalten, während die Produktionsmittel auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Umlaufs innerhalb des Landes die Eigenschaften von Waren verlieren, aufhören, Waren zu sein, und aus dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes heraustreten, wobei sie nur die äußere Hülle von Waren (Kalkulation und dgl.) behalten.
Woraus erklärt sich diese Besonderheit?
Es handelt sich darum, dass unter unseren sozialistischen Verhältnissen die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf dem Wege von Umwälzungen vor sich geht, sondern auf dem Wege allmählicher Veränderungen, wobei das Alte nicht einfach beseitigt wird, sondern seine Natur unter Anpassung an das Neue verändert und dabei lediglich seine Form bewahrt, das Neue aber das Alte nicht einfach vernichtet, sondern das Alte durchdringt, seine Natur und seine Funktionen verändert, dabei seine Form nicht zerbricht, sondern diese für die Entwicklung des Neuen ausnutzt. So verhält es sich in unserer wirtschaftlichen Zirkulation nicht nur mit den Waren, sondern auch mit dem Gelde, wie auch mit den Banken, die zwar ihre alten Funktionen verlieren und neue übernehmen, aber die alte Form behalten, deren sich die sozialistische Gesellschaftsordnung bedient.
Geht man an die Angelegenheit von einem formalen Standpunkt heran, vom Standpunkt der Vorgänge, die sich an der Oberfläche der Erscheinungen abspielen, so kann man zu der falschen Schlussfolgerung gelangen, die Kategorien des Kapitalismus behielten in unserer Wirtschaft ihre Geltung. Geht man jedoch an die Angelegenheit mit einer marxistischen Analyse heran, die scharf zwischen dem Inhalt eines ökonomischen Prozesses und seiner Form, zwischen den in der Tiefe vor sich gehenden Entwicklungsprozessen und den Oberflächenerscheinungen unterscheidet, so gelangt man zu der einzig richtigen Schlussfolgerung, dass sich von den alten Kategorien des Kapitalismus bei uns in der Hauptsache nur die Form, das äußere Antlitz, erhalten hat, während sich das Wesen der Kategorien bei uns entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft grundlegend verändert hat.
Zu Punkt vier.
Sie behaupten, das Wertgesetz wirke regulierend auf die Preise der in der Landwirtschaft erzeugten „Produktionsmittel“ ein, die zu Beschaffungspreisen an den Staat abgeliefert werden. Sie denken dabei an solche „Produktionsmittel“ wie Rohstoffe, zum Beispiel Baumwolle. Sie könnten ebenso Flachs, Wolle und sonstige landwirtschaftliche Rohstoffe hinzufügen.

Vor allem muss bemerkt werden, dass die Landwirtschaft im gegebenen Fall nicht „Produktionsmittel“, sondern nur eins der Produktionsmittel, nämlich den Rohstoff, herstellt. Man darf mit dem Wort „Produktionsmittel“ kein Spiel treiben. Wenn die Marxisten von der Produktion von Produktionsmitteln sprechen, meinen sie vor allem die Produktion von Produktionsinstrumenten, das, was Marx als „mechanische Arbeitsmittel“ bezeichnet, „deren Gesamtheit man das Knochen- und Muskelsystem der Produktion nennen kann“, die die „Charaktermerkmale einer gesellschaftlichen Produktionsepoche“1 darstellen. Einen Teil der Produktionsmittel (den Rohstoff) und die Produktionsmittel, darunter auch die Produktionsinstrumente, auf eine Stufe stellen, heißt sich am Marxismus versündigen, denn der Marxismus geht davon aus, dass die Produktionsinstrumente im Vergleich zu allen übrigen Produktionsmitteln die bestimmende Rolle spielen. Es ist jedermann bekannt, dass der Rohstoff allein keine Produktionsinstrumente produzieren kann; obgleich einige Rohstoffarten als Material für die Produktion von Produktionsinstrumenten notwendig sind, kann kein Rohstoff ohne Produktionsinstrumente produziert werden.

Weiter. Ist die Einwirkung des Wertgesetzes auf den Preis der in der Landwirtschaft erzeugten Rohstoffe eine regulierende Einwirkung, wie Sie, Genosse Notkin, behaupten? Sie wäre regulierend, wenn es bei uns ein „freies“ Spiel der Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe gäbe, wenn bei uns das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion wirksam wäre, wenn wir keine Planwirtschaft hätten und die Produktion von Rohstoffen nicht durch den Plan reguliert würde. Da es aber alle diese „Wenn“ im System unserer Volkswirtschaft nicht gibt, kann die Einwirkung des Wertgesetzes auf den Preis der landwirtschaftlichen Rohstoffe auf keinen Fall regulierend sein. Erstens sind bei uns die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe feste, geplante, nicht aber „freie“ Preise. Zweitens wird das Ausmaß der Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe nicht spontan, nicht durch irgendwelche zufälligen Faktoren bestimmt, sondern durch den Plan. Drittens sind die für die Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe erforderlichen Produktionsinstrumente nicht in der Hand einzelner Personen oder Personengruppen konzentriert, sondern in der Hand des Staates. Was bleibt danach von der regulierenden Rolle des Wertgesetzes übrig? Es ergibt sich, dass das Wertgesetz selbst durch die oben erwähnten, für die sozialistische Produktion charakteristischen Faktoren reguliert wird.

Folglich läßt sich nicht leugnen, dass das Wertgesetz auf die Preisbildung für landwirtschaftliche Rohstoffe einwirkt, dass es einen der hierbei wirksamen Faktoren darstellt. Um so weniger läßt sich aber auch leugnen, dass diese Einwirkung nicht regulierend ist noch sein kann.

Zu Punkt fünf.

Die in meinen „Bemerkungen“ gemachten Ausführungen über die Rentabilität der sozialistischen Volkswirtschaft sind eine Entgegnung auf die Behauptung einiger Genossen, unsere geplante Volkswirtschaft selbst mache das Prinzip der Rentabilität in der Wirtschaft zunichte, da sie den rentablen Betrieben keinen besonderen Vorzug gebe und neben diesen Betrieben das Bestehen auch unrentabler Betriebe zulasse. In den „Bemerkungen“ heißt es, dass die Rentabilität vom Standpunkt einzelner Betriebe und Produktionszweige in gar keinem Vergleich steht zu der höheren Rentabilität. die uns die sozialistische Produktion gewährleistet, indem sie uns vor Überproduktionskrisen bewahrt und uns ein ununterbrochenes Wachstum der Produktion sichert.

Es wäre jedoch falsch, wollte man daraus den Schluss ziehen, die Rentabilität einzelner Betriebe und Produktionszweige besitze keinen besonderen Wert und verdiene nicht die größte Aufmerksamkeit. Das wäre natürlich falsch. Die Rentabilität einzelner Betriebe und Produktionszweige besitzt, vom Standpunkt der Entwicklung unserer Produktion aus gesehen, eine gewaltige Bedeutung. Sie ist sowohl bei der Neubauplanung als auch bei der Produktionsplanung zu berücksichtigen. Das ist das Abc unserer wirtschaftlichen Tätigkeit im derzeitigen Entwicklungsstadium.

Zu Punkt sechs.
Es ist nicht klar, wie Ihre auf den Kapitalismus bezüglichen Worte „erweiterte Produktion in stark deformierter Weise“ zu verstehen sind. Es muss gesagt werden, dass es solche Produktionen, und noch dazu erweiterte, auf der Welt nicht gibt.
Offensichtlich muss, nachdem der Weltmarkt sich gespalten hat und das Gebiet, wo die ausschlaggebenden kapitalistischen Länder (USA, England, Frankreich) mit ihren Kräften auf die Weltressourcen einwirken, sich einzuengen begonnen hat, der zyklische Charakter der Entwicklung des Kapitalismus - Wachstum und Rückgang der Produktion - dennoch erhalten bleiben. Aber das Wachstum der Produktion wird in diesen Ländern auf einer eingeengten Basis vor sich gehen, weil der Umfang der Produktion in diesen Ländern zurückgehen wird.
Zu Punkt sieben.
Die allgemeine Krise des kapitalistischen Weltsystems begann in der Zeit des ersten Weltkrieges, besonders infolge des Ausscheidens der Sowjetunion aus dem kapitalistischen System. Das war die erste Etappe der allgemeinen Krise. Während des zweiten Weltkrieges trat die allgemeine Krise in ihre zweite Etappe, besonders nach dem Ausscheiden der volksdemokratischen Länder in Europa und in Asien aus dem kapitalistischen System. Die erste Krise in der Zeit des ersten Weltkrieges und die zweite Krise in der Zeit des zweiten Weltkrieges sind nicht als einzelne, voneinander isolierte selbständige Krisen anzusehen, sondern als Entwicklungsetappen der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems.
Ist die allgemeine Krise des Weltkapitalismus nur eine politische oder nur eine Wirtschaftskrise? Weder das eine noch das andere. Sie ist eine allgemeine, das heißt eine allseitige Krise des kapitalistischen Weltsystems, die sowohl die Wirtschaft als auch die Politik erfasst. Hierbei ist klar, dass dieser Krise einerseits die ständig zunehmende Zersetzung des Weltwirtschaftssystems des Kapitalismus und anderseits die wachsende wirtschaftliche Macht der vom Kapitalismus abgefallenen Länder, der UdSSR sowie Chinas und der anderen volksdemokratischen Länder, zugrunde liegt.

J. Stalin

21. April 1952

ÜBER DIE FEHLER DES GENOSSEN L. D. JAROSCHENKO

Unlängst übersandte Genosse Jaroschenko den Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU(B) einen Brief, datiert vom 20. März dieses Jahres, zu einer Reihe ökonomischer Fragen, die in der bekannten Novemberdiskussion behandelt worden waren. Der Verfasser des Briefes beschwert sich darüber, dass in den grundlegenden zusammenfassenden Materialien über die Diskussion ebenso wie auch in den „Bemerkungen“ des Genossen Stalin, „der Standpunkt“ des Genossen Jaroschenko „keinerlei Widerspiegelung gefunden hat“. Das Schreiben enthält außerdem den Vorschlag des Genossen Jaroschenko, man solle ihm gestatten, im Laufe eines Jahres oder von anderthalb Jahren eine „Politische Ökonomie des Sozialismus“ abzufassen, und ihm hierfür zwei Mitarbeiter als Hilfe zur Verfügung stellen.
Ich denke, sowohl die Beschwerde des Genossen Jaroschenko als auch sein Vorschlag müssen dem Wesen nach geprüft werden. Beginnen wir mit der Beschwerde.
Worin also besteht der „Standpunkt“ des Genossen Jaroschenko, der in den oben erwähnten Materialien keinerlei Widerspiegelung gefunden hat?

I. Der Hauptfehler des Genossen Jaroschenko

Wenn man den Standpunkt des Genossen Jaroschenko mit zwei Worten charakterisieren soll, so muss man sagen, dass er unmarxistisch - folglich grundfalsch - ist.
Der Hauptfehler des Genossen Jaroschenko besteht darin, dass er sich in der Frage nach der Rolle der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in der Entwicklung der Gesellschaft vom Marxismus abkehrt, dass er die Rolle der Produktivkräfte maßlos überschätzt, die Rolle der Produktionsverhältnisse ebenso maßlos unterschätzt und die Sache damit abschließt, dass er die Produktionsverhältnisse im Sozialismus für einen Teil der Produktivkräfte erklärt.
Genosse Jaroschenko ist bereit, den Produktionsverhältnissen unter den Bedingungen „antagonistischer Klassengegensätze“ eine gewisse Rolle zuzugestehen, da hier die Produktionsverhältnisse „der Entwicklung der Produktivkräfte widersprechen“. Aber diese Rolle beschränkt er auf eine negative Rolle, auf die Rolle eines Faktors, der die Entwicklung der Produktivkräfte hemmt, ihre Entwicklung fesselt. Andere Funktionen, irgendwelche positiven Funktionen der Produktionsverhältnisse sieht Genosse Jaroschenko nicht.
Was die sozialistische Ordnung betrifft, in der es bereits keine „antagonistischen Klassengegensätze“ mehr gibt und in der die Produktionsverhältnisse „nicht mehr der Entwicklung der Produktivkräfte widersprechen“, so glaubt Genosse Jaroschenko, dass hier jegliche selbständige Rolle der Produktionsverhältnisse verschwindet, die Produktionsverhältnisse aufhören, ein ernster Entwicklungsfaktor zu sein, und - wie der Teil vom Ganzen - von den Produktivkräften absorbiert werden. Im Sozialismus „gehören die Produktionsverhältnisse der Menschen“, sagt Genosse Jaroschenko, „zur Organisation der Produktivkräfte als Mittel, als Moment dieser Organisation.“ (Siehe den Brief des Genossen Jaroschenko an das Politbüro des ZK.)
Worin besteht dann in diesem Fall die Hauptaufgabe der politischen Ökonomie des Sozialismus? Genosse Jaroschenko antwortet: „Das Hauptproblem der politischen Ökonomie des Sozialismus besteht deshalb nicht darin, die Produktionsverhältnisse der Menschen der sozialistischen Gesellschaft zu erforschen, sondern darin, eine wissenschaftliche Theorie der Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, eine Theorie der Planung der Entwicklung der Volkswirtschaft auszuarbeiten und zu entwickeln.“ (Siehe die Rede des Genossen Jaroschenko vor dem Diskussionsplenum.)
Daraus erklärt sich denn auch, dass sich Genosse Jaroschenko nicht für solche ökonomischen Fragen der sozialistischen Ordnung interessiert wie das Bestehen verschiedener Eigentumsformen in unserer Ökonomik, die Warenzirkulation, das Wertgesetz usw., da er sie

für nebensächliche Fragen hält, die nur scholastische Streitereien hervorrufen. Er erklärt glattweg, dass in seiner politischen Ökonomie des Sozialismus „die Streitereien über die Rolle dieser oder jener Kategorie der politischen Ökonomie des Sozialismus, wie Wert, Ware, Geld, Kredit usw., die bei uns häufig scholastischen Charakter annehmen, durch vernünftige Überlegungen über eine rationelle Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, durch die wissenschaftliche Begründung einer solchen Organisation ersetzt werden“. (Siehe die Rede des Genossen Jaroschenko in einer Sektion des Diskussionsplenums.)

Also eine politische Ökonomie ohne ökonomische Probleme.

Genosse Jaroschenko glaubt, es genüge, „eine rationelle Organisation der Produktivkräfte“ einzuführen, damit sich der Obergang vom Sozialismus zum Kommunismus ohne besondere Schwierigkeiten vollziehe. Er glaubt, dass dies für den Übergang zum Kommunismus vollauf genüge. Er erklärt glattweg, dass „im Sozialismus der Hauptkampf um die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft auf einen Kampf um die richtige Organisation der Produktivkräfte und ihre rationelle Ausnutzung in der gesellschaftlichen Produktion hinausläuft“. (Siehe Rede vor dem Diskussionsplenum.) Genosse Jaroschenko verkündet feierlich: „Kommunismus - das ist höchste wissenschaftliche Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion.“

Demnach erschöpft sich also das Wesen der kommunistischen Ordnung in einer „rationellen Organisation der Produktivkräfte“.

Aus all dem zieht Jaroschenko den Schluss, dass es keine einheitliche politische Ökonomie für alle Gesellschaftsformationen geben könne, dass es zwei politische Ökonomien geben müsse: eine - für die vorsozialistischen Gesellschaftsformationen, deren Gegenstand das Studium der Produktionsverhältnisse der Menschen ist, und eine andere - für die sozialistische Ordnung, deren Gegenstand nicht das Studium der Produktionsverhältnisse, das heißt der ökonomischen Verhältnisse, sondern das Studium der Fragen einer rationellen Organisation der Produktivkräfte sein soll.

Das ist der Standpunkt des Genossen Jaroschenko.

Was ist über diesen Standpunkt zu sagen?

Erstens stimmt es nicht, dass sich die Rolle der Produktionsverhältnisse in der Geschichte der Gesellschaft auf die Rolle eines Hemmschuhs beschränkt, der die Entwicklung der Produktivkräfte behindert. Wenn die Marxisten von der hemmenden Rolle der Produktionsverhältnisse sprechen, so haben sie nicht beliebige Produktionsverhältnisse im Auge, sondern nur alte Produktionsverhältnisse, die dem Wachstum der Produktivkräfte bereits nicht mehr entsprechen und folglich ihre Entwicklung hemmen. Aber außer alten Produktionsverhältnissen gibt es bekanntlich neue Produktionsverhältnisse, die die alten ablösen. Kann man sagen, die Rolle der neuen Produktionsverhältnisse laufe auf die Rolle eines Hemmschuhs der Produktivkräfte hinaus? Nein, das kann man nicht. Im Gegenteil, die neuen Produktionsverhältnisse sind die hauptsächliche und entscheidende Kraft, die eigentlich die weitere, dazu noch mächtige Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt und ohne die die Produktivkräfte zum Dahinvegetieren verurteilt sind, wie dies gegenwärtig in den kapitalistischen Ländern der Fall ist.

Niemand kann die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte unserer sowjetischen Industrie während der Fünfjahrpläne leugnen. Diese Entwicklung hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn wir nicht die alten, kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Oktober 1917 durch neue, sozialistische Produktionsverhältnisse ersetzt hätten. Ohne diese Umwälzung in den Produktionsverhältnissen, in den ökonomischen Verhältnissen unseres Landes würden die Produktivkräfte bei uns ebenso dahinvegetieren, wie sie heute in den kapitalistischen Ländern dahinvegetieren.

Niemand kann die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte unserer Landwirtschaft in den letzten 20-25 Jahren leugnen. Diese Entwicklung hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn wir

nicht in den dreißiger Jahren die alten, kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande durch neue, kollektivistische Produktionsverhältnisse ersetzt hätten. Ohne diese Umwälzung in der Produktion würden die Produktivkräfte unserer Landwirtschaft ebenso dahinvegetieren, wie sie heute in den kapitalistischen Ländern dahinvegetieren.

Die neuen Produktionsverhältnisse können natürlich nicht ewig neu bleiben und bleiben es auch nicht, sie beginnen zu veralten und zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte in Widerspruch zu geraten, sie beginnen, ihre Rolle als Haupttriebkraft der Produktivkräfte einzubüßen, und verwandeln sich in einen Hemmschuh für dieselben. Dann treten an die Stelle dieser bereits alt gewordenen Produktionsverhältnisse neue Produktionsverhältnisse, deren Rolle darin besteht, Haupttriebkraft für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte zu sein.

Diese Eigenart der Entwicklung der Produktionsverhältnisse von der Rolle eines Hemmschuhs für die Produktivkräfte zur Rolle der wichtigsten sie vorwärts treibenden Kraft und von der Rolle der Haupttriebkraft der Produktivkräfte zur Rolle eines Hemmschuhs für sie - bildet eins der Hauptelemente der marxistischen materialistischen Dialektik. Das wissen heute alle Abc-Schützen des Marxismus. Das weiß, wie sich herausstellt, Genosse Jaroschenko nicht.

Zweitens stimmt es nicht, dass die selbständige Rolle der Produktionsverhältnisse, das heißt der ökonomischen Verhältnisse, im Sozialismus verschwindet, dass die Produktionsverhältnisse von den Produktivkräften absorbiert werden, dass die gesellschaftliche Produktion im Sozialismus auf die Organisation der Produktivkräfte hinausläuft. Der Marxismus betrachtet die gesellschaftliche Produktion als ein Ganzes, das zwei voneinander untrennbare Seiten besitzt: die Produktivkräfte der Gesellschaft (die Beziehungen der Gesellschaft zu den Naturkräften, denen sie die notwendigen materiellen Güter im Kampfe abringt) und die Produktionsverhältnisse (die gegenseitigen Beziehungen der Menschen im Produktionsprozess). Das sind zwei verschiedene Seiten der gesellschaftlichen Produktion, obwohl sie untrennbar miteinander verbunden sind. Und gerade, weil sie zwei verschiedene Seiten der gesellschaftlichen Produktion bilden, können sie aufeinander einwirken. Wer behauptet, eine dieser Seiten könne von der anderen absorbiert und in einen ihrer Bestandteile verwandelt werden, vergeht sich aufs schwerste gegen den Marxismus.

Marx sagt:

„In der Produktion wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt.“ (Siehe K. Marx und F. Engels, Bd. V, S. 429.)

Folglich besteht die gesellschaftliche Produktion aus zwei Seiten, die, obwohl sie untrennbar miteinander verbunden sind, trotz alledem zwei Reihen verschiedenartiger Beziehungen widerspiegeln: Beziehungen der Menschen zur Natur (Produktivkräfte) und gegenseitige Beziehungen der Menschen im Produktionsprozess (Produktionsverhältnisse). Nur das Vorhandensein beider Seiten der Produktion ergibt die gesellschaftliche Produktion, ganz gleich, ob es sich um die sozialistische Ordnung oder um andere Gesellschaftsformationen handelt.

Genosse Jaroschenko ist offenbar mit Marx nicht ganz einverstanden. Er ist der Meinung, diese Marxsche These sei auf die sozialistische Ordnung nicht anwendbar. Eben darum reduziert er das Problem der politischen Ökonomie des Sozialismus auf die Aufgabe einer rationellen Organisation der Produktivkräfte, wobei er die Produktionsverhältnisse, die ökonomischen Verhältnisse, beiseite wirft und sie von den Produktivkräften trennt.

Folglich kommt bei Genossen Jaroschenko statt einer marxistischen politischen Ökonomie so etwas wie die Bogdanowsche „Allgemeine Organisationswissenschaft“ heraus.
Genosse Jaroschenko, der den richtigen Gedanken aufgreift, dass die Produktivkräfte die beweglichsten und revolutionärsten Kräfte der Produktion sind, führt diesen Gedanken ad absurdum, bis zur Verneinung der Rolle der Produktionsverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse im Sozialismus, wobei bei ihm statt einer lebenskräftigen gesellschaftlichen Produktion eine einseitige und dürre Produktionstechnologie herauskommt - so etwas wie die Bucharinsche „gesellschaftliche Organisationstechnik“.
Marx sagt:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens (d. h. in der Produktion materieller, für das Leben der Menschen notwendiger Güter. J. St.) gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen.“ (Siehe Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“.)

Das heißt, jede Gesellschaftsformation, darunter auch die sozialistische Gesellschaft, besitzt ihre eigene ökonomische Basis, die aus der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse der Menschen besteht. Es ergibt sich die Frage: Wie steht es bei Genossen Jaroschenko mit der ökonomischen Basis der sozialistischen Ordnung? Bekanntlich hat Genosse Jaroschenko die Produktionsverhältnisse im Sozialismus als mehr oder weniger selbständiges Gebiet bereits liquidiert, indem er das wenige, was von ihnen übrig geblieben ist, als Bestandteil in die Organisation der Produktivkräfte einbezog. Es fragt sich: Besitzt die sozialistische Ordnung eine eigene ökonomische Basis? Offenbar hat die sozialistische Ordnung, da die Produktionsverhältnisse im Sozialismus als mehr oder weniger selbständige Kraft verschwunden sind, keine eigene ökonomische Basis.
Also eine sozialistische Ordnung ohne eigene ökonomische Basis. Eine heitere Geschichte...
Ist überhaupt eine Gesellschaftsordnung ohne eigene ökonomische Basis möglich? Genosse Jaroschenko ist offenbar der Ansicht, sie sei möglich. Nun, der Marxismus ist jedoch der Meinung, dass es solche Gesellschaftsordnungen in der Welt nicht gibt.
Schließlich stimmt es nicht, dass der Kommunismus eine rationelle Organisation der Produktivkräfte ist, dass die rationelle Organisation der Produktivkräfte das Wesen der kommunistischen Ordnung erschöpft, dass man die Produktivkräfte nur rationell zu organisieren braucht, um ohne besondere Schwierigkeiten zum Kommunismus übergehen zu können. In unserer Literatur gibt es eine andere Definition, eine andere Formel für den Kommunismus, und zwar Lenins Formel „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“ Dem Genossen Jaroschenko gefällt offenbar Lenins Formel nicht, und er ersetzt sie durch seine eigene selbst fabrizierte Formel „Kommunismus - das ist höchste wissenschaftliche Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion.“
Erstens weiß niemand, was diese von Genossen Jaroschenko angepriesene „höchste wissenschaftliche“ oder „rationelle“ Organisation der Produktivkräfte darstellt, welches ihr konkreter Inhalt ist. Dutzende Male wiederholt Genosse Jaroschenko in seinen Reden vor dem Plenum, in den Diskussionssektionen, in seinem Brief an die Mitglieder des Politbüros diese mystische Formel, aber nirgends versucht er auch nur mit einem Wort zu erklären, was eigentlich unter „rationelle Organisation“ der Produktivkräfte zu verstehen sei, in der sich angeblich das Wesen der kommunistischen Ordnung erschöpft.
Zweitens, wenn man schon zwischen zwei Formeln zu wählen hat, so muss man nicht Lenins Formel, die die einzig richtige ist, verwerfen, sondern die so genannte Formel des Genossen

Jaroschenko, die unverkennbar ausgeklügelt und unmarxistisch ist, die Bogdanows Arsenal, der „Allgemeinen Organisationswissenschaft“, entnommen ist.

Genosse Jaroschenko ist der Ansicht, man brauche nur eine rationelle Organisation der Produktivkräfte zu erreichen, um einen Überfluss an Produkten erzielen und zum Kommunismus übergehen zu können, um von der Formel „Jedem nach seiner Leistung“ zu der Formel „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ übergehen zu können. Das ist ein großer Irrtum, der ein völliges Unverständnis für die Gesetze der ökonomischen Entwicklung des Sozialismus offenbart. Genosse Jaroschenko stellt die Bedingungen für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus viel zu einfach, kindisch einfach dar. Genosse Jaroschenko begreift nicht, dass man weder einen Überfluss an Produkten, der den gesamten Bedarf der Gesellschaft zu decken vermag, noch den Übergang zur Formel „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ erzielen kann, wenn solche ökonomischen Tatsachen wie das kollektiv-wirtschaftliche Gruppeneigentum, die Warenzirkulation usw. in Kraft bleiben. Genosse Jaroschenko begreift nicht, dass man, bevor man zur Formel „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ übergehen kann, eine Reihe von Etappen der ökonomischen und kulturellen Umerziehung der Gesellschaft durchlaufen muss, während deren die Arbeit aus einem lediglich dem Lebensunterhalt dienenden Mittel in den Augen der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis und das gesellschaftliche Eigentum zur unerschütterlichen und unantastbaren Grundlage der Existenz der Gesellschaft werden muss.

Um den wirklichen Übergang zum Kommunismus vorzubereiten, nicht aber den Übergang zu deklarieren, müssen mindestens drei grundlegende Vorbedingungen erfüllt werden.

Erstens ist es notwendig, nicht eine mystische „rationelle Organisation“ der Produktivkräfte, sondern das ununterbrochene Wachstum der gesamten gesellschaftlichen Produktion bei vorwiegender Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln stetig zu gewährleisten. Die vorwiegende Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln ist nicht nur deshalb notwendig, weil durch sie sowohl die Produktionsmittel produzierenden Betriebe als auch die Betriebe aller anderen Zweige der Volkswirtschaft mit Ausrüstungen versorgt werden müssen, sondern auch deshalb, weil ohne sie eine erweiterte Reproduktion überhaupt unmöglich ist.

Zweitens ist es notwendig, das kollektivwirtschaftliche Eigentum vermittels allmählicher, den Kollektivwirtschaften und folglich der gesamten Gesellschaft zum Vorteil gereichender Übergänge auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben und die Warenzirkulation ebenfalls vermittels allmählicher Übergänge durch ein System des Produktenaustauschs zu ersetzen, damit die Zentralgewalt oder irgendein anderes gesellschaftlich-ökonomisches Zentrum die Gesamterzeugung der gesellschaftlichen Produktion im Interesse der Gesellschaft zu erfassen vermag.

Genosse Jaroschenko irrt sich, wenn er behauptet, im Sozialismus gebe es keinerlei Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften der Gesellschaft. Natürlich durchlaufen unsere gegenwärtigen Produktionsverhältnisse eine Periode, in der sie sich in völliger Übereinstimmung mit dem Wachstum der Produktivkräfte befinden und diese mit Riesenschritten vorwärts bringen. Es wäre aber falsch, wollte man sich damit zufrieden geben und annehmen, dass es keinerlei Widersprüche zwischen unseren Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gebe. Widersprüche gibt es zweifellos und wird es zweifellos geben, da die Entwicklung der Produktionsverhältnisse hinter der Entwicklung der Produktivkräfte zurückbleibt und zurückbleiben wird. Bei einer richtigen Politik der leitenden Organe können sich diese Widersprüche nicht in einen Gegensatz verwandeln, und es kann hier nicht zu einem Konflikt zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften der Gesellschaft kommen. Anders liegen die Dinge, wenn wir eine falsche Politik durchführen, etwa wie sie Genosse Jaroschenko empfiehlt. In dem Falle wird ein Konflikt unvermeidlich, und unsere Produktionsverhältnisse können zu einem schwerwiegenden Hemmschuh für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte werden.

Daher ist es die Aufgabe der leitenden Organe, die heranwachsenden Widersprüche rechtzeitig zu erkennen und durch Anpassung der Produktionsverhältnisse an das Wachstum der Produktivkräfte rechtzeitig Maßnahmen zu ihrer Überwindung zu treffen. Dies gilt vor allem für solche ökonomischen Erscheinungen wie das kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum und die Warenzirkulation. Natürlich werden diese Erscheinungen gegenwärtig von uns mit Erfolg zur Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft benutzt, und sie bringen unserer Gesellschaft unbestreitbaren Nutzen. Zweifellos werden sie uns auch in nächster Zukunft Nutzen bringen. Es wäre aber unverzeihliche Blindheit, wollte man nicht sehen, dass diese Erscheinungen gleichzeitig auch schon beginnen, die gewaltige Entwicklung unserer Produktivkräfte zu hemmen, da sie Hindernisse für die vollständige Erfassung der gesamten Volkswirtschaft, besonders der Landwirtschaft, durch die staatliche Planung schaffen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass diese Erscheinungen je länger, je mehr das weitere Wachstum der Produktivkräfte unseres Landes hemmen werden. Folglich besteht die Aufgabe darin, diese Widersprüche zu beseitigen durch allmähliche Umwandlung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums in allgemeines Volkseigentum und durch - gleichfalls allmähliche - Einführung des Produktenaustauschs an Stelle der Warenzirkulation.

Drittens ist es notwendig, ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft zu erreichen, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ausreichende Bildung zu erwerben, um aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung mitzuwirken, damit sie die Möglichkeit erhalten. ihren Beruf frei zu wählen und nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.

Was ist dazu erforderlich?

Es wäre falsch, wollte man glauben, ein so bedeutsames kulturelles Wachstum der Mitglieder der Gesellschaft könne ohne ernste Veränderungen in der gegenwärtigen Lage der Arbeit erreicht werden. Dazu ist es vor allem notwendig, den Arbeitstag mindestens bis auf sechs und später bis auf fünf Stunden zu verkürzen. Das ist notwendig, damit die Mitglieder der Gesellschaft genügend freie Zeit erhalten, um eine allseitige Bildung zu erwerben. Dazu ist es ferner notwendig, den allgemeinen obligatorischen polytechnischen Unterricht einzuführen, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen, und nicht Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind. Dazu ist weiter notwendig, die Wohnungsverhältnisse grundlegend zu verbessern und den Reallohn der Arbeiter und Angestellten mindestens um das Doppelte, wenn nicht mehr, zu erhöhen, sowohl durch direkte Erhöhung des Geldlohnes als auch besonders durch eine weitere systematische Senkung der Preise für Massenbedarfsgüter.

Das sind die Grundbedingungen für die Vorbereitung des Übergangs zum Kommunismus.

Erst nach Erfüllung aller dieser Vorbedingungen in ihrer Gesamtheit wird man hoffen können, dass die Arbeit in den Augen der Mitglieder der Gesellschaft aus einer Bürde „das erste Lebensbedürfnis“ wird (Marx), dass die „Arbeit ... aus einer Last eine Lust wird“ (Engels), dass das gesellschaftliche Eigentum von allen Mitgliedern der Gesellschaft als unerschütterliche und unantastbare Grundlage der Existenz der Gesellschaft angesehen wird.

(Karl Marx und Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. 1I, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 17. Der Übers. Friedrich Engels, „Anti-Dühring“, S. 366. Der Übers.)

Erst nach Erfüllung aller dieser Vorbedingungen in ihrer Gesamtheit wird man von der sozialistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ zur kommunistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ übergehen können.

Das wird ein grundlegender Übergang von einer Ökonomik, der Ökonomik des Sozialismus, zu einer anderen, höheren Ökonomik, der Ökonomik des Kommunismus, sein.

Wie man sieht, ist der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus nicht so einfach, wie sich Genosse Jaroschenko das einbildet.

Wer dieses ganze komplizierte und vielgestaltige Werk, das bedeutsame ökonomische Veränderungen erfordert, auf eine „rationelle Organisation der Produktivkräfte“ zu reduzieren versucht, wie Genosse Jaroschenko das tut - der unterschiebt dem Marxismus Bogdanow-Anschauungen.

II. Andere Fehler des Genossen Jaroschenko

1. Ausgehend von seinem falschen Standpunkt, zieht Genosse Jaroschenko falsche Schlussfolgerungen über den Charakter und den Gegenstand der politischen Ökonomie.
Genosse Jaroschenko verneint die Notwendigkeit einer einheitlichen politischen Ökonomie für alle Gesellschaftsformationen, wobei er davon ausgeht, dass jede Gesellschaftsformation ihre spezifischen ökonomischen Gesetze besitzt. Er ist jedoch völlig im Unrecht, und er ist hier anderer Meinung als solche Marxisten wie Engels und Lenin.
Engels sagt, die politische Ökonomie ist

„die Wissenschaft von den Bedingungen und Formen, unter denen die verschiedenen menschlichen Gesellschaften produziert und ausgetauscht, und unter denen sich demgemäß jedes Mal die Produkte verteilt haben“ („Anti-Dühring“).

Folglich erforscht die politische Ökonomie die Gesetze der ökonomischen Entwicklung nicht irgendeiner einzelnen Gesellschaftsformation, sondern der verschiedenen Gesellschaftsformationen.
Hiermit ist bekanntlich auch Lenin völlig einverstanden, der in seinen kritischen Bemerkungen anlässlich der Schrift Bucharins „Die Ökonomik der Transformationsperiode“ sagte, dass Bucharin nicht recht hat, wenn er den Wirkungsbereich der politischen Ökonomie auf die Warenproduktion, und vor allem auf die kapitalistische Produktion, beschränkt, wobei er bemerkt, dass Bucharin hier „gegenüber Engels einen Schritt rückwärts“ macht.
Damit stimmt die Definition der politischen Ökonomie völlig überein, die in dem Entwurf des Lehrbuchs der politischen Ökonomie gegeben wird, wo es heißt, dass die politische Ökonomie eine Wissenschaft ist, die die „Gesetze der gesellschaftlichen Produktion und der Verteilung der materiellen Güter auf den verschiedenen Entwicklungsstufen der menschlichen Gesellschaft“ erforscht.
Das ist auch verständlich. Die verschiedenen Gesellschaftsformationen ordnen sich in ihrer ökonomischen Entwicklung nicht nur ihren eigenen spezifischen ökonomischen Gesetzen, sondern auch den ökonomischen Gesetzen unter, die für alle Formationen gelten, zum Beispiel solchen Gesetzen wie dem Gesetz von der Einheit der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in einer einheitlichen gesellschaftlichen Produktion, wie dem Gesetz über die Beziehungen zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen im Entwicklungsprozess aller Gesellschaftsformationen. Demnach sind die Gesellschaftsformationen nicht nur durch ihre eigenen spezifischen Gesetze voneinander getrennt, sondern auch miteinander durch allen Formationen gemeinsame ökonomische Gesetze verbunden.
Engels hatte völlig Recht, als er sagte:

„Um diese Kritik der bürgerlichen Ökonomie vollständig durchzuführen. genügte nicht die Bekanntschaft mit der kapitalistischen Form der Produktion. des Austausches und der Verteilung. Die ihr vorhergegangnen oder die noch neben ihr, in weniger entwickelten Ländern bestehenden Formen mussten ebenfalls, wenigstens in den Hauptzügen, untersucht und zur Vergleichung gezogen werden.“ („Anti-Dühring“.)

Es ist offensichtlich, dass Genosse Jaroschenko in dieser Frage in das gleiche Horn bläst wie Bucharin.

Weiter. Genosse Jaroschenko behauptet, dass in seiner „Politischen Ökonomie des Sozialismus“, „die Kategorien der politischen Ökonomie, wie Wert, Ware, Geld, Kredit usw., durch vernünftige Überlegungen über eine rationelle Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion ersetzt werden“, dass folglich Gegenstand dieser politischen Ökonomie nicht die Produktionsverhältnisse des Sozialismus sind, sondern „die Ausarbeitung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Theorie der Organisation der Produktivkräfte, einer Theorie der Planung der Volkswirtschaft usw.“, dass die Produktionsverhältnisse im Sozialismus ihre selbständige Bedeutung verlieren und von den Produktivkräften als Bestandteil derselben absorbiert werden.

Es muss gesagt werden, dass bei uns noch kein einziger übergeschnappter „Marxist“ derartig ungereimtes Zeug verzapft hat. Was heißt denn politische Ökonomie des Sozialismus ohne ökonomische Probleme, ohne Produktionsprobleme? Gibt es etwa in der Welt eine solche politische Ökonomie? Was heißt, in der politischen Ökonomie des Sozialismus die ökonomischen Probleme durch Probleme der Organisation der Produktivkräfte ersetzen? Das heißt, die politische Ökonomie des Sozialismus abschaffen. Eben das tut Genosse Jaroschenko - er schafft die politische Ökonomie des Sozialismus ab. Hier steht er ganz und gar im Bunde mit Bucharin. Bucharin sagte, dass mit Beseitigung des Kapitalismus auch die politische Ökonomie verschwinden müsse. Genosse Jaroschenko sagt das nicht, aber er tut es, indem er die politische Ökonomie des Sozialismus abschafft. Dabei tut er freilich so, als ob er mit Bucharin nicht ganz einverstanden wäre, aber das ist nur eine List und dazu noch eine billige List. In Wirklichkeit macht er das, was Bucharin predigte und Lenin bekämpfte. Genosse Jaroschenko tritt in Bucharins Fußtapfen.

Weiter. Genosse Jaroschenko reduziert die Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus auf die Probleme der rationellen Organisation der Produktivkräfte, auf die Probleme der Planung der Volkswirtschaft und dergleichen. Aber er irrt sich gründlich. Die Probleme der rationellen Organisation der Produktivkräfte, der Planung der Volkswirtschaft und dergleichen sind nicht Gegenstand der politischen Ökonomie, sondern Gegenstand der Wirtschaftspolitik der leitenden Organe. Das sind zwei verschiedene Gebiete, die man nicht miteinander verwechseln darf. Genosse Jaroschenko hat diese zwei verschiedenen Dinge durcheinander geworfen und hat sich dabei blamiert. Die politische Ökonomie erforscht die Entwicklungsgesetze der Produktionsverhältnisse der Menschen. Die Wirtschaftspolitik zieht hieraus praktische Schlussfolgerungen, konkretisiert sie und baut darauf ihre tägliche Arbeit auf. Die politische Ökonomie mit Fragen der Wirtschaftspolitik belasten heißt sie als Wissenschaft zugrunde richten.

Gegenstand der politischen Ökonomie sind die Produktionsverhältnisse, die ökonomischen Verhältnisse der Menschen. Hierzu gehören: a) die Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln; b) die sich daraus ergebende Stellung der verschiedenen sozialen Gruppen in der Produktion und ihre wechselseitigen Beziehungen oder, wie Marx sagt: „Der Austausch ihrer Tätigkeiten gegeneinander“; c) die völlig davon abhängenden Formen der Verteilung der Produkte. All das zusammengenommen bildet den Gegenstand der politischen Ökonomie.

In dieser Definition fehlt das Wort „Austausch“, das in der Definition von Engels vorkommt. Es fehlt, weil der „Austausch“ von vielen gewöhnlich als ein Austausch von Waren angesehen wird, der nicht allen, sondern nur einigen Gesellschaftsformationen eigen ist, was zuweilen Missverständnisse hervorruft, obgleich Engels unter dem Wort „Austausch“ nicht nur den Warenaustausch verstand. Wie ersichtlich, hat jedoch das, was Engels unter dem Wort „Austausch“ verstand, in der erwähnten Definition seinen Platz als ein Bestandteil derselben erhalten. Folglich stimmt diese Definition des Gegenstands der politischen Ökonomie inhaltlich voll und ganz mit der Definition von Engels überein.

2. Wenn man von dem ökonomischen Grundgesetz dieser oder jener Gesellschaftsformation spricht, geht man gewöhnlich davon aus, dass diese nicht mehrere ökonomische Grundgesetze haben kann, dass sie nur ein ökonomisches Grundgesetz, eben als Grundgesetz haben kann. Andernfalls hätten wir mehrere ökonomische Grundgesetze für jede Gesellschaftsformation, was dem Begriff Grundgesetz selbst widerspricht. Genosse Jaroschenko ist hiermit jedoch nicht einverstanden. Er ist der Meinung, dass es nicht nur ein ökonomisches Grundgesetz, sondern mehrere ökonomische Grundgesetze des Sozialismus geben könne. Das ist unglaublich, aber wahr. In seiner vor dem Diskussionsplenum gehaltenen Rede sagt er:

„Die Größen und Verhältnisse der Materialfonds der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion bestimmen sich nach dem Bestand und der Perspektive der Zunahme der Arbeitskräfte, die in die gesellschaftliche Produktion einbezogen werden. Das ist ein ökonomisches Grundgesetz der sozialistischen Gesellschaft, das die Struktur der sozialistischen gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion bedingt."

Das wäre das erste ökonomische Grundgesetz des Sozialismus. In der gleichen Rede erklärt Genosse Jaroschenko:

„Das Verhältnis zwischen Abteilung I und Abteilung II wird in der sozialistischen Gesellschaft durch den Bedarf der Produktion von Produktionsmitteln bestimmt, und zwar in den Ausmaßen, die notwendig sind, um die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung in die gesellschaftliche Produktion einzubeziehen. Das ist ein ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus und zugleich ein aus dem Recht der Sowjetmenschen auf Arbeit entspringendes Erfordernis unserer Verfassung."

Das wäre sozusagen das zweite ökonomische Grundgesetz des Sozialismus.
Schließlich erklärt Genosse Jaroschenko in seinem Brief an die Mitglieder des Politbüros:

„Hiervon ausgehend, können die Wesenszüge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus, wie mir scheint, etwa folgendermaßen formuliert werden: ständig wachsende und sich vervollkommnende Produktion der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Gesellschaft."

Das wäre bereits das dritte ökonomische Grundgesetz des Sozialismus.
Ob alle diese Gesetze ökonomische Grundgesetze des Sozialismus sind oder ob nur eins von ihnen, und wenn nur eins, dann welches von ihnen das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus ist, auf diese Fragen gibt Genosse Jaroschenko in seinem jüngsten Brief an die Mitglieder des Politbüros keine Antwort. Bei der Formulierung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus in seinem Brief an die Mitglieder des Politbüros hat er, wie man annehmen muss, „vergessen", dass er in seiner Rede, die er vor drei Monaten vor dem Diskussionsplenum hielt, bereits zwei andere ökonomische Grundgesetze des Sozialismus formuliert hatte, offenbar in der Annahme, dass dieses mehr als zweifelhafte Manöver unbeachtet bliebe. Aber seine Rechnung ist nicht aufgegangen.
Nehmen wir an, dass die ersten beiden von Genossen Jaroschenko formulierten ökonomischen Grundgesetze des Sozialismus nicht mehr existieren, dass Genosse Jaroschenko von jetzt an seine im Brief an die Mitglieder des Politbüros enthaltene dritte Formulierung als ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus betrachtet. Wenden wir uns dem Brief des Genossen Jaroschenko zu.
Genosse Jaroschenko erklärt in diesem Brief, er sei mit der in den „Bemerkungen" des Genossen Stalin gegebenen Definition des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus nicht einverstanden. Er sagt:

„Das Wichtigste in dieser Definition ist ‚die Sicherung der maximalen Befriedigung der ... Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft'. Die Produktion wird hier als Mittel zur Erreichung dieses Hauptziels, der Befriedigung der Bedürfnisse, dargestellt. Eine solche Definition gibt Grund zu der Annahme, dass das von Ihnen formulierte ökonomische Grundgesetz des Sozialismus nicht vom Primat der Produktion, sondern vom Primat der Konsumtion ausgeht."

Es ist offensichtlich, dass Genosse Jaroschenko das Wesen des Problems überhaupt nicht begriffen hat und nicht sieht, dass das Gerede vom Primat der Konsumtion oder der Produktion nicht das Geringste mit der Sache zu tun hat. Wenn man vom Primat dieser oder jener gesellschaftlichen Prozesse vor anderen Prozessen spricht, geht man gewöhnlich davon aus, dass beide Prozesse mehr oder weniger gleichartig sind. Man kann und muss vom Primat der Produktion von Produktionsmitteln vor der Produktion von Konsumtionsmitteln sprechen, da es sich in beiden Fällen um Produktion handelt, folglich um mehr oder weniger gleichartige Fälle. Aber man darf nicht vom Primat der Konsumtion vor der Produktion oder der Produktion vor der Konsumtion sprechen; das wäre falsch, da Produktion und Konsumtion zwei völlig verschiedene, zwar miteinander verbundene, aber dennoch verschiedene Gebiete bilden. Genosse Jaroschenko begreift offenbar nicht, dass es hier nicht um das Primat der Konsumtion oder der Produktion geht, sondern darum, welches Ziel die Gesellschaft der gesellschaftlichen Produktion setzt, welcher Aufgabe sie die gesellschaftliche Produktion, sagen wir, im Sozialismus, unterordnet. Daher gehört auch das Gerede des Genossen Jaroschenko, dass „die Grundlage des Lebens der sozialistischen Gesellschaft, wie auch jeder anderen Gesellschaft, die Produktion bildet", überhaupt nicht zur Sache. Genosse Jaroschenko vergisst, dass die Menschen nicht um der Produktion willen produzieren, sondern um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Er vergisst, dass eine Produktion, die nicht der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft gilt, dahinsiecht und eingeht.
Kann man denn überhaupt von einem Ziel der kapitalistischen oder der sozialistischen Produktion, von Aufgaben, denen die kapitalistische oder die sozialistische Produktion untergeordnet sind, sprechen? Ich denke, das kann man und muss man.
Marx sagt:

„Der direkte Zweck der kapitalistischen Produktion ist nicht die Produktion der Waren, sondern des Mehrwerts, oder des Profits in seiner entwickelten Form; nicht des Produkts, sondern des Mehrprodukts. Die Arbeit selbst ist von diesem Standpunkt aus nur produktiv, soweit sie Profit oder Mehrprodukt für das Kapital schafft. Soweit der Arbeiter das nicht schafft, ist seine Arbeit unproduktiv. Die Masse der angewandten produktiven Arbeit hat für das Kapital also nur so weit Interesse, als durch sie - oder im Verhältnis zu ihr - die Masse der Mehrarbeit wächst. Nur so weit ist das, was wir notwendige Arbeitszeit nannten, notwendig. Soweit sie nicht dieses Resultat hat, ist sie überflüssig und zu unterdrücken.
Es ist der beständige Zweck der kapitalistischen Produktion, mit dem Minimum von vorgeschossenem Kapital ein Maximum von Mehrwert oder Mehrprodukt zu erzeugen, und soweit dieses Resultat nicht durch Oberarbeitung der Arbeiter erreicht wird, ist es eine Tendenz des Kapitals, wodurch es mit dem möglichst geringen Aufwand - Ersparung an Arbeitskraft und Kosten - ein gegebenes Produkt zu schaffen sucht ...
Die Arbeiter selbst erscheinen in dieser Auffassung als das, was sie in der kapitalistischen Produktion sind - bloße Produktionsmittel; nicht als Selbstzweck und nicht als Zweck der Produktion." (Siehe „Theorien über den Mehrwert", Bd. II, Teil 2. [Karl Marx, „Theorien über den Mehrwert", Bd. II, Teil 2, Stuttgart 1919 S. 333/334. Der Übers.])

Diese Worte von Marx sind bemerkenswert, nicht nur in der Beziehung, dass sie kurz und treffend das Ziel der kapitalistischen Produktion bestimmen, sondern auch in der Beziehung, dass sie das Hauptziel, die Hauptaufgabe zeigen, die der sozialistischen Produktion gestellt werden muss.

Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist folglich, Profit zu erzielen. Was die Konsumtion anbelangt, so braucht sie der Kapitalismus nur insofern, als sie der Aufgabe dient, Profit zu erzielen. Außerhalb dieser Aufgabe verliert die Frage der Konsumtion für den Kapitalismus jeden Sinn. Der Mensch mit seinen Bedürfnissen verschwindet aus dem Gesichtsfeld.
Welches ist nun das Ziel der sozialistischen Produktion, welches ist diejenige Hauptaufgabe, der die gesellschaftliche Produktion im Sozialismus untergeordnet werden muss?
Das Ziel der sozialistischen Produktion ist nicht der Profit, sondern der Mensch mit seinen Bedürfnissen, das heißt die Befriedigung seiner materiellen und kulturellen Bedürfnisse. Das Ziel der sozialistischen Produktion ist, wie es in den „Bemerkungen“ des Genossen Stalin heißt: „Die Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft.“
Genosse Jaroschenko glaubt, er habe es hier mit einem „Primat“ der Konsumtion vor der Produktion zu tun. Das ist natürlich ein Denkfehler. In Wirklichkeit haben wir es hier nicht mit einem Primat der Konsumtion, sondern mit `der Unterordnung der sozialistischen Produktion unter ihr Hauptziel zu tun, unter das Ziel, die maximale Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft zu sichern.
Folglich: Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft - das ist das Ziel der sozialistischen Produktion; ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik - das ist das Mittel für die Erreichung dieses Ziels.
Das ist das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus.
Von dem Wunsch geleitet, das so genannte „Primat“ der Produktion vor der Konsumtion aufrechtzuerhalten, behauptet Genosse Jaroschenko, dass „das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus in dem ununterbrochenen Wachstum und der stetigen Vervollkommnung der Produktion der materiellen und kulturellen Bedingungen der Gesellschaft“ besteht. Das ist völlig falsch. Genosse Jaroschenko entstellt und verschandelt die in den „Bemerkungen“ des Genossen Stalin dargelegte Formel aufs gröbste. Bei ihm wird die Produktion aus einem Mittel zum Zweck, während die Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft fortfällt. Es ergibt sich Wachstum der Produktion um des Wachstums der Produktion willen, Produktion als Selbstzweck, während der Mensch mit seinen Bedürfnissen aus dem Blickfeld des Genossen Jaroschenko verschwindet.
Es nimmt daher nicht wunder, dass mit dem Verschwinden des Menschen als Ziel der sozialistischen Produktion auch die letzten Reste des Marxismus aus der „Konzeption“ des Genossen Jaroschenko verschwinden.
Somit ist bei Genossen Jaroschenko nicht ein „Primat“ der Produktion vor der Konsumtion herausgekommen, sondern eine Art „Primat“ der bürgerlichen Ideologie vor der marxistischen Ideologie.
3. Die Frage der Marxschen Reproduktionstheorie ist eine Frage für sich. Genosse Jaroschenko behauptet, die Marxsche Reproduktionstheorie sei eine Theorie allein der kapitalistischen Reproduktion, sie enthalte nichts, was für die anderen Gesellschaftsformationen, darunter für die sozialistische Gesellschaftsformation, Geltung haben könnte. Er sagt:

„Die Übertragung des von Marx für die kapitalistische Wirtschaft ausgearbeiteten Reproduktionsschemas auf die sozialistische gesellschaftliche Produktion ist ein Produkt der dogmatischen Auffassung der Lehre von Marx und widerspricht dem Wesen seiner Lehre.“ (Siehe die Rede des Genossen Jaroschenko vor dem Diskussionsplenum.)

Er behauptet ferner, dass

„das Marxsche Reproduktionsschema den ökonomischen Gesetzen der sozialistischen Gesellschaft nicht entspricht und nicht als Grundlage für das Studium der sozialistischen Reproduktion dienen kann“. (Ebenda.)

Auf die Marxsche Theorie der einfachen Reproduktion eingehend, in der ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I) und der Produktion von Konsumtionsmitteln (Abteilung II) festgelegt wird, sagt Genosse Jaroschenko:

„Das Verhältnis zwischen der ersten und der zweiten Abteilung wird in der sozialistischen Gesellschaft nicht durch die Marxsche Formel vom der ersten Abteilung und c der zweiten Abteilung bestimmt. Unter den Verhältnissen des Sozialismus darf die genannte Wechselbeziehung in der Entwicklung zwischen der ersten und der zweiten Abteilung nicht auftreten.“ (Ebenda.)

Er behauptet, dass

„die von Marx ausgearbeitete Theorie über das Verhältnis zwischen der Abteilung I und der Abteilung II unter unseren sozialistischen Verhältnissen unannehmbar ist, da der Theorie von Marx die kapitalistische Wirtschaft mit ihren Gesetzen zugrunde liegt.“ (Siehe den Brief des Genossen Jaroschenko an die Mitglieder des Politbüros.)

So zerpflückt Genosse Jaroschenko die Marxsche Reproduktionstheorie.
Gewiss spiegelt die Marxsche Reproduktionstheorie, die als Ergebnis der Erforschung der Gesetze der kapitalistischen Produktion ausgearbeitet wurde, das Spezifische der kapitalistischen Produktion wider und ist natürlich in die Form der warenkapitalistischen Wertbeziehungen gekleidet. Anders konnte es auch nicht sein. Aber in der Marxschen Reproduktionstheorie nur diese Form sehen und ihre Grundlage übersehen, ihren Hauptinhalt übersehen, der nicht nur für die kapitalistische Gesellschaftsformation gilt, heißt von dieser Theorie nichts verstehen. Wenn Genosse Jaroschenko etwas davon verstünde, so würde er auch die offenkundige Wahrheit begreifen, dass die Marxschen Reproduktionsschemata sich keineswegs darauf beschränken, das Spezifische der kapitalistischen Produktion zu widerspiegeln, sondern dass sie zugleich eine ganze Reihe von Grundthesen der Reproduktion enthalten, die für alle Gesellschaftsformationen, darunter insbesondere auch für die sozialistische Gesellschaftsformation Geltung haben. Solche Grundthesen der Marxschen Reproduktionstheorie wie die These von der Teilung der gesellschaftlichen Produktion in Produktion von Produktionsmitteln und Produktion von Konsumtionsmitteln; die These vom vorrangigen Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln bei der erweiterten Reproduktion; die These von dem Verhältnis zwischen Abteilung I und Abteilung II; die These von dem Mehrprodukt als der einzigen Akkumulationsquelle; die These von der Bildung und Bestimmung der gesellschaftlichen Fonds; die These von der Akkumulation als der einzigen Quelle der erweiterten Reproduktion - alle diese Grundthesen der Marxschen Reproduktionstheorie sind eben Thesen, die nicht nur für die kapitalistische Formation Geltung haben und ohne deren Anwendung keine sozialistische Gesellschaft bei der Planung der Volkswirtschaft auskommen kann. Es ist bezeichnend, dass Genosse Jaroschenko, der so hochmütig über die Marxschen „Reproduktionsschemata“ die Nase rümpft, selbst gezwungen ist, bei der Erörterung von Fragen der sozialistischen Reproduktion auf Schritt und Tritt zu diesen Schemata zu greifen.
Wie aber haben Lenin, Marx diese Sache betrachtet?
Allgemein bekannt sind die kritischen Bemerkungen Lenins zu Bucharins Buch „Die Ökonomik der Transformationsperiode“. In diesen Bemerkungen hat Lenin bekanntlich anerkannt, dass die von Marx für das Verhältnis zwischen der Abteilung I und der Abteilung II gegebene Formel, gegen die Genosse Jaroschenko Sturm läuft, sowohl für den Sozialismus

als auch für den „reinen Kommunismus“, das heißt für die zweite Phase des Kommunismus, in Kraft bleibt.
Was Marx anbelangt, so ließ er sich bekanntlich nicht gern vom Studium der Gesetze der kapitalistischen Produktion ablenken und befasste sich in seinem „Kapital“ nicht mit der Frage der Anwendbarkeit seiner Reproduktionsschemata auf den Sozialismus. Im Kapitel 20 des zweiten Bandes des „Kapitals“ unter der Rubrik „Das konstante Kapital der Abteilung I“, wo Marx die Umwandlung von Produkten der Abteilung I innerhalb dieser Abteilung behandelt, bemerkt er jedoch gleichsam beiläufig, dass der Produktenaustausch innerhalb dieser Abteilung im Sozialismus mit der gleichen Beständigkeit vor sich gehen werde wie bei der kapitalistischen Produktion. Marx führte aus:

„Wäre die Produktion gesellschaftlich, statt kapitalistisch, so ist klar, dass diese Produkte der Abteilung 1 unter die Produktionszweige dieser Abteilung, zum Behuf der Reproduktion, nicht minder beständig wieder als Produktionsmittel verteilt würden, ein Teil direkt in der Produktionssphäre bliebe, wo er als Produkt herauskam, ein andrer Teil dagegen nach andren Produktionsstätten entfernt würde, und so ein beständiges Hin und Her zwischen den verschiednen Produktionsstätten dieser Abteilung stattfände.“ (Siehe Marx, „Das Kapital“, Bd. II, B. Ausgabe. S. 307. [Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 428/429. Der Übers.])

Folglich war Marx keineswegs der Ansicht, dass seine Reproduktionstheorie nur für die kapitalistische Produktion Geltung hat, obwohl er sich mit der Erforschung der Gesetze der kapitalistischen Produktion befasste. Im Gegenteil, wie man sieht, ging er davon aus, dass seine Reproduktionstheorie auch für die sozialistische Produktion Geltung haben kann.
Es muss bemerkt werden, dass Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ bei der Analyse der Ökonomik des Sozialismus und der Periode des Übergangs zum Kommunismus von den Grundthesen seiner Reproduktionstheorie ausgeht, da er sie offenbar für das kommunistische System als obligatorisch ansieht.
Es muss ferner bemerkt werden, dass Engels in seinem „Anti-Dühring“ bei der Kritik an dem „sozialitären System“ Dührings und bei der Charakterisierung der Ökonomik der sozialistischen Ordnung ebenfalls von den Grundthesen der Marxschen Reproduktionstheorie ausgeht, da er sie für das kommunistische System als obligatorisch ansieht.
Das sind die Tatsachen.
Es zeigt sich, dass Genosse Jaroschenko auch hier, in der Frage der Reproduktion, trotz seines vorlauten Tons gegenüber den Marxschen „Schemata“, Schiffbruch erlitten hat.
4. Seinen Brief an die Mitglieder des Politbüros schließt Genosse Jaroschenko mit dem Vorschlag, ihn mit der Abfassung einer „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ zu beauftragen. Er schreibt:

„Ausgehend von der von mir in der Plenarsitzung, in der Sektion und in diesem Brief entwickelten Definition des Gegenstands der Wissenschaft der politischen Ökonomie des Sozialismus, bin ich unter Anwendung der marxistischen dialektischen Methode imstande, in einem Jahr, höchstens aber in anderthalb Jahren, mit Hilfe von zwei Mitarbeitern die theoretischen Lösungen der Grundfragen der politischen Ökonomie des Sozialismus auszuarbeiten und die marxistische Lenin-Stalinsche Theorie der politischen Ökonomie des Sozialismus darzulegen, eine Theorie, die diese Wissenschaft in eine wirksame Waffe des Volkes im Kampf für den Kommunismus verwandeln wird.“

Man kann nicht umhin festzustellen, dass Genosse Jaroschenko nicht an Bescheidenheit krankt. Mehr noch, um die Ausdrucksweise einiger Literaten zu gebrauchen, kann man sagen: „Ganz im Gegenteil sogar.“
Es wurde bereits gesagt, dass Genosse Jaroschenko die politische Ökonomie des Sozialismus mit der Wirtschaftspolitik der leitenden Organe verwechselt. Das, was er als Gegenstand der

politischen Ökonomie des Sozialismus ansieht - die rationelle Organisation der Produktivkräfte, die Planung der Volkswirtschaft, die Bildung der gesellschaftlichen Fonds usw. -, ist nicht Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus, sondern Gegenstand der Wirtschaftspolitik der leitenden Organe.
Ich spreche schon gar nicht davon, dass die von Genossen Jaroschenko begangenen ernsten Fehler und sein unmarxistischer „Standpunkt“ nicht dazu angetan sind, Genossen Jaroschenko einen solchen Auftrag zu geben.

Schlußfolgerungn.

1. Die Beschwerde des Genossen Jaroschenko über die Leiter der Diskussion ist sinnlos, da die Diskussionsleiter als Marxisten in ihren zusammenfassenden Materialien dem unmarxistischen „Standpunkt“ des Genossen Jaroschenko keinen Platz einräumen konnten.
2. Das Ersuchen des Genossen Jaroschenko, ihn mit der Abfassung einer politischen Ökonomie des Sozialismus zu beauftragen, kann nicht ernst genommen werden, schon deshalb nicht, weil es auffallend an das Gehabe eines Chlestakow erinnert.

J. Stalin

22. Mai 1952

ANTWORT AN DIE GENOSSEN A. W. SANINA UND W. G. WENSHER

Ich habe Ihre Briefe erhalten. Offensichtlich befassen sich die Verfasser dieser Briefe gründlich und ernsthaft mit den Problemen der Ökonomik unseres Landes. Diese Briefe enthalten nicht wenige richtige Formulierungen und interessante Gedankengänge. Gleichzeitig weisen sie aber auch einige ernstliche theoretische Fehler auf. In meiner Antwort möchte ich gerade auf diese Fehler eingehen.

1. Die Frage des Charakters der ökonomischen Gesetze des Sozialismus

Die Genossen Sanina und Wensher behaupten, dass „nur dank des bewussten Handelns der mit der materiellen Produktion beschäftigten Sowjetmenschen die ökonomischen Gesetze des Sozialismus entstehen“. Diese Behauptung ist völlig falsch.

Existieren die Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Entwicklung objektiv, außerhalb von uns, unabhängig vom Willen und vom Bewusstsein der Menschen? Der Marxismus bejaht diese Frage. Der Marxismus ist der Auffassung, dass die Gesetze der politischen Ökonomie des Sozialismus die Widerspiegelung der objektiven, außerhalb von uns existierenden Gesetzmäßigkeiten in den Köpfen der Menschen sind. Aber die Formel der Genossen Sanina und Wensher verneint diese Frage. Das bedeutet, dass diese Genossen den Standpunkt einer falschen Theorie beziehen, die behauptet, die Gesetze der ökonomischen Entwicklung im Sozialismus würden von den leitenden Organen der Gesellschaft „geschaffen“ und „umgewandelt“. Mit anderen Worten, die Genossen brechen mit dem Marxismus und beschreiten den Weg des subjektiven Idealismus.

Natürlich können die Menschen diese objektiven Gesetzmäßigkeiten entdecken, sie erkennen, und, auf sie gestützt, sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen. Aber sie können sie weder „schaffen“ noch „umwandeln“.

Nehmen wir an, wir machten uns für einen Augenblick die falsche Theorie zu eigen, die die Existenz objektiver Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftslebens im Sozialismus verneint und die Möglichkeit der „Schaffung“ von ökonomischen Gesetzen, der „Umwandlung“ der ökonomischen Gesetze verkündet. Wozu würde das führen? Das würde dazu führen, dass wir in das Reich des Chaos und der Zufälligkeiten gerieten, dass wir in sklavische Abhängigkeit von diesen Zufälligkeiten kämen, dass wir uns der Möglichkeit beraubten, uns in diesem Chaos der Zufälligkeiten zurechtzufinden, geschweige denn es zu verstehen.

Das würde dazu führen, dass wir die politische Ökonomie als Wissenschaft abschafften, denn ohne Anerkennung objektiver Gesetzmäßigkeiten, ohne Erforschung dieser Gesetzmäßigkeiten kann die Wissenschaft nicht bestehen und sich nicht entwickeln. Mit der Abschaffung der Wissenschaft aber würden wir uns der Möglichkeit berauben, den Gang der Ereignisse im Wirtschaftsleben des Landes vorauszusehen, das heißt, wir würden uns der Möglichkeit berauben, auch nur die elementarste Leitung der Wirtschaft zu organisieren.

Letzten Endes würden wir der Willkür „ökonomischer“ Abenteurer ausgeliefert sein, die bereit sind, die Gesetze der ökonomischen Entwicklung „umzustoßen“ und neue Gesetze zu „schaffen“, ohne die objektiven Gesetzmäßigkeiten zu begreifen und zu berücksichtigen.

Allen ist die klassische Formulierung des marxistischen Standpunkts in dieser Frage bekannt, die Engels in seinem „Anti-Dühring“ gegeben hat:

„Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserm Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsre Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften. Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehen - und

gegen dieses Verständnis sträubt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Verteidiger - solange wirken diese Kräfte sich aus trotz uns, gegen uns, solange beherrschen sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden. Es ist der Unterschied zwischen der zerstörenden Gewalt der Elektrizität im Blitze des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegrafen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuersbrunst und des im Dienst des Menschen wirkenden Feuers. Mit dieser Behandlung der heutigen Produktivkräfte nach ihrer endlich erkannten Natur tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen. Damit wird die kapitalistische Aneignungsweise, in der das Produkt zuerst den Produzenten, dann aber auch den Aneigner knechtet, ersetzt durch die in der Natur der modernen Produktionsmittel selbst begründete Aneignungsweise der Produkte: einerseits direkt gesellschaftliche Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andrerseits direkt individuelle Aneignung als Lebens- und Genussmittel.“ (Friedrich Engels, „Anti-Dühring“, S. 346/347. Der Übers.)

2. Die Frage der Maßnahmen zur Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums

Welche Maßnahmen sind erforderlich, um das kollektivwirtschaftliche Eigentum, das natürlich nicht allgemeines Volkseigentum ist, auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums (des „National“eigentums) zu heben?

Manche Genossen glauben, man müsse das kollektivwirtschaftliche Eigentum einfach nationalisieren, es zum allgemeinen Volkseigentum erklären, ähnlich, wie es seinerzeit mit dem kapitalistischen Eigentum gemacht wurde. Dieser Vorschlag ist völlig falsch und unter keinen Umständen annehmbar. Das kollektivwirtschaftliche Eigentum ist sozialistisches Eigentum, und wir können mit ihm keinesfalls so verfahren wie mit dem kapitalistischen Eigentum. Daraus, dass das kollektivwirtschaftliche Eigentum nicht allgemeines Volkseigentum ist, folgt keinesfalls, dass das kollektivwirtschaftliche Eigentum kein sozialistisches Eigentum sei.

Diese Genossen nehmen an, dass die Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum die einzige, jedenfalls aber die beste Form der Nationalisierung sei. Das stimmt nicht. In Wirklichkeit ist die Überführung in staatliches Eigentum nicht die einzige und nicht einmal die beste Form der Nationalisierung, sondern die Anfangsform der Nationalisierung, wie Engels im „Anti-Dühring“ ganz richtig sagt. Solange der Staat besteht, ist die Überführung in staatliches Eigentum unbedingt die verständlichste, die Anfangsform der Nationalisierung. Der Staat wird jedoch nicht bis in alle Ewigkeit bestehen. Mit der Erweiterung des Wirkungsbereichs des Sozialismus auf die meisten Länder der Welt wird der Staat absterben, und im Zusammenhang damit wird natürlich die Frage der Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum entfallen. Der Staat wird absterben, aber die Gesellschaft wird bleiben. Folglich wird das allgemeine Volkseigentum dann nicht mehr vom Staat übernommen werden, der absterben wird, sondern von der Gesellschaft selbst, vertreten durch ihr zentrales leitendes Wirtschaftsorgan.

Was ist also nun zu tun, um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben?

Als wichtigste Maßnahme für eine solche Hebung des kollektiv-wirtschaftlichen Eigentums schlagen die Genossen Sanina und Wensher vor: den Kollektivwirtschaften durch Verkauf die wichtigsten in den Maschinen- und Traktorenstationen konzentrierten Produktionsinstrumente zu übereignen, den Staat auf diese Weise von den Investitionen in der Landwirtschaft zu entlasten und zu erreichen, dass die Kollektivwirtschaften die Verantwortung für die

Unterhaltung und die Entwicklung der Maschinen- und Traktorenstationen selbst tragen. Sie sagen:

„Es wäre falsch, anzunehmen, dass die Investitionen der Kollektivwirtschaften in erster Linie für kulturelle Zwecke des Kollektivwirtschaftsdorfes verwendet werden müssen, während der Staat nach wie vor den Hauptteil der Investitionen für die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Produktion bestreiten muss. Wäre es nicht richtiger, den Staat von dieser Last zu befreien, da doch die Kollektivwirtschaften durchaus in der Lage sind, diese Last gänzlich zu übernehmen? Der Staat hat nicht wenig Vorhaben, in die er seine Mittel investieren kann, um im Land einen Überfluss an Konsumgütern zu schaffen."

Zur Begründung dieses Vorschlags bringen seine Urheber mehrere Argumente vor.
Erstens. Die Urheber des Vorschlags verweisen auf die Worte Stalins, dass Produktionsmittel nicht einmal an Kollektivwirtschaften verkauft werden, und ziehen diese Feststellung Stalins in Zweifel, indem sie erklären, der Staat verkaufe dennoch Produktionsmittel an die Kollektivwirtschaften, solche Produktions-mittel wie Kleininventar, wie Sensen und Sicheln, leichte Motore und dergleichen. Sie sind der Auffassung, dass der Staat, wenn er den Kollektivwirtschaften diese Produktionsmittel verkauft, ihnen auch alle anderen Produktionsmittel, wie etwa die Maschinen der MTS, verkaufen könnte.
Dieses Argument ist nicht stichhaltig. Natürlich verkauft der Staat den Kollektivwirtschaften Kleininventar, wie das dem Statut des landwirtschaftlichen Artels und der Verfassung entspricht. Aber darf man denn Kleininventar und solche Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft wie die Maschinen der MTS oder, sagen wir, den Boden, der doch auch eins der Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft ist, auf die gleiche Stufe stellen? Es ist klar, dass man das nicht darf. Man darf es nicht, da das Kleininventar das Schicksal der kollektivwirtschaftlichen Produktion in keiner Weise entscheidet, während solche Produktions-mittel wie die Maschinen der MTS und der Boden das Schicksal der Landwirtschaft unter unseren heutigen Verhältnissen voll und ganz entscheiden.
Es ist nicht schwer zu verstehen, dass Stalin, als er davon sprach, dass keine Produktionsmittel an die Kollektivwirtschaften verkauft werden, nicht Kleininventar, sondern die Hauptmittel der landwirtschaftlichen Produktion meinte: die Maschinen der MTS und den Boden. Die Urheber des Vorschlags spielen mit dem Wort „Produktionsmittel" und verwechseln zwei verschiedene Dinge, ohne zu merken, dass sie in eine unbequeme Lage geraten.
Zweitens. Die Genossen Sanina und Wensher berufen sich ferner darauf, dass zu Beginn der kollektivwirtschaftlichen Massenbewegung, Ende 1929 und Anfang 1930, das ZK der KPdSU(B) selbst dafür eintrat, den Kollektivwirtschaften die Maschinen- und Traktorenstationen zu übereignen, wobei es von den Kollektivwirtschaften verlangte, den Wert der Maschinen- und Traktorenstationen innerhalb von drei Jahren zu begleichen. Sie meinen, dass dies damals zwar „in Anbetracht der Armut" der Kollektivwirtschaften scheiterte, dass es aber jetzt, da die Kollektivwirtschaften reich geworden sind, möglich sei, zu dieser Politik zurückzukehren und den Kollektivwirtschaften die MTS zu verkaufen.
Dieses Argument ist ebenfalls nicht stichhaltig. Im ZK der KPdSU(B) ist tatsächlich Anfang 1930 ein Beschluss über den Verkauf der MTS an die Kollektivwirtschaften gefasst worden. Dieser Beschluss wurde auf Vorschlag einer Gruppe von Stoßarbeitern der Kollektivwirtschaften als Experiment, als Versuch gefasst, mit der Maßgabe, in nächster Zeit auf diese Frage zurückzukommen und sie erneut zu prüfen. Aber schon die erste Prüfung zeigte, dass dieser Beschluss unzweckmäßig war, und nach einigen Monaten, nämlich Ende 1930, wurde er rückgängig gemacht.
Das weitere Wachstum der Kollektivwirtschaftsbewegung und die Entwicklung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus überzeugten sowohl die Kollektivbauern als auch die leitenden Funktionäre endgültig davon, dass die Konzentration der Hauptinstrumente der

landwirtschaftlichen Produktion in den Händen des Staates, in den Händen der Maschinen- und Traktorenstationen, das einzige Mittel ist, um ein schnelles Wachstumstempo des kollektivwirtschaftlichen Produktion zu sichern.

Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. Es handelt sich hier nicht nur um die Technik schlechthin, sondern darum, dass die Technik nicht auf der Stelle treten darf - sie muss sich ständig vervollkommnen -, dass die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muss. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar, sind weder die hohen Erträge noch der Überfluss an landwirtschaftlichen Produkten denkbar. Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähdreschern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er - und nur er - ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er - und nur er - ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.

Was bedeutet es nach alledem, wenn man fordert, dass die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf übereignet werden? Das bedeutet den Kollektivwirtschaften große Verluste zuzufügen und sie ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabsetzen.

Daraus folgt: Mit ihrem Vorschlag, die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf zu übereignen, machen die Genossen Sanina und Wensher einen Schritt zurück zur Rückständigkeit und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Nehmen wir einen Augenblick lang an, dass wir den Vorschlag der Genossen Sanina und Wensher akzeptiert und damit begonnen hätten, den Kollektivwirtschaften durch Verkauf die Hauptproduktionsinstrumente, die Maschinen- und Traktorenstationen, zu übereignen. Was würde sich daraus ergeben?

Daraus würde sich ergeben, dass erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt, denn bekanntlich sind nicht einmal unsere nationalisierten Betriebe Eigentümer von Produktionsinstrumenten. Womit ließe sich diese Sonderstellung der Kollektivwirtschaften begründen, mit welchen Argumenten des Fortschritts und der Weiterentwicklung? Kann man etwa sagen, dass eine solche Stellung dazu beitragen würde, das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, dass sie den Übergang unserer Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus beschleunigen würde? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass eine solche Stellung den Abstand zwischen kollektivwirtschaftlichem Eigentum und allgemeinem Volkseigentum nur vergrößern und nicht zur Annäherung an den Kommunismus, sondern im Gegenteil dazu führen würde, dass man sich von ihm entfernt?

Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warenzirkulation geraten. Was denken die Genossen Sanina und Wensher: Kann die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation unsere Entwicklung zum

Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass sie unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann?

Der Hauptfehler der Genossen Sanina und Wensher besteht darin, dass sie die Rolle und die Bedeutung der Warenzirkulation im Sozialismus nicht begreifen, nicht begreifen, dass die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist. Sie glauben anscheinend, dass man auch bei der Warenzirkulation vom Sozialismus zum Kommunismus übergehen könne, dass die Warenzirkulation das nicht verhindern könne. Das ist ein großer Irrtum, der dadurch entstanden ist, dass man den Marxismus nicht verstanden hat.

In der Kritik an der „Wirtschaftskommune“ Dührings, die unter den Bedingungen der Warenzirkulation wirkt, wies Engels in seinem „Anti-Dühring“ überzeugend nach, dass das Vorhandensein der Warenzirkulation die so genannten „Wirtschaftskommunen“ Dührings unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse. Die Genossen Sanina und Wensher sind damit anscheinend nicht einverstanden. Umso schlimmer für sie. Wir Marxisten aber gehen von dem bekannten marxistischen Leitsatz aus, dass der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und das kommunistische Prinzip der Verteilung der Produkte nach den Bedürfnissen jeden Warenaustausch ausschließen, folglich auch die Verwandlung der Produkte in Ware und damit ihre Verwandlung in Wert.

So steht es mit dem Vorschlag und den Argumenten der Genossen Sanina und Wensher.

Was muss nun letzten Endes unternommen werden, um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben?

Die Kollektivwirtschaft ist kein gewöhnlicher Betrieb. Die Kollektivwirtschaft arbeitet auf Boden und bearbeitet Boden, der schon längst allgemeines Volkseigentum, und nicht kollektiv-wirtschaftliches Eigentum ist. Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer des von ihr bearbeiteten Bodens.

Weiter: Die Kollektivwirtschaft arbeitet mit Hauptproduktionsinstrumenten, die nicht kollektivwirtschaftliches Eigentum, sondern allgemeines Volkseigentum sind. Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente.

Weiter: Die Kollektivwirtschaft ist ein genossenschaftlicher Betrieb, bedient sich der Arbeit ihrer Mitglieder und verteilt die Einkünfte unter die Mitglieder nach Tagewerken, wobei die Kollektivwirtschaft über eigenes Saatgut verfügt, das jährlich erneuert und für die Produktion verwendet wird.

Es fragt sich: Was besitzt die Kollektivwirtschaft eigentlich, welches ist das kollektivwirtschaftliche Eigentum, über das sie völlig frei, nach eigenem Ermessen verfügen kann? Ein solches Eigentum sind die Erzeugnisse der Kollektivwirtschaft, die Erzeugnisse der kollektivwirtschaftlichen Produktion: Getreide, Fleisch, Fett, Gemüse, Baumwolle, Rüben, Flachs usw., nicht gerechnet die Gebäude und die persönliche Wirtschaft der Kollektivbauern auf dem Hofland. Es ist so, dass ein erheblicher Teil dieser Erzeugnisse, die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion, auf den Markt gelangen und auf diese Weise in das System der Warenzirkulation einbezogen werden. Eben dieser Umstand ist es jetzt auch, der der Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums hinderlich im Wege steht. Deshalb muss man gerade von dieser Seite her die Arbeit zur Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums entfalten.

Um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, muss man die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion aus dem System der Warenzirkulation herausziehen und in das System des Produktenaustauschs zwischen der staatlichen Industrie und den Kollektivwirtschaften einbeziehen. Das ist das Wesentliche.

Wir haben noch kein entwickeltes System des Produktenaustauschs, aber wir haben Keime des Produktenaustauschs in Form von „Waren“lieferungen für landwirtschaftliche Produkte.

Bekanntlich werden für die Erzeugnisse der Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben anbauenden und anderer Kollektivwirtschaften schon seit langem „Waren“ geliefert, zwar nicht restlos, nur teilweise, aber immerhin werden „Waren“ geliefert. Nebenbei sei bemerkt, dass der Ausdruck „Waren“lieferung nicht treffend ist; man sollte ihn durch Produktenaustausch ersetzen. Die Aufgabe besteht darin, diese Keime des Produktenaustauschs in allen Zweigen der Landwirtschaft zu fördern, sie zu einem weit verzweigten System des Produktenaustauschs zu entwickeln, damit die Kollektivwirtschaften für ihre Erzeugnisse nicht nur Geld, sondern vor allem die notwendigen Erzeugnisse erhalten. Ein solches System erfordert eine gewaltige Steigerung der von der Stadt an das Dorf gelieferten Produktion, deshalb sollte man es ohne Überstürzung, entsprechend der Anhäufung der von der Stadt hergestellten Erzeugnisse, einführen. Einführen muss man es jedoch unentwegt, ohne zu schwanken, indem man Schritt für Schritt den Wirkungsbereich der Warenzirkulation einengt und den Wirkungsbereich des Produktenaustauschs erweitert.

Ein solches System, das den Wirkungsbereich der Warenzirkulation einengt, wird den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus erleichtern. Darüber hinaus wird es die Möglichkeit bieten, das grundlegende kollektivwirtschaftliche Eigentum, die Erzeugnisse der kollektivwirtschaftlichen Produktion, in das allgemeine System der das ganze Volk umfassenden Planung einzubeziehen.

Das wird dann auch ein reales und entscheidendes Mittel sein, um unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben.

Ist ein solches System für die Kollektivbauernschaft vorteilhaft? Unbedingt ist es vorteilhaft. Vorteilhaft, weil die Kollektivbauernschaft vom Staat weit mehr Produkte und zu niedrigeren Preisen als bei der Warenzirkulation erhalten wird. Allen ist bekannt, dass die Kollektivwirtschaften, die mit der Regierung Verträge über Produktenaustausch („Waren“lieferung) abgeschlossen haben, bedeutend größere Vorteile erzielen als die Kollektivwirtschaften, die keine solche Verträge haben. Wenn man das System des Produktenaustauschs auf alle Kollektivwirtschaften des Landes ausdehnt, so wird unsere gesamte Kollektivbauernschaft dieser Vorteile teilhaftig werden.

J. Stalin

1952, 28. September

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DER ZENTRALEN VOLKSREGIERUNG DER CHINESISCHEN VOLKSREPUBLIK, MAO TSE-TUNG

anlässlich des 3. Jahrestages der Gründung der Chinesischen Volksrepublik

1. Oktober 1952

An den Vorsitzenden der Zentralen Volksregierung der Chinesischen Volksrepublik,
Mao Tse-tung

Anlässlich des dritten Jahrestages der Proklamierung der Chinesischen Volksrepublik bitte ich Sie, Genosse Vorsitzender, meine herzlichen Glückwünsche entgegenzunehmen.
Ich wünsche dem großen chinesischen Volk, der Regierung der Chinesischen Volksrepublik und Ihnen persönlich neue Erfolge beim Auf bau eines mächtigen volksdemokratischen chinesischen Staates.
Möge die große Freundschaft zwischen der Chinesischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die ein festes Bollwerk des Friedens und der Sicherheit im Fernen Osten und in der ganzen Welt ist, erstarken und gedeihen!

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 231,
1. Oktober 1952

TELEGRAMM AN DEN MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, OTTO GROTEWOHL

anlässlich des 3. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

7. Oktober 1952

An den Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik,
Genossen Otto Grotewohl

Anlässlich des Nationalfeiertages, des dritten Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, sende ich dem deutschen Volk, der Regierung und Ihnen persönlich, Genosse Ministerpräsident, meine Glückwünsche. Ich bitte Sie, meine Wünsche für weitere Erfolge bei dem großen Werk der Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen, friedliebenden Deutschland entgegenzunehmen.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Berliner Ausgabe, Nr. 235,
7. Oktober 1952

ANTWORTTELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES MINISTERKABINETTS DER KOREANISCHEN VOLKSDEMOKRATISCHEN REPUBLIK, KIM IR SEN

anlässlich des 4. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik

Oktober 1952

An den Vorsitzenden des Ministerkabinetts
der Koreanischen Volksdemokratischen Republik,
Genossen Kirn Ir Sen

Ich bitte Sie, Genosse Vorsitzender, den Dank der Sowjetregierung und meinen persönlichen Dank für Ihre freundschaftlichen Gratulationen und Glückwünsche anlässlich des vierten Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Volksrepublik Korea und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken entgegenzunehmen.
Ich wünsche dem mutig seine nationalen Rechte verteidigenden koreanischen Volk Erfolg in seinem heldenhaften Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat.

J. Stalin

„Neues Deutschland“,
Vorwärts-Ausgabe. Nr. 41,
13. Oktober 1952

REDE AUF DEM XIX. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION

14. Oktober 1952

Genossen!

Gestatten Sie mir, im Namen unseres Parteitages allen Bruderparteien und Gruppen, deren Vertreter unseren Parteitag mit ihrer Anwesenheit beehrt oder die dem Parteitag Grußbotschaften gesandt haben, den Dank auszusprechen für die freundschaftlichen Grüße, für die Wünsche weiterer Erfolge, für das Vertrauen. (Stürmischer, anhaltender Beifall, der in eine Ovation übergeht.)

Für uns ist dieses Vertrauen, das die Bereitschaft bedeutet, unsere Partei in ihrem Kampf für eine lichte Zukunft der Völker, in ihrem Kampf gegen den Krieg, in ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens zu unterstützen, besonders wertvoll. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass unsere Partei, die zu einer mächtigen Kraft geworden ist, keine Unterstützung mehr brauche. Das wäre falsch. Unsere Partei und unser Land brauchten stets das Vertrauen, die Sympathie und die Unterstützung der Brudervölker jenseits der Grenzen unseres Landes und werden sie stets brauchen.

Die Besonderheit dieser Unterstützung besteht darin, dass jede Unterstützung der Friedensbestrebungen unserer Partei seitens einer jeden Bruderpartei gleichzeitig die Unterstützung ihres eigenen Volkes in seinem Kampf für die Erhaltung des Friedens bedeutet. Als die englischen Arbeiter in den Jahren 1918-1919, zur Zeit des bewaffneten Überfalles der englischen Bourgeoisie auf die Sowjetunion, unter der Losung „Hände weg von Rußland“ den Kampf gegen den Krieg organisierten, war das eine Unterstützung, eine Unterstützung vor allem des Kampfes ihres eigenen Volkes für den Frieden und dann auch eine Unterstützung der Sowjetunion. Wenn Genosse Thorez oder Genosse Togliatti erklären, dass ihre Völker keinen Krieg gegen die Völker der Sowjetunion führen werden (stürmischer Beifall), so ist das eine Unterstützung, eine Unterstützung vor allem der für den Frieden kämpfenden Arbeiter und Bauern Frankreichs und Italiens und dann auch eine Unterstützung der Friedensbestrebungen der Sowjetunion. Diese Besonderheit der gegenseitigen Unterstützung erklärt sich daraus, dass die Interessen unserer Partei nicht nur den Interessen der friedliebenden Völker nicht widersprechen, sondern im Gegenteil mit ihnen verschmelzen. (Stürmischer Beifall.) Was die Sowjetunion betrifft, so sind ihre Interessen von der Sache des Friedens in der ganzen Welt überhaupt nicht zu trennen.

Es versteht sich, dass unsere Partei den Bruderparteien gegenüber ihre Schuldigkeit tun und ihrerseits sie und ihre Völker in ihrem Kampf um die Befreiung, in ihrem Kampf für die Erhaltung des Friedens unterstützen muss. Gerade das tut sie bekanntlich auch. (Stürmischer Beifall.) Nach der Ergreifung der Macht durch unsere Partei im Jahre 1917 und nachdem unsere Partei reale Maßnahmen zur Beseitigung des Jochs der Kapitalisten und Gutsbesitzer getroffen hatte, gaben ihr die Vertreter der Bruderparteien, begeistert von der Kühnheit und den Erfolgen unserer Partei, den Namen „Stoßbrigade“ der revolutionären Bewegung und der Arbeiterbewegung der Welt. Damit gaben sie der Hoffnung Ausdruck, dass die Erfolge der „Stoßbrigade“ die Lage der unter dem Joch des Kapitalismus schmachtenden Völker erleichtern werden. Ich denke, dass unsere Partei diese Hoffnungen gerechtfertigt hat, besonders in der Zeit des zweiten Weltkrieges, als die Sowjetunion die deutsche und japanische faschistische Tyrannei zerschmetterte und die Völker Europas und Asiens von der Gefahr der faschistischen Sklaverei befreite. (Stürmischer Beifall.)

Natürlich war es sehr schwer, diese ehrenvolle Aufgabe zu erfüllen, solange es nur eine einzige „Stoßbrigade“ gab und solange sie diese Aufgabe des Vorkämpfers fast ganz auf sich allein gestellt erfüllen musste. Aber das war einmal. Jetzt ist es ganz anders. Jetzt, da von China und Korea bis zur Tschechoslowakei und Ungarn neue „Stoßbrigaden“ in Gestalt der

volksdemokratischen Länder auf den Plan getreten sind, jetzt ist der Kampf für unsere Partei leichter geworden, und auch die Arbeit geht munterer voran. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Besondere Aufmerksamkeit gebührt jenen kommunistischen, demokratischen oder Arbeiter- und Bauernparteien, die noch nicht an die Macht gelangt sind und die ihre Arbeit unter dem Joch der drakonischen bürgerlichen Gesetze fortführen. Natürlich haben sie es in ihrer Arbeit schwerer. Aber sie haben es in ihrer Arbeit nicht so schwer, wie wir russischen Kommunisten es hatten in der Zeit des Zarismus, als der kleinste Schritt vorwärts zum schwersten Verbrechen erklärt wurde. Die russischen Kommunisten jedoch hielten stand, sie schreckten vor Schwierigkeiten nicht zurück und errangen den Sieg. Dasselbe wird mit diesen Parteien der Fall sein.

Warum werden es diese Parteien in ihrer Arbeit immerhin nicht so schwer haben, wie es die russischen Kommunisten zur Zeit des Zarismus hatten?

Weil sie erstens solche Beispiele des Kampfes und der Erfolge vor Augen haben, wie es sie in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern gibt. Folglich können sie aus den Fehlern und den Erfolgen dieser Länder lernen und sich somit ihre Arbeit erleichtern.

Weil zweitens die Bourgeoisie selbst, der Hauptfeind der Freiheitsbewegung, eine andere geworden ist, sich wesentlich verändert hat, reaktionärer geworden ist, die Verbindungen zum Volk verloren und sich damit geschwächt hat. Es versteht sich, dass dieser Umstand die Arbeit der revolutionären und demokratischen Parteien ebenfalls erleichtern muss. (Stürmischer Beifall.)

Früher leistete es sich die Bourgeoisie, sich liberal aufzuspielen; sie trat für bürgerlich-demokratische Freiheiten ein und erwarb sich damit Popularität im Volke. Jetzt ist von Liberalismus auch nicht eine Spur geblieben. Es gibt keine so genannte „Freiheit der Persönlichkeit“ mehr - die Rechte der Persönlichkeit werden jetzt nur bei denen anerkannt, die Kapital besitzen, alle übrigen Bürger aber werden als menschlicher Rohstoff betrachtet, der nur zur Ausbeutung taugt. In den Staub getreten ist das Prinzip der Gleichberechtigung der Menschen und Nationen, es ist ersetzt durch das Prinzip der vollen Rechte für die ausbeutende Minderheit und der Rechtlosigkeit der ausgebeuteten Mehrheit der Bürger. Das Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten ist über Bord geworfen. Ich denke, dass Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner werden erheben und vorantragen müssen, wenn Sie die Mehrheit des Volkes sieh sammeln wollen. Es gibt sonst niemand. der es erheben könnte. (Stürmischer Beifall.)

Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation. sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie „über alles“. Jetzt ist vom „nationalen Prinzip“ auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel werden Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner erheben und vorantragen müssen, wenn Sie Patrioten Ihres Landes sein, wenn Sie die führende Kraft der Nation werden wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte. (Stürmischer Beifall.)

So liegen die Dinge gegenwärtig.

Es versteht sich, dass all diese Umstände die Arbeit der kommunistischen und demokratischen Parteien, die noch nicht zur Macht gelangt sind, erleichtern müssen.

Folglich besteht aller Grund, auf Erfolge und auf den Sieg der Bruderparteien in den Ländern der Herrschaft des Kapitals zu rechnen. (Stürmischer Beifall.)

Es leben unsere Bruderparteien! (Anhaltender Beifall.)

Langes Leben und Gesundheit den Führern der Bruderparteien! (Anhaltender Beifall.)

Es lebe der Friede zwischen den Völkern! (Anhaltender Beifall.)

Nieder mit den Kriegsbrandstiftern!

(Alle erheben sich von den Plätzen. Stürmischer, lang anhaltender Beifall, der in eine Ovation übergeht. Es erschallen Rufe: „Es lebe Genosse Stalin!“, „Dem Genossen Stalin - Hurra!“, „Es lebe der große Führer der Werktätigen der Welt, Genosse Stalin!“, „Dem großen Stalin - Hurra“, „Es lebe der Friede zwischen den Völkern!“ Rufe: „Hurra!“)

„Rede auf dem XIX. Parteitag
der Kommunistischen Partei der Sowjetunion,“
Dietz Verlag, Berlin 1952, Seite 5-15

ANTWORTEN AUF FRAGEN DES DIPLOMATISCHEN KORRESPONDENTEN DER „NEW YORK TIMES“, JAMES RESTON, VOM 21. DEZEMBER 1952

Frage: Ist es zu Beginn des neuen Jahres und bei Antritt der neuen Regierung der Vereinigten Staaten noch Ihre Überzeugung, dass die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten in den kommenden Jahren in Frieden leben können?
Antwort: Ich bin nach wie vor der Meinung, dass ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion nicht als unvermeidlich zu betrachten ist und dass unsere Länder auch weiterhin in Frieden leben können.
Frage: Wo sind Ihrer Meinung nach die Quellen der gegenwärtigen internationalen Spannung?
Antwort: Überall dort und in allem, wo immer aggressive Handlungen der gegen die Sowjetunion betriebenen Politik des „Kalten Krieges“ zutage treten.
Frage: Würden Sie diplomatische Besprechungen mit Vertretern der neuen Regierung Eisenhower begrüßen, um eine eventuelle Zusammenkunft zwischen Ihnen und General Eisenhower zur Frage der Abschwächung der internationalen Spannung zu erörtern?
Antwort: Ich stehe einem solchen Vorschlag positiv gegenüber.
Frage: Würden Sie bei einem neuen diplomatischen Schritt mitarbeiten, der auf eine Beendigung des Korea-Krieges abzielt?
Antwort: Ich bin bereit mitzuarbeiten, weil die UdSSR an der Beendigung des Korea-Krieges interessiert ist.

Prawda,
26. Dezember 1952

ANHANG

SCHREIBEN DES ZK DER KPDSU AN DAS ZK DER KPJ

27. MÄRZ 1948

Ihre Antworten vom 18. und 20. März haben wir erhalten. Wir betrachten Ihre Erklärungen als unfundiert und als völlig unbefriedigend.

1. Der Fall Gagarinow kann als nebensächlich betrachtet werden, obwohl wir der Meinung sind, dass dieser Genosse das Opfer von Verleumdungen gewesen ist.

Die Erklärung, die dem Genossen Krutikow unterschoben wird, wonach er gesagt hätte, die Sowjetunion würde für dieses Jahr auf Handelsvertrags-Besprechungen verzichten, ist eine Erfindung, denn der Genosse Krutikow stellt kategorisch in Abrede, etwas derartiges geäußert zu haben.

2. Was die Angelegenheit der Militärberater betrifft, so sind hier die Erklärungen des Armee-Ministeriums und die Mitteilungen der Berater selber die Quelle unserer Informationen. Bekanntlich wurden auf das wiederholte Verlangen der jugoslawischen Regierung hin sowjetische Militärberater nach Jugoslawien geschickt. Ihre Zahl liegt übrigens unter derjenigen, die angefordert wurde. Es ist daher klar, dass die Sowjetregierung nicht die Absicht hatte, ihre Berater Jugoslawien aufzudrängen.

Später aber erklärten die jugoslawischen militärischen Führer, vor allem Kotscha Popowitsch, die Zahl der sowjetischen Militärberater müsste unbedingt um 60% herabgesetzt werden. Diese Erklärung wurde auf verschiedene Weise begründet: Die einen sagten, die sowjetischen Militärberater kämen Jugoslawien zu teuer zu stehen; andere meinten, die jugoslawische Armee benötige die Erfahrung der Sowjetarmee nicht; wieder andere sagten, die Reglemente der Sowjetarmee und ihre Methoden seien erstarrt und ohne Wert für die jugoslawische Armee; und schließlich gab man uns schonungslos zu verstehen, die sowjetischen Militärberater würden ihr Gehalt umsonst bekommen, weil ihre Tätigkeit keinen Nutzen bringe.

Im Lichte dieser Tatsachen wird der Sinn der beleidigenden Äußerung des Herrn Djilas im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, dass die Sowjetoffiziere moralisch tiefer stünden als die britischen Offiziere, leicht verständlich. Es ist bekannt, dass diese antisowjetische Äußerung bei den anderen Mitgliedern des Zentralkomitees keinen Widerspruch hervorgerufen hat.

Statt sich mit der Sowjetregierung über die Frage der Militärberater zu verständigen, haben die jugoslawischen militärischen Führer also begonnen, die sowjetischen Militärberater zu demütigen und die Sowjetarmee zu diskreditieren.

Diese Lage der Dinge war natürlich dazu angetan, rings um die sowjetischen Militärberater eine feindliche Atmosphäre zu schaffen.

Es wäre lächerlich, anzunehmen, dass die Sowjetregierung sich unter diesen Umständen dazu hätte verstehen können, ihre Militärberater länger in Jugoslawien zu belassen.

Da die jugoslawische Regierung sich diesen Manövern, die den Zweck hatten, die Sowjetarmee zu diskreditieren, nicht entgegenstellte, ist sie für die entstandene Situation verantwortlich.

3. Unsere Informationen über die Angelegenheit der Rückberufung der sowjetischen Zivilspezialisten beziehen wir aus den Berichten des Sowjetgesandten in Belgrad, Lawrentjew, sowie aus den Aussagen der Spezialisten selber. Ihre Behauptung, Sergentitsch habe dem Handelsvertreter Lebedjew gesagt, die Sowjetfunktionäre müssten sich für Wirtschaftsauskünfte an das Zentralkomitee sowie an die jugoslawische Regierung wenden, entspricht keineswegs den Tatsachen. Nachstehend der Bericht Lawrentjews, datiert vom 9. März:

„Sergentitsch, der Adjunkt von Kidritsch im Wirtschaftsrat, hat dem Handelsvertreter Lebedjew gegenüber erklärt, ein Regierungsbeschluss untersage die Herausgabe von Auskünften wirtschaftlicher Natur, ganz gleich an wen. Aus diesem Grunde könne Sergentitsch entgegen den früheren Abmachungen die verlangten Auskünfte Lebedjew nicht geben. Die Organe der Staatspolizei hätten den Befehl, die Ausführung dieses Beschlusses zu überwachen. Sergentitsch sagte ferner, Kidritsch beabsichtige, mit Lebedjew hierüber zu sprechen."

Aus diesem Bericht Lawrentjews geht hervor, dass Sergentitsch die Möglichkeit, wirtschaftliche Auskünfte beim Zentralkomitee und bei der jugoslawischen Regierung zu erhalten, nicht einmal erwähnt hat. Es wäre übrigens lächerlich, zu verlangen, dass jede Wirtschaftsauskunft beim Zentralkomitee oder bei der jugoslawischen Regierung eingeholt werden müsse. Für so etwas gibt es in Jugoslawien die normalen Wirtschaftsorgane, die bisher den Sowjetfunktionären alle nötigen Wirtschaftsauskünfte geliefert haben.
Aus dem Bericht Lawrentjews geht ferner genau das Gegenteil von dem hervor, was Sie schreiben, dass nämlich die Organe der jugoslawischen Staatspolizei die Sowjetvertreter kontrollieren und überwachen.
Es ist nicht unnötig, hier zu betonen, dass wir diese heimliche Überwachung der Sowjetvertreter in den bürgerlichen Ländern (und nicht einmal in allen bürgerlichen Ländern) finden.
Ferner muss gesagt werden, dass die jugoslawische Staatspolizei auch den Vertreter der KPdSU beim Kominform, den Genossen Judin, überwacht.
Es wäre lächerlich, zu denken, die Sowjetregierung könnte einwilligen, Zivilspezialisten, die einer solchen Behandlung unterworfen werden, in Jugoslawien zu belassen.
Wie man auch hier sieht, fällt die Verantwortung für die so entstandene Lage der jugoslawischen Regierung zu.
Das sind die Gründe, welche die Sowjetregierung gezwungen haben, ihre Militär- und Zivil-Spezialisten aus Jugoslawien zurückzuberufen.
4. In Ihrem Schreiben sprechen Sie ferner den Wunsch aus, auch die anderen Tatsachen zu erfahren, welche die Unzufriedenheit der USSR hervorrufen und zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen ihr und Jugoslawien führen. Nachstehend nennen wir diese Tatsachen, die im Übrigen in keiner Beziehung zu der Abberufung der sowjetischen Militärberater und Zivilspezialisten stehen.
1. Wie Sie wissen, machen bei den jugoslawischen Führern antisowjetische Gerüchte die Runde: Die KPdSU sei in Entartung begriffen, in der USSR herrsche Großmacht-Chauvinismus, die USSR wolle das neue Jugoslawien wirtschaftlich unterjochen, das Kominform sei für die KPdSU ein Mittel, die anderen Parteien unter ihre Herrschaft zu bringen, usw. ... Diese antisowjetischen Äußerungen werden meistens unter linkslerischen Phrasen versteckt, wie: „Der Sozialismus hat in der USSR aufgehört, revolutionär zu sein," oder „einzig Jugoslawien ist der wahre Träger des revolutionären Sozialismus." Es ist recht angenehm, solche Urteile über die KPdSU von zweifelhaften Marxisten wie Djilas, Vukmanowitsch, Kidritsch und Rankowitsch zu hören. Schwerer wiegt jedoch der Umstand, dass diese Gerüchte schon seit langem unter den hohen jugoslawischen Funktionären zirkulieren und eine antisowjetische Atmosphäre schaffen, welche die Beziehungen zwischen der KPdSU und der KPJ erschwert.
Wir bestreiten nicht, dass jede kommunistische Partei, und darunter auch die KPJ, das Recht hat, die KPdSU zu kritisieren, ebenso wie die KPdSU das Recht hat, die anderen kommunistischen Parteien zu kritisieren. Aber der Marxismus verlangt, dass die Kritik offen und ehrlich sei und nicht heimlich und verleumderisch, besonders wenn der Kritisierte keine Möglichkeit hat, zu antworten. Die Kritik der jugoslawischen Funktionäre ist aber weder offen noch ehrlich; sie ist verlogen, denn während sie unter der Hand den Ruf der KPdSU

schädigt, rühmen sie sie nach außen hin heuchlerisch und heben sie in den Himmel mit Lobsprüchen und Schmeicheleien. Diese Kritik hat als Ziel, das Sowjetregime anzuschwärzen. Wir zweifeln nicht daran, dass, wenn die Massen der jugoslawischen Partei von dieser antisowjetischen Kritik Kenntnis hätten, sie diese als fremd und vom Feind inspiriert verurteilen würden. Aber sie haben eben keine Kenntnis von ihr, denn unserer Meinung nach geben sich die jugoslawischen Funktionäre alle Mühe, diese Kritik heimlich zu üben in den Kulissen, hinter dem Rücken der breiten Massen.

Man wird gut daran tun, sich zu erinnern, dass, als Trotzki den Plan fasste, der KPdSU den Krieg zu erklären, er damit begann, sie der Entartung und des Chauvinismus zu beschuldigen. Natürlich kleidete er alles in elegante Phrasen über die Sowjetrevolution. Aber wer entartet war, das war Trotzki selber; und bekanntlich ging er nach seiner Entlarvung sogleich in das Lager der erklärten Feinde der KPdSU und der Sowjetunion über. Seine politische Laufbahn kann, so glauben wir, als Lehre dienen.

2. Wir sind beunruhigt über die heutige Stellung der KPJ. Es ist tatsächlich sonderbar, dass die KPJ, obwohl sie die führende Partei ist, noch nicht ganz legal ist und sich immer noch in halb illegaler Lage befindet.

Die Beschlüsse der Parteiorgane werden nicht, wie das sein sollte, in der Presse publiziert. Auch die Rechenschaftsberichte der Partei werden nicht veröffentlicht.

Innerhalb der KPJ besteht keine Demokratie. Das Zentralkomitee der Partei wird in seiner Mehrheit nicht gewählt, sondern kooptiert. Im Schoße der Partei bestehen keine Kritik und Selbstkritik oder kaum. Es ist charakteristisch, dass der Sekretär des Zentralkomitees für die Kaderführung gleichzeitig Polizeiminister ist, was darauf hinausläuft, dass die Kader der Partei der Kontrolle des Polizeiministers unterstellt sind. Nach den Lehren des Marxismus ist es die Partei, die alle Staatsorgane kontrollieren muss. In Jugoslawien kontrolliert der Polizeiminister die Partei. Das ist zweifellos die Erklärung für den Mangel an Initiative bei den Massen der jugoslawischen Partei.

Eine derartige Organisation kann selbstverständlich nicht als marxistisch-leninistisch bezeichnet werden. Die KPJ läßt sich von der opportunistischen, faulen Theorie der friedlichen Assimilierung der kapitalistischen Elemente durch den Sozialismus einschläfern, eine Theorie, die von Bernstein, Vollmar, Bucharin entlehnt ist.

Der Geist des Klassenkampfes ist in der KPJ nicht zu spüren. Die Entwicklung der kapitalistischen Elemente auf dem Lande und in den Städten ist in vollem Aufschwung begriffen.

Nach der Theorie des Marxismus-Leninismus wird die Partei als die führende und grundlegende Kraft im Lande betrachtet, die ihr eigenes Programm hat und sich nicht in der Masse der Parteilosen verliert. In Jugoslawien wird im Gegenteil die Volksfront als grundlegende und führende Macht betrachtet und man bemüht sich, die Partei in der Volksfront aufgehen zu lassen. In seiner Rede vor dem II. Kongress der Jugoslawischen Volksfront sagte Genosse Tito: „Besitzt die KPJ ein anderes Programm als die Volksfront? Nein. Die KPJ hat kein anderes Programm, das Programm der Volksfront ist auch das ihrige.“ Nicht anders hat in Rußland vor 40 Jahren ein Teil der Menschewiki vorgeschlagen, die marxistische Partei solle sich in einer parteilosen Arbeiterorganisation auflösen.

3. Es ist unbegreiflich, dass der englische Spion Velebit immer noch dem jugoslawischen Außenministerium als stellvertretender Außenminister angehört. Unsere jugoslawischen Genossen wissen, dass Velebit ein englischer Spion ist, sie wissen auch, dass die Vertreter der Sowjetregierung ihn als Spion betrachten. Trotzdem bleibt Velebit auf seinem Posten als Stellvertreter des Außenministers. Sollte es sich etwa so verhalten, dass die jugoslawische Regierung beabsichtigt, sich Velebits gerade in seiner Eigenschaft als englischer Spion zu bedienen? Bekanntlich finden die bürgerlichen Regierungen es ganz in Ordnung, unter ihrem Personal Spione der großen imperialistischen Staaten zu dulden, deren Gunst sie gewinnen möchten; sie zeigen auf diese Weise, dass sie gewillt sind, sich der Kontrolle dieser Staaten zu

unterwerfen. Was uns betrifft, so sind wir der Ansicht, dass ein derartiges Vorgehen für Marxisten unzulässig ist.
Wie dem auch sei, die Sowjetregierung ist nicht gewillt, ihre Korrespondenz mit der jugoslawischen Regierung der Kontrolle eines englischen Spions zu unterstellen. Solange Velebit im jugoslawischen Außenministerium bleibt, sieht sich die Sowjetregierung in der peinlichen Lage, mit der jugoslawischen Regierung nicht offen auf dem Wege über das jugoslawische Außenministerium korrespondieren zu können.
Das sind die Tatsachen, welche die Unzufriedenheit der Sowjetregierung und des ZK der KPdSU hervorrufen und zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen der USSR und Jugoslawien führen. Diese Tatsachen haben mit der Rückberufung der Militär- und Zivil-Spezialisten nichts zu tun. Aber sie spielen eine wesentliche Rolle in der fortschreitenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern.

Gezeichnet:
Das Zentralkomitee der KPdSU
Moskau, den 27. März 1948

SCHREIBEN DES ZK DER KPDSU AN DAS ZK DER KPJ

Moskau, den 4. Mai 1948

Ihre Antwort und das Communique über die Resolution der Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPJ vom 13. April 1948, unterzeichnet von den Genossen Tito und Kardelj, haben wir erhalten.

Leider können diese Schriftstücke, besonders das von den Genossen Tito und Kardelj unterzeichnete, die Angelegenheit nur komplizieren und den Konflikt verschlimmern.

Der Ton dieser Schriftstücke verrät übermäßigen Ehrgeiz. Man findet darin weder den Wunsch, die Wahrheit zu sagen, noch den Willen, die begangenen Fehler zuzugeben. Die jugoslawischen Genossen nehmen die Kritik nicht auf marxistische, sondern auf kleinbürgerliche Weise entgegen; mit andern Worten, sie fassen sie als einen Angriff auf das Prestige des Zentralkomitees des KPJ auf und als eine Bedrohung der Ambitionen der jugoslawischen Führer. Sie ziehen es vor, ihre Irrtümer gesamthaft in Abrede zu stellen, obwohl diese Irrtümer offenkundig sind. Sie leugnen die notorischen Tatsachen, die wir in unserem Schreiben vom 27. März dargelegt haben. Die Genossen Tito und Kardelj begreifen anscheinend nicht, dass eine solche Methode kindisch ist und dass ihre ungerechtfertigte Weigerung, Tatsachen und Dokumente anzuerkennen, weit entfernt davon jemanden zu überzeugen, nur zum Lachen reizen kann.

1. Über die Rückberufung der sowjetischen Militärberater aus Jugoslawien. Das Zentralkomitee der KPdSU hat in seinem Schreiben vom 27. März die Gründe für die Rückberufung der sowjetischen Militärberater dargelegt. Die Genossen Tito und Kardelj stellen in Abrede, dass die Klagen unserer Berater begründet seien. Warum sollte das Zentralkomitee der KPdSU den unbegründeten Erklärungen der Genossen Tito und Kardelj eher Glauben schenken als den zahlreichen Klagen der sowjetischen Militärberater? Die USSR hat nahezu in alle Länder der Volksdemokratien Militärberater gesandt. Es sei hier festgestellt, dass uns bis jetzt von den Militärberatern in diesen Ländern keine einzige Klage zugekommen ist. Einzig aus Jugoslawien, wo auf diesem Gebiet ein Mangel an Verständnis herrscht, kommen solche Klagen. Nur in Jugoslawien ist dieses mangelnde Verständnis festzustellen. Könnte diese Erscheinung nicht ihre Erklärung in der besonders feindlichen Behandlung finden, welcher die sowjetischen Militärberater in Jugoslawien ausgesetzt sind?

Die Genossen Tito und Kardelj erwähnen die großen Auslagen, welche der Unterhalt der sowjetischen Militärberater in Jugoslawien verursacht und betonen, dass die Sowjetgeneräle, die sich in ihrem Land befinden, in Dinaren drei- oder viermal so viel beziehen wie die jugoslawischen Generäle. Sie setzen hinzu, diese Tatsache habe in jugoslawischen Militärkreisen Kritik hervorgerufen. Zunächst ist jedoch festzustellen, dass die jugoslawischen Generäle außer ihrem Gehalt auch noch zahlreiche Naturalentschädigungen und andere Vergünstigungen erhalten: wie freie Wohnung, Dienerschaft, Verpflegung usw. Des Weiteren entsprechen die Bezüge der Sowjetgeneräle in Jugoslawien denjenigen, die sie in der Sowjetunion erhalten. Die Sowjetregierung konnte sich natürlich nicht mit einer Reduktion der Bezüge der Sowjetgeneräle, die sich in offizieller Mission in Jugoslawien befinden, einverstanden erklären.

Es ist wohl möglich, dass die Unterhaltskosten der Sowjetgeneräle in Jugoslawien für das jugoslawische Budget eine Belastung darstellen. In diesem Fall hätte jedoch die jugoslawische Regierung sich an die Sowjetregierung wenden und ihr vorschlagen sollen, sich an diesen Kosten zu beteiligen. Zweifellos hätte die Sowjetregierung einen derartigen Vorschlag angenommen. Aber die Jugoslawen haben einen anderen Weg gewählt: Anstatt die Frage in angemessener Weise zu stellen, begannen sie, die militärischen Berater zu demütigen, sie als Bonvivants zu behandeln und die Rote Armee herabzusetzen. An die Sowjetregierung

hat sich die jugoslawische Regierung erst dann gewandt, als rings um die sowjetischen Militärberater bereits eine feindliche Atmosphäre entstanden war.
Eine solche Situation konnte die Sowjetregierung natürlich nicht dulden.
2. Über die sowjetischen Zivilspezialisten in Jugoslawien. In seinem Brief vom 23. März hat das Zentralkomitee der KPdSU die Gründe für die Rückberufung seiner Zivilspezialisten aus Jugoslawien dargelegt. Wie weiter oben ausgeführt worden ist, wurden die sowjetischen Zivilspezialisten sowie der Genosse Judin der Kontrolle der jugoslawischen Staatspolizei unterstellt.
Die Genossen Tito und Kardelj bestreiten diese Tatsache. Aber warum sollte das Zentralkomitee der KPdSU den unbegründeten Behauptungen der Genossen Tito und Kardelj eher Glauben schenken als den Klagen der Sowjetbürger und des Genossen Judin selber? In allen Volksdemokratien gibt es sowjetische Zivilspezialisten. Aber beklagt haben sich nur diejenigen in Jugoslawien.
Die Sowjetregierung wollte eine solche Situation nicht dulden und hat ihre Zivilspezialisten zurückberufen.
3. Über Velebit und die anderen Spione im Stab des jugoslawischen Außenministeriums. Die Darstellung der Genossen Tito und Kardelj ist unrichtig, wonach die Genossen Kardelj und Djilas im Lauf einer Unterredung mit dem Genossen Molotow gegenüber den gegen Velebit vorgebrachten Beschuldigungen Vorbehalte geäußert und darauf aufmerksam gemacht hätten, dass der Fall des letzteren nicht völlig geklärt sei. In Wirklichkeit wurde im Verlauf des Gesprächs dieser Genossen mit dem Genossen Molotow erklärt, es bestünde Verdacht gegen Velebit und man frage sich, ob er nicht Spionage für Großbritannien treibe. Es berührt sonderbar, dass die Genossen Tito und Kardelj die Entfernung Velebits aus dem Außenministerium dem Ruin des letzteren gleichsetzen. Warum sollte Velebit nicht aus dem Außenministerium entfernt werden können, ohne dadurch „ruiniert“ zu werden?
Gemäß den sonderbaren Erklärungen der Genossen Tito und Kardelj hätte man Velebit in seinen Funktionen belassen, damit seine Tätigkeit kontrolliert werden könne. Wäre es nicht das normalere, ihn zuerst zu entfernen und hierauf seine Haltung zu prüfen? Woher kommt dieses Wohlwollen gegenüber einem englischen Spion, der zudem noch der Sowjetunion feindlich gesinnt ist?
Aber Velebit ist nicht der einzige Spion im Außenministerium. Die Sowjetvertreter haben den jugoslawischen Führern mehrfach erklärt, dass der jugoslawische Botschafter in London, Leontitsch, ein englischer Spion sei. Man kennt die Gründe nicht, warum dieser beamtete englische Spion weiterhin im Dienst des Außenministeriums bleibt.
Die Sowjetregierung weiß ferner, dass außer Leontitsch noch drei weitere Mitarbeiter der Jugoslawischen Gesandtschaft in London, deren Namen wir hier nicht nennen, für den englischen Nachrichtendienst arbeiten. Die Sowjetregierung übernimmt die volle Verantwortung für diese Behauptung. Ebenfalls unverständlich ist es, dass der Gesandte der Vereinigten Staaten in Belgrad sich dort aufführen kann, als wäre er bei sich zu Hause, und dass seine Nachrichtenagenten, deren Zahl immer mehr wächst, frei herumlaufen können.
Unverständlich ist es ferner auch, dass die Freunde und Verwandten des jugoslawischen Henkers Neditsch sich leicht und bequem im jugoslawischen Staats- und Parteiapparat einnisten können.
4. Über den Sowjetgesandten in Jugoslawien und den Sowjetstaat. In ihrem Brief vom 13. April 1948 schreiben die Genossen Tito und Kardelj:

„Wir sind der Ansicht, dass er (Lawrentjew) als Botschafter der USSR kein Recht hat, von wem es auch sei, Informationen über die Tätigkeit unserer Partei zu sammeln. Das ist nicht seine Aufgabe.“

Wir betrachten diese Erklärung Titos und Kardelj als befremdend und antisowjetisch. Sie stellen einen Gesandten, der Vertreter der kommunistischen Regierung der USSR bei der

kommunistischen Regierung Jugoslawiens ist, auf die gleiche Stufe wie irgend einen bürgerlichen Gesandten, einen gewöhnlichen Beamten eines bürgerlichen Staates, der den Auftrag hat, die Grundlagen des jugoslawischen Staates zu unterhöhlen. Es ist unfassbar, dass die Genossen Tito und Kardelj derart tief sinken konnten. Begreifen sie denn nicht, dass sie mit einer solchen Haltung gegenüber dem Sowjetgesandten auf die freundschaftlichen Beziehungen verzichten, die zwischen der USSR und Jugoslawien bestanden? Begreifen sie denn nicht, dass der Sowjetgesandte, verantwortlicher Kommunist und Vertreter eines befreundeten Staates, welcher Jugoslawien von der deutschen Besetzung befreit hat, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich von Zeit zu Zeit mit den jugoslawischen Kommunisten über verschiedene Angelegenheiten zu unterhalten?
Wir möchten den Genossen Tito und Kardelj zur Kenntnis bringen, dass wir in Moskau den jugoslawischen Gesandten nicht als gewöhnlichen Beamten betrachten und ihn nicht einem bürgerlichen Gesandten gleichsetzen. Dass er Gesandter geworden ist, bedeutet nicht, dass er aufgehört hat, Kommunist zu sein. Wir gestatten ihm, Informationen über unsere Partei zu sammeln, und es ist sehr wahrscheinlich, dass er dies auch tut.
Diese Haltung der jugoslawischen Genossen in Bezug auf den Sowjetgesandten kann nicht als zufällig betrachtet werden. Sie ist nur ein Teil der allgemeinen Haltung der jugoslawischen Regierung, die keinen Unterschied macht zwischen der Außenpolitik der USSR und derjenigen der Angloamerikaner und die die sowjetische Außenpolitik der Außenpolitik der Engländer und Amerikaner gleichsetzt.
In dieser Beziehung ist die Rede, die Genosse Tito Ende Mai 1945 in Ljubljana hielt, sehr charakteristisch. Er erklärte:

„Es wurde gesagt, dieser Krieg sei ein gerechter Krieg, und wir haben ihn auch als solchen angesehen. Aber wir fordern auch ein gerechtes Ende, wir fordern, dass jeder Herr im eigenen Hause sein solle; wir wollen nicht die Kosten für die andern bezahlen, wir wollen nicht Wechselgeld sein. Wir wollen nicht, dass man uns in eine Politik der Einflusssphären hineinzieht."

Dies sagte er in Bezug auf die Frage von Triest. Bekanntlich haben die Angloamerikaner sich zwar von der Sowjetunion eine Reihe territorialer Konzessionen zugunsten Jugoslawiens entreißen lassen, dann aber, in Übereinstimmung mit den Franzosen, den Vorschlag der Russen, Triest den Jugoslawen zu überlassen, abgelehnt und Triest mit ihren in Italien stehenden Truppen besetzt. Da alle anderen Mittel erschöpft waren, wäre der Sowjetunion, um Triest an Jugoslawien zu bringen, nichts anderes übrig geblieben, als Triests wegen mit den Angloamerikanern Krieg anzufangen und die Stadt mit Gewalt zu nehmen. Die jugoslawischen Genossen wussten recht gut, dass die Sowjetunion sich nach einem so furchtbaren Krieg nicht in einen neuen Krieg einlassen konnte. Dennoch hat dieser Fall bei den jugoslawischen Genossen Unzufriedenheit hervorgerufen, was in der Rede Titos zum Ausdruck kam. Die Erklärungen Titos waren nicht nur gegen die imperialistischen Staaten, sondern auch gegen die USSR gerichtet.
Das Politbüro des ZK der KPJ trat dieser antisowjetischen Haltung des Genossen Tito nicht entgegen. In ihm sehen wir die Quelle der verleumderischen Propaganda, die von Funktionären der KPJ in einer beschränkten Gruppe der Parteikader in Bezug auf die angebliche Degenerierung der USSR in einen imperialistischen Staat geführt wird.
Da die diesbezüglichen Erklärungen, welche die Genossen Tito und Kardelj der Sowjetregierung abgaben, ganz ungenügend waren, erhielt der Gesandte der USSR in Belgrad, der Genosse Sadtschikow, am 5. Juni 1945 von seiner Regierung den Befehl, der jugoslawischen Regierung folgende Mitteilung zugehen zu lassen:

„Wir sind der Ansicht, dass die Rede des Genossen Tito einen feindlichen Ausfall gegen die Sowjetunion darstellt und dass die vom Genossen Kardelj gegebenen Erklärungen nicht

befriedigend sind. In diesem Sinn verstehen die Sowjetleser die Rede des Genossen Tito, und anders kann sie auch nicht verstanden werden. Sagen Sie dem Genossen Tito, falls er einen derartigen Angriff gegen die Sowjetunion wiederholt, würden wir uns gezwungen sehen, ihm in einer offenen, in der Presse publizierten Kritik zu antworten und ihn zu desavouieren."

Von dieser Haltung des Genossen Tito stammt die Einstellung der jugoslawischen Führer gegenüber dem Sowjetgesandten, den sie einem bürgerlichen Gesandten gleichsetzen.
Wie es scheint, gedenken die jugoslawischen Führer in Zukunft auf ihrer antisowjetischen Haltung zu beharren; aber die jugoslawischen Genossen sollen jetzt schon wissen, dass damit ein Weg beschritten wird, der zum Verzicht auf die freundschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion führt, ein Weg des Verrats an der Freundschaft mit der Sowjetunion, des Verrats an der sozialistischen Einheitsfront, an der USSR und den Volksdemokratien. Sie sollen wissen, dass sie auch das Recht verwirken, die materielle Hilfe und die Unterstützung der Sowjetunion zu verlangen, denn die USSR kann nur ihren Freunden helfen. Wir müssen die Genossen Tito und Kardelj darauf aufmerksam machen, dass wir diese antisowjetische Haltung gegenüber dem Gesandten der USSR und dem Sowjetstaat einzig in Jugoslawien feststellen. In den anderen Volksdemokratien waren und sind die Beziehungen mit der USSR immer freundschaftlich.
Es ist nicht uninteressant festzustellen, dass Genosse Kardelj, der sich heute völlig mit dem Genossen Tito solidarisiert, vor drei Jahren die von Genossen Tito in Ljubljana gehaltene Rede ganz anders beurteilte. Wir erhielten damals die folgende Mitteilung des Sowjetgesandten in Belgrad über eine Unterredung, die er am 5. Juni 1945 mit dem Genossen Kardelj hatte:

„Ich habe heute Ihre Meinungen Kardelj zur Kenntnis gebracht (Tito ist noch nicht zurück). Meine Mitteilung hat ihn peinlich beeindruckt. Nach kurzem Nachdenken erklärte er mir, das Urteil über die Rede Titos sei in seinen Augen richtig. In Anerkennung unseres Urteils findet auch er, die USSR könne derartige Äußerungen nicht länger dulden. Eine offene Kritik an der Rede Titos hätte jedoch, so meinte Kardelj, in den schwierigen Zeiten, welche Jugoslawien jetzt durchmacht, für die jugoslawischen Kommunisten schwere Folgen gehabt. Sie würden sich aber in Zukunft bestreben, derartige Äußerungen zu vermeiden. Für den Fall jedoch, dass sie diesen Fehler wiederholen sollten, hätte die USSR das Recht, sie zu kritisieren. Eine derartige Kritik würde ihnen nützlich sein. Kardelj hat mich gebeten, Ihnen seinen Dank für diese begründete Kritik zu übermitteln. Er setzte hinzu, diese Kritik werde ihnen helfen, ihre Arbeit besser zu gestalten. Die Kritik an den politischen Fehlern, die in der Regierungserklärung vom März enthalten waren, hat ihre Früchte getragen, Kardelj ist überzeugt, dass auch diese Kritik die Verbesserung der politischen Linie der Partei nur erleichtern kann.
Bei dem (sehr vorsichtigen) Versuch, die Ursachen der begangenen Fehler zu analysieren, hat Kardelj erklärt, Tito habe sich sehr verdient gemacht bei der Liquidierung des alten „Fraktionismus", der in der Partei grassierte, sowie bei der Organisierung des Befreiungskampfes des Volkes; aber er ist geneigt, Jugoslawien als etwas Besonderes anzusehen, das außerhalb der allgemeinen Entwicklung zur proletarischen Revolution und zum Sozialismus stehe. Die Situation in der Partei ist noch dazu so, dass das Zentralkomitee als organisatorisches und politisches Zentrum kein wirkliches Dasein führt. Wir kommen zufällig zusammen, erklärte mir Kardelj, und fassen ad-hoc-Beschlüsse. Jeder von uns ist sich selber überlassen. Unser Arbeitsstil ist schlecht und es gibt keine Zusammenarbeit in der Aktion. Wir würden wünschen, fuhr Kardelj fort, dass die USSR uns nicht als die Vertreter eines fremden Landes betrachtet, die ihre Probleme unabhängig lösen, sondern als Vertreter einer zukünftigen Sowjetrepublik, und die Kommunistische Partei Jugoslawiens als Sektion der bolschewistischen Kommunistischen Partei. Mit andern Worten, wir möchten, dass unsere Beziehungen jetzt schon der Tatsache Rechnung tragen, dass Jugoslawien später der USSR angegliedert werden soll. Aus allen diesen Gründen wünschen wir, in aller

Offenheit und Einfachheit kritisiert zu werden, und wir bitten Euch, uns zu beraten und die Innen- und Außenpolitik Jugoslawiens auf den besten Weg zu lenken.
Ich habe Kardelj geantwortet, dass man von der Wirklichkeit ausgehen muss, das heißt von der Tatsache, dass Jugoslawien ein souveränes Land und die Kommunistische Partei Jugoslawiens eine unabhängige Partei ist. Ihr müsst, habe ich hinzugesetzt, die Probleme in unabhängiger Weise auffassen, stellen und lösen; wir werden Euch unsern Rat nicht verweigern."

Wir haben bezüglich Jugoslawiens Verpflichtungen übernommen und haben auch moralische Pflichten, so dass wir nicht darauf verzichtet haben, den jugoslawischen Kommunisten Rat und Hilfe zu gewähren, so oft sie sich an uns wandten.
Wir wollen auf die primitiven und unrichtigen Äußerungen des Genossen Kardelj betreffend Jugoslawien als künftige Sowjetrepublik und die Kommunistische Partei Jugoslawiens als Sektion der bolschewistischen Kommunistischen Partei nicht näher eintreten. Wir wollten hier bloß auf die Aussetzungen des Genossen Kardelj an der antisowjetischen Rede Titos in Ljubljana aufmerksam machen und zeigen, dass die Organisation der KPJ mangelhaft ist.
5. Über die antisowjetische Äußerung des Genossen Djilas, über den Nachrichtendienst und die Handelsbesprechungen. In unserem Schreiben vom 27. März haben wir die antisowjetische Äußerung niedergelegt, die von Seiten des Genossen Djilas an einer Sitzung des ZK der KPJ gefallen ist; er sagte, die Sowjetoffiziere stünden moralisch tiefer als die britischen Offiziere. Diese Bemerkung des Genossen Djilas bezog sich auf die unmoralische Aufführung einiger Offiziere der Sowjetarmee. So etwas dürfte jedoch für einen Marxisten kein Grund dafür sein, einen Vergleich zu ziehen zwischen der sozialistischen Sowjetarmee, welche die Völker Europas befreit hat, und der bürgerlichen britischen Armee, welche dazu berufen ist, die Völker zu unterdrücken, nicht, sie zu befreien.
In ihrem Schreiben vom 13. April 1948 erklären die Genossen Tito und Kardelj, Djilas habe nie eine derartige Äußerung getan, Tito habe sich 1945 über diese Frage mündlich und schriftlich ausgesprochen und Genosse Stalin sowie die anderen Mitglieder des Politbüros der KPdSU hätten sich davon befriedigt erklärt.
Diese Behauptung der Genossen Tito und Kardelj entspricht nicht der Wahrheit.
Genosse Stalin hat in seinem an Tito gerichteten Telegramm folgendermaßen auf die Erklärung des Genossen Djilas reagiert:

„Ich begreife die Schwierigkeiten Eurer Lage nach der Befreiung Belgrads. Aber Ihr müsst auch wissen, dass die Sowjetregierung alles tut, um Euch zu helfen, ungeachtet der Opfer und ungeheuren Verluste. Ich wundere mich darüber, dass gewisse Zwischenfälle und die Fehler einiger Sowjetoffiziere, die in der Roten Armee kämpfen, so aufgebauscht und als für die ganze Rote Armee geltend verallgemeinert worden sind. Es geht nicht an, eine Armee so zu beleidigen, die Euch hilft, die Deutschen zu verjagen und die im Kampf gegen die deutschen Eroberer ihr Blut hergibt. Es ist nicht schwer, zu verstehen, dass es keine Familie ohne irgendein missratenes Glied gibt, aber es wäre sonderbar, wollte man eine Familie wegen eines Missratenen beleidigen. Wenn die Angehörigen der Roten Armee vernehmen, dass Genosse Djilas und alle diejenigen, die ihm nicht widersprechen, die englischen Offiziere als moralisch über den Sowjetoffizieren stehend betrachten, dann werden sie sich gegen so unverdiente Beschimpfungen laut zur Wehr setzen."

Diese Angelegenheit hat dadurch ihren Abschluss gefunden, dass Djilas zusammen mit der jugoslawischen Delegation nach Moskau kam, wo er sich beim Genossen Stalin entschuldigte und ihn bat, den peinlichen Missgriff, der ihm bei einer Sitzung des ZK der KPJ unterlaufen war, zu vergessen.
Leider ist dieser Missgriff des Genossen Djilas kein zufälliger.
Die Genossen Tito und Kardelj werfen den Sowjets vor, dass sie jugoslawische Bürger für ihren Nachrichtendienst anwerben. Sie schreiben:

„Wir halten es für unkorrekt, dass die Organe des sowjetischen Nachrichtendienstes versuchen, bei uns (also in einem Lande, das sich in Richtung auf den Sozialismus entwickelt) die Bürger für ihren Dienst zu werben. Wir können dies nur als gegen die Interessen unseres Landes gerichtet empfinden. Dies wird aber laufend so gehandhabt, obgleich unsere Führer und die Organe des Nationalen Sicherheitsdienstes dagegen protestiert und erklärt haben, dass wir einen derartigen Zustand nicht dulden können. Man versucht, unsere Offiziere zu gewinnen, verschiedene Funktionäre und alle diejenigen, die dem neuen Jugoslawien feindlich gesinnt sind."

Wir erklären, dass diese Behauptungen der Genossen Tito und Kardelj für die Sowjetarbeiter in Jugoslawien beleidigend sind und nicht der Wirklichkeit entsprechen.
Es wäre ungeheuerlich, wollte man von unseren in Jugoslawien tätigen Leuten verlangen, sie sollten sich mit niemandem unterhalten. Die Sowjetarbeiter sind politisch entwickelte Menschen, nicht bloß Arbeiter, die angestellt sind, um für ihren Lohn zu arbeiten, ohne das Recht zu haben, sich für das, was in Jugoslawien vorgeht, zu interessieren. Es ist nur natürlich, dass sie mit den jugoslawischen Bürgern sprechen, ihnen Fragen stellen, von ihnen Erklärungen erbitten usw. Man muss wirklich sowjetfeindlich sein, um derartige Gespräche als Versuch aufzufassen, die Leute, und besonders solche, die dem neuen Jugoslawien gegenüber negativ eingestellt sind, für den sowjetischen Nachrichtendienst zu gewinnen.
Dabei muss betont werden, dass die jugoslawischen Genossen, die nach Moskau oder sonst in unser Land kommen, die Städte der USSR frei besuchen und mit unseren Bürgern zusammenkommen können. Anlässlich seiner letzten Reise nach der Sowjetunion fuhr der Genosse Djilas nach einem Moskauer Aufenthalt für einige Tage nach Leningrad, um sich dort mit Sowjetgenossen zu unterhalten. Wir haben von Djilas nicht verlangt, er solle uns über seine Besprechungen mit den Organisationen von Leningrad Rechenschaft ablegen. Wir nehmen an, dass er dort nicht Auskünfte für den angloamerikanischen oder französischen Nachrichtendienst sammelte, wohl aber für die leitenden Organe Jugoslawiens.
In ihrem Brief vom 27. März kommen die Genossen Tito und Kardelj erneut auf die Frage der Handelsbeziehungen zwischen der USSR und Jugoslawien zurück, wobei sie behaupten, Genosse Krutikow habe sozusagen auf die Fortsetzung der Handelsbesprechungen mit jugoslawischen Vertretern verzichtet. Wie wir bereits feststellten, hat Genosse Krutikow diese ihm zugeschriebene Meldung dementiert. Aus diesem Grunde betrachten wir die Frage als erledigt und beabsichtigen nicht, auf sie zurückzukommen.
6. Über die unrichtige politische Linie des Politbüros des ZK der KPJ in Bezug auf die Fragen des Klassenkampfes in Jugoslawien. Wir haben bereits einmal geschrieben, dass in Jugoslawien der Geist des Klassenkampfs in der Politik nicht zu spüren ist und dass die kapitalistischen Elemente in den Dörfern und Städten sich entwickeln.
Die Genossen Tito und Kardelj stellen dies in Abrede und betrachten unsere Feststellung als eine Beleidigung der KPJ, wobei sie es aber vermeiden, auf die Frage selbst eine Antwort zu erteilen.
Die Argumente dieser Genossen beschränken sich auf eine Erklärung über die soziale Umwandlung, die in Jugoslawien vor sich gegangen ist. Das ist aber zu wenig. Diese Genossen stellen das Zunehmen der kapitalistischen Elemente in Abrede, wobei sie von einer opportunistischen Haltung ausgehen, nach welcher der Klassenkampf sich in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht verschärft, wie es der Marxismus-Leninismus lehrt, sondern abstirbt, wie es die Opportunisten nach dem Vorbild Bucharins behaupteten, welche die faule Theorie eines friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus propagierten.
Niemand kann in Abrede stellen, dass in der Sowjetunion nach der sozialistischen Oktoberrevolution tiefgehende soziale Umwandlungen vor sich gegangen sind. Aber die KPdSU hat daraus nie den Schluss gezogen, dass sich der Klassenkampf in unserem Lande abschwäche, noch hat sie angenommen, dass die Gefahr eines Zunehmens der kapitalistischen

Elemente nicht existiere. 1920/21 erklärte Lenin: „Solange wir in einem Lande des kleinbäuerlichen Grundbesitzes leben, so lange ist die wirtschaftliche Basis für den Kapitalismus in Rußland fester gegründet als für den Kommunismus“, denn „die kleinbäuerliche Produktion erzeugt den Kapitalismus und die Bourgeoisie, ohne Unterlass, tagtäglich, in jedem Augenblick, spontan und in ungeheurem Ausmaß.“ Bekanntlich ist während fünfzehn Jahren nach der Oktoberrevolution die Frage, was für Maßnahmen zu treffen seien, um die kapitalistischen Elemente auf dem Land einzudämmen und später auch die Kulaken zu liquidieren, nie von der Tagesordnung verschwunden. Diese Erfahrung der KPdSU bei der Schaffung der Grundbedingungen für den Aufbau des Sozialismus in Jugoslawien zu unterschätzen, bedeutet soviel, wie sich einer großen politischen Gefahr auszusetzen und einen für Marxisten unerträglichen Zustand zu schaffen. Denn der Sozialismus muss nicht nur in der Stadt und in der Industrie, sondern auch auf dem Land und in der Landwirtschaft verwirklicht werden.

Es ist kein Zufall, dass die Führer der KPJ der Frage des Klassenkampfs und der Ausmerzung der kapitalistischen Elemente auf dem Lande ausweichen. Die Sache führt noch weiter: In den Reden der jugoslawischen Führer wird die Frage der Klassendifferenzierung auf dem Lande immer mit Stillschweigen übergangen. Man betrachtet die Bauern als ein Ganzes und mobilisiert nicht die Partei, um die Schwierigkeiten, die durch das Anwachsen der kapitalistischen Elemente auf dem Lande entstehen, zu überwinden.

Die politische Situation auf dem Lande rechtfertigt jedoch in Jugoslawien diese Ruhe und dieses Wohlwollen keineswegs. Im Hinblick darauf, dass in Jugoslawien keine Nationalisierung des Bodens durchgeführt wurde, dass Privatbesitz, Kauf und Verkauf von Grundstücken besteht, dass große Teile des Bodens in den Händen der Kulaken konzentriert sind, dass das System der Lohnarbeit herrscht, usw. - im Hinblick auf alle diese Tatsachen dürfte die Partei nicht in einem Geist der Befriedung des Klassenkampfes und der Milderung der Klassengegensätze erzogen werden, will man sie nicht gegenüber der Hauptschwierigkeiten, die der Verwirklichung des Sozialismus entgegenstehen, wehrlos machen. Auf diese Weise wird die KPJ durch die faule opportunistische Theorie des friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeschläfert, eine Theorie, die bei Bernstein, Vollmar und Bucharin entlehnt ist.

Während der Marxismus-Leninismus von der Erkenntnis der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der Liquidierung des Kapitalismus und beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ausgeht, entwickeln bekannte Führer der Kommunistischen Partei Jugoslawiens ganz andere Gesichtspunkte. Es mag genügen, die folgende Stelle aus der Rede des Genossen Tito, gehalten im November 1946 in Zagreb, zu zitieren („Borba“ vom 2. November 1946):

„Wenn wir den Bauern sagen, sie seien die Hauptstütze unseres Staates, so nicht, um ihre Stimmen zu gewinnen, sondern weil wir wissen, dass es sich in Wirklichkeit so verhält und damit sie sich dieser Tatsache immer mehr bewusst werden.“

Diese Haltung steht in totalem Widerspruch zum Marxismus-Leninismus, welcher sagt, dass in Europa, also auch in den Ländern der Volksdemokratien, die Arbeiter die fortschrittliche und konsequent-revolutionäre Klasse darstellen, und nicht die Bauern. Von den letzteren kann die Mehrheit, nämlich die armen und mittleren Bauern, fortschrittlich und revolutionär sein, oder sie ist es auch bereits in Verbindung mit der Arbeiterklasse, welcher auch weiterhin die führende Rolle zukommt. In der oben zitierten Stelle seiner Rede leugnet Genosse Tito jedoch die führende Rolle der Arbeiterklasse, ja, er erklärt sogar, die Bauern - also auch die Kulaken - seien die festeste Grundlage des neuen Jugoslawiens. Wie man sieht, kommt an dieser Stelle ein Standpunkt zum Ausdruck, der kleinbürgerlichen Politikern, nicht jedoch Marxisten-Leninisten entspricht.

7. Über die unrichtige Politik des Politbüros des ZK der KPJ betreffend die Beziehungen zwischen Partei und Volksfront. Die Genossen Tito und Kardelj bestreiten unsere Feststellung,

dass in Jugoslawien nicht die Kommunistische Partei als führende Kraft betrachtet wird, sondern die Volksfront. Sie erklären, dass alle Beschlüsse der Volksfront eigentlich Beschlüsse der Partei seien, dass sie es aber nicht für günstig halten, zu betonen, dass der eine oder andere Beschluss an einer Parteikonferenz zustande gekommen sei.

Hier liegt der Hauptfehler der jugoslawischen Genossen. Sie haben Angst, offen zu erklären, dass die Partei die führende Kraft ist und dass sie es ist, welche die Volksfront leitet und nicht umgekehrt.

Nach den Anschauungen des Marxismus-Leninismus ist die KP die höchste Organisationsform der Arbeiterklasse; sie steht über jeder andern Organisation, in der Sowjetunion sogar über den Sowjets, in Jugoslawien über der Volksfront. Die Partei steht über allen diesen Organisationen, nicht nur, weil sie die besten Elemente der Arbeiterschaft an sich zieht, sondern auch, weil sie ein besonderes Programm, eine besondere Politik hat, von deren Grundlage aus sie alle andern Arbeiterorganisationen lenkt. Das Politbüro des ZK der KPJ jedoch hat Angst, dies der Arbeiterklasse und dem jugoslawischen Volk offen und geradeheraus zu sagen. Es meint, wenn es diese Tatsache nicht herausstellt, würden die andern Parteien keinen Grund mehr haben, ihre Kräfte zu entfalten und den Kampf zu führen. Offenbar meinen die Genossen Tito und Kardelj, es werde ihnen durch diese billige List gelingen, die historischen Entwicklungsgesetze aufzuheben, die Klassen und die Geschichte zu betrügen. Das ist eine Illusion. Solange es feindliche Klassen geben wird, wird es auch Kämpfe zwischen ihnen geben, und solange dieser Kampf dauert, muss auch der Kampf der verschiedenen Gruppen und Parteien der Arbeiterschaft unterstützt werden.

Lenin hat gesagt, die Partei sei die mächtigste Waffe in den Händen der Arbeiterklasse. Pflicht der Funktionäre ist es, diese Waffe festzuhalten und immer wachsam zu bleiben. Aber die jugoslawischen Genossen, welche die Fahne der Partei verbergen und vor dem Volk die führende Rolle der Partei nicht betonen wollen, machen diese Waffe der Arbeiterklasse stumpf. Es ist lächerlich, anzunehmen, der Feind würde wegen dieser List der jugoslawischen Genossen auf den Kampf verzichten. Die Partei muss immer auf der Hut bleiben, um gegen den Feind zu kämpfen; man darf die Partei nicht einschläfern und ihre Fahne verbergen, indem man behauptet, der Feind würde aufhören, legal oder illegal seine Kräfte zu organisieren.

Wir sind der Ansicht, dass die Beschränkung der Rolle der KP in Jugoslawien zu weit gegangen ist. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Volksfront und Partei in Jugoslawien sind falsch. Man muss berücksichtigen, dass ganz verschiedene Klassenelemente in die Volksfront eintreten: Kulaken, Kaufleute, kleine Industrielle, bürgerliche Intellektuelle, etc. sowie verschiedene politische Gruppen von verschiedener Richtung, gewisse bürgerliche Parteien inbegriffen. Der Umstand, dass die Volksfront in der politischen Arena Jugoslawiens allein auftritt, dass die Partei und ihre Organisation nicht offen in ihrem eigenen Namen heraustreten, setzt die Rolle der Partei im politischen Leben des Landes herab und schädigt sie in ihrer Eigenschaft als politische Macht, die dazu berufen ist, das Vertrauen der Massen in immer steigendem Maße zu gewinnen und durch offene politische Arbeit, durch die offene Propagierung ihrer Anschauungen und ihres Programms immer größere Arbeitermassen in ihren Einflussbereich zu ziehen.

Die Genossen Tito und Kardelj vergessen, dass die Partei sich nur im offenen Kampf gegen den Feind entwickeln kann, dass die billigen Schlauheiten und Manöver des Politbüros des ZK der KPJ eine Erziehung der Parteikader durch den Kampf nicht ersetzen können. Die hartnäckige Weigerung der jugoslawischen Führer anzuerkennen, dass es falsch ist zu sagen, die KPJ habe kein anderes Programm als dasjenige der Volksfront, ist ein Beweis dafür, dass sie sich von der marxistisch-leninistischen Auffassung von der Partei weit entfernt haben. Hier besteht unserer Meinung nach die Gefahr, dass die Tendenzen zur Liquidierung der KPJ zunehmen könnten; diese Tendenzen bedrohen nicht nur die Existenz der KP, sondern enthalten auch eine Gefahr der Entartung der Föderalen Volksrepublik Jugoslawien.

Die Genossen Tito und Kardelj sagen, die menschewistischen Irrtümer betreffend das Aufgehen der Massen der marxistischen Partei in der Massenorganisation außerhalb der Partei seien vor 40 Jahren begangen worden und hätten mit denjenigen des Politbüros des ZK der KPJ nichts gemeinsam. Die Genossen Tito und Kardelj täuschen sich hierin. Ohne Zweifel besteht ein theoretischer und politischer Zusammenhang zwischen diesen beiden Fällen, denn ebenso wie die Menschewisten im Jahre 1907 setzen die Genossen Tito und Kardelj 40 Jahre später die marxistische Partei herab, indem sie ihr keinen höheren Wert als allen anderen Massenorganisationen und infolgedessen keine führende Rolle zugestehen. Der Unterschied besteht einzig darin, dass die Menschewisten diesen Irrtum in den Jahren 1906/07 begingen, während das Politbüro des ZK der KPJ ihn jetzt begeht, das heißt 40 Jahre später.

8. Über die beunruhigende Lage innerhalb der KPJ. Die Genossen Tito und Kardelj bestreiten unsere Feststellungen, wonach in der KPJ eine halb illegale Situation herrscht und es in ihr keine innere Demokratie, kein Wahlsystem, keine Kritik und Selbstkritik gibt, usw. Sie schreiben, die Mitglieder des ZK der KPJ seien in ihrer Mehrzahl nicht kooptiert. Das ZK sei am 5. Kongress im Jahre 1940 gewählt worden. Es sei damals aus 31 Mitgliedern und 10 Ersatzmännern zusammengesetzt worden. Sie fügen hinzu, 10 Mitglieder und 6 Ersatzmänner des Zentralkomitees seien während des Krieges ums Leben gekommen und 2 Mitglieder des ZK seien aus der Partei ausgeschlossen worden; jetzt bestehe es aus 26 Mitgliedern, wovon 19 Mitglieder am erwähnten Kongress gewählt und 7 Mitglieder kooptiert wurden.

Dies entspricht nicht der Wirklichkeit. Nach den Archiven der Komintern hat der 5. Kongress, der im Oktober und nicht im Dezember 1940 stattfand, 22 Mitglieder des ZK und 16 Ersatzmänner gewählt, und nicht 31 ZK-Mitglieder und 10 Ersatzmänner. Ende Oktober 1940 schrieb Genosse Valter (Tito) aus Belgrad folgendes:

„An den Genossen Dimitrow. Vom 19. bis 23. Oktober fand der 5. Kongress der KPJ statt. 101 gewählte Delegierte aus allen Teilen des Landes waren anwesend. Gewählt wurde das ZK bestehend aus 22 Mitgliedern, darunter 2 Frauen, und aus 16 Ersatzmännern. Es herrschte vollkommene Einigkeit. Gezeichnet: Valter."

Wenn von den 22 Mitgliedern des ZK 10 ums Leben gekommen sind, so blieben noch 12. Da 2 weitere ausgeschlossen wurden, blieben noch 10. Die Genossen Tito und Kardelj erklären, das ZK bestehe gegenwärtig aus 26 Mitgliedern; dies bedeutet, dass das ZK 10 gewählte Mitglieder zählt und 16 kooptierte. Die Mehrzahl der Mitglieder ist also kooptiert. Das gleiche trifft für die lokalen Funktionäre zu, die ernannt und nicht gewählt sind.

Bei einer solchen Lage der Dinge kann natürlich keine Rede von innerparteilicher Demokratie sein. Es hat zum Beispiel genügt, dass Genosse Jujowitsch sich an der Sitzung des ZK der KPJ mit dem Antwortentwurf des Politbüros des ZK der KPJ an das ZK der KPdSU nicht einverstanden erklärte, um ihn sofort aus dem ZK der KPJ auszuschließen. Es ist kein Zufall, dass der Polizeiminister gleichzeitig Kadersekretär des ZK ist, oder, wie Tito und Kardelj das nennen, Organisationssekretär des ZK der KPJ.

9. Von der Eitelkeit der Führer des ZK der KPJ und von ihrer falschen Einstellung zu ihren Fehlern. Aus den Schreiben der Genossen Tito und Kardelj geht hervor, dass sie das Vorkommen von Fehlern in der Arbeit des Politbüros des ZK der KPJ gänzlich abstreiten, ebenso wie sie abstreiten, dass in einem engen Kreis der Parteikader ein Verleumdungsfeldzug betrieben und von der Entartung der USSR zu einem imperialistischen Staat gesprochen wird. Sie glauben, das ZK der KPJ sei das Opfer von falschen Informationen und verleumderischen Angaben seitens der Genossen Jujowitsch und Hebrang geworden. Sie behaupten, es handle sich nicht um Fehler, welche das ZK der KPJ begangen, sondern um falsche Informationen seitens der Genossen Jujowitsch und Hebrang, die das ZK der KPdSU getäuscht hätten. Sie denken, durch eine Bestrafung der Genossen Jujowitsch und Hebrang würde alles wieder in Ordnung kommen.

Wir sind überzeugt, dass die Genossen Tito und Kardelj nicht an die Wahrheit dieser Version glauben; sie wollen sich damit nur von der Verantwortung für die Verschlechterung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen befreien und sie auf die Sowjetunion abwälzen.
Wir sind der Ansicht, dass diese Haltung der Genossen Tito und Kardelj gegenüber dem ZK der KPdSU und gegenüber dessen Kritik an den Fehlern der jugoslawischen Genossen nicht nur leichtfertig und falsch ist, sondern auch zutiefst parteifeindlich.
Wenn die Genossen Tito und Kardelj sich für die Wahrheit interessieren würden, anstatt die Wahrheit zu fürchten, dann müssten sie über folgendes ernsthaft nachdenken:
a) Weshalb haben sich die Informationen über die kommunistischen Parteien von Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien als richtig erwiesen und haben keinerlei Konflikt mit den kommunistischen Parteien dieser Länder hervorgerufen, während die Informationen aus Jugoslawien sich nach Ansicht der jugoslawischen Genossen als „tendenziös“ erwiesen und Anlass gaben zu antisowjetischen Erklärungen und zu einer feindlichen Haltung gegenüber dem ZK der KPdSU?
b) Weshalb entwickeln und befestigen sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der USSR und den Ländern der Volksdemokratien, während die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen verdorben wurden und sich noch ständig verschlechtern?
c) Weshalb haben sich die kommunistischen Parteien der Volksdemokratien mit dem Schreiben des ZK der KPdSU vom 27. März solidarisch erklärt und die Fehler der jugoslawischen Genossen verurteilt, während das Politbüro des ZK der KPJ, welches fortfährt, seine Fehler hartnäckig zu bestreiten, isoliert geblieben ist? - Beruht dies auf einem Zufall?
Um die Fehler des Politbüros des ZK der KPJ aufzudecken, braucht man sich nicht auf Informationen von Genossen, wie Jujowitsch und Hebrang zu stützen. Es genügt vollkommen, die offiziellen Erklärungen der Leiter der KPJ, wie z. B. der Genossen Tito, Kardelj, Djilas und anderer zu kennen, die in der Presse erschienen sind.
Wir erklären, dass wir in der Sowjetunion durch den Genossen Hebrang keinerlei Informationen erhalten haben. Wir erklären, dass in dem Gespräch des Genossen Jujowitsch mit dem Sowjetgesandten in Belgrad, dem Genossen Lawrentjew, nicht ein Zehntel dessen enthalten ist, was die antisowjetischen Reden der jugoslawischen Führer enthalten, die in der Presse publiziert wurden. Die gegen diese Genossen ergriffenen Repressalien sind nicht nur illegal und den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie zuwiderlaufend, sondern sie sind auch ein Beweis der antisowjetischen Haltung der jugoslawischen Führer, die ein Gespräch jugoslawischer Kommunisten mit dem Sowjetgesandten als Verbrechen betrachten.
Wir sind der Ansicht, dass hinter diesen Versuchen der jugoslawischen Führer, sich der ihnen zufallenden Verantwortung für die Verschlechterung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen zu entziehen, sich der Wunsch dieser Genossen verbirgt, eine Anerkennung ihrer Fehler zu vermeiden, sowie ihre Absicht, ihre feindliche Politik gegenüber der USSR fortzusetzen.
Wir müssen leider feststellen, dass die Führer der KPJ mit ihrer Weigerung, ihre Fehler einzugestehen und sie zu korrigieren, die Anweisungen Lenins aufs schlimmste verletzen.
Wir müssen gleichzeitig betonen, dass die Führer der italienischen und französischen kommunistischen Parteien, zum Unterschied von den jugoslawischen Führern, sich auf der Höhe ihrer Aufgabe zeigten, indem sie an der Konferenz der Neun kommunistischen Parteien ihre Fehler ehrlich zugaben und sie gewissenhaft berichtigten, wodurch sie ihrer Partei halfen, ihre Reihen zu festigen und ihre Kader zu erziehen.
Wir sind der Ansicht, dass die Weigerung des Politbüros der KPJ, seine Fehler anzuerkennen, ihre Ursache in dem übertriebenen Stolz der jugoslawischen Führer hat. Ihre Erfolge haben sie berauscht; sie sind stolz geworden. Sie rühmen sich sogar dieses Stolzes und begreifen nicht, dass er ihr Untergang werden kann.
Lenin sagt:

„Bei allen revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gingen, geschah dies, weil sie stolz waren und nicht wussten, worin eigentlich ihre Stärke bestand, weil sie Angst hatten, von ihrer Schwäche zu sprechen. Wir aber werden nicht unterliegen, denn wir haben keine Angst, von unseren Schwächen zu sprechen, und wir werden lernen, sie zu besiegen."

Leider müssen wir feststellen, dass die jugoslawischen Führer keineswegs an Bescheidenheit leiden und dass sie sich an ihren Erfolgen berauschen, obwohl diese nicht so übermäßig groß sind.

Die Genossen Tito und Kardelj sprechen in ihrem Brief von den Verdiensten und Erfolgen der KPJ und meinen, das ZK der KPdSU habe früher diese anerkannt, während es sie jetzt mit Stillschweigen übergehe. Das trifft nicht zu. Niemand kann die Verdienste und Erfolge der KPJ leugnen; hierüber besteht absolut kein Zweifel. Aber es muss zugegeben werden, dass diejenigen der kommunistischen Parteien Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens nicht geringer sind. Die Führer dieser Parteien benehmen sich jedoch bescheiden und rufen ihre Erfolge nicht laut aus, wie die jugoslawischen Führer, die mit Ohren zerreißendem Geschrei vor aller Welt ihre übertriebenen Prahlereien vorbringen.

Es muss auch betont werden, dass die Verdienste der französischen und italienischen kommunistischen Parteien um die Revolution nicht geringer, sondern größer sind als diejenigen der KPJ. Wohl haben die französischen und italienischen Parteien im Augenblick weniger Erfolg als die KPJ, aber dies läßt sich nicht aus dem Sondercharakter der KPJ erklären, sondern daraus, dass nach der Vernichtung des Generalstabs der jugoslawischen Partisanen durch deutsche Fallschirmtruppen, als die Befreiungsbewegung des Volkes in Jugoslawien eine Krise durchmachte, die Sowjetarmee den Völkern Jugoslawiens zu Hilfe kam, den Widerstand der deutschen Besatzungsmacht brach und Belgrad befreite und damit die Voraussetzungen schuf, dank welchen die Kommunistische Partei Jugoslawiens ans Ruder kommen konnte. Unglücklicherweise konnte die Sowjetarmee den französischen und italienischen kommunistischen Parteien nicht die gleiche Hilfe angedeihen lassen. Wenn die Genossen Tito und Kardelj dies in Erwägung ziehen wollten, würden sie mit ihren Erfolgen nicht so großen Lärm machen, sondern sich bescheidener und angemessener verhalten.

Der Mangel an Bescheidenheit geht bei den jugoslawischen Führern so weit, dass sie sich Verdienste zuschreiben, die ihnen nicht zukommen. Nehmen wir zum Beispiel die Frage der Kriegswissenschaft. Sie wollen aller Welt einreden, sie hätten die marxistische Kriegswissenschaft durch eine neue Theorie ergänzt, nach welcher der Krieg als Zusammenspiel der regulären Truppen, der Partisanenabteilungen und der nationalen Rebellen betrachtet werden muss. Diese so genannte Theorie ist jedoch uralt und stellt für die marxistische Kriegswissenschaft durchaus nichts Neues dar. Bekanntlich hatten die Bolschewiki solche kombinierte Aktionen der regulären Truppen, der Partisanen-Detachemente und der nationalen Erhebungen während der ganzen Periode des Bürgerkriegs in Rußland (1918-21) in Anwendung gebracht, und zwar in viel größerem Maßstab, als dies in Jugoslawien der Fall war. Aber die Bolschewiki haben nie behauptet, mit der Anwendung dieser Methode eine kriegswissenschaftliche Neuerung eingeführt zu haben. Sie haben nie so etwas behauptet, weil diese gleiche Methode schon lange vor ihrer Zeit zur Anwendung gekommen war, nämlich durch Feldmarschall Kutusow im Jahre 1812, im Kampf gegen die napoleonischen Truppen.

Und auch Feldmarschall Kutusow hatte nicht behauptet, diese Methode erfunden zu haben, denn schon vor ihm hatten sie 1808 die Spanier im Kampf gegen die napoleonischen Truppen benutzt. Aus dem eben Gesagten geht also hervor, dass die jugoslawischen Führer etwas, das in Wirklichkeit 140 Jahre alt ist, als militärwissenschaftliche Neuerung betrachten und sich ein Verdienst zuschreiben, das in Wirklichkeit den Spaniern zusteht.

Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass die vergangenen Verdienste der Führer nicht ausschließen, dass diese gleichen Führer in der Gegenwart schwerwiegende Fehler begehen. Wegen vergangener Verdienste darf man aber vor gegenwärtigen Fehlern nicht die Augen

schließen. Auch Trotzki erwarb sich seinerzeit Verdienste um die Revolution, das will jedoch nicht heißen, das ZK der KPdSU hätte vor den schweren opportunistischen Fehlern, die er später beging, und die ihn in das Lager der Sowjetfeinde führten, die Augen schließen können.
Die Genossen Tito und Kardelj machen in ihrem Brief den Vorschlag, es sollen Vertreter des ZK der KPdSU nach Jugoslawien entsandt werden, um an Ort und Stelle die Fragen, welche den sowjetisch-jugoslawischen Konflikt hervorgerufen haben, prüfen zu können. Wir betrachten ein derartiges Vorgehen als unrichtig, denn es handelt sich ja nicht um die Prüfung gewisser Tatbestände, sondern um grundsätzliche Differenzen.
Die Angelegenheit der sowjetisch-jugoslawischen Differenzen gehört bekanntlich in die Kompetenz der Zentralkomitees der Neun kommunistischen Parteien, die ihr Informationsbüro besitzen. Es wäre unkorrekt, die andern kommunistischen Parteien von dieser Untersuchung auszuschließen. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, die Frage solle an der nächsten Sitzung des Informationsbüros untersucht werden.

Gezeichnet:
ZK der KPdSU

Moskau, 4. Mai 1948

SCHREIBEN DES ZK DER KPDSU AN DAS ZK DER KPJ

Moskau, 22. Mai 1948

Ihre Briefe vom 17. und 20. Mai 1948, unterzeichnet von den Genossen Tito und Kardelj, haben wir erhalten. Das ZK der KPdSU ist der Ansicht, dass die Führer der KPJ mit diesen beiden Briefen die krassen grundsätzlichen Fehler, deren schädliche und gefährliche Natur das ZK der KPdSU in seinem Brief vom 4. Mai 1948 darlegte, noch weiter verschlimmern.

1. Die Genossen Tito und Kardelj schreiben, dass sie sich nicht gleichberechtigt fühlen, so dass sie unmöglich darauf eingehen könnten, die Frage vor dem Informationsbüro entscheiden zu lassen.

Das ZK der KPdSU ist der Ansicht, dass diese Feststellung auch nicht ein Körnchen Wahrheit enthält. Im Schoß des Informationsbüros besteht für die KPJ keine Rechtsungleichheit. Wie jedermann weiß, muss jede Mitgliedspartei des Informationsbüros dem letzteren über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen, ebenso wie jede Partei das Recht hat, die andern Parteien zu kritisieren.

Bekanntlich haben die italienischen und französischen Genossen anlässlich der ersten Sitzung des Informationsbüros den anderen Parteien das Recht zugestanden, ihre Fehler zu kritisieren, und haben diese Kritik auf bolschewistische Art entgegengenommen, indem sie die notwendigen Schlussfolgerungen zogen. Wie man weiß, haben auch die jugoslawischen Genossen von der Möglichkeit, die Fehler der italienischen und französischen Genossen zu kritisieren, Gebrauch gemacht. Warum vollziehen die jugoslawischen Genossen jetzt eine so scharfe Wendung, indem sie die Liquidierung der Ordnung verlangen die innerhalb des Informationsbüro festgelegt wurde? Weil sie für die KPJ und ihre Leitung Anspruch auf eine bevorzugte Stellung erheben. Diese Haltung hat jedoch mit Gleichberechtigung nichts zu tun.

2. In ihrem Brief vom 17. Mai wiederholen die Genossen Tito und Kardelj, dass die vom ZK der KPdSU vorgebrachte Kritik an den Fehlern der Führung der KPJ auf falschen Informationen beruhe.

Zur Stützung ihrer Behauptung liefern die jugoslawischen Genossen jedoch keinerlei Beweis. Sie tun daher nichts anderes, als eine leere Erklärung abzugeben, und die Kritik des ZK der KPdSU bleibt unbeantwortet, obgleich Tito und Kardelj behaupten, dass sie der Kritik an grundsätzlichen Fragen nicht ausweichen wollen. Es ist möglich, dass sie ganz einfach nichts sagen können, um sich zu rechtfertigen...

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder das Politbüro des ZK der KPJ ist sich der Schwere seiner Fehler bewusst, bemüht sich aber, sie vor der KPdSU zu verbergen und diese irrezuführen; es erzählt daher allerhand Geschichten, dass diese Fehler gar nicht existieren und wälzt die Verantwortung auf Unschuldige ab, die das ZK der KPdSU falsch informiert hätten. Oder das Politbüro versteht wirklich nicht, dass es sich durch seine Fehler vom Marxismus-Leninismus entfernt; dann muss aber zugegeben werden, dass die Unwissenheit des Politbüros der KPJ in Bezug auf den Marxismus wirklich zu groß ist.

3. Während die Genossen Tito und Kardelj der Beantwortung der direkten Fragen des ZK der KPdSU ausweichen und ihre eigenen Fehler durch ihren Eigensinn und ihre Weigerung, sie anzuerkennen und wieder gutzumachen, noch verschlimmern, versuchen sie uns einzureden, sie wollten ihre Treue zur USSR und zu den Erkenntnissen von Marx, Engels, Lenin und Stalin durch ihre Taten beweisen. Nach allem was geschehen ist, haben wir keinerlei Grund, ihren Versprechungen zu glauben. Die Genossen Tito und Kardelj haben dem ZK der KPdSU schon oft Versprechungen gemacht, ohne sie zu halten. An Hand ihrer Briefe - besonders des letzten - konnten wir uns überzeugen, dass es dem Politbüro des ZK der KPJ, und vor allem Genosse Tito, bewusst sein muss, dass sie durch ihre besonders in letzter Zeit betriebene antisowjetische und antirussische Tagespolitik, alles getan haben, um das Vertrauen, welches die KPdSU und die Regierung der USSR ihnen entgegenbrachten, zu untergraben.

4. Die Genossen Tito und Kardelj bedauern, sich in einer solch schwierigen Lage zu befinden und erklären, dass die Folgen für Jugoslawien sehr hart sein würden. Das stimmt; aber schuld an dieser Sachlage sind einzig die Genossen Tito und Kardelj, gemeinsam mit den andern Mitgliedern des Politbüros der KPJ, die ihr Prestige und ihren Ehrgeiz über das Interesse des jugoslawischen Volkes stellten, anstatt ihre Fehler im Interesse ihres Volkes zu erkennen und wieder gutzumachen. Sie bestreiten ihre für das jugoslawische Volk so gefährlichen Fehler hartnäckig.
5. Die Genossen Tito und Kardelj erklären, das ZK der KPJ verzichte darauf, an der Sitzung des Informationsbüros zu erscheinen und lehne es ab, die Frage der Lage innerhalb der KPJ vor diesem Büro darzulegen. Wenn dies ihr endgültiger Beschluss ist, so bedeutet das, dass sie vor dem Informationsbüro nichts auszusagen haben, dass sie ihre Schuld erkennen und sich fürchten, vor die Bruderparteien hinzutreten. Mehr noch: Die Weigerung, vor dem Informationsbüro zu erscheinen, bedeutet, dass das ZK der KPJ einen Weg beschreitet, der zur Loslösung von der vereinigten internationalen Front der Volksdemokratien und der USSR führt und dass es seine Partei und das jugoslawische Volk jetzt auf den Verrat an dieser vereinigten Front vorbereitet Da das Informationsbüro die Basis der vereinigten internationalen Front bildet, führt diese Politik zum Verrat am internationalen Solidaritätswerk der Arbeiterklasse und bildet den Übergang zu einer Haltung des Nationalismus. Sie stellt eine feindliche Handlung gegenüber der Arbeiterklasse dar.
Unabhängig davon, ob die Vertreter des ZK der KPJ an der nächsten Sitzung des Informationsbüros teilnehmen werden oder nicht, besteht das ZK der KPdSU darauf, dass beim nächsten Zusammentreffen des Informationsbüros die Lage innerhalb der KPJ geprüft werde.
Das ZK der KPdSU erklärt sich mit dem Vorschlag der tschechischen und ungarischen Genossen einverstanden, wonach das Informationsbüro in der zweiten Hälfte Juni zusammentreten soll.

Gezeichnet:
Das ZK der KPdSU

Moskau, 22. Mai 1948

ENDE BAND 15